

SPD

Landesverband Nordrhein-Westfalen

2. Landesparteitag

**am 13. und
14. Januar 1973**

in Essen

Städtischer Saalbau

Herausgeber: Landesvorstand Nordrhein-Westfalen der
 Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,
 Düsseldorf, Elisabethstraße 3

Redaktion und Gestaltung: Erich Paykowski, Essen

Entwurf Titelseite: Erika Michailidis, Mülheim-Ruhr

Fotos: Stadtbildstelle Essen (11), Margot Kingler-Bushoff (5)

Druck: Vorwärts-Druck, 53 Bonn-Bad Godesberg,
 Kölner Straße 108-112

Inhalt

Eröffnung durch Werner Figgen
 „Weichenstellung in eine e
 Willkommensgruß der Stadt
 Konstituierung des Landespartei
 Tätigkeitsbericht des Landes
 Heinz Kühn: „Nach dem Erf
 Bericht der Kontrollkommiss
 Tätigkeitsbericht der Landtag
 Dr. Fritz Kassmann: „... sic
 der Landtagsfraktion auseina
 Aussprache über die Berichte
 Die kommunale Neuordnung
 Zuständigkeit über die Kinde
 Die Arbeit der Betriebsgrupp
 Paritätische Mitbestimmung —
 eine unverzichtbare Forderun
 Bildung um der Bildung wille
 Fortschritt im Kindergarten
 Sicherung der Ruhrkohle
 Schlußwort zur Aussprache durch He
 Wir sind vorangekommen
 Bildungspolitik hört nicht mit
 Sicherheitssockel von 85 Millio
 für deutsche Kohle
 Kommunale Neuordnung: ... d
 auf die Hörner nehmen
 Das Verhältnis zum Koalitions
 Zur innerparteilichen Diskussio
 Bericht der Mandatsprüfungskommiss
 Behandlung der Anträge
 Hierzu gesondertes Antragsver
 Diskussion über die Anträge
 Wahl des Landesvorsitzenden
 Wahl des stellvertretenden Landesvor
 Wahl der Beisitzer
 Wahl der Kontrollkommission
 Fortsetzung Wahl der Beisitzer
 Schlußwort des Landesvorsitzenden
 Rednerverzeichnis

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung des Landesparteitages
3. Tätigkeitsberichte
Landesvorstand
Kontrollkommission
Landtagsfraktion
4. Aussprache
5. Bericht der Mandatsprüfungskommission
6. Behandlung der Anträge
7. Wahl des Landesvorstandes
und der Kontrollkommission

Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder, Delegierten und die Mitglieder
2. Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn die Hälfte der Stimmberechtigten abstimmt.
3. Die Beschlüsse des Landesparteitages werden einstimmig gefasst.
4. Die Wahl des Landesvorstandes und der Kontrollkommission erfolgt tag mittels Stimmzettel in geheimer Abstimmung. Hintereinander werden gewählte Landesvorsitzender, stellvertretender Landesvorsitzender, weitere Mitglieder des Landesvorstandes und Mitglieder der Kontrollkommission gewählt. Bei der Wahl der Vorsitzenden werden zwei Kandidaten gewählt. Die Wahl ist gültig, wenn die Mehrheit der Stimmen für einen Kandidaten ausreicht.
5. Fristgerecht eingereichte Anträge für den Landesparteitag werden vom Landesparteitag angenommen. Initiativanträge zum Landesparteitag von 30 Delegierten aus zwei Kreisen.
6. Die Redezeit für Diskussionen beträgt 10 Minuten.
7. Die Diskussionsredner erhalten das Wort, die Wortführer das Wort.
8. Berichterstatter können auf dem Landesparteitag das Wort erhalten.
9. Anträge zur Geschäftsordnung werden nur dann angenommen, wenn sie von der Mehrheit der Delegierten angenommen werden. Die Anträge werden in der Reihenfolge der Diskussionen behandelt. Die Anträge zur Geschäftsordnung betragen nicht mehr als 10 Minuten.
10. Die Abstimmung über Anträge erfolgt durch Handzeichen, dem je ein Redner für und gegen den Antrag.
11. Persönliche Bemerkungen sind zulässig.



Der stellvertretende Landesvorsitzende der SPD, Herr ... Arbeit, Gesundheit und Sozialismus, eröffnet den 2. Landesparteitag.

Weichenstellung in eine

Stellvertretender Landesvorsitzende

sinnen und Genossen! Bevor ich in den Namen der Sozialdemokratischen Partei des Landes eintrifft, erfülle ich die mir angenehme Pflicht, mich herzlich die 300 Delegierten zu begrüßen, die Mitglieder des Landesvorstandes, die Mitglieder der Kontrollkommission, Mitglieder der Kontrollkommission, Mitglieder der Kontrollkommission, unter ihnen die Gastdelegierten, unter ihnen die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei des Landes, besonders herzlich den Vorsitzenden der SPD in Nordrhein-Westfalen, Peter Michels. Ich schicke herzlichen Gruß dem Oberbürgermeister

Katzor sowie dem Oberstadtdirektor der Stadt Essen, der Stadt, in der wir heute und morgen Gastrecht genießen. Ich begrüße schließlich die Vertreter von Presse, Funk und Fernsehen, denen ich lebhaft und interessante Diskussionen und Beschlüsse als Grundlage für ihre Berichterstattung wünsche.

Lassen Sie uns nun derer gedenken, die seit dem letzten Landespartei-tag von uns gegangen sind. In diesen zwei Jahren verstarben 8283 Genossinnen und Genossen. Wir gedenken in dieser Stunde unserer Freunde und danken ihnen für ihre Arbeit in unserer Partei, für ihr Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus. Für sie alle nenne ich: Heinrich Thöne, verstorben im Juni 1972, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei seit 1913, Unterbezirksvorsitzender von 1950 bis 1958, viel-jähriger Oberbürgermeister der Stadt Mülheim/Ruhr. — Peter War-necke, verstorben im Oktober 1972, Mitglied unserer Partei seit 1926, der Arbeiter- und Naturfreundejugend seit 1923, viele Jahre Ortsver-einsvorsitzender in Köln, von 1964 bis zu seinem Tode Mitglied des Rates der Stadt Köln, wobei sein besonderer Einsatz für die Obdach-losen seiner Heimatstadt Anerkennung verdient. Gerd Benz, verstorben im Dezember 1971, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei seit 1946, vieljähriger Geschäftsführer des Unterbezirks Bielefeld/Halle und Mit-glied des Bezirksvorstandes Ostwestfalen. Jochen Bargmann, durch einen tragischen Unfall im Oktober 1972 aus einem aktiven politischen Schaffen gerissen, Mitglied unserer Partei seit 1956, von 1966 bis 1968 Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, Vorsitzender der Bildungspolitischen Kommission beim Lan-desvorstand, von 1964 bis 1969 Ratsmitglied in Wattenscheid, davon drei Jahre als Fraktionsvorsitzender, Landtagsabgeordneter seit 1966, Vorsitzender des Kulturausschusses in zwei Legislaturperioden und zuletzt Beigeordneter der Stadt Essen.

Die Arbeit und das politische Bekenntnis von Heinrich Thöne, Peter Warnecke, Gerd Benz und Jochen Bargmann bedeuten uns eine Ver-pflichtung. — Sie haben sich zu Ehren der Toten erhoben. Ich danke Ihnen.

Die Sozialdemokratische Partei hat in unserem Land vor nunmehr ein-einhalb Jahren eine neue Entwicklung ihrer Organisationsstruktur ein-geleitet. Wir haben damals in Dortmund die traditionellen Landesdele-giertenkonferenzen ersetzt durch unseren 1. Landespartei-tag. Das war mehr als nur ein neuer Name für einen alten Inhalt. Wir haben damals den Willen bekundet, die traditionellen Organisationseinheiten, die Be-zirke Mittelrhein, Niederrhein, Ostwestfalen und Westliches Westfalen,

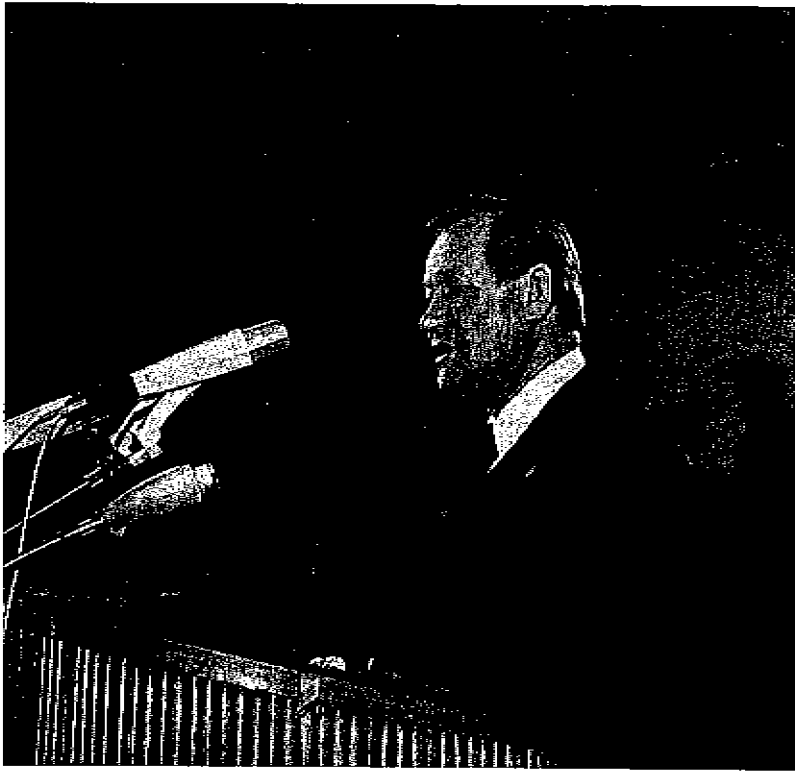
zu einem einheitlichen Landesver-band zu führen.

Guter Wille allein aber reicht nicht aus. Wir haben auch gewußt, daß es Verluste geben würde. Alles das nicht davon abgehalten, mit dem Verband zu beginnen.

Im Landesvorstand, im Landesamt für den Ausbau des Landesverbandes, das aus sieben Arbeitskreisen und neun Arbeitsgruppen besteht, ist der gute Wille der Landesorganisation sich diese Entwicklung bei der Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik, dem Beschluß unseres 1. Landespartei-tages, eine solche Kommunalpolitische Arbeitsgemeinschaft zu gründen. Viele Beratungen im Landesvorstand und in einem eigens eingesetzten Ausschuss, der am 15. Dezember 1971 aber konstituieren.

Der 2. Landespartei-tag, in den die Einstiegsphase des Landesverbandes, die Phase des Ausbaus und der Entwicklung, ist einmalig günstig; denn die Sozialdemokratische Partei dieses Landes ist aus dem vergangenen Jahres und aus dem vergangenen Jahr hervorgegangen. Ihr großer Einsatz hat bewirkt; er hat darüber hinaus unserer Partei zu aktivem Mitwirken ermöglicht, und zwar in einem Ausmaß, und wie wir es wohl auch nicht e-

Heute ist die erste Gelegenheit, die erfolgreiche Bundestagswahl, die hauptamtlichen Helfern ein herzliches Willkommen sagen. Wir wollen hierüber aber nicht sprechen, die den guten Wahlkampf der Sozialdemokratischen Partei umsetzen; ich meine hier in erster Linie die Ruhr, die durch ihre bewußte Er-



Der Oberbürgermeister von Essen, Horst Katzor, begrüßt die Delegierten und die Gäste

Brandts bewirkt haben, daß diese Wahl wesentlich in unserem Lande mitentschieden worden ist.

Die Zeichen stehen also wirklich günstig für diesen Parteitag. Er hat jetzt die Aufgabe, die Weichen für die nächsten Jahre zu stellen. Ich wünsche uns allen, daß es die Weichenstellung in eine erfolgreiche Zukunft für unsere Arbeit und für die Partei in unserem Lande sein möge. Der 2. Landesparteitag der Sozialdemokratischen Partei ist damit eröffnet.

Ich bitte nunmehr Horst Katzor, Worte der Begrüßung zu uns zu sprechen.

(Beifall)

Willkommensgruß der S

Oberbürgermeister Horst Katzor sitzender, zugleich Herr Minister und Herren! Liebe Genossinnen und Herren! Liebe Genossinnen und Herren! Ich begrüße Sie als Oberbürgermeister dieser Stadt begrüße die Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf das herzlichste. Dieses heißt mich allen den Delegierten, die die Zukunft unseres Landes bestimmen, und dem Vorstand der Stadt Essen, den Namen der 685 000 Bürger dieser Stadt, den Namen der Verwaltung.

Ich freue mich sehr, daß die Stadt Essen als Tagungsort gewählt wurde. Ich bin sehr froh, daß Sie mal sich hier bei uns, in der Innenstadt, befinden. Ich begrüße viele der gerade auf diesem Parteitag, die Probleme in ganz besonderer Weise angesprochen werden. Ich denke an das gerade in diesen Tagen, nämlich an die Forderung nach Reduzierung der Förderung von Steinkohleimporten und die Forderung nach Reduzierung der Förderung von Steinkohleimporten. Ich denke an das sichere Rezept, der ohnehin schon zu versetzen.

Um den Rahmen einer Begrüßung nicht zu sprengen, werde ich diese Frage nur kurz an, die Stadt Essen und die uns immer auf den Nägeln sitzende Frage der Steinkohlenbergbaustadt des Ruhrgebietes. Ich denke an die Entwicklung immer in besonderer Weise. Allein durch die letzten und die bevorstehenden Zechenstilllegungen werden noch bevorstehenden Zechenstilllegungen Arbeitsplätze. Die Hälfte aller Vorkommen in dieser Stadt, ein harter Kampf um Arbeitsplätze im Essener Steinkohlenbergbau. Das entspricht dem Verlust einer Stadt mit 685 000 Einwohnern.

Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist ein ernstes Problem. Deshalb ist diese Stadtverwaltung für manche spezielle Maßnahmen.



Herzlicher Willkommensgruß: Ministerpräsident Kühn und Oberbürgermeister Katzor, (sitzend) die stellvertretenden Landesvorsitzenden Regierungspräsident Bäumer und Landesminister Figgen

bar. Hierzu gehört auch die Gründung einer Gesamthochschule in der Stadt Essen.

Auf eine sinnvolle und langfristige Lösung kommt es bei einem weiteren Thema an, das die Gemüter hier nunmehr bereits seit einiger Zeit erhitzt. Ich meine die Gebiets- und Verwaltungsreform in unserem Land und hier besonders die Neugliederung des Ruhrgebiets, die ja nicht ausgeklammert werden kann. Und ein wenig fühle ich in dieser Sekunde auch mit der Position und Verantwortung, die sich daraus ergibt, des Vorsitzenden der Verbandsversammlung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk. Der Rat der Stadt Essen wird Ende dieses Monats zu den Vorschlägen der Landesregierung betreffend die Verwaltungs- und die Gebietsreform Stellung nehmen. Deshalb will ich jetzt darauf nicht näher eingehen. Im übrigen haben wir uns hier zur Frage eben dieses Komplexes nie marktschreierisch betätigt. Wir wünschen der Landesregierung bei der Lösung dieses Problems und auch der Steinkohlenfrage viel Fortune, im landläufigen Sinn ausgedrückt: eine glückliche Hand.

Der 2. Landesparteitag wird sich über Arbeit! Denn über 30 Anträge werden den Beratungen, ich wünsche den Beratungen, ich wünsche viel Erfolg, und zwar nicht nur auf dem Gebiet des Unterbezirks Essen unsern besten Wünschen gelten die bereits ausgesprochenen Willkommens, der herzlichen Grüße, zwar im Namen der rund 12 000 Mitglieder, 3000 Neuzugänge im vergangenen Jahr.

Ich freue mich, auch das als kleine persönliche Begrüßung hier unterbringen zu können. Glückauf!

Konstituierung des Landesparteitages

Stellvertretender Landesvorsitzender: herzlichen Dank! Die Mitglieder sind freundlich bekannt, und es ist mir eine Freude, den Tagungsort für diesen Parteitag begrüßen zu dürfen. 2.1:

Beschlußfassung

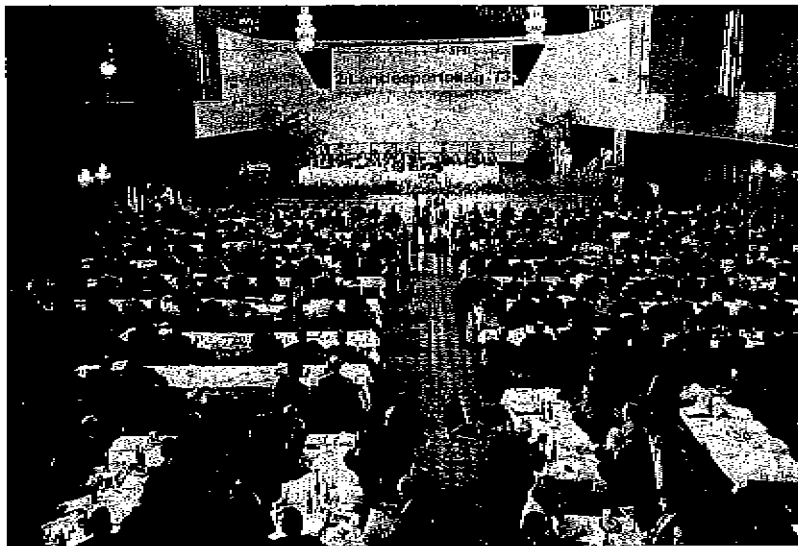
Die Tagesordnung ist euch bekannt. Wünscht? — Das sehe ich nicht. Das Handzeichen. — Wer ist da? — Mit ist die Tagesordnung einstimmig angenommen.

Die vorläufige Geschäftsordnung ist euch schon verschickt worden. Wünscht?

Geschäft

Jemand das Wort? — Bitte schön.

Drewniak (Gütersloh): Ich möchte als Diskussionsredner auf fünf Minuten zu Wort kommen. Ich wünsche größeren Effektivität und des Vortrags nicht unbedingt erforderlich sind.



Das große Auditorium der Delegierten und Gäste

Stellvertretender Landesvorsitzender F i g g e n : Wünscht jemand gegen diesen Antrag zu sprechen. — Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann wollen wir zunächst über diesen Antrag abstimmen. Wer dafür ist, daß die Diskussionszeit auf fünf Minuten begrenzt wird, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenstimmen! — Enthaltungen? — Eine Enthaltung!

Wir kommen damit zur Abstimmung über die Geschäftsordnung selbst. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer ist dagegen? — Enthaltungen! — Damit ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Wahlen — 3.1. des Parteitagspräsidiums

Bislang sind zu diesem Punkt folgende Vorschläge eingegangen: Bezirk Westliches Westfalen Hermann Heinemann, Dortmund; Bezirk Niederrhein Ingeborg Friebe, Monheim; Bezirk Mittelrhein Günter Schlatter, Köln; Bezirk Ostwestfalen Franz Bender, Brackwede —. Werden weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall.

Wer diesen vier Vorschlägen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer ist dagegen? — Enthaltungen? — Die Abstimmung ist einstimmig gewählt. Ich darf

Es steht noch an die

Beschlußfassung

Die Wahlordnung ist in die Geschäftsordnung der Gesamtpartei aufgenommen. Die Geschäftsordnung über die Wahl der Gremien des Landesparteitags beschlossen werden muß. Darf ich mit erledigt!

Vorsitzender Heinemann : Das Präsidium bedankt sich für das Interesse. Ich rufe Punkt

Wahl der Gremien des Landesparteitags und 3.4 Wahlprüfungskommission

Die Vorlage ist in eurem Besitz. Ich unterbreite sie. Werden weitere Vorschläge gemacht? — Mir wohl ersparen, die Namen der Wahlprüfungskommission in Personalunion

Ich darf darüber abstimmen lassen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Stimmungen? — Enthaltungen? — Die Abstimmung ist einstimmig so beschlossen!

Punkt 3.3 bedeutet, die

Antrag

nachträglich zu bestätigen durch die Delegierten — sie mußte ja vorher tätig sein — benannt worden. Wird dazu noch eine Abstimmung gegeben? — Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Enthaltungen? — Die Antragskommission darf die Mitglieder Antragskommission



Ministerpräsident Heinz Kühn auf dem Landesparteitag in Essen

zimmer zu treffen. Die Wahl- und die Mandatsprüfungskommissionen wollen sich im Gartenfoyer bitte zusammenfinden.

Wir haben damit den Punkt 3 der Tagesordnung abgehandelt. Bevor ich den Punkt 4 aufrufe, schlage ich vor, uns zunächst über einige Fristen zu einigen, Fristen in dieser Weise: Schluß für die Einreichung von Initiativanträgen und Vorschlägen für die Wahl in den Landesvorstand. Wir haben uns allerdings noch nicht abstimmen können. Das hat vorhin in Landesvorstand und -ausschuß zur Debatte gestanden. Von dort wird vorgeschlagen: Antragsschluß für Initiativvor-

schläge und Personenvorgeschläge. Morgen früh werden wir die Wahlen zu beginnen und zwischen den Wahlgängen einzuschieben. Sobald die Anträge fertig wären und die Wahlen nachher warten müßten, nur falls aufgerufen zu werden.

Darf ich fragen, ob gegen diese Vorgehensweise der Anträge und Verfahren abgesehen wird? Einwände gemacht? Bestehen Bedenken gegen die Abstimmung? – Stimmenthaltung? – Sonstiges? – Ich rufe den Punkt 4 der Tagesordnung auf.

Ich rufe den Punkt 4 der Tagesordnung auf.

Tätigkeitsberichte: 4.

Ich bitte dich, Heinz Kühn, das Wort zu nehmen.

Heinz Kühn: „Nach dem Erfolge“

Die spätere Geschichtsschreibung wird die Tagewahl vom 19. November 1972 als einen Wendepunkt in der Demokratie im Bewußtsein der Bundesbürger darstellen. Ich sage es von den Umständen her. Ich sage es von der Selbstbehauptung des Urteils. Ich sage es von der Verführungabsicht des Propagandisten. Ich sage es von der Tintenfischgleichheit, in die wir uns hineingelassen haben und Irreführung verbargen. Niemand hat das gesehen, daß die Bürger auf eine Flutwelle gegangen sind, die für die Demokratie bedrohlich war.

Und was für eine Flutwelle! Was soll das sein! Es war das Bündnis des Unverstandenen, auch manchen niedrigen! Ich habe das gesehen, daß nie ein Wahlkampf wie dieser die von oben getragen habe.

Es ist dies nicht die Stunde der Analyse des Wahlkampfes, sondern der Analyse des Wahlergebnisses.

Die Bundestagswahl vom 19. November 1972 brachte für die Sozialdemokratische Partei im Lande Nordrhein-Westfalen einen großartigen Wahlerfolg. Die SPD hat sich seit der letzten Bundestagswahl um 3,6 auf 50,4 Prozent gesteigert. Wir sind nun der einzige Flächenstaat mit sozialdemokratischer Mehrheit bei Erst- und Zweitstimmen! Die CDU hat nach einer ununterbrochenen Folge von Prozentverlusten bei allen Bundestagswahlen mit 41 Prozent nicht nur ihren tiefsten Stand in Nordrhein-Westfalen, sondern auch den höchsten Stand der Verluste in der Bundesrepublik erreicht. Mit einem Stimmenverlust, doppelt so groß wie im Bundesdurchschnitt, erteilten die Wähler der CDU in unserem Lande eine eindeutige Absage.

Zwar weist die langfristige Analyse der Wahlstatistik aus, daß die Aufwärtsentwicklung der SPD in Bund und Nordrhein-Westfalen grundsätzlich parallel verläuft, aber in deutlicher Akzentuierung:

Im Bundesgebiet steigerte die SPD ihren Stimmanteil von 1949 bis 1972 von 29,9 auf 45,9 Prozent, in unserem Land von 31,4 auf 50,4 Prozent. Im Bundesdurchschnitt betrug die Steigerung also 15 Prozent, im Land 19 Prozent. Damit haben wir einen zunehmend prägenden Einfluß auf die Wandlung der politischen Machtstruktur in Bonn ausgeübt.

Bei der Wahl am 19. November 1972 haben 5,5 Millionen Wähler in NRW die SPD gewählt, das sind fast 1 Million Stimmen mehr als bei der Bundestagswahl 1969. Von den 73 Bundestagswahlkreisen in NRW hat die SPD 52 direkt gewonnen, die CDU nur noch 21. Alle 10 Wahlkreise mit dem höchsten SPD-Anteil im Bundesgebiet liegen in unserem Land. Dagegen sind 7 der 10 Wahlkreise mit dem niedrigsten CDU-Anteil in NRW.

Interessant sind einige Fakten über die soziale und weltanschauliche Veränderung der Wahlentscheidung. Der große Wahlerfolg unserer Partei beruht zu einem großen Anteil auf der Entscheidung der Arbeiterschaft. Gegenüber 1969 sind die SPD-Anhänger in der Arbeiterschaft 1972 um 9 auf 69 Prozent angestiegen. 1969 betrug diese Steigerungsrate gegenüber 1965 nur 1 Prozent.

Im gesamten Bundesgebiet konnte die SPD tiefe Einbrüche in den katholischen Industrieregionen mit CDU-Tradition erreichen. Das zeigt sich vor allem im Saarland und im Raum Trier. Für NRW läßt sich die

gleiche Entwicklung im Münsterland und Aachen mit + 6,1 Prozent feststellen.

Überall da, wo nach repräsentativen Geschlechtern getrennt gewählt wurde, sichergestellt werden konnte, erweist sich die dritte Säule unseres Erfolgs. Die Generationen zwischen 18 und 24 haben SPD gewählt, ist die Mehrheit noch größer.

Am Rande gilt es noch einmal in Erinnerung zu rufen: Die politisch extremen Parteien haben trotz eines aufwendigen Wahlkampfes in den letzten Landtagswahlen noch 0,9 Prozent (die NPD hat lediglich 2 Prozent), auch die NPD hat lediglich

Zwei von drei Jungwählern haben die SPD gewählt. Und niemand hat wie die junge Generation - „Willy wählen!“ Die Wahlentscheidung der Jugend, beruht zuvörderst auf Vertrauen in die überzeugende Persönlichkeit und die Zukunftskonzeption in den programmatischen Aussagen. Die SPD mußte denn auch Köppler eingestellen, haben wir kein Bein auf den Boden

Die starke Verjüngung von Wählern stellt uns aber auch vor Probleme, die unsere Integrationskraft sind. Zwei Grundhaltungen sind mit dem Generationsproblem, das allein nicht erklärt werden können. Das Verhältnis in unserer Partei, das einschätze als die schwächende Wirkung der Begegnung, die Rivalität, die Konkurrenz einer älteren und mittleren Generation mit der Bewährungszeit in dem Vierteljahrhundert mit viel Pragmatismus und wenig Idealismus unserer Wohnstädte und den Ruinen, die gebaut worden ist, was in der Welt nicht fand, bevor jemand in der Welt den jüngeren und jungen Generation, die noch vor ihrer Bewährungszeit steht, den Idealismus die Unzulänglichkeiten der Bedingungen der Vergangenheit und d

sondern an den ungeduldigen Utopien und erstrebten Zielen der Zukunft messen.

Die einen haben oft die Fähigkeit verloren, aus theoretischen Fundamenten und idealistischen Rezepten zu diskutieren. Die anderen vermögen häufig noch nicht zu begreifen, daß es nicht die Aufgabe der Politik sein kann, die gegebenen Realitäten im Prokrustesbett der Ideologie in die Maße erträumter Wünsche zu zwingen: entweder hackt man ihnen ein Stück von den Beinen oder man zerrt sie einen halben Meter länger als sie sind.

Was ist eigentlich an diesem Spannungsverhältnis ein Malheur? Die einen werden gezwungen, sich wieder der heilsamen Erkenntnis zu entsinnen, daß politische Aktion tiefer begründet sein muß als in den Opportunitäten des Tages. Die anderen werden begreifen lernen, und das wird für sie genau so heilsam sein, daß die theoretische Abstraktion selten die notwendige Reform bewirkt.

Wir werden in dieser Diskussion, die eine Diskussion nicht nur zwischen Generationen, sondern zwischen Temperamenten und Lebenshaltungen ist, aufmerksam aufeinander hören und redlich miteinander umgehen müssen. Das gilt für beide Seiten! So wie für beide Seiten gilt, manchmal auch einen Puff aushalten zu können! Manche Besorgte sehen da allzu schnell die Partei bereits subversiv unterwandert, wenn ihnen von sich besonders gescheit haltenden Junggenossen in verquastem Soziologen-Deutsch ein paar intellektuelle Unverdaulichkeiten angeboten werden. Und da sind manche Jungsozialisten, die sich wieder laut lamentierend, wie zur Zeit der Christenverfolgung, von den Löwen des Partei-Establishments durch die Parteiarena gejagt darstellen.

Nun bin ich — in wenigen Jahren fast ein halbes Jahrhundert dazu gehörend — nicht naiv genug, die Gefahren zu verkennen, die auch in diesem Prozeß stecken. Manche Kräfte aus der APO — eine heterogene, in ihren Elementen unterschiedlich zu bewertende Bewegung — der Zeit der Großen Koalition haben in der Zeit der sozial-liberalen Koalition den Weg in unsere Partei gefunden: mit unterschiedlichen Aufrichtigkeitsgraden. Für die einen ist es der Weg der loyalen Überzeugung in eine neue politische Heimat. Für andere ist es eine Zwischenphase überdauernder Unterschluß. Beiden Typen begegnen wir gelegentlich bei dem langen oder kurzen Marsch durch die Institutionen der Partei. Wiederum mit unterschiedlichen Zielsetzungen: die einen, um die Partei ihrem Verständnis von den Notwendigkeiten der

Zeit anzupassen, die anderen, um sie eine Partei anderen Typs zu verwandeln.

Diesem Risiko, das in jeder Integration aufgeschlossen aber aufmerksam gemacht werden versucht habe, gehört nur ein „sozialistischer“, sondern ist ein viel generellerer Integration. Ja, ich, die zwei Jahre Landesverband NRW zwischen Parteiführung und Jungsozialisten, erfrischendem Konflikt und gallegefäßstruktiv war. Dennoch wäre es nicht, daß manche Formulierungen jungsozialistisch außerhalb als innerhalb NRW — den Nerven erwecken, das mir zu weit schaffte der Partei, sondern eher eine

Ich will zu einem Ereignis ein offenes, viele ein verantwortliches Wort auch Verantwortung und nicht nur von Seiten erwarten: Ich meine das furchtbare namesischen Volkes und der amerikanischen Armee gegen Zivilisten.

(Beifall)

Das Wort, daß man darüber zwar offen kann ich mir nicht zu eigen machen. Den Zwist in einer Familie, der niemand in der Intimität der Familie erörtern es um ein humanes Problem der Welt, wir uns öffentlich bekunden müssen.

Öffentliche Kritik kann eine Pflicht sein. Ist Kritik unsere Pflicht. Ich halte es für die Umkehr jenes Wortes von Bert Brecht: „Die Fehler von Freunden, die Fehler von Feinden.“ Die einen verschweige man

Gewiß hat die deutsche Politik den amerikanischen Rezept für die Beendigung des Vietnamkriegs bieten. Wohl aber haben wir den US-Präsidenten, der die bekundete Friedenswille Washington

liert und die USA ihr Ansehen in der gesamten Entwicklungswelt verspielen, was eine Sache ist, die auch die Bündnispartner moralisch und politisch angeht. Und mehr noch: Wir haben das Recht und die Pflicht, unser Entsetzen auszudrücken, wenn unschuldige Kinder und hilflose Frauen den Bomben rücksichtsloser Flächenbombardements zum Opfer fallen. Und ich verstehe sehr wohl, daß dabei junge Menschen ihrem Protest leidenschaftlicheren Ausdruck geben, als die, die in der Verantwortung der Regierung stehend, ihre moralischen Empfindungen mit politischen Rücksichten verbinden müssen. Die Empfehlungen von manchen Jusos, die Ausgleichszahlungen der Bundesrepublik an die USA zu stoppen, bekundet eine im Grunde unpolitische Denkwiese. Wir werden den östlichen Krieg in Vietnam nicht beenden, in dem wir das westliche Bündnis mit den USA beenden!

Aber mein Wort – offen und öffentlich – zu sagen, bleibe ich verpflichtet. Ich habe es gegen das griechische Obristenregime, gegen den portugiesischen Kolonialismus, gegen die sowjetische Pragunterwerfung getan. Und ich glaube daran, daß auch das moralische Wort sein politisches Gewicht in der Welt hat!

Wir erwarten von der Regierung der USA die Einsicht, daß sie den Frieden in Vietnam nicht herbeibomben kann! Und wenn der stellvertretende Verteidigungsminister der USA, Clements, sogar den begrenzten Atomwaffen-Einsatz in Vietnam zu rechtfertigen versucht, dann muß dies den offenen und öffentlichen Protest der ganzen Welt herausfordern!

(Erneuter lebhafter Beifall)

Die sozial-liberale Landesregierung und sozialdemokratische Landtagsfraktion blicken mit Genugtuung auf die quantitativen Ergebnisse,

- aber auch manche qualitativen! – die unter ihrer Verantwortung im Hochschulbereich erzielt worden sind:
- Schaffung der Voraussetzungen für die strukturelle und inhaltliche Hochschulreform durch das Gesamthochschul-Entwicklungsgesetz,
- Errichtung von fünf neuen Gesamthochschulen in Duisburg, Essen, Siegen, Paderborn und Wuppertal mit einem Ausbau für 34 700 Studenten 1975 sowie der Ausbau der bestehenden Universitäten

mit 850 000 qm Nutzfläche und Milliarden DM,

- Bauprogramm der Hochschulen mit einem Finanzvolumen von Bielefeld und Düsseldorf sowie Düsseldorf, Münster.

Nicht nur der Ministerpräsident, auch dieser Stelle Johannes Rau und H kooperatives Zusammenwirken!

Zumindest gleichzeitig mit dem äußeren die innere strukturelle Reform. Die gemeinsam von konservativen Studenten – wobei die ersteren es es meist nur zu sein glauben! – die Hochschule hat hier fast völlig versenkt.

Johannes Raus drängende Forderung eines Staatsvertrages über die Studienreform eines Alleingangs der sozialdemokratischen Länder war notwendig. Auch die Eignungsorientierter zu qualifizieren.

Ich will hier nicht den bekannten behandeln, sondern zu zwei Problemen jedem gebilligtes Wort sagen.

Ich höre und lese viel Protest gegen die Schule und Fachhochschule und

Auch ich bin gegen die Vergötzung und materieller Erfolg als gesellschaftlicher Stab ist allzu häufig Ausdruck einer kapitalistischen Gesinnung: ob man Sprachgebrauch den einzelnen dann klar er „wert“ ist; oder ob man im den „Helden der Arbeit“ nach seinem Wertet und dekoriert. Demokratische vor der Aufgabe, gesellschaftliche Leistungsbereitschaft, ja die Leistungsgeneration anfeuern können.

Aber mir scheint, daß manches, was in der Hochschuldiskussion als Protest gegen Leistungsdruck auftritt, mehr Flucht aus einer Leistungsbereitschaft zu sein scheint, einer Leistungsbereitschaft, die aber gerade auch an unseren Hochschulen erwartet werden muß, wenn die Gesellschaft mit Blick auf die Zukunft ihre notwendigen Reformnotwendigkeiten erfüllen will.

Gerade an den Hochschulen, sagte ich. Die Zeit der universitären Alt-Heidelberg-Romantik

(Beifall)

ist vorbei. Nicht der väterliche Geldbeutel, sondern der staatliche Steuersäckel finanziert das Studium jedes Studenten. Heute kostet jeder Student jedes Jahr jeden Steuerzahler mehr als 200 DM und die Studienplätze kosten je nach Fakultät 9000 bis 15 000 DM. Der Haushaltsansatz für das Hochschulwesen ist in Nordrhein-Westfalen seit 1970 um mehr als 200 Prozent gestiegen.

Dabei haben wir die bildungspolitischen Anforderungen im Gesamtspektrum zwischen Kindergarten und Hochschule zu bewältigen. Jede bewilligte Million für die Hochschulen konfrontiert mich schmerzlich mit jeder fehlenden Million für die Berufsbildung!

(Beifall)

Ich bin fern davon, demagogische Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Die Milliarden für unser Hochschulwesen sind notwendig, wenn wir den Wettlauf der Industrie- und Kulturnationen der Welt nicht verlieren wollen. Die Hunderte Millionen für unsere Berufsbildung sind es auch!

(Beifall)

Auferlegter „Leistungsdruck“? Nein, aufzubringende Leistungsbereitschaft! Das ist das Problem! Für Sozialdemokraten ist Leistung ein Wertmaßstab. Kein Staat kann gesellschaftspolitische Reformkraft entwickeln, ohne steigende ökonomische Produktivitätskräfte zu erbringen. Steigende Produktivitätskraft in Industrie und Dienstleistung, die individuell und gesellschaftlich auf Leistungskraft und Leistungswillen beruhen! Auch die Kulturgesellschaft, die wir erstreben, wird eine Leistungsgesellschaft sein. Im Entwurf des „Langzeitprogramms“, das wir auf dem Parteitag in Hannover diskutieren werden, heißt es: „Mehr Chancengleichheit bedeutet auch mehr Wettbewerb. Der Abbau der Bildungsbarrieren und die Demokratisierung unseres Bildungswesens würden zur Farce, das Bildungssystem würde zu einer riesigen leer-

laufenden Maschinerie, wenn die Bereitschaft der Lernenden und die Maße gefordert würden.“

Und ein Zweites: Recht auf Bildung an Universitätsplätzen für jeden, so es nicht: daß jeder Abiturient studieren will, wo auch immer er will, wie

Wir brauchen eine vorausschauende Hochschulausbildung, die die Anforderungen der Zukunft offen stehen.

An den Hochschulen brauchen wir eine und strenge Studiendauerbeschränkung aus dem momentanen Problem der Konkurrenz aus sehr viel grundsätzlicheren Bildungsverantwortung und des Bildungswesens in den fünfziger Jahren nachdrücklich sagen – Akademisierung der Nation

Mobilisierung der Begabungsreserven, Demokratisierung der Chancen bei hohem Leistungsniveau. Demokratisierung schärft den Leistungswettbewerb.

Otto Bauer, der Führer der österreichischen Sozialdemokratie, hat schon den beiden Weltkriegen, hat geprägt von den „kulturellen Hinterlassenschaften“ der Sozialdemokratie, der Mobilisierung der Begabungsreserven in den „Hintersassen“, und produzierend nach ihren Begabungen, die gefördert werden, durch Demokratisierung, die befähigt, und so sollte die Vielfalt der europäischen Kultur vermehrt werden.

Aber nirgendwo ist damit die Forderung mit einem akademischen Diplom angeteilt: auch der Arbeiter, Arbeiter bei der Leistung so qualifiziert, in seiner Leistung, daß er als selbstbewußter und gleichwertig mitentscheiden kann. begabten Söhnen und Töchtern v



Vor Beginn des Parteitags: Heinz Kühn trägt sich in die Anwesenheitsliste ein

Arbeitern selbst über den Weg der Autodidakten wie über besondere Bildungswege, sollte der Weg zu jedem Beruf möglich sein.

Heute scheint mir, wenn ich die Ausbildungsforderungen mancher Berufsorganisation sehe, daß manche bewußt oder wie ich meine, unbewußt auf eine neue Klassengesellschaft hinsteuern: Was die Hände beschmutzt, wird von Gastarbeitern ausgeübt. Was die Deutschen beruflich ausüben, wird vollakademisiert. Das mag holzschnitthaft vereinfachend, aber damit auch verdeutlichend gesagt sein.

Sozialkonflikte völlig neuer Art könnten so entstehen, auch die Proletarisierung des Akademiker-Überschusses gehört dazu: In Schweden, wo die grundsätzlich richtige Politik der Weckung der Bildungsverantwortung am ehesten begonnen hat, ist nach jüngsten Meldungen jeder fünfte Studienabsolvent arbeitslos.

Numerus clausus als aufgezwungene sich zuspitzende Engpaßsituation, die als gewolltes Ausleseinstrument und Leistungswillen gerichteten morgen wäre gut!

Aus unserer Wahlbilanz hebt sich der katholische Bevölkerungsanteil besonders

Der Aachener Raum — das Westm... Und dies ist kein besonderes sing... Prozent der Katholiken der Bundes... dies trotz einseitig auf CDU-Begün... lischer Wahlerklärungen.

Diese Tendenz zeichnete sich bereits... tagswahlergebnis von 1969 ab. Die... Art Menetekel begriffen, sondern... tet. In Wirklichkeit ist es das Erg... vollziehenden Prozesses:

1. des sich wandelnden Verhältnisses zwischen Staat und Kirchen,
2. des sich wandelnden Bewußtseins der Menschen unter den sich wandelnden Bedingungen unseres modernen Industrie-

Wir alle kennen Kurt Schumacher... gültig sei, ob jemand durch die Mar... lyse, oder aus philosophischen o... aus dem Geist der Bergpredigt Sch... hat für die Behauptung seiner g... Begründung seiner Motive das glei...

Das Godesberger Grundsatzprogra... verständnisses der modernen Sozi... Selbstinterpretation gemacht: Die... schaft von Menschen, die aus v... richtungen kommen. Ihre gemein... Grundwerten Freiheit, Gerechtigke... tischen Zielen. Ihre individuelle Be... schiedlichen Fundamenten. Parte...

„vorletzter Werte“. Individuen leben oder sollten leben aus einem tieferen Fundament, aus der Verwurzelung in letzten Werten.

Die SPD ist eine Partei maximaler Einheitlichkeit des Handelns und zugleich eine Partei maximaler Vielfalt der Begründung dieses Handelns. Deshalb wird sie auch nie ein weltanschauliches Adjektiv mit ihrem Parteinamen verbinden, – weder das christliche noch ein anderes.

(Beifall)

Weil die christlich geprägten und kirchlich gebundenen Bürger erkannt haben, daß diess Selbstverständnis der Sozialdemokraten durch ihre praktische Politik bewiesen und nicht etwa nur durch ihr programmatisches Bekenntnis behauptet wird, ist der Versuch der CDU und ihrer Helfer aus dem Verbandskatholizismus so kläglich gescheitert, längst eingeebnete Gräben zwischen Christen und Sozialdemokraten mit dem Schreckgespenst des Marxismus neu aufzureißen. Als Wahltaktik wie als Machtstrategie ist dies für die Union definitiv zu einer Fehlspekulation geworden.

Die Veränderung der Einstellung der Katholiken zur SPD reicht bis weit in den katholischen Klerus, was die Intellektuellen Büchsenspanner und Stabschefs für Ideologie im „Rheinischen Merkur“ zu bitterböser Ironie veranlaßt: Die Unions-Kandidaten hätten im „christlich geprägten Raum“ oft genug „kritiksüchtigen Kaplänen und Religionslehrern“ gegenübergestanden. „Die dringend notwendige Öffnung zur Welt hatte aktivistische neue Gläubige produziert, die den Gottvater-Bart der Devotionalien ihrer Kindheit in den Vollbart von Karl Marx transponierten.“

Und der CDU-MdB Abelein (Aalen-Heidenheim): „Wenn die katholischen Geistlichen zunehmend diskutieren, darf man sich nicht wundern, daß Herr Brandt in die Position eines Seelsorgers aufrückt.“

Der „Rheinische Merkur“ kommt zu dem Schluß, dem falschen Schluß: Es sei das entscheidende Wahl-Dilemma der CDU bei katholischen Wählern, „die fehlenden Integrationsfaktoren im kirchlichen Bereich“ verloren zu haben. Also: Versagen der katholischen Geistlichkeit als Wahlhelfer der CDU.

Die Wahrheit ist: Die Katholiken haben ihre Wahl-Entscheidung in Übereinstimmung gebracht mit ihrer Einsicht in die Erfordernisse der Zukunft unserer Gesellschaft und unserer Welt, wenn dies, eine sittlich

bessere und lebensfähigere Zukunft ist. Sie haben nicht nur die sozialdemokratische Partei, sondern auch die moderne Enzyklika Ihrer Kirche bei der Wahl zum Reichstag, zum Bundestag, zum Landtag, zum Merkur und der Führung der Union

(B)

Aber ich will die Problematik des Zusammenlebens von sozialdemokratischer Partei und katholischer Kirche nicht in der Isoliertheit tauchen. Die katholische Kirche ist eine der tragenden Kräfte der Gesellschaft. Die Kirche hat die Aufgabe, die soziale Aufgabe in der notwendigen Reform der Gesellschaft zu tun, dies auch in Zukunft tun wird! Die Spannungen ergeben, in denen die Sozialdemokratische Partei und die

Wir werden uns dabei in gegenwärtigen Verhältnissen zu einem Dienstbarkeitsverhältnis begeben. Die Sozialdemokratie wird zum Hilfsmittel der Regierung bereit, die Regierung als Hilfsmittel

(E)

Ich gehöre nicht zu denjenigen, die den Substanzverlust der modernen Gesellschaft nicht wenige an die Stelle der Religion tritt, was ich nicht als Gewinn zu be

Der Katholik Kennedy sagte im „Rheinischen Merkur“: „Nach meiner Erfahrung sind Protestanten und katholische Sozialdemokraten die deutsche Parallele zueinander. Ich ziehe, sichtlich der katholischen Schwermut, auch immer die Partei der Sozialdemokraten, so sehr könnten wir sehr wohl werden.“

Die Kirchen müssen in Glaubenssachen für ihre Gläubigen sagen können: „Die Kirche soll bloß Amen.“ Oder wie die Jung

dankengut kein gestalterisches Element für unser Staatswesen darstellen."

Wir begegnen dieser Situation gewiß sehr bald im Bundestag bei der Problematik des § 218. Ich hoffe, daß sich bei der Initiative der beiden Koalitionsfraktionen die Fristenlösung durchsetzt. Die Entscheidung wird sich dabei niemand leicht machen dürfen. Und wir werden — wie bei der Todesstrafe — jedes Abgeordneten Gewissensentscheidung zu respektieren haben.

Der Anspruch religiöser und weltanschaulicher Gemeinschaften, daß ihre Mitglieder nach ihren sittlichen Überzeugungen leben können, muß gesichert sein! Niemand darf gezwungen werden, in einer freiheitlichen Gesellschaft, gegen seine sittlichen Grundsätze zu leben und zu handeln. Diese Entscheidungsfreiheit gilt selbstverständlich auch für Fristenlösung oder Indikationslösung. Die Straffreiheit einer Schwangerschaftsunterbrechung enthebt den einzelnen nicht der Gewissensentscheidung. Kein katholischer oder evangelischer Christ, der sich den Geboten seiner Kirche verpflichtet fühlt, braucht sich durch eine Änderung des Gesetzes zu einer Änderung seiner sittlichen Wertung und seines persönlichen Verhaltens veranlaßt zu sehen. Wohl aber bin ich davon überzeugt, daß es — wie bei der Pille — keine konfessionelle Differenzierung im praktischen Verhalten geben wird.

(Beifall)

Auf dem Landesparteitag der Sozialdemokraten des Industrielandes an Rhein und Ruhr gilt es, ein deutliches Wort zur Frage der Mitbestimmung zu sagen. Für uns Sozialdemokraten ist die paritätische Vertretung von Kapital und Arbeit ein gesellschaftspolitisch unverzichtbares Postulat.

(Beifall)

Wenn wir Demokratie nur als allgemeines, gleiches und geheimes Stimmrecht jedes Bürgers in der Politik betrachten und nicht als gleichwertiges und gleichgewichtiges Nebeneinander von Kapital und Arbeit in der Wirtschaft, dann werden wir die Chance der Demokratisierung unserer Gesellschaft nicht begründen. Dies ist mehr als das Problem einiger Aufsichtsratssitze oder Arbeitsdirektorenplätze. Die formale Demokratie des gleichen Stimmzettels ist nicht die soziale Demokratie der gleichen Chance in der Gesellschaft.

Ich kann dem Generalsekretär der FDP fast vorbehaltlos beipflichten, wenn Flach vor Unternehmern ausführte: „Das marktwirtschaftliche

System, das erhalten bleiben soll, und feudalisieren und dann eines Tages wird neue Wege einer echten Eigentumsverteilung im marktwirtschaftlichen System wird in der Wirtschaft zu diskutieren und diktieren und dann oder es wird sich einer gerechteren Lösung öffnen."

Der Teufel sitzt im Detail und die FDP weiß hat sich auch die FDP zum Thema der Wertigkeit von Kapital und Arbeit in der Entwicklung nicht gering werten bei den letzten Jahren die Verfügungsgewalt über die Eigentumsrechte an Produktionsmitteln gegeben: in der Mitbestimmungsforderung mußte die FDP vor Freiburg einsehen, daß von Freiburg zu werden. Und ich sehe die Erkenntnisgewinnung und wachsende Anerkennung von der sich alle die Ehren- und die Erben, Erich Mende, Starke — Kienbaum und die FDP vor Freiburg eine Anerkennung ist, so wird die FDP nach Freiburg!

Die paritätische Mitbestimmung, die Gewerkschafter einig sind, will kein Unternehmen zu befürchten scheint oder von den Unternehmern Staat und wir

(Beifall)

Aber wir wollen eine soziale Demokratie, der Bedeutung der gesellschaftlichen Balance der Mitbestimmung die

Wer würde zu behaupten wagen, daß die Mitbestimmung in der Montanindustrie der letzten Jahre an Rhein und Ruhr so erfolgreich wäre. Das Maß an staatspolitischer Einsicht, daß Gewerkschaften haben, hätte ich mir bei manchen

(Zurufe: S)

Natürlich stellen die Manager und Anteilseigner der Großindustrie bei der Mitbestimmung die gleichen Jeremiaden an, wie 1920, als das Betriebsrätegesetz eingeführt wurde; die gleiche Grundeinstellung, nur um 50 Jahre fortgeschrieben. Und ich frage mich manchmal, ob die „leitenden Angestellten“, die der FDP unzweifelhaft am Herzen liegen, nicht dennoch weniger auf ihre Mitbestimmungshaltung Einfluß haben, als die Manager und Anteilseigner, die für die FDP ebenso unzweifelhaft wichtig sind.

Nun will ich nicht sagen, daß die leitenden Angestellten als „dritter Faktor“ im FDP-Mitbestimmungsmodell ohne jede Diskussionsberechtigung wären. Gewiß werden leitende Angestellte in der Regel ihr Selbstverständnis als Vertreter der Eigentumsinteressen haben. Sie neigen mithin dazu, ihre Entscheidungen einseitig an den Interessen des Eigentums zu orientieren. Aber mancher leitende Techniker im Betrieb steht den Arbeitern näher, sei es auch nur um des Betriebsklimas willen, das auch ein Teil seines Lebensklimas ist, als mancher leitende Bankmann im Aufsichtsrat dem Betrieb nahesteht, da er nur die Interessen der großen Anteilseigner sieht.

„Leitende Angestellte“ – wobei dieser Begriff der Abgrenzung bedarf: wie weit unter die Vorstandsebene? – sind nicht notwendigerweise kapitalorientiert, wenn sie es auch heute noch vorwiegend traditionellerweise sind, sondern möglicherweise arbeitsorientiert, das heißt auch arbeiterorientiert. Aber dies ist ein Problem der differenzierten Repräsentanz der Betriebszugehörigen im Betriebsrat und nicht die Grundlage eines neuen Klassenwahlrechts zum Aufsichtsrat. Im Aufsichtsrat, der die Entscheidungen der Unternehmensführung kontrolliert, bedeutet eine eigene Vertretung der „leitenden Angestellten“ aus eigenem Wahlrecht eine Preisgabe der gesellschaftspolitisch unaufgebbaren Position der Gleichstellung von Kapital und Arbeit. Dazu ist die Sozialdemokratie auch in der sozial-liberalen Koalition niemals bereit!

(Beifall)

Aber dennoch bin ich in der Frage einer möglichen Vereinbarung über die Mitbestimmung nicht ohne Optimismus, da ich die Ansätze von Modellen zu erkennen glaube, die für Gewerkschaften, Sozialdemokraten und Freidemokraten akzeptabel sind. Sozialdemokraten müssen allerdings festhalten an den beiden Prinzipien: Gleichwertigkeit von Kapital und Arbeit und Beteiligung der Gewerkschaften an der Besetzung der Aufsichtsräte.

(Beifall)

Wir sind in Nordrhein-Westfalen bere... der sozial-liberalen Koalition. Wenn u... macher“ nannte, so bezeichnete uns... väter“ der sozial-liberalen Koalition. überproportionale Zuwachs an Stim... fällische SPD aus den Wahlurnen h... ermöglicht und zementiert.

In NRW hat bei der Bundestagswahl... Zweitstimmen gegenüber nur 41 Pro... Abstand zwischen Koalition und Oppo... so groß wie auf der Bundesebene: 17... Bündnis, wenn es geschichtsprägend... Kraft für die Bundesrepublik gewinn... Zeitraum als nur eine Legislaturperio... auf mindestens ein Jahrzehnt orien... schon gerne in der Regierungserkläru... Denn erst in einem solch längeren Ze... weise längerfristige Reformprogramm... das Bündnis noch den Charakter eines...

Wer 1969 und 1972 an den Regierungs... teilgenommen hat, weiß, wie sehr sie... wartung in das Klima der verlässlich... Dies bedeutet nicht, daß diese Koaliti... monte wäre. Das ist keine Koalition, fristig beabsichtigtes Bündnis auf Zeit... ten Zielsetzungen verwandten und i... schiedlichen Kräften. Der christdemol... hat einmal gesagt, Koalitionen seien... Seitensprüngen.

In jeder Koalition gibt es die Versuch... gen, deren Verwirklichung im Bündnis... punkte nicht in Übereinstimmung geb... selnden Mehrheiten verwirklichen zu... wechselnder Parlamentsmehrheiten, -... tionspartner bei ihm bedeutsamen... bündnisse mit der Opposition sucht -... zerrütten. Jede Koalition, die unter d... der Mehrheiten den Hafen des Re... würde das Koalitionsschiff zum Kentern...

Das Selbstbewußtsein der FDP bewegt sich nach der Bundestagswahl zwischen Hochgefühl und Ungewißheit. 8,4 Prozent der Zweitstimmen beweisen, daß sich die FDP konsolidiert hat. Dieses parteipolitische Ergebnis der sozial-liberalen Koalition für die FDP ist ein berechtigtes Fundament für ein gefestigtes Selbstbewußtsein.

Niemand kann aber auch den Faktor der Beunruhigung übersehen, der in der Diskrepanz von Erst- und Zweitstimmen der FDP liegt: Im Bund stehen 8,4 Prozent Zweitstimmen 4,8 Prozent Erststimmen gegenüber. In NRW sind es 7,9 Prozent Zweitstimmen, 4,9 Prozent Erststimmen. Niemand wird dabei übersehen können, daß die Erfahrung lehrt, daß bei Landtagswahlen das FDP-Ergebnis sehr viel näher bei den Zweitstimmen der Bundestagswahl als bei den Erststimmen liegt.

Und niemand bei uns Sozialdemokraten wird den FDP-Unterschied der Stimmen auf sozialdemokratische Leihstimmen buchen dürfen. Es ist der Ausdruck einer sehr bewußten Anwendung des Stimm-Splittings durch den Wähler: Es hat für die Koalition nicht nur SPD- und FDP-Wähler gegeben, sondern bewußte Koalitions-Wähler, die ihr Vertrauen dem sozialdemokratischen Kanzler Willy Brandt, nicht aber der Sozialdemokratischen Partei als Mehrheits-Regierungspartei bekunden wollten. Sie wollten bewußt die sozial-liberale Koalition unter Willy Brandt.

Koalitionsbildungen haben ihre eigenen Probleme. Am besten koalitiert es sich mit sich selbst! Und selbst dahinter möchte ich schon meine Zweifel setzen! Das Parallelogramm der Kräfte zwischen den unterschiedlichen Personal-, Sach- und Parteigesichtspunkten ist schwerer herbeizuführen, als jedem der Beteiligten wünschenswert ist. Ich z. B. hätte gerne bei der Bonner Regierungsbildung ein eigenes Energieministerium gesehen.

Und da ist noch ein geradezu ehernes Gesetz der Koalitionsbildung, das Unlustgefühle auszulösen geeignet ist: Die Koalitionspreise stehen immer im umgekehrt proportionalen Verhältnis zur Parteigröße. Mit vier klassischen und einem Sonderministerium für die FDP ist dies im Bunde so wie es bei der letzten Koalitionsbildung in NRW war.

Aber die Effektivität und innere Balance einer Regierung beruht nicht auf der quantitativen Beteiligung, sondern der qualitativen Zusammenarbeit. Das bedeutet: der maximalen Bereitschaft, aufeinander zuzugehen, der partnerschaftlichen Bereitschaft, die besonderen Probleme des anderen zu respektieren. Aufeinanderzugehen kann gelegentlich

auch bedeuten aufeinander losgehen! sein, wenn es Konflikte auszutragen meine landesväterliche Vermittlung zwischen DGB und FDP in unserem gelöst wird, in der auch Horst Riemer Gewiß mag einen Landesvorsitzenden fechten, persönliche Genugtuung zu nehmernahe Zeitschrift wie „Capital“ einzige Lichtblick der Unternehmer nach den Bundestagswahl“. Aber daß Riemer FDP gerne unter dem dort genannten sieht, glaube ich nicht. Wohl glaube ich „wahre Geldsegen“ ihm gefällt, falls lich zufließt.

Es ist üblich geworden, daß man die Politik „Rechts“, „Mitte“, „Links“ orientiert. W Koalition gesagt: „Dies bedeutet ein und des Ausgleichs, der Erneuerung und der neuen Mitte genannt habe.“

Mag das für ein Bündnis gelten, – gilt der Mitte treten sich allmählich alle an will den Kurs einer „fortschrittlichen M unsere Position „links von der Mitte wird in der politischen Geographie he von den demokratischen Parteien nur manche Bürger noch Aversionsgefühle – wir dürfen uns nicht scheuen, den B ihn nur entdämonisieren. Genau wie r kraten“ und „demokratische Sozialist Klassenkampfadeologen einen Gegensatz obwohl unsere gemeinsame Überze gramm“ nachzulesen ist: „Sozialismus verwirklicht, die Demokratie durch o Brandt hat in seiner Rede zum 20. Tod das Wort von Bismarck erinnert, als im Deutschland die Konservativen gegen d polemisierten: „Wenn man mir sagt, da das gar nicht ... Ich habe schon vor Staat ohne einen gewissen Sozialism Bismarck vor fast hundert Jahren beka

mehr schrecken, selbst wenn Konservative und Reaktionäre des Alphabets von Abs bis Zoglmann das ärgert.

Obwohl die CDU alles versucht hat, was an Diabolisierung erdenkbar war, hat sie den Wahlsieg des Kanzlers und seiner Partei nicht verhindern können. Die Zeit der roten Schreckgespensterei und der sozialistischen Verteufelung ist endgültig vorbei! Wenn auch — auch das muß gesagt werden — manche durch revoluzzerische Spintisiererei den Gegnern ihr Verfälschungsgeschäft erleichtert haben.

Ich habe auf der Landesdelegierten-Konferenz in Mülheim 1968 das Selbstverständnis unserer Partei als einer „linken Volkspartei“ zu definieren versucht und dabei gesagt, „die Sozialdemokratie habe sich mit dem Godesberger Programm die Gestalt einer Volkspartei neuen Typs gegeben, die weder Klassenpartei noch Weltanschauungspartei sei, sondern ihr soziologisches Fundament so breit und ihre geistige Architektur so weit verstehe, daß Menschen sehr unterschiedlichen sozialen Standorts und sehr unterschiedlicher weltanschaulicher Verwurzelung in ihr ihre politische Heimat finden könnten.“ „Dies“, so habe ich damals gesagt, „war ein großer Schritt nach vorn, ein Schritt, der zudem die notwendige Voraussetzung zu einer sozialdemokratischen Mehrheit darstellt, wenngleich seine geistige Bedeutung in der Geschichte des freiheitlichen Sozialismus größer ist, als seine machtpolitische Bedeutung im Kampf um die Gestaltung des Staates. Diesen Schritt sollte niemand zurückgehen wollen!“

Das war ein Jahr vor der ersten Kanzlerschaft Willy Brandts.

Und ich habe damals zur Positionsbestimmung „links“ verdeutlichend gesagt: „Die SPD darf sich nicht nur ‚links‘ verstehen im emotionalen Sinne des Buchtitels ‚Links, wo das Herz schlägt‘“, und gewiß nicht im doktrinären Sinne einer ideologischen Rückorientierung in den Marxismus oder einer soziologischen Rückentwicklung zu einer Arbeiterpartei oder gar einer Partei der Regierungs-Abstinenz, die sich grundsätzlich in die Abseitigkeit einer permanenten Opposition einräbt.“

Von der Integrationsaufgabe habe ich gesagt, die Aufgabe sei es, die Breite der SPD, organisatorisch auch als einen Auftrag nach „links“ zu erkennen, nicht im Sinne eines Wegrückens nach links, sondern im Sinne des Offenhaltens nach links bis zur Grenze, der in einer freiheitlichen Grundordnung möglichen Haltungen!

Dies steht keineswegs im Gegensatz zu SPD zur Mitte hin. Und ich habe an das die Bemerkung gestellt: „Magnetismus aufbringen: dies vermag nur eine Parteilichkeit, die geistig breit und geistig weit genug ist, um zu sein. Eine Partei, die sich nicht als ein Mosaik abgetönter Farbnuancen versteht, sondern als eine Weltanschauungspartei, die nicht nach den disziplinären Grundsätzen zu handeln, sondern nach der Gesinnung werden. Sie muß mehr auf Nebenmann sein. Das ist für uns Sozialdemokraten ein Ziel, unsere stets wache Diskussionsbereitschaft, unsere Einsichten zu vertiefen und nicht zuletzten, die Gesinnung der Toleranz mit der Festlichkeit verbinden. Aber das ist auch unsere große Aufgabe.“

Nun darf es da keine Mißverständnisse geben, innerparteilicher Differenzierung von Minderheiten, Schwäche, sondern Stärke einer Volkspartei haben. Aber Loyalität und Solidarität mit der Mehrheit. Die Spekulation, den begrenzten Instrumenten eigener Profilierung zu machen.

Das ist kein Plädoyer gegen oder für die Sozialdemokraten, Rechte oder Linke. Ich halte mich nicht nach Städten oder Personen nennen, sondern in den Wolken herumgucken, organisatorische noch politische Entwicklung reich. Mehr noch: Fraktionsbildungen, die voll in der Geschichte unserer Partei. Die Aufgabe zur Differenzierung und Mannigfaltigkeit des Godesberger Grundsatzprogramms, und auch die Differenzierung öffentlich sichtbar zu machen.

Nordrhein-Westfalen ist das politische Zentrum der Bundesrepublik. Hier haben wir die verhältnisse durch die Niederlage Erhard 1969 Willy Brandts erste Kanzlerschaft erreicht, die stärkste Position der SPD in einer Bundesrepublik erreicht. Hier werden wir 1975 die Aufgabe stehen. Diese Landtagswahl wird die Wahl für den 8. Bundestag angesehen vor unserer nordrhein-westfälischen Körperschaften verändern. Heute schon ist es so.

21 zu 20 Stimmen im Bundesrat nur noch eine Unionsminderheit von Wählerstimmen repräsentiert. Im CDU-regierten Schleswig-Holstein gaben 57,2 Prozent ihre Stimmen der SPD/FDP, in Rheinland-Pfalz 53 Prozent, im Saarland 55 Prozent. Nur Baden-Württemberg und Bayern können mit 10 von 41 Stimmen für sich in Anspruch nehmen, noch legitimiert für die CDU/CSU zu votieren. Das muß in Ordnung gebracht werden!

Es ist nicht mein Stil, politische Honorare einzumahnen: Aber das Motto „Bund und Land, Hand in Hand“, – wir haben es mit unseren Taten dem sozial-liberalen Bonn bekundet. Der Bund wird die Notwendigkeit für sein stärkeres Engagement für NRW wohl begreifen. Aber – und deshalb habe ich dieses Engagement etwas stimulieren wollen – auch in sozial-liberalen Bonner Köpfen, wie früher in christdemokratischen, vagabundiert nicht selten die Idee vom reichen Nordrhein-Westfalen.

Das gilt vor allem für die Problematik der Sicherung der Steinkohle. Wenige Tage vor der Regierungserklärung des Bundeskanzlers will ich dazu hier nur eine Bemerkung machen. Sozialdemokraten können an das Schicksal des Steinkohlebergbaus nicht nur mit der Verstandeskühle ökonomischer Rationalität herangehen. Da ist immer auch die Herzenswärme menschlicher Verbundenheit dabei. Anders hätte ich damals nicht nach Huckarde gehen können. Und wir werden auch nicht vergessen, daß die Kumpel in den von Kohle und Stahl geprägten Städten der SPD und Willy Brandt ihr besonderes Vertrauen bekundet haben.

Die Landesregierung hat in den jahrelangen Diskussionen um die Sicherung des Bergbaus immer die Sicherung des Bergmanns in den Vordergrund gestellt. So können wir in dieser Stunde auch von der Gewißheit ausgehen, daß – wie immer die Lösung aussehen wird – die Sicherung der sozialen Belange des Bergmanns gewahrt ist.

Die Landesregierung hat in ständiger Verbindung mit dem Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzenden der Ruhrkohle und vor allem mit Adolf Schmidt, dem Vorsitzenden der IGBE, die Grundlagen ihrer eigenen Verhandlungsposition mit Bonn abgesteckt. Mit Adolf Schmidt bin ich übereingekommen, daß wir beide, Landesregierung und Gewerkschaften, im Rahmen eines allumfassenden Energiekonzepts dem Steinkohlenbergbau der Bundesrepublik eine Fördermenge von 85 Millionen Tonnen jährlich sichern wollen. Dies müßte um so eher möglich sein, als gerade in diesen Wochen Großbritannien die Ent-

scheidung getroffen hat, in einem 5-Jahresplan für die Sicherung einer Kohleproduktion bereitstellen. Ich habe schon einsehen können, was es haben würde, wenn es bei der eigenen Energieministerium gekommt wäre, sollte jedoch nunmehr für das der Energiepolitik – nachdem in Woratz in Pension geht – ein eigenes Ministerium werden. Aus einer vermeintlichen Krise der letzten Jahre ist die Welt auf dem Wege, die Maßstäbe der achtziger Jahre zu gewinnen. Die Komplexität aller Industriestaaten erfordert

Einen entscheidenden Schritt nach vorne zu erreichen. Es würde nicht nur ein Schritt sein, ich sagte: einen entscheidenden Schritt in der Organisationsform erreichen. Wir haben schon vorgenommen haben, als wir auf dem ersten Landesvorstand wählten und die ersten Etappen realisierenden integrieren

Was die Satzungskommission zur Forderung des heutigen Landesparteitag vorlegt, und im Auftrag des letzten Landesparteitag einen Schritt vorwärts.

Nach den Erkenntnissen des Landesparteitag des auf diesem Landesparteitag zu beschließenden Integrationsprozeß energiegeland. Bindestrich-Land NRW ist kein Teil der Integration. Unsere Partei-Bezirke sind nicht in der Lage, die Integration zu bewerkstelligen. Zwar weiß niemand so recht, wo die Integration anfangt, oder die theoretische Deklaration, daß die Integration sein müßte, sich selbst in Frage stellt. Wir müssen mit einer ebenso konsequenten

Nun gibt es zwei Entwicklungen,

I. Die regionale Neuordnung der Energieversorgung auf der Ebene, die neue Organisationsstruktur schafft.

II. Die innerparteilichen Organisationsnotwendigkeiten; die Finanzaufwendungen für die Personalstruktur; die auf Organisationsrationalität und Aufgabenzentralisierung drängenden modernen technischen Notwendigkeiten; die sich steigenden Erwartungen einer differenzierteren Mitgliedschaft an die organisatorische Leistungskraft der Partei.

Dies alles drängt auf eine Lösung des Organisationsproblems, die eine Doppeltendenz zu verwirklichen versuchen muß.

Erstens: stärkere Zentralisierung von Aufgaben bei Landesvorstand, Landesausschuß und Landessekretariat, das personell und technisch stärker ausgestattet sein muß.

Zweitens: Schaffung von kleineren, relativ gleichgewichtigen Bezirken. Etwa 10 bis 15 mit einer Mitgliedschaft von 20 000—25 000. Der gebietliche Zuschnitt dieser neuen Organisationseinheiten muß die kommunale Neugliederung berücksichtigen.

Notwendig ist dabei eine Zuständigkeitskonzentration an der Spitze.

Der Landesvorstand hat diese Anregungen positiv aufgenommen und ergänzt und macht dem Landesparteitag den Vorschlag, den neuen Landesvorstand zu beauftragen, eine organisatorische Strukturkommission aus den Bezirken und von Fachleuten zu berufen, die Modelle erarbeiten soll, die in der aufgezeigten Linie als Alternativen für einen Parteitagebeschluß dienen könnten.

Vier Jahre gesicherten Regierens im Bund auf festementierter, breiter Mehrheitsgrundlage, — von keinem Heldenklauf bedroht. Eineinhalb Jahre bis zur nächsten Landtagswahl, zweieinhalb Jahre bis zu der unseren. Drei Voraussetzungen des nächsten, noch weiter tragenden Erfolgs sind nötig: die Führungskraft Willy Brandts, die Geschlossenheit seiner Mannschaft, die Solidarität und Hingabe unserer Partei und jedes einzelnen von uns für unsere Aufgabe.

Kein Parteiführer seit August Bebel hat je soviel innerparteiliche Autorität und kein Staatsmann in unserer Geschichte hat je soviel weltpolitische Geltung gehabt wie Willy Brandt.

(Beifall)

Und noch nie in der Geschichte der Demokratie so sehr die Zustimmung der scheidenden Schichten unserer Nation.

Aber bei allem Selbstbewußtsein: Wir müssen die Herausforderung begreifen, die die Zeit uns stellt. Es kann kein Zufriedensein mit uns selbst geben. Unser Sozialismus ist wankelmütig und die Stimmung nirgendwo mehr als in der Politik gegen die Tarpejische Felsen dicht beieinander.

Auf dem 1. Parteitag der wiedererwählten SPD in Hannover, sagte Kurt Schumacher: „Wir haben keine totalitäre Konzeption von Sozialismus und Demokratie, und diese Konzeption und die Welt, und diese Konzeption und die Welt sind es, die uns in unserem Lande und in unserer Zeit stehen. Dies Wort ist nach mehr als einem Vierteljahrhundert des Siegens vom 19. November geworfen. In einem zweiten Satz damals sagte ich: In der Zukunft sein: „Wir wollen nicht, sondern wir wollen endlich einmal in die Zukunft geben.“

(Lebhafter Beifall)

Bericht der Kontrollkommission

Vorsitzender Heinemann: Herr Vorsitzender, im Namen des Parteitags, für dein Recht.

Bevor ich dem Berichterstatter der Kommission erteile, müssen wir uns noch über den Initiativantrag Nr. 3 bedanken. Ich sollte, eventuell eine Änderung des Antrags, notwendige Überlegungen innerhalb der nächsten 24 Stunden machen, daß wir auf jeden Fall noch heute abstimmen müssen. Sollte er abgelehnt werden, so ist die Möglichkeit einer Verlängerung der Verhandlung dieser Antrag eine Mehrheit finden, für den Vorstand bis morgen früh, in der Konferenz, gemacht werden können.

sein, und ich nehme an, mich mit diesem Vorschlag in Übereinstimmung mit dem Parteitag zu befinden. Das hat weiter zur Folge, daß die Berichterstattung der Mandatsprüfungskommission auf jeden Fall heute vorher erfolgen muß; denn vor dieser Berichterstattung können wir ja nicht über Anträge abstimmen.

Vorhin ist an uns die Frage herangetragen worden, wie Personalvorschläge gemacht werden können, ob sie auch eine bestimmte Zahl von Unterschriften haben müssen. Das ist nicht der Fall. Personalvorschläge bezüglich des Vorstands oder anderer zu wählender Gremien können von jedem Delegierten hierher gegeben werden. Ich bitte aber, dies schriftlich zu tun. Auf mündliche Vorschläge wollen wir uns wohl nicht verständigen; sie könnten zu Irrtümern führen.

Wir schlagen weiter vor, daß der Parteitag heute auf jeden Fall bis 19.30 Uhr – vorgesehen war wohl bis 18.30 Uhr – durchtagt. Bedenken? – Nicht der Fall!

Ich darf ein Telegramm, an den Parteitag gerichtet, das hier eingegangen ist, verlesen:

Liebe Genossinnen! Liebe Genossen!

Leider bin ich wegen meines Besuchs in Berlin nicht in der Lage, bei Euch zu sein.

Ich wünsche einen guten und erfolgreichen Verlauf des Parteitages.

*Herzliche Grüße!
Annemarie Renger*

(Beifall)

Wir fahren fort mit Punkt 4.2 der Tagesordnung:

Tätigkeitsbericht der Kontrollkommission

Wer gibt ihn? Genosse Rothen! Du hast das Wort.

Rothen (Kontrollkommission): Nach der Wahl durch die Delegierten des Parteitages konstituierte sich die Kontrollkommission am 12. 2. 1971 in Düsseldorf. Sie wählte den Genossen Mirus zu ihrem Vorsit-



24 Mädchen der „Falken“ aus Essen tragen Pullovern als begeisterte „Hilfsversorgerinnen“ der Delegierten und Gäste mit

zenden und den Genossen Schmidt. Im Berichtszeitraum wurden in zwei unermutete Prüfungen, durchgeführt bis Ende Februar 1971 von der Ge-

Das bis dahin praktizierte Buchungsverfahren erschwerte die Prüfungen erheblich. Mit den Umstellungsarbeiten wurde das Buchungsverfahren stellt. Mit den Umstellungsarbeiten Fritz Kurth aus Frankfurt a. M. beauftragt.

Die durchgeführten Prüfungen gaben zu nennenswerten Beanstandungen keinen Anlaß. Aufgetretene Zweifelsfragen konnten mit den Geschäftsführern bzw. mit der zur Führung der Kassengeschäfte beauftragten Genossin Müller geklärt werden. Die Geschäftsvorfälle werden zeitnah gebucht. Im jeweiligen Zeitpunkt der Prüfung war die Buchführung auf dem laufenden. Die baren Kassenbestände stimmten mit den Buchwerten und die Bankkontenbeträge mit den Kontoauszügen überein. Die von der Kontrollkommission angeregten Verbesserungen bzw. Vereinfachungen wurden mit den Geschäftsführern besprochen und durchgeführt. Auf Anraten der Kontrollkommission wurde ein Inventarverzeichnis angelegt, das bei Neuanschaffungen ordnungsgemäß ergänzt wird.

Die Kontrollkommission stellt den Antrag, dem Vorstand und der Geschäftsführung Entlastung zu erteilen.

Vorsitzender Heilmann: Schönen Dank für die Berichterstattung!

Wir kommen zu Punkt 4.3 der Tagesordnung:

Tätigkeitsbericht der Landtagsfraktion

Fritz Kassmann, du hast das Wort.

Dr. Fritz Kassmann: ... sich kritisch mit dem Bericht der Landtagsfraktion auseinandersetzen

Dr. Kassmann, Vorsitzender der SPD-Fraktion des Landtags Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Heinz Kühn hatte in seiner Eigenschaft als Landesvorsitzender die Aufgabe, das große politische Referat des heutigen Tages zu halten. Ich habe — so war es mit ihm und mit dem Vorstand abgesprochen — hier kurz die Situation und Arbeit der Fraktion des Landtags anzusprechen.

Ein Land und einen Landtag Nordrhein-Westfalen gibt es seit 1948, seit nunmehr bald 27 Jahren. Einen Landesverband der SPD gibt es bekanntlich erst seit dem 5. Dezember 1970. Erst seit diesem Tage hat die SPD-Landtagsfraktion eine Entsprechung, eine demokratisch legitimierte Parteinstanz auf der gleichen, nämlich auf der Landesebene, gefunden, an die sie sich mit einem Tätigkeitsbericht wenden kann

und gegenüber der sie sich auch ganz sollte, sowohl im Hinblick auf die Ges auf die Wähler und auf die Bevölkerung

Für die Landtagsfraktion war es, auch kamen, stets selbstverständlich, daß im Dienste der sozialdemokratischen ist auch stets gehandelt worden. Aber ist besser möglich, seit die Entwicklung wärtigen Stand erreicht hat, so sehr o gedacht und gebracht werden muß, alle ruhiger und reiflicher Überlegung.

Programmatische Parteitagebschlüsse tig jedenfalls in der Fraktion einen A Pflicht genommen sieht hinsichtlich und im Rahmen der verfassungsmäßigen keiten. Welche Möglichkeiten sich da b demonstrieren, der euch allen vorliegt nun die erste Gelegenheit gegeben, r vor gut zwei Jahren die Landesorganisations

Wir haben uns entschlossen, den Bericht; er ist den Teilnehmern deshalb — lungen — in gedruckter Form zugeg Form war: Wir wollten nicht nur allgen kungen über die Zusammenarbeit m Koalitionspartner und über das Verhäl dern wir wollten auch, soweit das mö zeln Auskunft geben über unser V Zahl von wichtigen landespolitischen fertig werden mußten. Davon würde knappen verfügbaren Zeit in einem kleiner Bruchteil vorgetragen werden Zusammenfassung, auf die ich mich d te, hätte euch ohne einen zugleich vo Möglichkeit gelassen, euch kritisch Kritik auch nach Prüfung und Oberk meines Erachtens die eigentliche Auf Deshalb habe ich den Bericht in ged mich dann jetzt auch — was euch ang kurz fassen. Mit diesen Hinweisen je dafür, daß ich auf diesen vorgelegten

sinnvoll, daß ich davon hier auch nur einige Teile wiederhole. Ich will nur wenige ergänzende Bemerkungen machen. Diese Bemerkungen sind notwendigerweise auf den Landtag bezogen, einmal, weil ich hier ausschließlich als Vorsitzender der Fraktion des Landtags berichte, zum andern auch, weil es für mich nicht darum gehen kann, etwa den umfassenden politischen Vortrag von Heinz Kühn zu kommentieren oder zu ergänzen.

Daß die Regierung Kühn nach zweieinhalbjähriger Arbeit auch zur Halbzeit der Wahlperiode, in der wir ja jetzt stehen, das volle Vertrauen der Fraktion, der Koalition und damit der Parlamentsmehrheit hat, das ist von aktuellem landespolitischen Interesse wie eh und je, seitdem wir die Regierung zustande gebracht haben, und nicht nur für die Opposition, sondern auch für uns und auch für unsere Partei. Deshalb ist es wichtig zu wissen, daß die Zusammenarbeit zwischen unserer Fraktion und der Landesregierung, auch mit den sozialdemokratischen Ministern einschließlich des Ministerpräsidenten durchweg gut war. Das soll nicht heißen, daß es nicht unterschiedliche Auffassungen in Tagesfragen sowohl wie auch in bedeutenden Fragen der politischen Praxis und Gestaltung gegeben hätte. Aber das ist ganz unvermeidbar, weil sich das aus dem natürlichen Spannungsverhältnis zwischen Legislative einerseits und Exekutive andererseits ergibt. Das muß eben bereinigt werden und immer so bereinigt werden, wie das im Geiste einer konstruktiven Zusammenarbeit, nach demokratischen Spielregeln und auch in Anerkennung der beiderseitigen Kompetenzen erforderlich ist.

In diesem Zusammenhang kann ich guten Gewissens die heute oft geäußerte Auffassung bestreiten, daß die Kontrollfunktion der Parlamente angeblich nur von der jeweiligen Opposition wahrgenommen würde. Wir in Nordrhein-Westfalen bemühen uns seitens der Landtagsfraktion, ständig im engen Kontakt mit der Landesregierung zu stehen und zu bleiben. Daraus ergibt sich schon selbstverständlich ein Hin und Her im Meinungsaustausch und eine vernünftige wechselseitige Kontrolle der anstehenden Vorhaben und der Art, wie sie praktiziert werden sollen. Dabei kann ich die Formel verwenden, die dieser Tage so in der Presse stand: Immer offen, möglichst nie öffentlich! — Selbstverständlich werden wir und wollen wir wie bisher in erster Linie Schutztruppe der von uns gestellten und der von uns zu hütenden Regierung sein. Die Opposition spürt das oft genug und immer dort, wo es nötig ist.

Die Schutzaufgabe und die enge Zusammenarbeit schließen aber die Kontrolle der anstehenden Vorhaben und der Kontrolle der Art der Erledigung dieser Vorhaben nicht aus. Nach vernünftiger Auffassung kann man auf die Dauer nur das sagen kann und will. Natürlich wird alles ausgetragen. Wir pflegen aber offen unser grundsätzliches Vertrauensverhältnis, nicht in Zweifel geraten. Für die Fraktion kann auch sagen zu können, — bleibt die Fraktion, Anregungen, die wir aus der Fraktion der Partei wie von ihren Organisationsstellen, von ganz besonderem Wert. Ich möchte hier einige Punkte aufzählen, die wir aufgeführt haben; aber auch das könnt ihr be-

Wichtig für unsere Arbeit ist aber — und das wird uns sehr verständnis draußen im Lande, vor allem in der Opposition, wir nüchtern sieben und dabei auch die Fraktion, wir von vornherein mit einiger Sicherheit rechnen müssen.

Unsere Fraktion ist ein Teil eines Staates, und es muß es darauf ankommen, sich mit ihm abzufinden, wie man so sagt, zu beschränken. Das ist eine Tatsache; sie liegen in der Fraktion der Koalitionspartners, wenn es einen will, einfach in der Verfassungs- oder Rechtsprechung. In den entscheidenden Entscheidungen ist es nicht so. Zeit und unser politisches Kapital aufzuwenden ist. Und diese manchmal ärgerliche Lage draußen und auch in unseren Fraktionen, unterschiedliche Auffassungen gibt, die für uns selbst weder bequem noch angenehm sind.

Wir müssen auch bedenken: Die SPD-Fraktion, aber — und das wird uns sehr bekannt (Heinz Kühn hat davon vorhin schon gesprochen) — die SPD-Fraktion nur zusammen mit ihrem Koalitionspartner, mit der FDP-Fraktion, was wir parlamentarisch vorhaben und was wir nicht vorhaben, gibt sich leider auch die Notwendigkeit, unsere soliden und guten Vorstellungen

gewisse Abstriche zu machen. Bisher haben wir es immer erreicht, daß sich dabei ein tragbarer Kompromiß ergab. Wenn das mitunter auch nicht ohne Enttäuschung bei uns abging, so muß man immerhin sehen, daß schließlich auch der Koalitionspartner zu manchmal nicht unerheblichen Abstrichen an seinen eigenen Vorstellungen von uns veranlaßt wird. Das erweckt auch bei ihm keine Begeisterung, aber im Endeffekt einige Einsicht in die politische oder — so kann ich auch sagen — in die koalitionspolitische Notwendigkeit.

„Die Koalition hat sich ohne Zweifel bewährt“

Insgesamt jedenfalls — und das ist wichtig auch für uns als Partei — ist die Zusammenarbeit mit der FDP im Landtag immer loyal und kollegial gewesen. Die Koalition hat sich ohne Zweifel bewährt. Wie gut sich das Bündnis bewährt hat, geht unter anderem aus der Tatsache hervor, daß an seiner Festigkeit heute nicht einmal mehr der Oppositionsführer im Landtag zweifelt. Heinrich Köppler konnte sich zu Beginn der Legislaturperiode vor zweieinhalb Jahren nicht genug daran tun, Prognosen darüber zu entwickeln, zu welchem Zeitpunkt er die Regierung zu stürzen gedachte, und jedesmal, wenn mehr als ein Abgeordneter von uns auch nur die Grippe hatte, sah er sich bereits auf dem Stuhl des Ministerpräsidenten. Herr Köppler gibt heute öffentlich zu, daß die Regierungsmehrheit zwar knapp, daß sie aber auch stabil ist. Und die CDU-Zeitungen überschreiben ihre Berichte — das habt ihr in diesen Tagen gelesen — über die landespolitische Halbzeit mit dem Titel: Düsseldorf Opposition geht geschwächt in die zweite Runde. Wir in der Fraktion haben das berechnete Gefühl, daß für die Koalition das Gegenteil gilt. Wir haben das Gefühl nicht nur, weil wir bei der Bundestagswahl in Nordrhein-Westfalen so besonders gut abgeschnitten haben, wobei wiederum anzumerken ist, daß gerade Herr Köppler in den vergangenen zwei Jahren die Bundestagswahl immer als Drohung vor uns hinstellen wollte und häufig betonte, sie würde „ein auch für Nordrhein-Westfalen interessantes Datum“ werden. Nun, er hat recht behalten. Das ist für ihn ein sehr interessantes Datum geworden.

Die Koalitionsfraktionen gehen aber vor allem gestärkt in die zweite Runde, weil sie die erste Runde in der Parlamentsarbeit so gut und sicher hinter sich gebracht haben. Das sollte man nicht vergessen, zumal kurz nach der Landtagswahl drei FDP-Abgeordnete aus ihrer Partei ausgetreten sind, ohne ihre Mandate zurückzugeben, und damit die Koalitionsmehrheit auf 102 zu 98 beschränkt wurde.

549 - 64

Setten

0

0

0

0

aber wohl auch eingestehen müßte, daß die Situation
zufriedenstellend noch nicht gelöst ist.

Vorsitzende Friebe: Vielen Dank! Nach ihm spricht Genosse Fuhs.

Sicherung der Ruhrkohle

Hein (Höxter): Der Genosse Kuhn hat auch auf die Problematik der Sicherung der Ruhrkohle, also ein Problem, das gerade in der Zukunft zu stoßen sollte. Ich bin der Ansicht, daß es für einen Rechenschaftsbericht, für den ich heute mager gewesen ist. Denn es ist ja nicht nur meine Ich, daß die gefundenen Probleme, nämlich die Ruhrkohle AG. Das hat sehr ausgedrückt, allerdings sehr höflich. „Bei der damaligen Konstellation der Ruhrkohle AG. Alt-Eigentümer nicht ihre besten Interessen haben.“ — Das ist sehr höflich; das ist aber, daß man Verlustunternehmen eingestrichen hat.

Heinz Kühn hat davon gesprochen, daß in den Tagen ein Energieprogramm vorliegt, das mit großen Aufwendungen verbunden ist. Die Frage ist, ob das auch bei uns wiederum erhebliche Aufwendungen gehen werden, aufzuwenden sein werden. Gerade in diesem Lande Aufgabe der Bundesregierung, dafür zu sorgen, daß diese Betriebe, die Sanierung einiger weniger Unternehmen, die bei der Lösung mit der Ruhrkohle AG. daß sie tatsächlich den Bergleuten zugute kommen. Darauf sollte geachtet werden.

Ein Wort noch zu Vietnam! Ich habe heute einen prominenten Vertreter der Sozialistischen Partei hierzu ein klärendes, ein klares Wort gesagt. Ich kann sein Wort nicht das des Genossen Kuhn ersetzen.

(B)



Heinz Kühn nimmt zu den Diskussionsbeiträgen Stellung

Vorsitzende Friebe: Vielen Dank! Die vorläufig letzte Wortmeldung kommt vom Genossen Fuge.

Fuge (Rahden): Heinz Kühn hat sicherlich recht, wenn er sagt, daß wir uns vor einem akademischen Proletariat hüten müßten, aber wo besteht ein solches Proletariat bzw. wo droht es? Im Augenblick vielleicht bei den Soziologen und bei den Betriebswirten und in Zukunft vielleicht noch bei den Juristen. Auf der anderen Seite müssen wir aber sehen, was alles fehlt. Die Ärzte fehlen überall, besonders auf dem Lande. Es fehlen weiter Techniker, es fehlen Lehrer für die technischen Berufe. Daher taucht die Frage auf, woran das liegt.

Stellen wir die fehlenden Akademiker denen gegenüber, die wir im Überfluß haben, so sehen wir, daß diejenigen, die im Überfluß vor-

handen sind, einen Studiengang und einen Professor in einem g fehlt bei den Akademikern: Vie erfordern ein Laboratorium und tens der Fehler. Ich sehe das Ganz regierung bzw. der zuständige Mi diese aber nur irgendwie nomin sogenannten billigen Studienplätze braucht. Ich meine, dort müsse ma

Vorsitzende Friebe: Vielen D mehr vor. Damit kann ich die Dis Beantwortung der aufgeworfene Genossen Kühn.

Heinz Kühn: Wir sind vor

Landesvorsitzender Kühn: Ich Ich die Zettel zur Hand bekomme in der sie gestellt worden sind.

Zur Landesorganisatio Jahre 1970 das Versprechen für wir in zügigen Schritten der integ wollten. Aber, Genossen, ich h tungsweise — darauf hingewiese leicht sind; denn sie setzen das voraus. Nach unserem Bundesorg die übrigens durch die Bundesp einen solchen Beschluß auch gar chen Lösung einverstanden sein. jetzt die Einzelheiten aufzeigen Schwierigkeiten —; daß die gene schwer — sehr schwer! —, eine personalen Apparaturen mit de verhältnisse mit Einrichtungen v tionsstrukturen geführt hat, in e verändern. Das setzt nämlich nic um es zu können — schon dies, Jahre eine außerordentlich schn vor allen Dingen auch voraus, da

rell gefaßten Beschlusses hinein die Bereitschaft besteht, die Konsequenzen auch mitzutragen.

Das, Genossen, ist eben sehr schwer. Hier sitzen doch unter den Delegierten sehr viele, die als Mitglieder ihrer Bezirksvorstände und als Mitglieder anderer Führungsgremien auf örtlicher Ebene wissen und zum Teil selber in dieser Diskussion darum gerungen haben, daß sich möglichst wenig davon durchsetzt, weil sie die Organe aufrechterhalten wollen, in denen sie selbst sitzen und mitwirken. Das ist im Grunde dasselbe Problem wie das, was wir auch jetzt bei der kommunalen Neuordnung erleben: daß eben das, was einmal ist und zum Teil lange gewesen ist, eine ungewöhnlich starke Selbsterhaltungstendenz in sich trägt.

Daß ich selbst hier nicht zu denjenigen gehöre, die zögernd an diese Probleme herangehen, liegt vielleicht daran — denn ich bin auch nicht anders als die anderen Menschen —, daß ich nicht mehr in einem Bezirk in besonderem Maße verhaftet bin und deshalb auch, wenn ich mich äußere, nicht Rücksichten zu nehmen habe; aber ich muß registrieren, daß dabei auch menschliche und sachliche Probleme und auch Menschen eine Rolle spielen. Deshalb bin ich so sehr dankbar, daß der Landesausschuß und die Vertretungen der Bezirke und die Delegationen auf diesem Landesparteitag mit einem solch großen Maß an Einheitlichkeit unter dem Druck auch der Fakten zu dem Ergebnis gekommen sind, dies in den zwei vor uns liegenden Jahren nun als Aufgabe zu bewältigen. Dahinter steckt — laßt mich auch dies sagen, und darüber wird sich Fritz Bergmann sich auch äußern können, der diese Frage ja gerade in einer Kommission überprüft hat —, daß wir aus finanziellen Notwendigkeiten zu einer stärkeren Organisationsrationalität kommen müssen, weil wir sonst gar nicht mehr die Mittel haben werden, die Organisation in der bisherigen, wie ich finde, antiquiert gewordenen Form aufrechtzuerhalten. Dies alles braucht seine Zeit.

Wenn Bezirksvorstände damit einverstanden sein sollen und ganze Bezirkskonferenzen, daß die Finanzhoheit und die Personalhoheit, wenn man das einmal wie im staatlichen Raum so bezeichnen will, auf die Spitze der Organisation übergehen, dann wirft das doch eine Fülle von Problemen auf. Dann werden nicht mehr die Bezirke allein entscheiden können, wie viele und welche Sekretäre es gibt und wo und was sie organisatorisch machen, sondern dann ist das weitgehend auf eine andere Entscheidungsebene gehoben. Dies ist ein sehr, sehr schwieriges Problem. Als damals zum ersten Mal die Ansätze einer

Landesorganisation gefunden wurden, wieder kein Geheimnis — war es eine landesorganisationsverhindernde Tendenz, etwas zu tun, das sich nur in der Zeit der Wahlwerbung der Partei

Wir sind, von damals her bis jetzt, nicht in dem, was wir technisch, das nur ein bescheidener Schritt, aber jedenfalls sind wir weit vor dem Willens, so wie es sich in den Vorgesprächen des Landesausschusses, in der Einheitlichkeit der Anträge, in der Einigkeit des Landesvorstand zu beauftragen, in ein solch neues Organisationsmodell

Einer der anderen Genossen hat Darlegungen ein Wort erwartet zu Hochschulbund. Auch hier, aber in Nordrhein-Westfalen besser, in anderen Ländern, hat es zwischen Sozialdemokraten ein im ganzen sogar sehr verändertes Verhältnis zueinander gemacht. Ich gar kein Hehl, es hat Gründe zerschlagen — den Freizug zur Partei verhielten und den Wunsch, ich dazu mitzuwirken bereit wäre, sprechend großer Auflage einen Antritt gibt ja — und hier möchte ich sehr dafür immer sehr, sehr eingesetzt, beschluß der Partei. Es gab zwar in vollem Umfang —, daß sich der Hochschulbund nennen kann. Vor allem im damaligen Vorstand; die anderer Genossen, die heute im Freizug — ich glaube, ich war mit einem „Sozialdemokratischer Hochschulbund“ teil vom SDS trennte und den Freizug war, so glaube ich, zur Zeit Eric, die studentische Organisation „Solidarität“, wir sie nicht in die volle Solidarität Partei und ihren Beschlüssen hinhin, die „sozialdemokratisch“ he

Willen der Führungsorgane der Sozialdemokratischen Partei, — wird vom politischen Gegner immer als ein Bestandteil der Sozialdemokratie gewertet; das heißt wir werden in die Verantwortung genommen für die Beschlüsse, die eine solche sozialdemokratische Studentenorganisation faßt. Ich habe damals dafür plädiert, den Genossen, die den Hochschulbund gründeten, die Möglichkeit zu geben, sich einen Namen zu geben, wie auch immer sie wollten. Ich habe gesagt: Nur nicht „sozialdemokratisch“! Wenn es mit dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund Schwierigkeiten gegeben hat, so wird man die Schwierigkeiten nicht aus der Welt räumen, wenn man ihn Sozialdemokratischen Hochschulbund nennt. Denn die Schwierigkeiten liegen nicht im Namen, sondern in der Sache, und sie liegen einfach in den Denkstrukturen solcher Menschen. Wir haben das ja vor 1933 auch erlebt, deshalb war meine Auffassung, sie nicht „sozialdemokratisch“ zu nennen. Und ich habe durch meine Intervention sehr lange bewirkt, daß im Parteivorstand die Entscheidung, die dann getroffen worden ist, hinausgeschoben wurde, weil ich immer wieder versucht habe zu erreichen, daß sich die SHB-Leute aus eigener Initiative nicht mehr „sozialdemokratisch“ nennen, weil sie Kooperationsformen mit anderen gewählt haben, an vielen Stellen, die einfach durch Parteitagebeschlüsse nicht möglich sind und weil ich davon ausgehe, daß das in vielen Punkten — das können wir auch alles nebeneinander halten, es gibt Dokumentationen — nicht sozialdemokratische Politik ist. In dem Augenblick, da sie einen Namen tragen, der nicht „sozialdemokratisch“ heißt, tragen wir als Partei nicht die Verantwortung dafür.

Es gibt ja gerade die sogenannte linke Fraktion. Im SHB hat man ja auch in der Diskussion, die er mit mir geführt hat, diesem grundsätzlichen Begehren durchaus diese Berechtigung zugesprochen und gesagt, das hält der SHB für berechtigt. Wenn der SHB Sozialdemokratischer Hochschulbund heißen will, ist er an die Solidarität sozialdemokratischer Parteibeschlüsse gebunden. Er soll die Freiheit haben, aber Opposition machen, die außerhalb der Sozialdemokratischen Partei steht, geht nicht. Dann muß man dieses zwielichtige Verhältnis beenden.

Genosse Reymann hat mich nach mißverständlichen Interpretationen zur Bildungspolitik gefragt und uns jedenfalls gesagt: Bildung um der Bildung willen. Nun, Genossen, wir wollen doch alle Realisten sein. Die meisten, die ein Bildungsinstitut besuchen, tun es sicherlich auch um der Bildung willen, um gebildet zu sein, aber die meisten tun es, um einen Berechtigungsschein zu erwerben, der eine berufliche Laufbahn eröffnet, die mit bestimmtem Einkommen verbun-

den ist. Das ist menschlich verständlich. Wir haben auch mit der Diskussion, die wir auch mit der, doch auch in den gestellten Form hintergründigen Überlegung, welche Ausbildungsordnung haben. Ich sage sein.

Bildungspolitik hört nicht

Landesvorsitzender Kühn: Die dem Abitur auf. Nicht jeder, lassen Feststellung, der das Abitur hat, Ausbildung zu genießen. Darüber über beliebig viel Geld verfügten. Platz zu geben, werden wir nicht in möglichen grundsätzlichen Resolutionen finden. Wenn wir bald vor der Alten Studenten zu rechnen haben, wird Landesregierung, wie sie auch zu sein, genügend Studienplätze zur dies auch nicht ein! Ich will denen die Modelle der Sowjetunion und sehr einfach. Die versuchen festzu einzelnen Berufen gibt, und sie las zu, wie viel an Bedarfstellungen läßt sich nicht auf das letzte I-Tüpfel

Mit den Professoren der Lomonos sehr lange über die Mitbestimmung habe gesagt: Mich interessiert jetzt interessiert nur, wie die Studenten mitwirken. Also die Mitbestimmung denen gesagt, ich mache ihnen ein Kosten des Landes Nordrhein-West bin bereit, auf Kosten des Landes zuholen. Da werden sie einmal Studenten auf das sowjetische Modell sie dort dabei mitzuwirken! In der Aufnahme in die Universität nach rigorose Prüfung durchgeführt. Es gen abgehalten. Wer in der Zwisch

derholen, auch wieder mit einer großen Rigorosität. Wenn er dann wieder durchfällt, dann muß er die Universität verlassen.

Ich glaube, keine Regierung, kein Gesellschaftssystem kann nur sagen: Wir müssen geben, wenn jemand mit Abitur kommt und an die Universität will, dann müssen wir auch Studienplätze zur Verfügung stellen. Das ist einfach unmöglich. Wenn Reymann sagt, das ist sehr idealistisch gedacht, aber es entspricht leider nicht den Tatsachen. Die Leute wollen nicht so sehr ein Diplom haben, sondern sie wollen das Wissen haben. Sie wollen das Diplom, weil der Abschluß eben mit bestimmten Berechtigungen verbunden ist, ebenso mit bestimmten Zugängen, die eine bestimmte Laufbahn in der Sozialhierarchie eröffnet und damit ein bestimmtes Einkommen sichert. Das ist ihr Ziel, am allerwenigsten aber nicht — das ist unter Akademikern wie unter Arbeitern dasselbe — Arbeit um der Arbeit willen, Bildung um der Bildung willen! Jeder hat dabei — und das ist auch gar nicht anders menschlich möglich — sein eigenes materielles Fortkommen im Blick. Wir müssen also zu einer Eignungsprüfung, zu Kategorien der Eignungsfeststellung kommen im Augenblick, wo wir 10 000 DM und mehr für jeden Studienplatz ausgeben müssen.

Vor dem Hintergrund der großen Anstrengungen, die gerade diese Landesregierung wie keine andere gemacht hat — das hat sich bewiesen durch Johannes Rau und Heinz Wertz, knauserig muß ein Finanzminister sein —, hat sie ein ungewöhnliches Maß an Aufgeschlossenheit bekundet; denn es gibt kein anderes sozialdemokratisches oder rein sozialdemokratisch regiertes Bundesland, das für das Gebiet der Bildungspolitik so viel aufwendet wie wir. Aber das Problem zu lösen ist nicht mit einem feierlichen Beschluß, daß wir etwa gegen den Numerus clausus wären, getan. Wenn der Zustrom bei den Universitäten so bleibt, dann muß es durch Qualifizierungsfeststellungen bremsende Zugangsbeschlüsse geben.

Laßt mich in diesem Zusammenhang folgendes hervorheben: Auf jedem Parteitag werden große Beschlüsse gefaßt, aber über die Frage, wieviel Geld das nachher kostet und woher es genommen werden soll, machen sich die Antragsteller nur sehr, sehr selten Gedanken. Ich habe das auch früher nicht getan. Ich habe eine Vorrangstellung: Meine Vorrangstellung bei der Aufwendung öffentlicher Mittel gilt unter Fortführung der großen Aufwendung, die wir für die Hochschulpolitik machen, den Grenzlandschulen, den Klassenfrequenzen und der Berufsbildung.

(Beifall)

Ich will euch auch sagen, warum in allen Gebieten verzetteln, auf allen Visieren nehmen, die wir dann nicht verwirklichen können. In der Umsetzung der Klassenfrequenzen, der Bildungselemente in unserer Bildung

Wenn es uns gelingt, das Leben zu bringen, an der Basis, in Grundschulen Bildung kommen und nicht mehr Lehrer und entsprechend weiter.

Das zweite: Die Ganztags-Kind in eine bessere Schule gehen, die Familie immer noch seine Aufgaben, wo die Mutter gleichzeitig Kartoffeln

und der andere hat eben noch kennt noch Latein und Grammatik im Zimmer, alle die Gleichheitschancen, andere eben nicht hat. Haben wir Schulen bekommen, dann liegt der Demokratisierungsimpuls, dann muß jetzt eine große Anstrengung der Landesregierung und Bundesregierung sein, das Schulwesen gemacht werden habe es auch im Wahlkampf oft die bestausgebildeten akademischen man nicht gleichzeitig auch die mit den modernen Maschinen der

(Lebhaft)

Aber wir können nicht alles auf schulwesen, machen. Ich wäre in der Berufsschulwesen, aber wir werden in dualen System leben müssen. D

das Stichwort „Kooperatives System“ entwickelt. Man wird sich also damit auseinandersetzen müssen, Schritt um Schritt, da wir auch nicht das Geld haben, selbst wenn man ideale Vorstellungen für richtig hält.

Sicherheitssockel von 85 Millionen Tonnen für deutsche Kohle

Nun, wenn meine Ausführungen zur Kohle zu mager waren, so habe ich nicht Magerkohle gesprochen; es ist klar. Das ist aber eine komplexe Materie. Wer Energiepolitik behandeln will, der muß dafür, wenn er dies entsprechend tun will, ein eigenes Referat auf einem solchen Parteitag wollen. Hier kann nur die allgemeine Richtung aufgezeigt werden. Wir wollen gemeinsam mit der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie für einen Sicherheitssockel von 85 Millionen Tonnen für deutsche Kohle, das heißt Ruhr- und Saarkohle, operieren. Wir wissen, daß das mit sehr ernsten Konsequenzen verbunden ist. Im übrigen wird man sehen, daß in den Vorschlägen, alle wie sie gemacht sind, Elemente sind, die berücksichtigt werden können. Aber es gibt auch solche, die man unter den speziellen Interessen derjenigen sehen muß, die diese Vorschläge eingebracht haben. Wenn Sohl den Vorschlag eingebracht hat, auf die alte Einbringungsforderung zu verzichten und dafür sich auf dem freien Weltmarkt mit Kohle versorgen zu können, so ist das auch ein spezifisches ATH-Problem. Wenn er auf die Einbringungsforderung verzichtet, dann braucht man in höherem Maße Kohle und würde gewisse Vorteile daraus haben. Aber, wir müssen uns überhaupt fragen, ist dies möglich? Ich würde sagen, nach meinem Standpunkt der Einsicht kann ich mich nicht für die Importfreigabe der Kohle einsetzen und dafür, daß unsere Zechen zugemacht werden. Es ist aber die andere Frage zu stellen: Sollen und können wir die Kosten, die entstehen, mittel- und langfristig, um den Steinkohlensockel unseres Landes zu sichern, auf die staatliche Kasse nehmen? Da ist der Vorschlag entstanden, die Kosten auf die Elektrizitätspreise umzulegen. Aber auch dies, Genossen, ist ein Problem, das unter dem Gesichtspunkt studiert werden muß, inwieweit in besonderem Maße die elektrizitätsverbrauchende, die gewerbliche Wirtschaft in der Lage ist, dies bei ihren Kostenstrukturen mitzutragen? Ich möchte nicht, daß am Ende der Hausverbraucher, der private Verbraucher, diese Kosten allein zu tragen hat.

(Lebhafte Zustimmung)

Das ist eine Fülle von Problemen mit Regierung und Privaten, man den Interessen. Das ist also nicht ein mageres Problem sei, sondern auch wenn wir die mittelfristige gewisse weltpolitische Überlegenheit noch einen Kohlepreis in der Welt, daß es für unsere Industrie auf langfristige Kohle zu sichern, wenn man die Kohle in den Vereinigten Staaten sieht, und wir Staaten für die nächsten zwei Jahrzehnte Energie importieren. Wir werden ja in seiner State-of-Union-Botschaft die Welt-situation sieht und dabei bedenken, daß ja gewisse Leute die ganze Welt im Politischen immer labiler wird, sich daraus ergeben. Die Probleme der ganzen Umfassendheit zu berücksichtigen diesem Parteitag voraussetzen.

Kommunale Neuordnung: Das Problem auf die Hörner

Die Kommunale Neuordnung angesprochen worden. Man sprach im Innenminister vorgetragen hat. Wir sind die Vorschläge des Innenministeriums entworfen. Es werden sich jetzt draußen, die Kommunalvertretungen natürlich dazu äußern können gebeten worden. Die Landesregierung vollumfänglich unterstützt auch selbst gesetzte Aufgabe in diesem Bereich. Ich begegne draußen gelegentlich schieben wir, dann geht es in die nächste Legislatur kommen wir in die nächste Legislatur ist ein Problem, das wir auf die Zukunft. Ich selber habe immer große Zweifel freimütig, da niemand auf allen Verstand haben kann, daß ich selbst und die kommunalen Vertreter,

als ich selber in der Lage bin, dabei Lösungsvorschläge zu machen. Wofür ich mich entscheiden werde, hängt sehr davon ab, so weit meine eine Stimme im Kabinett von Bedeutung ist, mit welchen Einsichten ich im Endeffekt das Parallelogramm der Argumente bewerten muß, das an mich herangetragen worden ist. In der Neuordnung gibt es keine grundsätzlichen parteipolitischen Entscheidungen, und es ist auch keine Frage von grundsätzlichen weltanschaulichen Entscheidungen, sondern ein Problem der rationalen Zweckmäßigkeit der Verwaltung. Natürlich hört sich das am Ort selbst anders an. Ich kenne auch die Parolen „Wattenscheid bleibt Wattenscheid“; ich kenne die Emotionen, ich kann sie sehr wohl verstehen, aber wir haben selbst nach vollzogenen Eingemeindungsprozessen noch Jahrzehnte hinterher, nicht nur im Revier, sondern überall solche Emotionen. Wir müssen aber diese Kuh vom Eis bringen. Genossen, die Regierung müßte zum Wahlkampf in einer ganz entscheidenden Frage antreten mit der Tatsache, daß sie versagt hat, wenn sie nicht in der Lage ist, rechtzeitig dem Landesparlament einen Vorschlag zur Entscheidung vorzulegen.

Dem Wunsch der Organisationen, der kommunalen Vertretungen – ich habe damals die Gespräche mit den sozialdemokratischen Oberbürgermeistern des Reviers geführt – ist entsprochen worden. Damals ist der Wunsch geäußert worden, den Zeitpunkt der Kommunen, sich zu den beiden Vorschlägen zu äußern, hinauszuschieben bis zum 10. Februar. Wir haben uns gemeinsam auf den 1. Februar verständigt. Ich glaube, dann müssen wir zu einem Ergebnis kommen, wobei natürlich auch die Basis der Parteien, die Basis der kommunalen Vertretungen gehört wird. Aber, ich möchte fast sagen, ich könnte mir nicht mehr vorstellen, daß es noch neue Vorschläge gibt, die nicht bisher den Entscheidungskörperschaften bekannt wären.

Das Verhältnis zum Koalitionspartner

Genosse Dammeyer hat nun die Forderung gestellt, daß wir auf stärkeren Abstand und auf stärkere Distanz zur FDP abstellen sollen. Genossen, wenn ich gesagt habe, daß dieses Bündnis auf einen längeren Zeitraum als einer Legislaturperiode abgestellt ist, dann habe ich sehr sorgfältig darüber nachgedacht, und jeder andere kann dies auch tun. Nicht alles ist geeignet, Gegenstand einer Diskussionserklärung zu sein. Aber wenn Dammeyer sagt, daß es mein Bestreben sei, die FDP in meinen besonderen Schutz zu nehmen und die FDP freundlich mit landesväterlicher Salbung zu erhalten, da muß ich sagen,



Auf dem Empfang der Stadt Es

diejenigen, die in der politisch können, werden darüber nur mild unterstellen, daß uns eine SPD-M nicht lieber wäre. Aber, wir haben die nächsten vier Jahre. Wenn legung und in der Proklamation, da muß ich euch sagen, gut, das verschiedene Zielvorstellungen mi strebt. Ich habe schon einmal ge wir müssen die paritätische Mitb machen. Da möchte ich erst einma ist deren Modell in mancher Be FDP, denn sie hat nicht die leiten gement darin. Aber selbst wenn eine Koalitionsentwicklung, die b doch die Möglichkeit gibt, dann rieren. Da soll jeder Mann in se fragen, ob dann nicht die Gefah der CDU wechselnde Mehrheit r tun können.

In der letzten Legislaturperiode war der große gemeinsam verbindende Programmpunkt die Ostpolitik. In dieser Legislaturperiode wird das Gesellschaftspolitische im Vordergrund stehen. Niemand wird die Differenzen in den hinter uns liegenden Jahren unter den Teppich der Ostpolitik kehren. Sie stehen jetzt da und müssen ausdiskutiert werden. Da können wir nicht sagen, wir haben nicht die Mehrheit, dann macht ihr es mit den anderen, sondern da müssen wir mit den Koalitionspartnern miteinander um Lösungen ringen und bereit sein, unsere Kompromisse zu machen, wie wir von den anderen Kompromisse fordern müssen. Dazu habe ich in meinem Referat einiges ausführlich gesagt. Anders, das müßt ihr wissen, ist diese Koalition nicht von Dauer. Wenn sie fruchtbar sein soll am Ende der vier Jahre, auch mit der Zielsetzung einer sozial-demokratischen Mehrheit, dann muß in dieser Koalition etwas zustandegebracht werden.

Wie stellt man sich beispielsweise den Kollisionskurs im Landtag in Nordrhein-Westfalen bei einer Mehrheit von 102 zu 98 vor? Da müssen wir uns mit der FDP verständigen, da muß man behutsam miteinander umgehen. Wenn jetzt Kritik angemerkt worden ist, dann bin ich bereit, diese Kritik zu akzeptieren, das heißt, das mir anzuhören, es aber nicht für berechtigt zu halten.

Zur innerparteilichen Diskussion

Wenn — ich glaube es war auch Dammeyer — gesagt wurde, ich hätte auf Schumacher hingewiesen, der die Partei als eine Partei weltanschaulicher Toleranz geistiger Breite aufgefaßt hätte, so stände ich im Gegensatz dazu, wenn ich gesagt hätte, daß in der Zeit der Großen Koalition sich die APO entwickelt hätte und in der sozial-liberalen Koalition viele zu uns gekommen seien. Niemand, der das sogenannte Phänomen der APO sorgfältig analysierte, wird doch bestreiten wollen, daß sie aus sehr unterschiedlichen Kräften zusammengesetzt war. Niemand wird doch bestreiten können — ich habe schließlich solche Diskussionen selbst miterlebt —, daß es auch dabei Leute gibt, die sagen, die Sozialdemokratische Partei ist die große Massenpartei und wir müssen an die Massenbasis heran. Sie stellt den Humusboden dar, in dem wir so wirken, daß wir diese Partei verändern und am Ende nicht mehr eine Sozialdemokratische Partei haben. Ich halte es nicht für unehrenhaft, daß sie so denken. Es gibt eine Reihe anderer, die das dann ausdrücklich ausgesprochen haben und zu uns gekommen sind. Sie haben in dieser Partei eine neue geistige Heimat gefunden. Sie haben gesagt: Nun versuchen wir die Partei auf den Kurs zu brin-

gen, den wir zur Bewältigung der Aufgabe brauchen. Das birgt auch viel Kritisches, mir und euch. Ich habe das Gefühl, daß hier ein großer Wille ist und der Wille, auf der Grundlage der Kritik zu arbeiten, das ja auch seine große Bedeutung hat. Für diesen heftigen Diskussionsprozeß ist gleich die Notbremse zu ziehen. Nun, wenn ich andere ermahne, von denen ich das Gefühl habe, daß sie die Reform der Sozialdemokratischen Partei zur Erneuerung und Veränderung zu einer neuen Partei sehen, dann muß ich sie anders sehen. Aber ich bin eingeschlossen, daß es eine große Aufgabe ist, zu integrieren wollen und nicht integrieren wollen.

Ich habe immer dafür gekämpft, daß diese Partei eine Heimat hat, auch für die, die nicht gefällt; aber es gibt natürlich eine Mehrheit. Roß und Reiter sollte ich nicht machen. In manchen jungsozialistischen Publikationen, die dort zum Ausdruck gebracht werden, als eine Arbeitsgemeinschaft in der Partei. Herr Dammeyer hat das nicht hier, aber ich will es nicht. Jungsozialisten gerne schicken und beispielsweise heißen hat:

„Der Wahlerfolg der Sozialdemokratischen Partei und Jungsozialisten“

und ähnliche Formulierungen. Die Sozialdemokratische Partei und die Jungsozialisten sind Teil der Sozialdemokratischen Partei und die Jungsozialisten.

(Lebhaft)

Von diesem Kaliber habe ich eine große Anzahl in der Verfügung zu stellen.

Ein anderer Genosse hat mein Referat kritisiert und gesprochen und daraus zu resultieren, daß die Partei nicht erst vor ihrer Bewährung steht, wie ich behauptet habe. Nun Genossen, ich habe

niemand anders verstanden haben: Diese junge Generation steht im wesentlichen noch vor ihrer eigenen Berufslaufbahn, im wesentlichen auch vor den Führungsaufgaben in der Politik und in der Gesellschaft. Daß sie sich in vielem bewährt hat, ist klar. So haben die Jungsozialisten einen erheblichen Anteil am Wahlerfolg davongetragen. Sie waren außerordentlich aktiv. Wenn man darin Bewährungen sieht, stimme ich zu. Ich will nur sagen, die ältere Generation hat in diesem Vierteljahrhundert in den Positionen der Oberbürgermeister, der Minister und der Abgeordneten, der Verwaltungen und der politischen Entscheidungskörperschaften gestanden und die Aufgaben aus ihrem Geschichtsbewußtsein und ihrem theoretischen programmatischen Bewußtsein bewältigen müssen. Und die Jüngeren, die in der Parteiopposition standen — ich verstehe das durchaus —, stehen im wesentlichen noch vor dieser Bewährung. Das schließt nicht aus, daß es einzelne gibt — den Oberbürgermeister von München und eine ganze Reihe könnte man aufzählen —, die heute schon in der Verantwortung stehen. Aber jede Charakterisierung eines entscheidenden Grundtatbestandes zwingt, das Charakteristische hervorzuheben. Charakteristisch ist, daß diese junge Generation noch vor der Bewährung steht.

Nun hat Kollege Menitzka von der paritätischen Mitbestimmung gesprochen. Im wesentlichen deckt es sich mit meinen Ausführungen. Aber, Genossen, wir müssen eines wissen: Wenn wir uns nicht darin erschöpfen wollen, daß wir nur eine Resolution ablehnen, die zu den Akten kommt, sondern wenn wir mit der Mitbestimmung weiterkommen wollen, dann müssen wir doch nach Lösungen suchen, die die entscheidenden Gesichtspunkte beider Partner zum Tragen bringen. Da habe ich sehr nachdrücklich darauf hingewiesen, daß der entscheidende Gesichtspunkt die Garantie von Gleichwertigkeit von Kapital und Arbeit ist. Das zweite ist das Mitwirkungsrecht der Gewerkschaften bei der Zusammenstellung der Aufsichtsräte. Die anderen wissen doch sehr genau, warum sie sagen: Wir sind doch viel demokratischer als ihr, wir wollen die Arbeiter in ihren eigenen Betrieben mitbestimmen lassen, aber wir wollen nicht, daß die Vertreter der Gewerkschaften hereinkommen, die ja wildfremde Elemente sind. Ich muß das nicht erläutern, das ist zu offenkundig, was dahinter steckt. Wir müssen darauf bestehen, daß die Gewerkschaften als die Gesamtvertretung der Arbeiterschaft und als die entscheidende gesellschaftliche Kraft hier genau so vertreten ist, wie ja auch auf der anderen Seite Kräfte vertreten sind, die nicht unmittelbar aus den Betrieben kommen.

(Beifall)

Das sind die beiden Dinge, an denen es natürlich Überlegungen geben können. Nur, ich habe zum Beispiel niemand mehr verlangen, daß die demokratische Partei ja gesagt hat. Wenn das nicht möglich ist, dann nichts zu bewegen. Dann muß man abstellen.

Aber die Formulierung, daß die Arbeiter dann etwas mehr tun müßten als jetzt, ist vor allen Dingen einmal in der Sache nicht. Ich will mich hier nicht dazu äußern, das könnte.

Nun zum Schluß Hanoi! Hanoi diplomatisch worden, und Dammeyer hat noch einen Beschuß des Bundesvorstandes der Jungsozialisten, der die gleichzeitigen Beschlüsse der Gewerkschaften ökonomisch beikommen!

Genossen! Sicher wird der eine oder andere aus der Bundesrepublik einen großen Erfolg halten. Ich sage hier, genauso wie Willy Brandt der Auffassung ist, daß die Abrüstung nur vorankommen kann, wenn die politische Politik betreiben, indem wir beizuführen versuchen, nach denen, die zeitig und gleichgewichtig ebenso, wie die konventionellen Waffen, die es sollen die Amerikaner weggehen, auch weggehen —, alles andere ist eine Abrüstung. Es gibt nur eine Abrüstung, und nur dann, wenn die Politik werden wir zu einem solchen Ergebnis nicht, indem wir sagen, man muß kommen. Damit, Genossen, kommt nicht ökonomisch. Wenn wir ihnen die Stationierung amerikanischer Waffen, Gut, dann tragen wir das dann holen wir unsere Leute wieder. Na, wenn schon! — Ich hätte ja nie

Seite die Sowjets genauso weggingen. Dann wäre das in Verbindung mit der gleichgewichtigen Abrüstung ein großer Erfolg. Aber das kann man nicht einseitig tun; das muß eben gleichgewichtig getan werden.

Ein anderer Genosse hat gesagt, ich hätte in meiner Rede erklärt – das war richtig –, es sei ein humanitäres Problem, und er hat mir gesagt, daß ich offenbar nicht so recht begriffen hätte, daß das doch ein Problem des Imperialismus sei. Also ganz so doof bin ich ja auch nicht. Natürlich ist es ein Problem des Imperialismus; auch die sowjetische Politik ist ein Problem des Imperialismus;

(Beifall)

auch der sowjetisch-chinesische Gegensatz. Wenn Truppen der Roten Armee und Rotchinas dort hinten in ihren Grenzgebieten aufeinander schießen mit Hunderten von Toten, dann ist auch das der Ausdruck des Imperialismus. Das ist ja nicht etwa die Folge von verschiedenen Interpretationen von Lenin, um ihre machtpolitischen Interessen auseinanderzuspalten.

Natürlich gibt es im Zeitalter der imperialistischen Kräfte keine Lösung, die nur etwa in einer Gebetsformel als humanes Problem zu sehen wäre, obwohl es auch als humanes Problem mir schon gewichtig genug ist, gegen das zu protestieren, was die Amerikaner tun. Aber ich glaube, wir würden unserer Politik, der Politik der sozialdemokratisch geführten Regierung, einen schlechten Dienst erweisen, wenn wir, einfach in einem Akt ideologischer Selbstbefriedigung, Resolutionen beschließen, von denen selbst diejenigen, die sie vorgeschlagen haben, wissen, daß sie von einem Kanzler Willy Brandt in dieser Konstellation der Weltpolitik einfach nicht realisiert werden können. Deshalb, glaube ich, ist es eine gute Politik, das Machbare zu machen, und, so glaube ich, zum Machbaren gehört, daß man zu den Ereignissen in Vietnam eben nicht schwelgt oder sich darauf beschränkt, in dem Kämmerlein der geheimen Begegnung seine Besorgnis zu äußern, sondern daß man öffentlich sagt, wie man darüber denkt, weil ich glaube, daß die Mobilisierung der öffentlichen Meinung in der Weltpolitik ein Faktor ist.

So habe ich meine Ausführungen aufgefaßt sehen mögen.

Dies ist alles, was an Diskussionspunkten von mir gefordert worden ist.

(Beifall)

Vorsitzende Friebe: Vielen Dank für die Beantwortung der Fragen! Ich bedanke mich für die Rede und schließe zugleich die Sitzung ab. Ich rufe den Punkt 6 auf:

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Stadler (Mandatsprüfungskommission): Wir haben entsprechend dem Mandat des Nordrhein-Westfalen unsere Arbeit durchgeführt.

Zum 2. Landesparteitag wurden folgende Delegierte ernannt:

und zwar entsprechend § 3 Absatz 1:

aus dem Bezirk Westliches Ruhrgebiet:

aus dem Bezirk Niederrhein:

aus dem Bezirk Mittelrhein:

aus dem Bezirk Ostwestfalen-Lippe:

Das ergibt ladungsfähig:

Vom Vorstand sind 18 geladen, ein Delegierter ist anwesend. Dazu an dieser Stelle: Die Delegierten der Landesverbände, die in der Vorstandsmittgliederwahl teilgenommen haben, sind also zu den 299 Delegierten hinzuzurechnen.

Anwesend sind:

Vorstandsmitglieder:

Delegierte – einschließlich der Delegierten der Landesverbände:

gewählten Mitglieder des Landesvorstandes:

Damit ist die Vorschrift des § 4 erfüllt. Die Delegierten sind anwesend. Nach Prüfung der Legitimation zu prüfen. Wir müssen die Legitimation der Genossinnen und Genossen die Legitimation zu haben, ohne ein Parteimitglied zu sein. Etwas drei von ihnen in der Zwischenzeit in den Unterbezirk eingereicht, die wir annehmen können.

Genossinnen und Genossen, die keinen Nachweis über die ordnungsmäßige Beitragsentrichtung für das letzte Quartal erbringen konnten. Von der Konferenz ist also zu entscheiden über die 15 ohne Buch, worunter die drei zählen, die einen Nachweis erbracht haben. Hier würde die Mandatsprüfungskommission empfehlen, diese anzuerkennen. Der Landesparteitag hat zu entscheiden, wie es mit den 12 anderen Genossinnen und Genossen ist. Wir würden im übrigen empfehlen, die acht Genossinnen und Genossen, die keinen Nachweis für das letzte Quartal haben erbringen können — die Bücher waren ansonsten in Ordnung —, ebenfalls anzuerkennen. Vielleicht ist das darauf zurückzuführen, daß sie von ihren zuständigen Kassierern noch nicht die Beitragsmarken für das letzte Quartal bekommen haben, wenngleich das nicht als Entschuldigung anerkannt wird. Für das ordnungsgemäße Parteibuch hat jeder selbst Sorge zu tragen. Die Namen sind hier bekannt.

Vorsitzende Friebe: Vielen Dank für den Bericht der Mandatsprüfungskommission!

Wir hätten also zunächst über die 15 Mandate zu entscheiden. — Eine Wortmeldung! Bitte schön!

Büssow (Düsseldorf): Genossinnen und Genossen! Ich gehöre zu den 15, bei denen es nicht geklärt ist, und ich bin auch einer derjenigen, die in Dortmund auf dem außerordentlichen Parteitag dafür gestimmt haben, daß diejenigen, die auf diesen Versammlungen keine ordnungsgemäßen Beitragsbücher mitführen, nicht abstimmungsberechtigt sein sollen. Ich bin also ein Opfer meiner Willensbildung.

(Beifall und Heiterkeit)

Aber ich möchte dazu bemerken — ich habe es auch einem Mitglied der Mandatsprüfungskommission gesagt —: Ich habe mein Parteibuch vergessen. Es ist ordnungsgemäß gepflegt, das kann vom Unterbezirkssekretär von Düsseldorf, der hier anwesend ist, bestätigt werden, und ich werde heute Abend nach Düsseldorf fahren, um es morgen vorzuzeigen. Ich bitte das bei der Entscheidung des Parteitags doch zu berücksichtigen.

Vorsitzende Friebe: Vielen Dank! Es wäre ja besser gewesen, du hättest die Bestätigung deines Sekretärs schon bei der Mandatsprüfungskommission eingereicht. Die Erklärung allein reicht wohl nicht aus.

Wir haben jetzt also über die 15 Buch zu entscheiden. Davon sind beigebracht haben, von der Man worden. Ich würde vorschlagen, d ohne Buch gekommen sind, ents den? — Widerspruch? — Nein? Übe

Dann kommen wir also zur Abstimm es getrennt vornehmen, zunächst Es ist doch wohl ein anderer Sach gebracht hat. — Erneuter Widerspru

(Lebhaft)

Gut! Dann lassen wir darüber abst durch Abstimmung entscheiden w wir über die 15 jetzt pauschal ab chen. — Danke schön! Die Gegenp nicht im klaren darüber, welches ten, daß ausgezählt werden muß. B

(Zu

Gut! Wir wollen die Wahl wiederh gen, daß diejenigen, die dafür sin und Genossen jetzt abstimmen, o möchten. Wer also für eine Absti bitte ich aufzustehen. Das sind 129

(Zu

129 waren also für eine pauschal Frage —; 125 waren dagegen. — D date ab. — Gibt es eine Wortmeldu

Diskussionsredner (ohne Namens Abstimmung. Ich bin sicher, daß s sie nämlich stimmberechtigt sein s

(Hei

Heinemann (Präsidium): Ich g tiv sehen. Das können Sie dem V Denn niemand hat Ihnen bisher

lange ein Parteitag das nicht beschließt, haben sie zunächst ihr Stimmrecht.

Vorsitzende Friebe: Zur Geschäftsordnung!

Feldmann (Dülzen): Nach Ziffer 1 der von uns beschlossenen Geschäftsordnung können wir über diese ganze Angelegenheit eigentlich gar nicht mehr abstimmen; denn dort heißt es: „Stimmberechtigte Mitglieder sind die in den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Landesvorstandes.“ Ich meine also, wenn die Genossen gewählt worden sind, sind sie auch hier stimmberechtigt.

(Zurufe und Heiterkeit)

Vorsitzende Friebe: Ganz so einfach geht es nicht. Wir kommen jetzt zur Abstimmung, und zwar darüber, ob die 15 Genossinnen und Genossen ihr Stimmrecht bekommen sollen.

(Zurufe)

Nachdem wir festgestellt haben, daß die 15 stimmberechtigt waren, weil das Recht noch nicht aberkannt war, kommen wir jetzt zu der Abstimmung. Wer dafür ist, daß diese 15, die ohne Buch erschienen sind, kein Stimmrecht erhalten, den bitte ich um das Handzeichen. Kein Stimmrecht bekommen! — Danke schön! Ich bitte um die Gegenprobe. — Es wird angezweifelt. Dann müssen wir noch einmal auszählen. Ich bitte die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission bei der Auszählung zu helfen.

Wer also für die Aberkennung der Mandate der 15 ist, den bitte ich aufzustehen. Ich bitte um die Gegenprobe. Das Ergebnis ist folgendes:

Für Aberkennung 128,

gegen Aberkennung 129.

(Große Heiterkeit und Beifall)

Jetzt haben wir noch zu entscheiden, ob die acht Delegierten, die ohne Beitragsnachweis hier sind, die Stimmberechtigung erhalten sollen.

(Stadie, Mandatsprüfungskommission: Entschuldigung!
Nur das letzte Quartal 1972!)

Die nur das letzte Quartal 1972 n
fehlung der Mandatsprüfungskomm
recht zuzuerkennen. Wir kommen
kennung der Mandate derjenigen D
des Beitrags nicht nachweisen kö
chen. — Danke schön! Bitte die G
Mehrheit. Damit haben diese acht
sind im Saal

Insgesamt 305 stimm

Von dieser Zahl haben wir bei der E

Zur Geschäftsord

Zöpel (Bochum): Ich bin der A
äußerte, daß man über diesen Fal
Es ist alles gut gegangen. Wir ha
Aufstellung der Landesliste gehab
wesen. Wenn das nämlich tatsäch
nicht in den Bundestag gekomm
das Präsidium, möglichst noch wä
kommission zu beauftragen, einma
aberkannt werden können; denn s
die Gliederungen die Delegierten
durch Abstimmung nicht zu ents
Darüber kann man nicht diskutier
ob das überhaupt möglich ist.

(Be

Vorsitzende Friebe: Vielen Da
und werden sicherlich diese Prüfun
leiten.

Nunmehr kommen wir zu Punkt 7 u

Anträge

- A Bundespolitik**
- B Landespolitik**
- C Kommunalpolitik**
- D Organisation**
- E Satzung**
- F Initiativanträge**

Antrag Nr.	Antragsteller	Stichwort	Entscheidung und Bearbeitung
A 1	Bezirk Ostwestfalen-Lippe	Öffentliche Mittel für Heimatvertriebene und Flüchtlingsorganisationen	Annahme, Weiterleitung am 9. 2. 1973 an Landtagsfraktion, am 12. 2. 1973 an Bundestagsfraktion
A 2	Bezirk Ostwestfalen-Lippe	Entwicklungshilfe: Öffentlichkeitsarbeit und Integration in Lehrerbildung	Annahme, Weiterleitung am 12. 2. 1973 an Bundestagsfraktion
A 3	Bezirk Ostwestfalen-Lippe	Berufsbildungsgesetz	Annahme, Weiterleitung am 12. 2. 1973 an Bundestagsfraktion
A 4	Bezirk Ostwestfalen-Lippe	Öffentliche Mittel für Bildung	Annahme, Weiterleitung am 12. 2. 1973 an Bundestagsfraktion
A 5	Unterbezirk Köln	Vermögensbildung	Vom Antragsteller zurückgenommen
A 6	Ortsverein Duisburg-Buchholz	Senkung des Wehretats	Abgelehnt
A 7	Ortsverein Duisburg-Buchholz	Ausgleichswertleistungen für die Stationierung von US-Truppen	Abgelehnt

A 1

Antragsteller: Bezirk Ostwestfalen-Lippe

Stichwort: Öffentliche Mittel für Heimatvertriebene und Flüchtlingsorganisationen

Alle Volksvertretungen in der Bundesrepublik werden aufgefordert,

1. in den öffentlichen Haushalten keine Mittel mehr für Organisationen bereitzustellen, die durch ihre Veröffentlichung und sonstige Tätigkeit die Friedenspolitik der Bundesregierung gegenüber den osteuropäischen Nachbarländern durch revanchistische Forderungen unglaubwürdig erscheinen lassen;
2. fünfundzwanzig Jahre nach Kriegsende alles zu unternehmen, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik nicht mehr aus formalen Gesichtspunkten in „Einheimische“ und „Heimatvertriebene“ eingeteilt wird;
3. insbesondere sollten die Begünstigungen jeglicher Art aus öffentlichen Haushaltsmitteln auf die noch in den ehemaligen deutschen Ostgebieten geborenen Mitbürger beschränkt bleiben. Alle Nachkommen dieser Mitbürger sollen nach den für alle geltenden Grundsätzen gefördert werden, soweit das sozial gerechtfertigt ist. Hiervon unberührt bleibt die Gruppe der Aussiedler, die aufgrund der Verträge mit Moskau und Warschau in die BRD kommen.

Begründung:

In zunehmendem Maß ist zu erkennen, daß verschiedene Organisationen in ihren Publikationen und bei ihren Veranstaltungen eine revanchistische Politik gegenüber den europäischen Nachbarstaaten fordern. Unter dem Programmsatz „Aussöhnung mit den Nachbarn“ stehen vielfach als konkrete Forderung Gebietsansprüche und Ausgleich für das Unrecht der Vertreibung. Das führt sowohl im Inland wie im Ausland zum Eindruck der Unglaubwürdigkeit des Friedensbemühens der sozialdemokratischen Friedenspolitik. In allen Volksvertretungen, in denen die SPD Einfluß darauf hat, sollten diese Organisationen deshalb keinerlei finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Haushaltsmitteln erhalten. (1)

Noch immer werden in Statistiken, Haushaltsplänen der Kommunen und anderswo die vor fünfundzwanzig Jahren aus den ehemaligen

deutschen Ostgebieten zugezogene Flüchtlinge etc.“ geführt. Diese Forderung ist nur noch mit einer Gedankenlosigkeit begründet. Aus beiden Gründen ist

Um die Eingliederung der aus den Ostgebieten vertriebenen Mitbürger zum Abschluß zu bringen, sind Maßnahmen der einzelnen beschränkten Organisationen der einzelnen beschränkten Organisationen in der nachteiligen Lage unmittelbar auf die Handlungsfelder der einzelnen Organisationen zu setzen. Das werden in der Regel nur die Organisationen sein. (3)

Angenommen

A 2

Antragsteller: Bezirk Ostwestfalen-Lippe

Stichwort: Entwicklungshilfe: Öffentliche Mittel für Lehrer- und Lehrerbildung

Es ist eine verstärkte Öffentlichkeit der Probleme der Entwicklungshilfe, die unter anderem mehr Informationen, Medien, feste Integration der Lehrer in die Lehrer- und Lehrerbildung in den Fächern Wirtschaftswissenschaften, Volkshochschulkurse

Begründung:

Die derzeit im großen Umfang geführte Entwicklungshilfe ist ein Problem, das in der Entwicklungshilfe ein Verhältnis zum öffentlichen Bewußtsein hat, das fast nur auf die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und wenige engagierte Kreise in der

Angenommen

A 3

Antragsteller: Bezirk Ostwestfalen-Lippe

Stichwort: Berufsbildungsgesetz

Wir fordern die Verwirklichung der im Berufsbildungsgesetz vor zwei Jahren vorgesehenen und bis heute immer noch nicht vollzogenen Maßnahmen innerhalb einer Frist von längstens 12 Monaten:

1. Aufstellung der noch fehlenden Ausbildungsordnungen für alle zur Zeit anerkannten Berufe (§ 25 Berufsbildungsgesetz).
2. Festlegung von Maßstäben für die Eignung der Ausbildungsbetriebe und der Ausbilder nach dem im BBG festgelegten Verfahren (§§ 20 bis 22), wobei besonders darauf zu achten ist, daß alle mit der Ausbildung befaßten Personen für die Ausbildungstätigkeit auch angemessen freigestellt werden.
3. Richtlinien sind zu erlassen, nach denen die Berufsausbildungsausschüsse die Anzahl, die Verantwortlichkeiten und die Kompetenzen der Ausbildungsberater festzulegen haben (§ 45 BBG).
4. Auf der Grundlage der konkreten Richtlinien zu 2. und 3. ist dann jeweils die Eignungsfeststellung oder der Entzug der Ausbildungsbefugnis unter Mitwirkung der Berufsbildungsausschüsse (§§ 22-24 BBG) und andererseits der Gewerbeaufsichtsämter vorzunehmen.

Begründung:

Das Berufsbildungsgesetz von 1969 enthält eine Fülle von unpräzisen Vorschriften und verweist an vielen Stellen auf noch zu erlassende Richtlinien, Ausführungsbestimmungen usw.

Im vorliegenden Antrag sind nur die dringlichsten Richtlinien aufgeführt, deren Verwirklichung eine Novellierung des gesamten Berufsbildungsgesetzes keineswegs überflüssig machen.

Angenommen

A 4

Antragsteller: Bezirk Ostw

Stichwort: Öffentliche Mittel für Bild

1. Wir fordern, daß die öffentliche Berufsbildung konjunkturell Anteil soll auf 8 % des Brutto werden.
2. Es müssen Pläne erstellt werden, die gestiegenen Kosten einer verbesserung (zum Beispiel in Form einer nicht ausbilden) zu beteiligen. für die schulische Berufsausbildung der Wirtschaft angemessen zu den Haushalten beiträgt.

Begründung:

Zu 1.

Da die Sicherung unserer Zukunft die Verwirklichung der als notwendig erachteten reform in allen Bereichen abhängt, Mittel nicht von Fall zu Fall gekürzt werden. In der konjunkturellen Lage die Einschränkung der öffentlichen Mittel hat schwerwiegende Folgen für die Bildungsvorhaben mit

Zu 2.

Da die Wirtschaft einerseits durch die Profite, andererseits die Gefahren der Überforderungen an die betriebliche Ausbildung durch das Berufsbildungsgesetz an Lehrstellen in den Betrieben zu gehen könnte, ist die Wirtschaft der überbetrieblichen Berufsbildung gegenüber.

Angenommen

A 5

Antragsteller: Unterbezirk Köln

Stichwort: Vermögensbildung

Vermögensbildung kann nur in dem Sinne verstanden werden, daß sie zu einer Vermögensumverteilung führt. Sie muß beinhalten, daß in allen Unternehmen von bestimmter Größe Gewinnabgaben in Kapitalanteile der Arbeitnehmer umgewandelt werden. Diese Kapitalanteile müssen zur Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel durch die Arbeitnehmer führen.

Begründung:

Einkommen und Vermögen sind ungerecht verteilt. Das ist nicht nur die Folge massenhafter Vermögensvernichtung durch Krise, Krieg und Inflation, sondern im wesentlichen die Schuld einer Wirtschafts- und Steuerpolitik, die die Einkommens- und Vermögensbildung in wenigen Händen begünstigt und die bisher Vermögenslosen benachteiligt.

Wer in den Großorganisationen der Wirtschaft die Verfügung über Millionenwerte und über Zehntausende von Arbeitnehmern hat, der wirtschaftet nicht nur, er übt Herrschaftsmacht über Menschen aus, die Abhängigkeit geht weit über das Ökonomisch-Materielle hinaus.

Im demokratischen Staat muß jede Macht öffentlich ausgeübt werden. Das Interesse der Gesamtheit muß über dem Einzelinteresse stehen. In der vom Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft sind Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet. Der Sozialismus erstrebt darum eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung.

Vom Antragsteller zurückgenommen

A 6

Antragsteller: Ortsverein Duisburg-Buchholz

Stichwort: Senkung des Wehretats

Der SPD-Ortsverein Buchholz fordert die Bundesregierung auf, den Wehretat in den nächsten Jahren kontinuierlich um

Begründung:

Die Verträge von Moskau und Warschau sind nur ein Übergang zu einem dauerhaften Frieden in Europa.

Das muß auch Auswirkungen auf die Bundesrepublik haben.

Ein weiteres Rüsten stünde im Gegensatz zu den Verträgen.

Ein tatsächliches Wirksamwerden der Senkung der Verteidigungslasten bedarf auf den Gebieten des Friedens und der sonstigen sozialen Für-

Abgelehnt

A 7

Antragsteller: Ortsverein I

Stichwort: Ausgleichswertleistung von Truppen

Der SPD-Ortsverein Buchholz fordert die Bundesregierung auf, die Stationierung amerikanischer Truppen abzulehnen und in dieser Richtung auf die SPD-Bundestagsfraktion einzuwirken.

Begründung:

Die USA führen in Vietnam einen Krieg, der einen großen Teil gegen die Zivilbevölkerung richtet. Internationale Untersuchungskommissionen haben festgestellt, durch die von der BRD

zahlungen ist dieser Völkermord indirekt unterstützt worden, da diese Gelder dem Militärhaushalt der USA zufließen. Darüber hinaus ist die Stationierung amerikanischer Truppen in der BRD ein Anachronismus, da nach den Verträgen von Warschau und Moskau dafür keine Notwendigkeit mehr besteht.

Abgelehnt

B 1

Antragsteller: Unterbezirk Höxter-Warburg und Bezirk Ostwestfalen

Stichwort: Änderung des passiven Wahlalters in NW

Artikel 31 Abs. 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen erhält folgenden Wortlaut:

„Wahlberechtigt ist, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat; wählbar, wer das Alter erreicht hat, mit dem die Volljährigkeit eintritt. Am Tage der Wahlausschreibung muß der Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen begründet worden sein.“

Begründung:

Das passive Wahlalter, das zur Zeit in NRW bei 23 Jahren liegt, soll durch die Verfassungsänderung an die Regelung für Bundestagswahlen angeglichen werden (vergl. Art. 38 Abs. 2 des Bonner Grundgesetzes).

Angenommen

Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

B 2

Antragsteller: Unterbezirk Höxter-Warburg

Stichwort: Sportunterricht an Schulen

96

Es werden alle sozialdemokratischen die Nordrhein-Westfalens, aus sicherzustellen, daß der in den Lehrplan an Schulen in optimaler Form durch

Begründung:

Es wird festgestellt, daß die in den Sportunterricht in der Woche 90 % aller Grund- und Hauptschulen Wochenstunden Sport nur ein sehr geringes Maß an Turn- und Schwimmhalle. Deshalb sind in kaum einem anderen Bundesland die Chancen so ungleich wie im Schulsystem. In Nordrhein-Westfalen gibt es 7200 Schulen mit 2 375 000 Schülern und 781 Schwimm- und Lehrschwimmbädern.

Ein Drittel dieser Hallen ist heute noch ohne Ausstattung kaum den sportpädagogischen Anforderungen gerecht.

Es fehlen in Nordrhein-Westfalen 694 Schwimm- und Lehrschwimmbäder und 694 qualifizierten Lehrkräfte.

In Nordrhein-Westfalen fallen nach einer wöchentlich 9707 Unterrichtsstunden aus. Der Lehrermangel ist ein ernstes Problem.

Nach einer zum Beispiel im Vergleich durchgeführten Erhebung, die für das Land Nordrhein-Westfalen und die übrigen Bundesländer mit einiger Regelmäßigkeit die drei geforderten Wochenstunden Sportunterricht in 21 % der Realschulen halten.

Zwei Wochenstunden haben die Sonderschulen, 73 % der Realschulen. Die Berufsschulen und die hier nur eine oder gar keine Sportstunde.

Angenommen

Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

B 3

Antragsteller: Unterbezirk Höxter-Warburg

Stichwort: Rettungsdienst und Rettungszentren

Es werden alle sozialdemokratischen Landtagsfraktionen und die Bundestagsfraktion aufgefordert, durch Gesetzesinitiativen die Einrichtung von

- einem einheitlichen Rettungsdienst in der Bundesrepublik
- weiteren Rettungszentren
- einheitlichem und münzfreiem Notruf

durchzuführen oder zu beschleunigen.

Begründung:

In der Bundesrepublik sterben jährlich rund 200 000 Menschen den Notfalltod. Wie künftig der Rettungsdienst in der Bundesrepublik organisiert und koordiniert werden kann und soll, wird auf das „Ulmer Modell“ verwiesen (Bundeswehr-Testrettungszentrum Ulm).

Angenommen

B 4

Antragsteller: Unterbezirk Bonn

Stichwort: Aufstellung Reservelisten

Bei der Aufstellung der Reservelisten für Bundestags- und Landtagswahlen werden Vertriebenenfunktionäre nur berücksichtigt, sofern sie als Kandidaten von Gliederungen der Partei nominiert werden und ihre Nominierung nicht nur auf Grund ihrer Eigenschaft als Vertriebenenfunktionär erfolgt.

Vom Antragsteller zurückgenommen

B 5

Antragsteller: Unterbezirk Bonn

Stichwort: Ministerpräsidentenbeschlüsse im öffentlichen Dienst

Der Unterbezirk Bonn verurteilt den Ministerpräsidentenbeschluss über die „Grundsätze für die Beschäftigung im öffentlichen Dienst“ als Verstoß gegen die Verfassung. Die Verfassungsmäßigkeit dieses Beschlusses ist aus verfassungsrechtlichen Bedenken als unzulässig zu betrachten. Es wird daher gefordert, diesen Beschluss abzuschaffen. Zwar nominell gegen Links- und Rechtskräfte, ist die Möglichkeit seit Übernahme der Bundesregierung durch die CDU/CSU-Koalition zeigt jedoch, daß die realen Kräfte wieder einmal alles versuchen, die Gefahr komme von links.

Die Diffamierung der Ostverträge durch den Ministerpräsidentenbeschluss von Strauß, Springer-Pressen und führende Sozialdemokraten, Gewerkschaften und SHB-Mitglieder zeigen, daß die realen Kräfte in der Bundesrepublik die demokratische Politik und ihre Verfassungsmäßigkeit in ihren Wirkungen zu untergraben.

Daß es der CDU/CSU gelungen ist, die absolute Mehrheit eine weitere Einschränkung der Verfassungsmäßigkeit zu Zwecken durchzusetzen, führt vor der Mehrheitsverhältnisse zu einer weiteren Bundestagsfraktion, der festgestellt hat, kann man eine weitere Schritt zu ihrer Beseitigung verteidigen. Der Ministerpräsidentenbeschluss von den Vertriebenenfunktionären aufzwingen lassen. Der Unterbezirk Bonn fordert den Ministerpräsidenten und den Bundeskanzler auf, den Bereich zurückzunehmen und die Verfassungsmäßigkeit zu rufen.

Abgelehnt

B 6

Antragsteller: Unterbezirk Essen

Stichwort: Einheitsgesellschaft Nahverkehr im Ruhrgebiet, Verbundtarif

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, dahingehend zu wirken, daß die Nahverkehrsbetriebe und die Stadtbahngesellschaft im Ruhrgebiet eine Einheitsgesellschaft gründen und einen Verbundtarif mit Einheitstarifzonen einführen.

Angenommen

B 7

Antragsteller: Unterbezirk Essen

Stichwort: Öffentlich geförderter Wohnungsbau, Überstundenvergütung und Einkommensgrenze

Die SPD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß bei der Berechnung des Einkommens für die Berechtigung zum Bezug einer öffentlich geförderten Wohnung Überstundenvergütungen aus nichtselbständiger Arbeit unberücksichtigt bleiben.

Begründung:

Durch den Erlaß des Innenministers ist der Bezug von öffentlich geförderten Wohnungen durch die dafür erforderlichen Formalitäten sehr erschwert worden. Denn der Erlaß schreibt vor, daß der Bewerber für eine öffentlich geförderte Wohnung das Einkommen des vergangenen Jahres, des laufenden Jahres und des letzten Monats vor Bezug der öffentlich geförderten Wohnung nachweisen muß. Diese geforderten Nachweisungen bringen sowohl für den Bewerber als auch für die Verwaltung unnötige Belastungen. Es ist unverständlich, warum der Innenminister einen so umständlichen Weg zum Bezug einer öffentlich geförderten Wohnung gewählt hat. Eine Verwaltungsreform sollte nicht nur nach außen, sondern auch nach innen Platz greifen.

In dem Erlaß des Innenministeriums wiesen worden, daß Überstunden das Einkommen angerechnet werden können. Es ist zu erwarten, daß diese Sequenzen sind, daß insbesondere Bereiche, die mit öffentlichen Mitteln finanziert werden können. Im soziologischen Ergebnis im Laufe der Zeit weiter überaltert zuweisen, daß junge Familien fast Wohnungen beziehen. Da man davon kein Dauereinkommen bedeuten, sondern eine Einnahme darstellen, ist nicht ein Einkommen angerechnet werden müssen. Es ist zu erwarten, daß junge Familien ihren Anspruch auf eine

Das kann nicht im Sinne der sozialen Weiteren Förderung des sozialen liegen.

Gleichzeitig ist festzustellen, daß für die Lohn- und Gehaltsempfänger während alle Selbständigen günstige finanzielle Veranlagung in der Regel 2 Ja

Angenommen

Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

B 8

Antragsteller: Ortsverein D...

Stichwort: Kinderspielplatzgesetz

Die Landtagsfraktion der SPD fordert, noch in dieser Legislaturperiode ein Kinderspielplatzgesetz zu schaffen.

Begründung:

Die bestehenden Richtlinien und die Entwicklung unserer Kinder zu schaffen und zu sichern. Das Gesetz

über Zahl, Größe, Beschaffenheit und pädagogische Intention der Spielplätze machen.

Angenommen

B 9

Antragsteller: Ortsverein Wuppertal-Wichlinghausen

Stichwort: Weiterbildungsgesetz

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, auf der Grundlage der von der Landtagsfraktion im Juni 1972 verabschiedeten „Leitsätze zum Gesamtbereich Weiterbildung“ und des am 7. 12. 1972 von der Arbeitsgemeinschaft für Bildungspolitik beim Landesvorstand der SPD gebilligten Gesetzentwurfes der „Kommission Weiterbildung“, im Jahr 1973 ein Weiterbildungsgesetz vorzulegen und im Landtag verabschieden zu lassen. Das Gesetz soll den Weiterbildungsbereich im Sinne der bildungspolitischen Zielvorstellungen der SPD als öffentlichen Bildungsbereich gestalten und einen überschaubaren Finanzierungsrahmen enthalten.

Begründung:

Die Notwendigkeit, ein Weiterbildungsgesetz baldmöglichst zu verabschieden, ergibt sich

- a) aus der ungeordneten, uneffektiven Struktur des heutigen Weiterbildungssystems, die zu einem späteren Zeitpunkt durch Gesetz nur noch schwer verändert werden könnte;
- b) aus der Gefahr, daß ohne eine baldige gesetzliche Regelung, die über das VHS-Gesetz von 1953 hinausgeht, der Weiterbildungsbereich überwiegend als Privat- und Ersatzschulbereich organisiert wird und somit der öffentlichen Gestaltungsverpflichtung entzogen ist;
- c) aus der gesellschaftspolitischen Notwendigkeit des „lebenslangen Lernens“ bei gleichzeitiger Entlastung von Schule und Hochschule;
- d) aus dem sprunghaft angestiegenen und schon vielfach belegbaren

Druck aus der Bevölkerung, die z
Weiterbildung findet.

Angenommen

C 1

Antragsteller: Unterbezirk Es

Stichwort: Paritätische Mitbestimmung

Der Landesparteitag der SPD fordert dem Landtag von NRW einen Gesetz zur Gemeindeordnung mit dem Ziel der Mitbestimmung in kommunalen Eigenbetriebe.

Begründung:

Die Einführung der paritätischen Mitbestimmung in den Eigenbetriebe nach der Eigenbetriebsverordnung vom 22. Dezember 1953 ist rechtlich nicht möglich. Eine Änderung der Gemeindeordnung und der Eigenbetriebsverordnung.

Angenommen

D 1

Antragsteller: Ortsverein Mü

Stichwort: Medienpolitik, Einstellung

Die Mitglieder des Ortsvereins Münschärfer fordern das Verhalten der für den 1972 in der Partei Verantwortlichen.

Durch die Einstellung des „Telegraf“ fordert die SPD ihre Stimme in der Berliner Tagesschau. Die mehr als hundertjährige Geschichte der Presse in der Zeitungsstadt Berlin.

und Verbote, des kampfbereiten Widerstands und optimistischen Neubeginns, mit der sich Namen wie Wilhelm Liebknecht und Friedrich Stampfer verbinden, hat ein unrühmliches Ende gefunden. Unrühmlich in doppelter Hinsicht: Weil es auf das Versagen der für die Kommunikationspolitik der Partei Verantwortlichen zurückzuführen ist und weil es zudem von ihnen in kapitalistischer Handstreichmanier ohne Rücksicht auf die Mitarbeiter und ihre besondere soziale und berufliche Lage durchgesetzt worden ist.

Die berechtigte Kritik an der redaktionellen Schwäche, dem Auflagenschwund und dem drohenden Konkurs erweist sich, bei Licht besehen, als schwaches Alibi für eine verhängnisvolle kommunikationspolitische Fehlentscheidung. Die Klage über den Verlust der Meinungsvielfalt bleibt ein inhaltsloses oratorisches Lamento, der Kampf gegen Meinungsmonopole ein Scheingefecht, wenn darüber versäumt wird, Strukturschwächen in den eigenen Kommunikationseinrichtungen zu erkennen, zu beheben und sie den aktuellen Erfordernissen anzupassen. Der Zeitungstod von Berlin war nicht unvermeidbar. Durch Früherkennung der Leistungsschwäche und rechtzeitige Sanierung hätte es möglich sein müssen, mit geeigneten Mitteln zumindest den „Telegraf“ zu retten. Eine Rettung, die um so notwendiger gewesen wäre, als die Alternative für eine Tageszeitung nur eine andere Tageszeitung, in diesem Fall mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Springer-Organ, sein kann.

Daß die Leichenbitter des „Telegraf“ und der „nacht-depesche“ sich ausgerechnet vor einem Wahlkampf, dessen Härte bereits abzusehen ist, aufmachten, sicherte den beiden Zeitungen eine Beerdigung erster Klasse durch die Opposition. Die Waffen wegwerfen, mit denen man kämpfen muß, heißt: die Kapitulation vorbereiten. Doch was hier passierte, war noch schlimmer: sogar die passende Munition wurde dem Gegner in die Hände gespielt. „Frühkapitalistische Methode“ nannte der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU die Form, in der die Entlassungen ausgesprochen wurden. Fehlende Menschlichkeit beklagte eine Redakteurin. Beide hatten recht. Was geschehen ist, ist irreparabel.

Die Partei ist durch die Mitschuld am Tod des „Telegraf“ und der „nacht-depesche“ belastet. Unmittelbar vor dem Wahlkampf haben in der SPD-regierten Stadt SPD-Politiker ihr Sprachrohr und SPD-Mitglieder und -Freunde ihre Zeitung verloren. Im Kampf um die Erhaltung der Meinungsvielfalt ist unwiederholbares Terrain verloren gegangen. Die rücksichtslose Härte der Entlassungsvorgänge und der Verzicht auf Transparenz hat das Vertrauen zur SPD in der Öffentlichkeit

schwer erschüttert. Politische V der Strecke. Die Kommunikatio
tei Deutschlands gerät, werde
nommen, in die Gefahr, schicksa

Angenommen

Weiterleitung an Bundespartei

D 2

Antragsteller: Landesvo

Stichwort: „Sozialdemokratische
Nordrhein-Westfalen e. V.“ (SG)

Der 1. Landesparteitag der SPD
einstimmig beschlossen, eine
rhein-Westfalen zu gründen.

In Ausführung dieses Beschl
„Sozialdemokratische Gemeins
Westfalen e.V.“ (SKG) gegründ

Der Landesparteitag verpflichtet
den kommunalen Gebietskörpe
den kommunalen Wahlbeamte
Die SPD-Fraktionen im Lande
dere, in der Kommunalpolitik
interessieren und sie als Mitgl
ben.

Die Abrechnung und Überweis
einheitlich von den jeweiligen
lichen Mitglieder im Bereich Ih

Angenommen

Zusatzantrag zu D 2

Antragsteller: Parteitag

Stichwort: „Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen e. V.“ (SGK)

Die SGK ist gehalten, die Beschlüsse der XI. Kommunalpolitischen Bundeskonferenz der SPD und weitere Beschlüsse von kommunalpolitischer Bedeutung der Bundes- und Landesparteitage den Kreistags- und Gemeinderatsfraktionen der SPD mitzuteilen und über deren Umsetzung auf Landesparteitagen zu berichten.

Die erforderlichen Unterschriften liegen vor.

Angenommen

ANTRAGSTELLE

Gegenüberstellung

5.

mit den Änder

Satzungskommission

Nordrh

(Neu eingefügte Satzungsstelle)

— letz

SPD-Landesvor

4000 Düssel

Name, Sitz, Tätigkeitsgebiet

§ 1

(1) Die Landesorganisation Nordrhein - Westfalen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands führt den Namen SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen.

§ 1

(1) Die Landesorganisation Nordrhein - Westfalen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands führt den Namen SPD - Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Der Landesverband ist weitere Organisationsgliederung im Sinne des § 8 Abs. 3 des Organisationsstatuts der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Begründung:

Mit dieser Einfügung soll zweifelsfrei zum Ausdruck gebracht werden, daß es sich um einen Landesverband nach § 8 Abs. 3 und damit um eine Organisationsgliederung, die auch ein Antragsrecht zum Bundesparteitag hat, handelt und nicht um einen bloßen sonstigen regionalen Zusammenschluß im Sinne von § 8 Abs. 4 Organisationsstatut.

(2) Sein Tätigkeitsgebiet ist das Land Nordrhein-Westfalen.

(2) bleibt.

(3) Der Sitz des Landesverbandes ist Düsseldorf.

(3) bleibt.

Organe

§ 2

Die Organe des Landesverbandes sind

1. der Landesparteitag,
2. der Landesvorstand,
3. der Landesausschuß.

Landesparteitag

§ 3

(1) Der Landesparteitag ist oberste Organ des Landesverbandes.

(2) Er setzt sich zusammen

1. aus 300 in den Bezirken auf Parteitagen zu wählenden Delegierten. Die Verteilung der Mandate erfolgt nach der Mitgliederzahl, die in den vorausgegangenen vier Quartalen vor der Berufung des Landesparteitages Mitgliederbeiträge an den Parteivorstand geführt worden sind,

2. aus den Mitgliedern des Landesvorstandes.

Begründung:

Mit dieser Neufassung soll entsprechend § 15 Organisationsstatut deutlicher als bisher zum Ausdruck gebracht werden, daß die Wahl der Delegierten des Landesparteitages nach Maßgabe der Bezirkssatzungen entweder durch die Bezirksparteitage oder die Unterbezirksparteitage erfolgen kann.

Eine Erhöhung der Delegiertenzahl von 300 auf 400 entsprechend dem Organisationsstatut erscheint für das Land nicht erforderlich.

(3) Mit beratender Stimme nehmen am Landesparteitag teil

1. aus dem Landesausschuß die gewählten Mitglieder,

die fünf von der SPD-Landtagsfraktion zu bestellenden Mitglieder,

die Landessekretäre,

2. die Mitglieder der Kontrollkommission.

(3) Mit beratender Stimme nehmen am Landesparteitag teil

1. aus dem Landesausschuß die gewählten Mitglieder,

die fünf von der SPD-Landtagsfraktion zu bestellenden Mitglieder,

die Landessekretäre,

2. die Mitglieder der Kontrollkommission, je ein Vertreter der drei Landesarbeitsgemeinschaften Betriebsgruppen, Frauen und Jungsozialisten.

Begründung:

Die Vorschrift soll dem Umstand Rechnung tragen, daß

§ 4

(1) Der Landesparteitag prüft die Legitimation der Teilnehmer, wählt die Leitung und stimmt die Geschäftsordnung. Der Landesparteitag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.

(2) Über die Verhandlungen des Landesparteitages wird ein Beschlußprotokoll angefertigt. Die Beschlüsse sind durch zwei Mitglieder des Präsidiums des Landesparteitages zu beurkunden.

§ 5

(1) Ein ordentlicher Parteitag findet alle zwei Jahre statt. Er wird vom Landesvorstand spätestens zwei Monate vorher bekanntgegeben. Die vorläufige Tagesordnung schriftlich zuberufen.

(2) Anträge von Organisationsgliederungen für den Landespartei tag sind spätestens fünf Wochen vorher beim Landesvorstand einzureichen, der sie spätestens drei Wochen vor dem Landespartei tag in der gleichen Weise wie die Einberufung bekanntzugeben hat.

(2) Anträge von Organisationsgliederungen für den Landespartei tag sind spätestens sechs Wochen vorher beim Landesvorstand einzureichen, der sie spätestens drei Wochen vor dem Landespartei tag mit einer Stellungnahme der Antragskommission in der gleichen Weise wie die Einberufung bekanntzugeben hat.

(3) Anträge aus der Mitte des Landespartei tages (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Landespartei tag dem zustimmt. Das Nähere bestimmt die Geschäftsordnung.

(4) Die Antragskommission besteht aus je drei von jedem Bezirk und dem Landesvorstand zu benennenden Mitgliedern. Sie ist durch den Landesvorstand einzuladen.

Begründung:

Anpassung an §§ 18, 19 Organisationsstatut.

§ 6

Zu den Aufgaben des Landespartei tages gehören:

1. die Entgegennahme der Berichte über die Tätigkeit des Landesvorstandes, der Kontrollkommission und der Landtagsfraktion,

2. die Wahl des Landesvorstan-

§ 6

Zu den Aufgaben des Landespartei tages gehören:

1. die Entgegennahme der Berichte über die Tätigkeit des Landesvorstandes, der Kontrollkommission und der Landtagsfraktion,

2. die Wahl des Landesvorstan-

des und der Kontrollkommission auf zwei Jahre,

3. die Beschlußfassung über Berichte nach Nr. 1 und über die eingegangenen Anträge

§ 7

(1) Ein außerordentlicher Landespartei tag findet statt

a) auf mit Dreiviertelmehrheit gefaßten Beschluß des Landesvorstandes,

b) auf Beschluß des Landtagsausschusses,

c) auf Beschluß von zwei Bezirksvorständen.

Begründung:

Anpassung an § 21 Organisationsstatut.

- (2) Er ist spätestens zwei Wochen vorher einzuberufen, Anträge sind spätestens fünf Tage vorher bekanntzugeben. (2) bleibt.

- (3) Im übrigen gelten die §§ 3 und 4. (3) bleibt.

§ 8 bleibt.

§ 8 bleibt.

Für die Beschlußfassung über die Landesreservelisten für Bundestags- und Landtagswahlen treten jeweils besondere Landesdelegiertenkonferenzen zusammen, die sich nach § 3 Abs. 2 Nr. 1 zusammensetzen. Die Abstimmungen über die Landesreservelisten sind geheim.

Landesvorstand

§ 9

- (1) Die Leitung des Landesverbandes obliegt dem Landesvorstand. Er besteht aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden und fünfzehn Beisitzern.

Landesvorstand

§ 9

- (1) Die Leitung des Landesverbandes obliegt dem Landesvorstand. **Der Schwerpunkt seiner Arbeit ist die Landespolitik. Der Landesvorstand** besteht aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden und fünfzehn Beisitzern.

Begründung:

Die Vorschrift soll entsprechend § 8 Abs. 3 des Organisationsstatuts klarstellen, daß

- (2) Die Wahl des Landesvorstandes erfolgt durch den Landesparteitag mittels Stimmzettel in getrennten Wahlgängen.

Hintereinander werden gewählt:

der Landesvorsitzende,

die stellvertretenden Landesvorsitzenden in besonderen Wahlgängen,

die weiteren Mitglieder Landesvorstandes.

- (3) Wahlen zum Landesvorstand sind geheim.

- (4) Gewählt ist, wer mehr als Hälfte der Stimmen der stimmberechtigten Delegierten erhalten hat.

- (5) Haben die Kandidaten die Mehrheit nicht erhalten, so findet ein weiterer Wahlgang statt. Gewählt sind dann die Kandidaten, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Bei Stimmengleichheit für

erforderlichenfalls Stichwahl statt. Bei erneuter Stimmen-
gleichheit entscheidet das Los.

- (6) An den Sitzungen des Landes- (6) bleibt.
vorstandes nehmen die Lan-
dessekretäre mit beratender
Stimme teil.

Landesausschuß

§ 10

- (1) Der Landesausschuß besteht aus vierzig in den Bezirken in geheimer Abstimmung auf jeweils höchstens zwei Jahre zu wählenden stimmberechtigten Vertretern. Wiederwahl ist zulässig.

Jeder Bezirk entsendet fünf Vertreter; die Verteilung der restlichen zwanzig Vertreter auf die Bezirke erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die in den vorausgegangenen vier Quartalen vor Einberufung des Landesparteitages Mitgliederbeiträge an den Parteivorstand abgeführt worden sind.

Mitglieder des Landesvorstandes können dem Landesausschuß nicht als ordentliche Mitglieder angehören.

- (2) Mit beratender Stimme nehmen teil

1. die Mitglieder des Landesvorstandes,

Landesausschuß

§ 10 bleibt

2. fünf von der SPD-Landtagsfraktion zu bestellen Mitglieder,

3. die Landessekretäre.

- (3) Der Landesausschuß kann den Beratungen im Einzelfall weitere Personen hinzuziehen.

- (4) Der Landesausschuß wählt einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreter.

- (5) Der Landesausschuß wird durch seinen Vorsitzenden einberufen. Auf Antrag des Landesvorstandes oder eines Bezirksvorstandes muß er einberufen werden.

§ 11

Der Landesausschuß ist anzurufen vor Beschlüssen des Landesvorstandes über grundsätzliche landespolitische und organisatorische Fragen sowie die Vorbereitung von Bundestags- und Landtagswahlen.

Kontrollkommission

§ 12

- (1) Der Landesparteitag wählt die Dauer der Amtsführung des Landesvorstandes und der Kontrollkommission, die aus fünf Mitgliedern besteht.

Die Mitglieder der Kontroll-

kommission dürfen dem Landesvorstand oder dem Landesausschuß nicht angehören.

- (2) Der finanzielle Teil des vom Landesvorstand dem Landesparteitag zu erstattenden Tätigkeitsberichtes ist vor der Berichterstattung durch die Kontrollkommission zu überprüfen.

§ 13

Diese Landessatzung kann vor dem nächsten Landesparteitag mit den Stimmen der Mehrheit der satzungsmäßigen Mitglieder geändert werden.

§ 13

- (1) Diese Landessatzung kann nur von einem Landesparteitag mit Zweidrittelmehrheit geändert werden.

- (2) Anträge auf Abänderung der Landessatzung können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, die § 5 Abs. 2 vorschreibt, veröffentlicht worden sind. Abweichungen müssen auf dem Landesparteitag mit Dreiviertelmehrheit beschlossen werden.

Begründung:

Anpassung an § 40 Organisationsstatut.

Es wird so die Möglichkeit eröffnet, daß auch ein außerordentlicher Landesparteitag Satzungsänderungen beschließen kann.

§ 14

Diese Landessatzung tritt am 5. Dezember 1970 in Kraft.

Die Richtlinien der SPD im Land Nordrhein-Westfalen vom 19. Januar 1963 sind aufgehoben. Für die am 5. Dezember 1970 vorzunehmenden Wahlen des Landesvorstandes und der Kontrollkommission regelt sich die Zusammensetzung des Landesparteitages noch nach den bisherigen Vorschriften.

Initiativantrag Nr. 1

Antragsteller: Landesvorstand

Stichwort: Verfassungsfeindliche Bestrebungen und öffentlicher Dienst

Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß bei der Bekämpfung verfassungsfeindlicher Bestrebungen im öffentlichen Dienst eine verfassungsgemäße und rechtsstaatliche Behandlung von Bewerbern und Bediensteten gewährleistet wird. Der Beschluß der Ministerpräsidenten vom 28. 1. 1972 ist in diesem Sinne und unter Berücksichtigung der folgenden Grundsätze auszulegen:

1. Entsprechend den Vorschriften der Beamtengesetze ist Voraussetzung für die Tätigkeit im öffentlichen Dienst das Bekenntnis und der aktive Einsatz für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes.
2. Nach dem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 21. 3. 1961 kann „bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes niemand die Verfassungswidrigkeit einer Partei rechtlich geltend machen“. Die bloße Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen politischen Partei steht daher einer Mitarbeit im öffentlichen Dienst nicht entgegen.
3. Jeder einzelne Zweifelsfall ist genau zu überprüfen. Der Betroffene ist anzuhören; im Falle der Ablehnung müssen ihm die Gründe schriftlich mitgeteilt werden, damit er sie gerichtlich überprüfen lassen kann. Eine Ablehnung darf nur von der obersten Dienstbehörde ausgesprochen werden.
4. Auch im Bereich des öffentlichen Dienstes muß die verfassungsrechtlich garantierte Vielfalt von Meinungen erhalten bleiben, damit eine Verengung des Freiheitsraumes vermieden wird und für weiterführende Ideen und Initiativen, die auf nicht gewaltsame Veränderungen im Rahmen des Grundgesetzes gerichtet sind, Platz bleibt.
5. Verfassungsfeindliche Bestrebungen müssen vor allem politisch bekämpft werden; administrative Mittel können stets nur ergänzend hinzutreten.

Angenommen

Initiativantrag Nr. 2

Antragsteller: Unterbezirk

Stichwort: Öffentlicher Nahverkehr

Der Landesparteitag erwartet von den Kommunen erste Schritte zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs.

Dazu müssen die Finanzzuwendungen der Kommunen verbessert werden.

Die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs soll verbessert werden.

Die Ansätze

Investitionshilfe für den Nahverkehr sollen lasten.

müssen deutlich angehoben werden.

Angenommen

Initiativantrag Nr. 3

Antragsteller: Parteitag

Stichwort: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

Nicht mehr als die Hälfte der Mitglieder des Landesparteitages dem Landtag angehören.

Abgelehnt

Initiativantrag Nr. 6

Antragsteller: Parteitag
Stichwort: Landesverband

1. Der Landesparteitag fordert die Umwandlung des Landesverbandes in einen Landesbezirk Nordrhein-Westfalen. Gleichzeitig ist eine Neugliederung der Unterbezirke als vergrößerte Organisationseinheiten unter Berücksichtigung der Gebietsreform durchzuführen.
2. Der Landesvorstand wird beauftragt, unter Abstimmung mit den Bezirken dem nächsten ordentlichen Landesparteitag einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.
3. Das Ergebnis ist spätestens bis zum 1. 7. 1974 allen Gliederungen der SPD in Nordrhein-Westfalen vorzulegen.

Erledigung durch Annahme des Initiativantrages 13

Initiativantrag Nr. 7 **in der Fassung des Vorschlages der Antragskommission**

Antragsteller: Antragskommission
Stichwort: Vietnam

Mit Unterstützung der großen Mehrheit der Bevölkerung ist der Frieden in Mitteleuropa vor allem durch die Verträge von Moskau und Warschau sicherer geworden. Aber diese Friedenspolitik verlangt, um in ihrem moralischen und politischen Kern glaubwürdig zu bleiben, eine Verurteilung des amerikanischen Bombenterrors ... durch die Bundesregierung. Die Unterdrückung des vietnamesischen Volkes durch den amerikanischen Krieg in Vietnam fordert unsere Solidarität. Amerikanische Bomber haben bereits ein Vielfaches der Bombenlast des zweiten Weltkrieges über Vietnam abgeworfen. Sie zerstören gezielt die Lebensgrundlagen der Zivilbevölkerung, Städte, Reisfelder und Fabriken, Schulen und Krankenhäuser, Deiche, Dämme.

In den vergangenen Wochen wurden die Städte Hanoi und Haiphong größtenteils zerstört und Bombenterror auf die Zivilbevölkerung ausgeübt.

Heute noch wird der Bombenterror in großen Teilen Südvietnams, eingesetzt. Die USA haben bereits Grundlagen für die menschliche nochmalige Ausdehnung des Krieges durch ihre eigenen Vertreter Nordvietnams vor den Präsidenten ... Waffenstillstandsabkommen z...

Wir fordern daher heute:

Schluß mit dem Morden (statt Völkermord)
Abzug der amerikanischen Truppen
Sofortige Unterzeichnung des ...
Solidarität mit den ... Völkern in
Solidarität mit der Antikriegsbewegung

Wir fordern von der Bundesregierung:

Verurteilung des amerikanischen Bombenterrors
Keine politische, wirtschaftliche Unterstützung
US-Vietnampolitik (statt US-Politik)
Diplomatische Anerkennung Nordvietnams
Zulassung eines Informationsbroschüren
Einreisebeschränkungen!
Humanitäre Hilfe für die Opfer
stige Hilfe für den Wiederaufbau
Einflußnahme auf die Regierung
gemeinsamen Erklärung gegen
Indochina.

In der Verwirklichung dieser Forderungen
notwendige Ergänzung der Friedenspolitik
wir unterstützen und deren Konsequenzen

Angenommen

Initiativantrag Nr. 8

Antragsteller: Parteitag
Stichwort: Wahlkampfkoordination
wahlen

Der Landesparteitag faßt folgenden

Für die Kommunalwahlen wird eine ähnliche Regelung zur Wahlkampfkostenerstattung getroffen, wie für Landtags- und Bundestagswahlen.

Begründung:

Für die Durchführung von Bundestags- und Landtagswahlen werden die Wahlkampfkosten durch Gesetz erstattet. Es ist bekannt, daß für die Durchführung der Kommunalwahlen die Stadtverbände, Ortsvereine und Fraktionen die Wahlkampfkosten zum größten Teil aus eigenen Mitteln bestreiten müssen oder auf Spenden angewiesen sind.

Angenommen

Initiativantrag Nr. 9

Antragsteller: Parteitag

Stichwort: Entschließung zur Frage der Energiepolitik in der BRD

Die augenblicklich geführte Diskussion über die zukünftige energiepolitische Entwicklung in der BRD hat wegen ihrer Ziellosigkeit zu einer erheblichen Beunruhigung unter der Bevölkerung in den industriellen Ballungszentren des Landes NRW geführt.

Die Delegierten des 2. Landesparteitages NRW fordern deshalb die Bundesregierung auf, in Zusammenarbeit mit den Landesregierungen der bergbautreibenden Länder, den Gewerkschaften und der Wirtschaft ein langfristig angelegtes energiepolitisches Gesamtkonzept unverzüglich zu erarbeiten.

Das energiepolitische Gesamtkonzept hat nach Auffassung des 2. Landesparteitages folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

1. Es ist ein vertretbares Höchstmaß an einheimischer Rohstoffbasis in der Bundesrepublik insbesondere zur Sicherung der Versorgung in der Eisen- und Stahlindustrie sowie der Elektrizitätswirtschaft zu erhalten.
2. Unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit sind angemessene Stützungsmaßnahmen der öffentlichen Hand in das energiepolitische Gesamtkonzept einzubauen, um die energieverbrauchenden

Wirtschaftszweige ggf. vor Markt abzusichern.

3. Um eine weitere unkontrollierte abläufen beeinflusste Schrubergbaus zu verhindern, ist eine zahlenmäßig fixierte Förderung zu gewährleisten.
4. Die evtl. noch notwendig werden eines energiepolitische betroffenen Arbeitnehmer so der Vergangenheit bereits ge
5. Regionale und strukturelle gebieten sind in einem ene berücksichtigen.
6. Die Erfahrungen, Maßnahmen einer einheimischen Energie sind bei der Entwicklung ei tion für die Bundesrepublik z

Angenommen

Initiativantrag Nr. 10

Antragsteller: Parteitag

Stichwort: Gesamtschule

Landesregierung und Ländtags Beratungen zum Landeshaushalt Modellschulen des Schulversuchs sorgen, um den Erfolg dieses politik bedeutsamsten Schulvers ist für die Gesamtschulen eine züglich eines Zuschlags von 30 unterricht festzusetzen.

Begründung:

Die Gesamtschule ist nach den

Kernstück der sozialdemokratischen Bildungspolitik. Die sozialdemokratisch geführten Regierungen haben durch Mehrheitsbeschluß in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung die allgemeine Einführung der integrierten Gesamtschule als Zielvorstellung festgelegt. Gegenwärtig sind die bereits in NRW bestehenden Gesamtschulen mit Lehrkräften schlechter ausgestattet als die Ganztagsgymnasien. Es ist daher unbedingt erforderlich, diesen Widerspruch zur Zielsetzung der sozialdemokratischen Bildungspolitik umgehend aufzuheben.

Keine Beschlußfassung. Überweisung an SPD-Landtagsfraktion.

Initiativantrag Nr. 11

Antragsteller: Parteitag

Stichwort: Änderung von § 3 Abs. 3 Ziff. 2 der Landessatzung

Der Landesparteitag möge den folgenden Wortlaut des § 3 Abs. 3 Ziffer 2 der Landessatzung beschließen:

„die Mitglieder der Kontrollkommission und je ein Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaften“.

Begründung:

Der Änderungsvorschlag der Satzungskommission steht in einem Widerspruch zu der vom Bundesparteitag beschlossenen Gleichbehandlung aller Arbeitsgemeinschaften. Er strebt zusätzlich die Teilnahme nur von je einem Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaften der Betriebsgruppen, Frauen und Jungsozialisten am Landesparteitag mit beratender Stimme an. Dies würde zu einer gegen das Prinzip der Gleichbehandlung verstoßenden Klassifizierung der Arbeitsgemeinschaften führen. Auch alle übrigen – sachbezogen organisierten – Arbeitsgemeinschaften sollten die Möglichkeit erhalten, je einen Vertreter mit beratender Stimme zum Landesparteitag entsenden zu können. Dies um so mehr, als sie in anderen Organen auf Landesebene nicht vertreten sind.

Eine solche Lösung erscheint nicht nur gerechter, sondern ist auch

sachlich geboten. Die Vertreter dieser Weise auch dem Landesparlament nutzbar machen.

Abgelehnt

Initiativantrag Nr. 12

Antragsteller: UB Dortmund

Stichwort: Verbesserung

Der Landesparteitag fordert die Beschlußfassung des Finanzausgleichs, Abs. 1 auf 29 Prozent anzuheben und den Satzteil, zu streichen.

Begründung:

Der Bericht der Landtagsfraktion fordert Forderungen an die Gemeinden, die Mittel bereitzustellen, bleibe an

Dieser richtigen Forderung wird dem Landtag vorgelegte Entwurf ein Recht. Unter Berücksichtigung der Bundesquote – der Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuerumlage – von 28 Prozent angehoben werden.

Weiter darf den Gemeinden, die die Lohn- und Einkommensteuer an den Staat zahlen, dies bei der Schlüsselzuweisung aber in § 6, Absatz 2, Buchstabe a des Finanzausgleichsgesetzes so vorzusehen. Gemeinden die Sonderhilfe in Prozent wieder weggenommen werden soll Sonderhilfe sein.

Angenommen

Initiativantrag Nr. 13

Antragsteller: Parteitag

Stichwort: Landesorganisation

1. Der Landesparteitag ist der Meinung, daß die bisherige Organisationsform des Landesverbandes überprüft werden sollte.
2. Der Landesvorstand wird beauftragt, unter Abstimmung mit den Bezirken dem nächsten ordentlichen Landesparteitag Vorschläge zu unterbreiten.
3. Die Vorschläge sind spätestens bis zum Abschluß der Gebietsreform allen Gliederungen in NRW vorzulegen.
4. Bei der Prüfung neuer Organisationsformen sind auch die Möglichkeiten einer Umwandlung in einen „Landesbezirk“ in die Überlegungen mit einzubeziehen.
5. Ferner sollte überlegt werden, ob und inwieweit eine Neugliederung der Unterbezirke als vergrößerte Organisationseinheiten unter Berücksichtigung der Gebietsreform in Betracht kommt.

Angenommen

Initiativantrag Nr. 14

Antragsteller: Landesvorstand und Delegierte aus vier Bezirken

Stichwort: Vietnam

Der Landesparteitag verurteilt das Fortdauern des entsetzlichen Krieges in Vietnam. Er erwartet von der amerikanischen Regierung die Einsicht, daß sie den Frieden in Vietnam nicht herbeibomben kann und daß Vorschläge wie der des designierten Verteidigungsministers Clement über einen begrenzten Atomwaffeneinsatz den Protest der ganzen Welt herausfordern.

Der bekundete Friedenswille Washingtons verliert jede Glaubwürdigkeit, Amerika auf Dauer sein Ansehen in der Welt, wenn dem Krieg nicht ein baldiges Ende gesetzt wird.

Angenommen



*Bei der Abstimmung: (oben) d
gerten*



Diskussion über die Anträge

Zu diesem Punkt übergebe ich die Konferenzleitung wieder an Hermann Heinemann.

Vorsitzender Heinemann: Genossinnen und Genossen! Ehe wir überhaupt zur ersten Abstimmung kommen, sollten wir uns über das Verfahren einigen, damit wir nachher bei der Abstimmung über Anträge nicht immer wieder Geschäftsordnungsdebatten heraufbeschwören.

Es sind Anregungen an uns gelangt, und ich stelle sie hier vor dem Parteitag zur Überlegung, so zu verfahren — ich weiß, es gibt unterschiedliche Auffassungen —, daß zunächst jeweils über die Empfehlung der Antragskommission abgestimmt werde; die Anreger sind der Ansicht, dies sei für den Parteitag und für das Präsidium die übersichtlichste und leichteste Angelegenheit und diejenige, die zu den wenigsten Schwierigkeiten führte.

Ich frage deshalb den Parteitag, ob diese Überlegungen Gegenstand des Verfahrens der Antragsbehandlung sein können. — Ich stelle fest — du meldest dich zu Wort. Bitte schön!

Krause (Bonn): Da ein Großteil der Delegierten gegen ein solches Verfahren ist, bitte ich, darüber abzustimmen.

Vorsitzender Heinemann: Gut! Nehmen wir uns die Zeit! Es wird uns dadurch sicherlich morgen einige Zeit erspart werden.

Dann stelle ich das zur Abstimmung. Wird es abgelehnt, so werden wir uns über ein anderes Verfahren einigen. Ich möchte in voller Übereinstimmung mit dem Parteitag handeln, um Ärger zu ersparen.

Dann stimmen wir ab. Wer der Auffassung ist, daß entsprechend der erwähnten Anregung zuerst stets über die jeweilige Empfehlung der Antragskommission abgestimmt werden soll, den bitte ich um das Karrenzzeichen. — Danke schön! Darf ich die Gegenprobe erbitten! — Das erstere war die Mehrheit. Ich glaube, das wird auch nicht angezweifelt.

Somit hätten wir das Verfahren hier geklärt.

Vorsitzende Friebe: Wir kommen jetzt zunächst einmal zur Behandlung des

Initiativanträge

Voss (Oberhausen): Ich möchte uns für das erste Verfahren entscheiden. Ich bitte die Mitglieder der Antragskommission die Mehrheiten der Initiativanträge der Kommission selbst jeweils mitzuteilen.

Vorsitzende Friebe: Zur Geschlossenheit!

(Zuruf: Zu dem Initiativantrag!)

— So weit sind wir noch nicht!

Die Kontrollkommission hatte vorher schon eine Entlastung beantragt.

Entlastung

beantragt. Das wollten wir noch vor der Abstimmung über den Parteitag wurde vorher mündlich vorgeschlagen. Ich darf also fragen, ob die Mitglieder der Kontrollkommission, die dem Vorstand Entlastung erteilt, den bitte ich um ein Handzeichen. — Stimmenthaltungen? — Ich bitte den Vorstand Entlastung erteilt.

Damit kommen wir dann zu dem nächsten Initiativantrag.

Initiativanträge

Er liegt euch allen vor. Sein Wortlaut ist:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Nicht mehr als die Hälfte der Mitglieder der Kontrollkommission dürfen dem Landtag angehören.

Sprecher der Antragskommission: Ich bitte, den Bericht der Antragskommission zu verlesen.

Dr. Posser (Antragskommission): Die Antragskommission hat heute nach dem Parteitag vorgelegen haben, Initiativanträge bis hin zu Nr. 10. Sie haben

wie ich sehe, noch nicht verteilt ist. Aus ihm ergeben sich nämlich die Behandlungsempfehlungen der Antragskommission. Ich frage den Parteitag, ob dies abgewartet werden soll oder ob wir dennoch in die Behandlung der Anträge eintreten sollen.

Vorsitzende Friebe: Ich meine, es müßte darüber jetzt entschieden werden. Wir müssen andernfalls auch zu neuen personellen Vorschlägen kommen. Wir müssen entscheiden. Das ist die Meinung des Präsidiums.

Dr. Posser (Antragskommission): Nur 3?

(Zustimmung)

Bei dem Initiativantrag Nr. 3 hat die Antragskommission mehrheitlich Annahme empfohlen.

Vorsitzende Friebe: Eine erste Wortmeldung liegt mir vor; sie kommt von Genossen Hein. — Zur Geschäftsordnung!

Diskussionsredner: Zur Geschäftsordnung zum Initiativantrag Nr. 3!

Ich bin der Auffassung, daß dieser Initiativantrag überhaupt nicht abstimmungsfähig ist. Wie will man irgend jemandem erklären, wie dann gewählt werden soll. Das geht nämlich überhaupt nicht. Wenn wir irgendwelche Kandidaten für den Landesvorstand aufstellen, die Mitglieder des Landtags sind, wie soll dann abgestimmt werden, wer von den Mitgliedern des Landtags dann schließlich nachher hineinkommt? Oder was passiert, wenn alle gewählten Mitglieder des Vorstandes Mitglieder des Landtags sind?

Vorsitzende Friebe: Danke schön! Dazu Hermann Heinemann!

Heinemann (Präsidium): Das ist keine Geschäftsordnung; das ist Sachdebatte. Du hast zur Sache gesprochen. Du hättest geschäftsmäßig einen Antrag auf Nichtbefassung des Parteitags stellen können. Darüber müßte abgestimmt werden. Anders geht es vom Verfahren her nicht.

Diskussionsredner: Das will ich tun! Auf Nichtbefassung!

Heinemann (Präsidium): Das hat er damit getan.

Wir müssen jetzt dem Verfahren stimmen. Das ist das Wichtigste! Zur Geschäftsordnung! Nur zur Ge

Wolwed (Gelsenkirchen): Zum Ich bin der Meinung, daß es besser besser gewesen wäre, wenn zuerst erscheint und die Antragsteller zu vortragen, bevor der Vertreter der Annahme oder die Stellungnahme de

Vorsitzender Heinemann: Ge Wir sollten bei diesen Beratungen sche Gesichtspunkte in den Vordergrund wie das andere sein.

Hier ist zur Geschäftsordnung eingezweifelt worden, daß ein Parteigenosse kann. Der Genosse hat beantragt, die Entscheidung in der Sache zu verschieben. — Spricht einer gegen den A

(Zu

Du sprichst dagegen.

Jung (Düsseldorf): Nur mit einem Antrag auf Nichtbefassung mit einer meiner Ansicht nach nicht.

Vorsitzender Heinemann: M können vorher nicht zur Sache spr

Ich lasse jetzt abstimmen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um sein Handzeichen. Ist das angezweifelt? Von hier aus ist

Jetzt wird zur Sache diskutiert —

Hein (Höxter): Genossinnen und Genossen zustimmen, der zuerst zur Sache spricht. Ich bin der Meinung, daß dieser Antrag überhaupt nicht abgestimmt werden kann. Die Kandidaten da, die der Landtag wählen soll, machen? Solange man nicht von

Zum Beispiel in unserem Organisationsstatut ist ausdrücklich auch festgelegt — ich glaube, das ist so stand gewählt wird. Und da wird dann auch entschieden, etwa danach, ob jemand dem Bundesrat angehört, oder auch darauf, Freunde, nicht das. Ich nicht die formale Seite in erster Linie, sondern die Funktionsfähigkeit auch des Vorstandes. Und ich würde mir denken besser überlegen, wie man das machen kann. Der Gesamtvorschlagnachtrag vorlegt, der wohl auch der Landesverbandes, der Parteiorganisationen, der Landtagsparteien bzw. der Landtagsparteien. Augenblick ist es doch aber, wenn man das immer so, daß wir zwar dahin kommen, daß die vier Bezirke die Vorarbeit schaffen, die dann die gesamtstaatliche Situation der Parteiorganisationen darstellt.

Deshalb sind heute noch einmal zusammengebracht worden. Wenn passiert es doch zum Beispiel, dass der Vorstand haben müssen, etwa für Finanzen oder für Bildungs- oder anderen kommen. Deshalb würde ich bitten, die Beschlüsse ordnete festzulegen und das mit dem kann man später einen Vorschlag seiner Betrachtung einheitlich und ohne Betrachtung des vorliegenden Ergebnisses erreicht würde, was für recht gelungen wäre.

Vorsitzende Friebe: Das Wort

Erchinger (Paderborn): Umßen, glaube ich, daß sicher ein sind. Aber wir dürfen sicherlich zurückstellen, sondern wir müssen fragen, wie die Vorschläge für kommen sind, wie sind sie legitimiert sie aus den Bezirksvorständen nicht legitimiert sind. Aber das Gründen nicht entscheidend.

Sicher haben alle Mitglieder der Partei
 muß einem Parteitag auch freist

ohnehin schon belasteten Landtagsabgeordneten und wie weit die ohnehin schon belasteten Bundestagsabgeordneten, die ja auch da sind, die Arbeit in einem Landesvorstand effektiv leisten, zumal ja der Landesvorstand den Landesverband stärken soll. Das ist ja die Frage. Diese Frage stellt sich nicht nur an die Mandatsträger sogenannter höherer Ebene, sondern eben auch an die Bezirksvorstände, die ja da auch stark engagiert sind. Es wäre also die Frage, ob sie diese Arbeit leisten können, weil sie ja ohnehin schon zeitlich sehr stark belastet sind.

Vorsitzende Friebe: Das Wort hat Genosse Dr. Hereth.

Dr. Hereth (Bochum): Die Konsequenz dieses Antrags wird sein, daß es zwei verschiedene Listen geben wird, einmal die Liste der Abgeordneten, dann die der anderen Mitglieder der Partei. Das muß die Konsequenz sein! Die Abgeordneten, die die meisten Stimmen haben, werden gewählt. Sie bekommen garantiert eine Garantie dafür, daß die Hälfte des Vorstands Abgeordnete sind. Aber jenseits dieses technisch äußerst komplizierten Vorgangs könnten wir auch dahin kommen, daß wir festlegen, es dürfen nur ein Viertel Minister sein, ein Sechstel Beamte und was weiß ich welche Funktionen. Ich kann nicht einsehen — ich habe als Abgeordneter nicht kandidiert —, daß dieser Parteitag durch einen Beschluß sein eigenes Wahlrecht beschneidet und damit das passive Wahlrecht von so vielen Genossen.

Ich glaube sogar, daß das satzungswidrig wäre.

Das zweite, Genossen! Es ist sehr häufig, daß man so einen Schluß macht, um sich bei der konkreten Entscheidung um das Problem herumzudrücken. Wer nicht will, daß ein Abgeordneter hineinkommt, der soll keinen wählen und der soll in seinem Bezirk, wo die Vorschläge erarbeitet werden, sorgen, daß nicht so viele Abgeordnete vorgeschlagen werden.

(Lebhafte Zustimmung)

Aber dieser etwas politischere Weg, bei dem man nicht mit so einem formalen Beschluß etwas durchsetzen kann, weil man sich in diesem oder jenem Vorstand unbeliebt machen muß, wird von den Antragstellern nicht gegangen. Ich halte dies für einen Sozialdemokraten nicht würdige Drückebergerei.

Vorsitzende Friebe: Das Wort hat Genosse Spillecke.

Spillecke (Duisburg): Gemäß dem Statut steht der Landesvorstand aus drei bis zu insgesamt aus 18 Mitgliedern. Die Hälfte davon gehören 11 Landtagsabgeordnete. Die übrigen müssen ohne Parlamentsmandat sein. Das ist in Paragraphen 23 des Organisationsstatuts. Hier sei eine Einschränkung der Zahl der Mitglieder. Dann darf ich dir sagen, daß beim Parteitag im Frühjahr 1971 einige Wochen vor dem Parteitag dem Inhalt vorlag, der dahin ging, daß nicht mehr als die Hälfte von Mandatsträgern der Unterbezirksvorsitzender damals gewählt werden und habe mich deshalb an die Parteivorbereitung dort die Juristen in statuarischer Hinsicht. Ich bekam ich dort die Antwort, daß es nicht geht, wenn es der Parteitag so beschließt. Ich habe die Verantwortung für den gesamten Landesvorstand der SPD Nordrhein-Westfalen der Landespolitik verbunden. Hier wird die politische Aktivität liegen. Der Landesvorstand hat die politische Aufgabe, die manchmal sehr schwer entsprechen können, die Interessen der Parteimitglieder — dem amtierenden Vorstand — den Landtagsabgeordneten an — Abgeordneten — zu erfüllen will. Der Antrag, Genossen, ist in gar keine Weise eine Diskriminierung, sondern ein Parlamentsmandat, das künftig vermieden wissen, daß in der Zukunft gewichtet von Genossen besteht, die

Der Antrag schränkt auch in keiner Weise die Träger anderer Ebenen, des Bundesvorstand zu wählen. Ich meine, der Landesvorstand ausschließlich mit Abgeordneten. Ich teile lediglich den Anteil der Landtagsabgeordneten bin mit den Antragstellern der Unterbezirksvorstände mit Mehrheit diese Beschlüsse. Genossen, die Abgeordnete des Landesvorstandes ohne Zweifel einen qualitativ guten Parteitag, Fleiß und Ideenreichtum die Arbeit werden.

Nun laßt mich mit einem abschließenden

sel nicht machbar, weil so nicht wählbar. Liebe Freunde, wer will diesem Parteitag weismachen, daß, wenn man die künftige Vorstandsbesetzung so vorprogrammiert und abgesprochen hat, man für den Fall, daß dieser Antrag angenommen würde, in einer weiteren Besprechung in den Bezirken auch dieses Problem lösen kann:

Vorsitzende Friebe: Hermann, deine Redezeit ist abgelaufen!

Spillecke (Duisburg): Ich bitte um Annahme dieses Antrags.

Vorsitzende Friebe: Ich danke schön. Das Wort hat jetzt Genosse Gärtner.

Gärtner (Übach-Palenberg): Ich möchte hier versuchen, zwei Punkte zu markieren. Einmal einen politischen und zum anderen einen rechtlichen. Hermann, ich stimme mit dir nicht in der Begründung des Antrags überein. Ich halte diesen Antrag, liebe Freunde, für einen zutiefst unpolitischen Antrag. Ich darf das begründen. Wenn wir der Überzeugung sind, daß die richtigen Genossinnen und Genossen für die Qualifikation eines so hohen Amtes wie des Landesvorstands zufälligerweise auch Abgeordnete sind, aber wir sie für qualifiziert für diese Aufgabe halten, dann ist es doch geradezu unsinnig, sie nicht zu wählen, weil sie ein öffentliches Amt bekleiden. Ich meine also, wir sollten uns nach der Qualifikation der Genossinnen und Genossen ausrichten und nicht nach der Frage, ob sie öffentliche Mandatsträger auf irgendeiner Ebene sind. Das ist die politische Bemerkung.

Ich habe vorhin für Nichtbefassung gestimmt, weil ich trotz der Auskunft der Rechtsstelle des Parteivorstandes in Bonn persönlich mindestens sehr starke rechtliche Bedenken habe, ob es noch in die Souveränität eines Parteitages fällt, derartige rechtlich beschränkende Zugangsregelungen zu öffentlichen Ämtern — ich rede nicht von Parteiämtern — zu schaffen. Das bedeutet, wir haben sicherlich — da sind wir souverän und haben Vorschriften im Parteistatut — gewisse parteiinterne Inkompatibilitäten, wie das schöne Wort im Juristendeutsch heißt, zu beachten, daß jemand, der in der Kontrollkommission ist, nicht im gleichen Vorstand sitzen kann usw. Wir haben auf der anderen Seite selbstverständlich im Bereich des öffentlichen Rechts Zugangs- bzw. Unvereinbarkeitsregelungen zwischen — ich betonte das Genossen — öffentlichem Amt und öffentlichem Mandat. Hier läge aber nach meiner Sicht der Dinge zum erstenmal ein Rückfall vor, daß wir ein öffentliches Mandat mit parteiinternen Zugangsbeschränkungen versehen. Deshalb bitte ich sehr herzlich, noch einmal nachzudenken, auch unter rechtlichen Gesichtspunkten.

Ich habe bewußt die rechtlichen Bedenken ausgesprochen, weil ich meine, wir sollten hier meine Meinung, daß wir uns selbst in rechtlicher Hinsicht geradezu beschränken. Das ist ein Widerspruch. — Vielen Dank.

Vorsitzende Friebe: Das Wort hat jetzt Genosse Mollor.

Mollor (Schwerte): Ich muß jetzt leider aus dem Saal gehend eines Ortsvereins, der diesen Antrag gelesen habe, ehrlich gestehen, daß ich ihn nicht ablehnen werde.

Ich werde das auch begründen. Ich habe heute in der Diskussion die Annahme aus, wie das heute in der Diskussion zugeht. Diesen Antrag unterstützen die Parteiratsmitglieder und die Kreistagsmitglieder. Ich habe das Recht, die Genossen, die von der Diskussion zu kastrieren, wenn es um die Annahme geht, wir ehrlich sind, dann sehen wir, was sie gewählt sind, sagen: Wir sind nicht mehr der Partei. Wenn hier eine Entscheidung für eine Parteifunktion zur Verfügung steht, das ist eine gute Sache. Ich glaube, daß Abgeordnete, die im Parteiamt haben, froh sind, daß sie nicht als Minister sprechen. Brandt als Bundesminister mal als Parteigenosse sprechen. Das ist eine Entscheidung! Wir sollten doch hier die Entscheidung ehrlich sind, so gibt es in der Diskussion, sie sind nie in den Fraktionen, sondern in den Fraktionen. Dort gibt es ja keine Mehrheiten werden einige angerechnet. SPD-Fraktion oder aus anderen Fraktionen kommunalen Neuordnung gehen. Die Unterlagen und die Vorlage können wir tun in dieser Partei, ob das die Entscheidung des Landes oder des Bundes ist. Dann kann es nur die Partei sein. In der Partei, da wird die Entscheidung nicht die Fraktion, sondern die Partei. Wir wollen und keine einzelne Abgeordnete.

Vorsitzende Friebe: Vielen Dank! Das Wort hat Genosse Hucko.

Dr. Hucko (Köln): Für diesen Antrag ist bereits gesprochen worden. Ich möchte nur noch etwas zur Praktikabilität anmerken. Ich sehe keine Schwierigkeiten, einen solchen Beschluß zu praktizieren. Es wird eine einheitliche Kandidatenliste gewählt. Sind nur 9 Delegierte oder weniger Abgeordnete des Landtags, dann ist es in Ordnung. Sind mehr als 9 gewählte Mitglieder des Landtags, wird eben ab Stelle 10 gestrichen.

(Lebhafter Widerspruch)

Die übrigen rücken dann der Reihenfolge nach. Da ist überhaupt keine Schwierigkeit.

(Beifall)

Vorsitzende Friebe: Ich bitte um Aufmerksamkeit. Das Wort hat Genosse Klejdzinski.

Klejdzinski (Dülmen): Ich weiß nicht, was ich dazu sagen soll, wenn man als Normalbürger einem solchen Parteitag folgt. Wenn solche Anträge in wirklich scheinbarer ernster Weise diskutiert werden, fragt man sich wirklich, ob das ein Parteitag ist, auf dem noch politische Aussagen gemacht werden. Ich frage mich weiterhin, wie man überhaupt so etwas ernsthaft vertreten kann. Ich glaube auch, daß diejenigen Genossen, die sich das überlegt haben, vielleicht nicht so ganz im klaren sind, wie man solche Dinge im Grunde genommen regeln kann.

Genossinnen und Genossen! Bis morgen früh 9.15 Uhr haben wir Zeit, Personalvorschläge zu machen. Ihr könnt 20 Genossinnen und Genossen auf eurer Liste nennen. Dann wählt diejenigen, die entweder Minister oder Abgeordnete sind, wenn ihr der Meinung seid, daß sie sich auf Grund der politischen Arbeit, die sie im Lande gezeigt haben, für dieses Amt qualifiziert haben. Ansonsten wählt die anderen und sagt, du mein lieber Minister oder Ministerpräsident, du hast in der letzten Zeit nichts geleistet, du gehörst nicht in unseren Landesvorstand. Das brauchen wir nicht in der Satzung zu regeln, das können wir auch auf Grund unseres Wahlrechts. Da haben wir Entscheidungsfreiheit. Dieses Recht würde ich mir nicht nehmen lassen. — Ich danke.

(Beifall)

Vorsitzende Friebe: Das Wort hat Genosse Feldmann.



Aufmerksame Zuhörer (von links Ziegler, Hans-Otto Bäumer und

Feldmann (Dützen): Das an-
tion muß politisch und nicht sa-
meine Überzeugung. Ich bin m-
einig. Der Landesvorstand ist e-
fraktion steht. Von da her halte-
tagsfraktion anzusprechen und
Regierung, Beamte und was noch
um zwei verschiedene parallele
setzung des Antragstellers durch
Weg ist falsch. Es könnte best-
ausgesprochen werden: Der Pa-
vorstandes nicht mehr als die
Zahl man sich einigt, Abgeordne-
politisch und zweitens — das
rechtlich bedenklich. Auch we-
könnte jemand nachrücken. D-
Wahlrechts, wenn jemand mehr
jemand nachrückt, der weniger

Vorsitzende Friebe: Ja, wir sind ja nicht im Parlament.
Noch weitere Wortmeldungen? — Zur Geschäftsordnung? — Bitte!

Dr. Hereth (Bochum): Ich stelle den geschäftsordnungsmäßigen Antrag, festzustellen, daß innerhalb der beschlossenen Tagesordnung jeder Redner auf entsprechendes Zeichen hin Zwischenfragen zulassen kann. Das ist des Redners Bier.

Vorsitzende Friebe: Möchte jemand gegen diesen Antrag zur Geschäftsordnung sprechen? — Ich sehe keine Wortmeldungen.

Dann kommen wir zur Abstimmung.

— Auch wenn niemand dagegen spricht, kann ja die Abstimmung anders aussehen. Ich bin schon der Meinung, daß wir darüber abstimmen müssen.

(Zurufe)

— Zur Geschäftsordnung!

Diskussionsredner: Sicherlich kann das jedes Redners Bier sein. Aber dann müßten wir gleichzeitig mitbeschließen, daß das innerhalb seiner fünfminütigen Redezeit geschieht.

(Widerspruch)

Vorsitzende Friebe: Zur Geschäftsordnung!

Diskussionsredner: Das könnten wir doch feststellen. Ich weiß nicht, wie oft ihr Verhandlungen geführt habt. Wenn keine Gegenrede zu einem Geschäftsordnungsantrag erfolgt, dann ist dieser angenommen.

(Lebhafter Widerspruch)

Vorsitzende Friebe: Ich darf um Aufmerksamkeit bitten!

Genosse Hereth hat hier beantragt, daß auf ein Zeichen hin Zwischenfragen zugelassen werden sollen. Wir stimmen darüber ab. Wer für diesen Antrag des Genossen Hereth ist, den bitte ich um ein Zeichen.
— Danke schön! Bitte die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist abgelehnt. Damit ist auch bewiesen, daß es anders ausgehen kann. — Vielen Dank!

Wir kommen zu den anderen Anträgen. Ich übergebe jetzt wieder die Konferenzleitung. — Vorher Genosse Heinemann, bitte!

Heinemann (Präsidium): Bei der Abstimmung vorhin geschläge gemacht werden können morgen früh, so hatten wir nur werden, damit die Bezirke zusammen den Beschluß in Erinnerung. Ergänzungsanträge gestellt und können, damit keine Unklarheiten.

Vorsitzender Schlatter: Wir behandeln die Gruppe

Das Wort hat der Sprecher der A

Dr. Posser (Antragskommission): Ich bringe vor, zunächst über den Antrag E vorgesehen, daß ich dazu vortre

- A — Bundespoli
- B — Landespoli
- C — Kommunalp
- D — Organisatio

Ich handle jetzt also den

ab; das ist der Satzungsentwurf
lich der

vorgelegt worden. Durch diesen I

Vorsitzender Schlatter: Der dem Präsidium nicht vor. Darf ich

Dr. Posser (Antragskommission): Ich erkläre, um welches Problem es

Der Landesparteitag möge besch

Vorsitzender Schlatter: Entschuldigung! Ich höre gerade, daß der Antrag überhaupt nicht vorliegt, weil er nicht die erforderliche Anzahl Unterschriften erhalten hat. Infolgedessen steht er nicht zur Behandlung an.

Dr. Posser (Antragskommission): Das bedaure ich. In dem Exemplar, das die Antragskommission bekommen hat, heißt es: „Die erforderlichen Unterschriften liegen vor.“ Ich muß mich darauf natürlich verlassen.

Vorsitzender Schlatter: Es ist sehr nett, daß er bei dir liegt, Genosse Farthmann.

Wir sehen auf Anhieb, daß die erforderliche Anzahl Unterschriften auch unter diesem Blatt fehlt.

Zuruf: Das ist doch ein Änderungsantrag.

– Entschuldigung! Was ist denn nun der Antrag mit den 30 Unterschriften?

Bitte, Genosse Farthmann!

Dr. Farthmann (Bonn): Das ist nicht mein Antrag. Er hat plötzlich vor mir gelegen. Ich weiß nicht, woher er kommt und wohin er fährt.

Vorsitzender Schlatter: Also stellen wir fest: Der Antrag liegt nicht vor und kann jetzt nicht behandelt werden.

Dr. Posser (Antragskommission): Dann hat es keinen Zweck, über die Satzung als Ganzes abzustimmen, weil ja doch über diesen Änderungsantrag abgestimmt und zunächst geklärt werden muß, ob die erforderliche Zahl von Unterschriften vorliegt. Dies behauptet jedenfalls die Übersicht, die die Antragskommission erhalten hat. Dann müßten wir, sofern wir die Anträge weiterberaten wollen, mit der Abteilung A – Bundespolitik – beginnen.

Vorsitzender Schlatter: Es gibt zwei Wortmeldungen zur Geschäftsordnung, der erste Genosse bitte!

Diskussionsredner: Ich wollte zur Geschäftsordnung lediglich das vorschlagen, was Diether Posser gesagt hat: mit A beginnen! Dann können wir da einiges festlegen, und die Möglichkeit ist für die Antragsteller gegeben, das Beschlossene bis 19.30 Uhr nachzuholen.

Vorsitzender Schlatter: E
nung!

Ziethoff (Duisburg): Zur G
leicht um ein Mißverständnis. A
antrag Nr. 11 gerichtet. Vielleic
Nr. 5 überein. Ich weiß das nic
Wäre er es, so würde es sich er
ten vor.

Vorsitzender Schlatter: Da
Es gibt einen Antrag zur Ges
Komplex A zu beginnen. Sprich
Fall. Da auch der Vorschlag, m
anderes als eine Empfehlung v
tragskommission bitten, jetzt zu

Abschnitt

das Wort zu nehmen. Sie hat das

Linde (Antragskommission):
sion die Empfehlungen zu den
gebeten wird.

Zum Verfahren muß ich folgend
Protokoll der Sitzung der Antr
nahme" – „Überweisung“ und
fraktion, Kommunalparlamente.
bedeutet es: Die Anträge sollen
überwiesen werden. Wir nennen
jedem Falle über Annahme oder
werden sie zur Weiterbearbeitung

Bei dem

empfeilt die Antragskommission
an Bundestagsfraktion, Landtag
einstimmig!

Vorsitzender Schlatter: E
nung! Genossin Huber!

Huber (Essen): Das ist eine neue Übung, daß wir jetzt erst annehmen oder ablehnen sollen und dann, je nachdem, überweisen.

Wir haben auf allen bisherigen Parteitagen – und wir haben viele mitgemacht – immer drei Alternativen gehabt: Annahme – Ablehnung – Überweisung zur ferneren Prüfung bei der entsprechend zuständigen Stelle! Ich plädiere dafür, es auch hier so zu halten.

Linde (Antragskommission): Ist auch weiterhin möglich, Antje. Es geht nur darum: Wenn Anträge angenommen werden, dann müssen Landesvorstand und Landesparteitag auch wissen, wer sie durchsetzen muß. Es hilft uns überhaupt nichts, daß Anträge angenommen werden und später dann Adressaten herausgesucht werden müssen. Es gibt also diese Möglichkeiten: Annahme – Ablehnung – Überweisung als Material zur Prüfung. Wird etwas angenommen, so sagen wir zugleich, wer es durchsetzen muß.

Vorsitzender Schlatter: Gibt es dazu Meinungsäußerungen oder können wir abstimmen? Die Antragskommission sagt „Annahme“ oder „Ablehnung“ und dann zugleich die Mitentscheidung darüber, was mit dem Antrag zu geschehen hat. Ich meine, wir könnten abstimmen. – Entschuldigung, Genossin Huber, ich habe deinen Beitrag als Alternative dazu verstanden. Aber wie sonst möchtest du ihn gewertet wissen? – Nochmals zur Geschäftsordnung!

Huber (Essen): Es war wohl noch etwas unklar. Ich meine, daß angenommene Anträge ganz selbstverständlich wie bisher auch an die Stellen, die es angeht, weitergeleitet werden müssen – dazu werden sie ja angenommen –, aber daß es auch Anträge gibt, zu denen der Parteitag heute wegen der Schwierigkeiten der Materien nichts Bestimmtes sagen kann; diese überweist er zur Prüfung, ohne festzulegen, ob er ablehnt oder annimmt.

Vorsitzender Schlatter: Also ist das wohl eine Alternative zu dem, was die Antragskommission will; denn sie will zuerst den Inhalt immer – –

(Zurufe)

Linde (Antragskommission): Es ist überhaupt kein Gegensatz. Das einzige, weshalb es schwierig ist, ist dies: Wir müssen in diesem weißen Papier statt „Überweisung“ immer „Weiterleitung“ einsetzen. Das ist ein Fehler im Protokoll. Weitere Schwierigkeiten gibt es nicht.

Vorsitzender Schlatter: A dem, was die Antragskommission „Überweisung“ stets „Weiterleitung“

Antrag A 1 ist aufgerufen. Die A bekannt – Annahme. Gibt es V der Fall.

Wir stimmen über diesen Antrag um das Kartenzeichen. – Danke Der Antrag ist angenommen.

Jetzt gebe ich zum

der Antragskommission das Wort

Linde (Antragskommission): D

Vorsitzender Schlatter: W meldung!

Wer der Empfehlung der Antrag das Kartenzeichen. – Gegenpro haltung ist der Antrag angenommen

Linde (Antragskommission): A

Vorsitzender Schlatter: Die liegt vor. Wortmeldungen hierzu?

Wer der Empfehlung der Antrag um das Kartenzeichen. – Danke Ohne Enthaltungen angenommen

Zum

die Antragskommission bitte!

Linde (Antragskommission): Es wird empfohlen, den zweiten Satz in Abs. 1 zu streichen, der wie folgt lautet:

Ihr Anteil soll auf acht Prozent des Bruttosozialproduktes bis 1980 gesteigert werden.

Die Antragskommission war einstimmig der Meinung, daß es in der gegenwärtigen Diskussion um die Langzeitproblematik keinen Zweck hat, einen Prozentsatz festzuschreiben, wenn man die anderen nicht kennt. Deshalb meint sie hier: Streichen! Der Rest soll angenommen werden.

Vorsitzender Schlatter: Wortmeldungen zu dem Vorschlag der Antragskommission? — Genossin Huber!

Huber (Essen): Die Konjunkturabhängigkeit bedeutet auch den Zusammenhang mit Steuereinnahmen. Wenn ich also fordere, daß irgendwelche Mittel für irgendeinen Zweck, für Zwecke in diesem Lande oder auch im Bunde, konjunkturunabhängig ausgegeben oder eingeplant werden, dann halte ich das für unrealistisch. Das kann nämlich positiv wie auch negativ ausgehen, indem man sagt: Wir wollen also konjunkturunabhängig die und die Rate feststellen, obwohl man einmal auch eine höhere herauschlagen könnte. Es bedeutet aber auch, daß man sich zuviel vornimmt in einer Zeit, in der die Steuern vielleicht einmal spärlich fließen. Ich würde diesen Antrag nicht empfehlen, sondern nur schlicht fordern, daß wir für Bildungszwecke soviel wie möglich an Mitteln bereitstellen, und das natürlich vorrangig behandeln.

Vorsitzender Schlatter: Weitere Wortmeldungen? — Genosse Hereth! Ihm folgt Genosse Vollmann.

Dr. Hereth (Bochum): Setzte man die Worte der Genossin Antje Huber noch etwas fort, dann könnte man eigentlich nur beschließen: Wir Sozialdemokraten sind im Zweifelsfall immer für die bessere Lösung und sind überhaupt der Meinung, daß überhaupt viel mehr für das Gute, Schöne und Wahre getan werden muß.

(Zustimmung)

Man sollte den Antrag doch so annehmen, wie er formuliert war.

Vorsitzender Schlatter: Genosse Vollmann! Ihm folgt Genosse Gaertner.

Vollmann (Köln): Genossin, etwas verblüfft; denn genau das, ja, wenn wir hier beschließen, das und gleichzeitig keine Prozentzahl, wir die Möglichkeit, jedesmal abhängig auch gerade von der je ausgeben wollen, ob wir nicht auch müßtest du mit deiner Argumentation, fehlend der Antragskommission.

Vorsitzender Schlatter: Genosse Gaertner!

Gaertner (Bonn-Bad Godesberg): Antragsteller im ersten Absatz etwas. Gründe. In allen Konferenzen — heute nachmittag dankenswerterweise, daß die Priorität im Bildungssektor, da gibt es Beschlüsse, da der Sozialdemokraten: Wir wollen das Moment, wo wir gefordert sind, denn wenn es uns mit der Priorität diese Priorität, wenn sie eine wirtschaftsunabhängig markiert werden mehr glaubwürdig bleiben.

Deshalb meine ich, wir sollten in der Anerkennung dessen, was du, Antje, Marke bestehen, zumal in der Bonn 8-Prozent-Marke markiert worden. Finanzlage in Bonn man sich unter diese Schwelle hinunterzugewöhnen.

Ich halte das nicht für im Sinne liegend. Ich plädiere daher dafür. — Schönen Dank!

Vorsitzender Schlatter: Genosse Gaertner.

Dr. Posser (Düsseldorf): Mit der Frage, daß hier die Frage der Glaubwürdigkeit angesprochen ist, komme aber zu

Wer das Langzeitprogramm der Partei gelesen hat, wird darin finden, daß ein Anteil am Bruttosozialprodukt von 7,3 bis 7,6 Prozent — für 1985 angestrebt wird, bei ständig steigender Quote! Und wer dann den Kommissionsbericht der Bildungsplanungskommission von Bund und Ländern liest, die unter demselben Vorsitzenden wie die Langzeitprogramm-Kommission stand, der weiß, daß aus strengen, ökonomischen Notwendigkeiten heraus dort bereits unter 6 Prozent genannt worden sind. Das braucht eine Opposition doch nur nebeneinanderzuhalten, wenn wir, nachdem diese Zahlen vorliegen und korrigiert worden sind, nunmehr als ein Landesparteitag 8 Prozent fordern, und nach anderen Dokumenten, an denen maßgebliche Sozialdemokraten mitgearbeitet haben, zum Teil im Auftrag des Bundesparteitags, andere Werte genannt werden.

Deshalb möchte ich noch einmal sagen: Die Antragskommission hat einmütig gemeint, wir sollten eine Fixierung auf eine bestimmte Zahl nicht aussprechen.

Vorsitzender Schlatter: Genosse Junker!

Junker (Senne I): Das Langzeitprogramm ist ja erst ein Entwurf; es ist noch nicht beschlossen worden. Unsere Auffassung war: Wenn wir da eine Zahl vorgeben, dann werden wir die Tendenz, die Zahl möglichst hoch anzusetzen, stützen, und sie hoch anzusetzen, ist notwendig.

Zum andern bin ich dagegen, daß wir das Wort „konjunkturunabhängig“ streichen; denn das wäre eine der Kapitulationen vor angeblichen Realitäten. Stellen wir uns die beiden oder die drei letzten Jahre mit ihrer Konjunktur vor Augen, dann stellen wir fest, daß wir die Konjunktur überwiegend mit öffentlichen Investitionen zu bremsen versucht haben, daß wir aber überhaupt nichts erreichen konnten, etwa im Bereich von Hotelbauten an der Ostseeküste, die wir zubetoniert haben; wir haben Eros-Center und alle möglichen Einrichtungen gebaut und haben dabei überhaupt keine Rücksicht auf die Konjunktur genommen. Wenn wir wirklich Konjunkturpolitik betreiben wollen, dann brauchen wir einen Prioritätenkatalog bei den öffentlichen und den privaten Investitionen. Das ist der entscheidende Punkt dieses Antrags.

(Beifall)

Vorsitzender Schlatter: Noch

Diskussionsredner: Ich möchte a
zent zu belassen. Im Grunde en
zeitprogramm auch. Es ist eine A
wenn wir der Ansicht sind, daß
sem Sektor auf 8 Prozent steigen
in belassen.

Diejenigen, die sich hier gegen d
gewandt haben, möchte ich doc
Parteitags ja sicherlich auch da
gelehnt wissen wollen, wenn wir

Vorsitzender Schlatter: D
nicht vor. — Doch! Bitte, Genosse

Simeika (Bochum): Auch dan
sen Diether Posser berücksichti
Erwägenswertes.

So sehr es richtig ist, daß wir u
sollten, die uns in Gegensatz zu
auch auf der Bundesebene, brin
als nur mit der Aussage des ers
auf jeden Fall unterstellen. Es is
die konjunkturunabhängige Aus
engen Auslegung — unter Einz
Ausgaben ableitbar. Das scheint
fern bin ich doch — wenn auch
zweiten Satz — für die Tendenz d

Vorsitzender Schlatter: No

Klejdzinski (Dülmen): Ich
Argumente beider Seiten hier
sind.

Vorsitzender Schlatter: E
Schluß der Debatte beantragt. Sp

Diskussionsredner: Wenn Geno
schlag einbringt, sollte er ihn m
Danach wäre ich allerdings auc

die Änderung des letzten Satzes, die vorgeschlagen wird, formuliert werden; nach meiner Meinung war sie inhaltlich richtig.

Vorsitzender Schlatter: Es gibt einen Antrag auf Schluß der Debatte. Dagegen ist gesprochen worden.

Wir kommen zur Abstimmung über diesen Antrag auf Schluß der Debatte. Danach dürfen neue Anträge gestellt werden. Wer also für Schluß der Debatte ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Dank! Bitte die Gegenprobe! — Das letztere war die Mehrheit. — Die Debatte wird fortgesetzt.

Gibt es Wortmeldungen? — Zunächst Antje Huber, dann der Genosse Raul. Weitere Wortmeldungen bitte ich schriftlich anzuzeigen.

Bitte, Antje Huber!

H u b e r (Essen): Ich glaube, es gibt überhaupt keine konjunkturunabhängige Politik im Zusammenhang mit der Mittelbereitstellung; denn selbst dann, wenn wir die 8 Prozent nehmen — 8 Prozent wovon? Immer von dem, was konjunkturabhängig hereinkommt oder auch nicht hereinkommt? Insofern ist alles konjunkturabhängig. Nach meiner Auffassung gibt es nichts völlig Konjunkturunabhängiges. Die Frage ist tatsächlich, wie die Prioritäten gesetzt werden sollen, und hier habe ich deutlich gesagt: sie sollten gesetzt werden. Und ich würde mit der Formulierung von Simelka übereinstimmen; denn sie scheint mir der richtige Antrag zu sein.

Vorsitzender Schlatter: Genosse Rau!

R a u (Wuppertal): Ich glaube, daß die Frage der Konjunkturunabhängigkeit zusammenhängt mit der Frage, welche Mittel man innerhalb der Bildungspolitik ausgibt, ob es sich um Investitionen oder um laufende Ausgaben handelt. Aber hier ist ja von der Konjunkturunabhängigkeit im Blick auf das Bruttosozialprodukt die Rede, und ich meine, daß in der Tat bisher die konjunkturunabhängige Steigerung der Bildungsausgaben wie immer, ob Investitionen oder Personalkosten, bei den Sozialdemokraten unbestritten ist, und wir sollten dabei bleiben.

Dennoch glaube ich, daß der zweite Satz nicht hilfreich ist, und zwar aus den von Diether Posser genannten Gründen. Hier hat der — Diether, es war der — Finanzplanungsbeirat eine andere Meinung als die Kommission zur Erarbeitung des Langzeitprogramms, während die Bund/Länder-Kommission die Steigerung auf 8 Prozent für richtig hält.

Ich glaube, daß eine Änderung wenn wir nämlich sagen würden:

... konjunkturunabhängig a
ten Anteil vom Bruttosozialp

Der zweite Satz sollte danach w
zeitprogramm genannte Marge
dem bisher geäußerten Willen d
noch zu bestätigen wäre, in Ü
Versuch gemacht, nun noch mit
das würde ich in der Tat nicht fü

Ich beantrage also, im ersten Sat

... daß die öffentlichen Mitt
bildung konjunkturunabhän
nannten Anteil von 7,5 Proze

Dann den zweiten Satz streichen

Vorsitzender Schlatter: E
lich haben, und zweitens wird k
nur als Initiativantrag zulässig
des Willens des Antragstellers is

Der Genosse Dammeyer hat sich

D a m m e y e r (Oberhausen): C
Rau spricht in jedem Falle, da
gibt, sondern nur einen Entwurf
jetzt hier nicht irgend etwas sa
licherweise mit ganz anderen P
das eine. Deshalb sollte diese F

Das zweite! Das, was Diether P
Argument dafür, diesen zweiten
weil die parteiinterne Kommiss
gramms einen Prozentsatz ges
liegt, den der Bezirk Ostwestfale

Der Finanzplanungsrat unter de
darum bemüht, die öffentlichen
streichen, bei dem insbesonde

Federn lassen mußte, hat naturgemäß niedrigere Sätze genannt. Das aber kann für Sozialdemokraten nicht Anlaß sein, diese von den Finanzministern entwickelten Projektionen für die parteiinternen Projektionen auszugeben, sondern ganz im Gegenteil jene, die in der Partei entwickelt worden sind, die vom Bezirk Ostwestfalen, auch jene, die von der Langzeitkommission entwickelt worden sind — bei 7,5 Prozent —, und meinetwegen auch jene, die von den Bildungspolitikern, nämlich der Bund/Länder-Kommission, vorgestellt worden sind — von 8 Prozent — wären für uns die Richtlinien für eine Zielprojektion. Deshalb ist es vernünftig und richtig, diese Zahl von 8 Prozent hier auch in den Beschluß des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen aufzunehmen.

(Beifall)

Vorsitzender Schlatter: Genosse Büssow! Ihm folgt Genosse Simelka.

Büssow (Düsseldorf): Ich plädiere dafür, daß der Antrag so, wie hier formuliert, angenommen wird.

Ich bin der Auffassung, daß in der Tat hier eine Marke genannt werden müßte, die konjunkturunabhängig festgelegt werden muß. Sie spricht nämlich im Grunde genommen eine Priorität an, daß also hier die Bildungspolitik unabhängig von der Konjunktur stattfindet. Wir haben auch andere Bereiche, in denen wir konjunkturunabhängig investieren müssen. Ich denke beispielsweise an Wohnungen; wir können die Mieten nicht etwa von der Konjunktur allein abhängig machen.

Weiter meine ich, daß die 8-%-Marke eine konkrete Stellungnahme darstellt, eine politische Absichtserklärung, wie es hier schon einmal gesagt worden ist, und dazu ganz kurz ein Wort!

Mir scheint die Diskussion, wie sie hier verlaufen ist, eine Diskussion zu sein, wie sie im preußischen Finanzministerium oder in preußischen Amtszimmern stattfinden könnte, mit Oberfinanzinspektoren, die darüber zu befinden haben, wie denn die Sachen am besten zu verteilen sind und wie das zu verantworten ist.

Ich bin aber der Auffassung, daß wir Sozialdemokraten nicht das Soll allein aus den Ist-Werten ablesen können, sondern daß wir das, was einmal sein soll, vorgeben und danach die Mittel berechnen müssen, danach dann auch die Prioritäten bestimmen müssen. Wir können nicht von den Mitteln her die Ziele bestimmen, sondern wir müssen die

Ziele bestimmen und müssen es nach Prioritätenlisten verteilen.

Vorsitzender Schlatter: Ge

Simelka (Bochum): Ich finde Hannover, in die Diskussion n zeitprogramm diskutieren. Wir sätze und unter Umständen au

Ich bitte, doch dahingehend we zuüberlegen. Ich glaube nicht, d Antrags A 4, ist wie er uns in d volle Abhängigkeit vom Bruttos nicht wahrscheinlichen, aber m der Größe des Bruttosozialproo deuten können, daß absolut we dungspolitik ausgegeben werde jedem Fall ein Wachstum, daß a produkt mit 8 % auf jeden Fall ei das ist nicht logisch zwingend.

Ich würde also von daher, in E sagt habe und wozu ich aufge Vorschlag zu machen, sagen: W diesen zweiten Satz zu streiche der Bildungspolitik langfristig a man aber die Tendenz der Stelg des ersten Satzes zum Ausdruc ten: „konjunkturunabhängig aus steigern“. Somit würde der Satz

Wir fordern, daß die öffe schließlich Berufsbildung ko zu steigern sind.

Vorsitzender Schlatter: Ja Antwerpes!

Dr. Antwerpes (Landesvor scheint ziemlich konkret zu sein. geschlagen wird, hier wieder so schieden, „konjunkturunabhängig

wir das für jeden Bereich, den wir vor der Nase haben, ebenfalls tun. Das ist meines Erachtens in der politischen Diskussion heute nicht mehr tragbar. Man muß da konkreter werden, und im Zusammenhang mit dem Langzeitprogramm sind nun halt einmal Zahlen des Bruttosozialprodukts es, die hier zur Debatte stehen. Da nennt man die Summe. Ist man der Meinung, es sollten 8 % sein, dann sagt man das auch.

(Beifall)

Ich meine darüber hinaus, daß hier viel zu viele komplizierte Sachverhalte hineingeheimnist werden. Jeder Mensch weiß, daß das Bruttosozialprodukt natürlich konjunkturell schwankt. Aber die Antragsteller haben auch nicht die konjunkturelle Schwankung des Bruttosozialprodukts hier einkalkuliert, sondern die Konjunkturunabhängigkeit der öffentlichen Mittel innerhalb eines erwirtschafteten Bruttosozialprodukts. So dumm waren die gar nicht. Das stimmt nämlich absolut. Alles, was dahineininterpretiert worden ist, würde die Sache nebulös machen.

Ich bin dafür, daß man den Antrag in dieser Form annimmt.

Vorsitzender Schlatter: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir können also jetzt über die vorliegenden Anträge abstimmen, zunächst einmal über den Antrag der Antragskommission, den zweiten Satz im ersten Absatz zu streichen. Er lautet:

Ihr Anteil soll auf ...

Also ersatzlos streichen.

Wer dieser Streichung zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Ich danke. Die Gegenprobe. — Das zweite ist die Mehrheit. Der zweite Satz im ersten Absatz wird nicht gestrichen. Ich nehme an, damit ist der Ergänzungsantrag des Genossen Simelka erledigt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesamtantrag in der vorliegenden Fassung mit dem zweiten Satz im ersten Absatz.

Wer dem Gesamtantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist der Antrag A 4 so angenommen. —

Die Parteitagsleitung schlägt vor, die Diskussion zu unterbrechen und morgen früh fortzufahren.

Im Foyer ist das Abendessen vorbereitet. Es sollten noch zwei Dinge geklärt werden.

1. Betreffend Personalvorschlüsse, welche Personalvorschlüsse

2. Unsere Antragskommission, unsere Verhandlung im V

Schließlich bitten wir alle Delegierten, die noch im Foyer liegen bleibt, kommt in die Mülltonne.

Wir geben also jetzt die Personalvorschlüsse, die bisher vor:

Zum Landesvorsitzenden ist auf dem Antrag des Landesausschusses der C worden.

Als stellvertretende Landesvorsitzende Werner Figgen und Genosse Han

Dann können wir auf dieses Blatt die Namen noch dazu schreiben, weitere Vorschläge liegen nicht v

(Zuruf:

Genosse Joahannes Rau wurde al

Bevor wir den Parteitag unterbrechen, ordnung.

Kuhlmann (Düsseldorf): Ich bin Mitglied des Landesvorstands und des Landesparlamentes. Ich stand in der Liste auch anzumelden. Ich habe innehaben.

Vorsitzender Schlatter: Das ist eine Anregung, die man machen kann. Ich frage, ob das schriftliche vorgelegt werden soll.

(Kuhlmann: Ja!)

Das ist ein Verfahrensvorschlag. Spricht jemand dagegen?

Ein Genosse spricht dagegen.

(Zuruf: Den meisten Genossen ist sowieso nicht bekannt, wer der einzelne ist. Das könnte man im Rahmen der Vorstellung auch noch machen!)

Ich bitte, noch einen Augenblick die Plätze beizubehalten. Es ist dafür und dagegen gesprochen worden. Wir kommen zur Abstimmung, ob schriftlich vorgelegt werden soll, welche Funktionen die Kandidaten im einzelnen innehaben.

Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Ich danke. Bitte die Gegenprobe. — Das war die Mehrheit. Die Kandidaten werden also dafür Sorge tragen müssen, daß die Angaben in den Büros eingereicht werden, damit eine entsprechende schriftliche Vorlage erstellt werden kann.

Der Parteitag ist unterbrochen. — Wir treffen uns morgen früh um 9.00 Uhr in diesem Saal.

(Schluß: 19.38 Uhr)

Vorsitzender Schlatter: Wir setzen die gestern unterbrochene Verhandlung fort, und zwar bei **Punkt 7 der Tagesordnung** — Behandlung der Anträge und Bericht der Antragskommission —, **Komplex A — Bundespolitik** —.

Vorweg ein Hinweis: Bei den **Initiativanträgen** bleiben die **Nr. 4** und die **Nr. 5** offen. Damit ist auch die Diskussion darüber, wo der Initiativantrag Nr. 5 bleibt, erledigt; er liegt nicht ordnungsgemäß vor und wird deshalb auch nicht behandelt.

Wir befinden uns beim Komplex A. Gestern haben wir den Antrag A 4



2. Konferenztag

erledigt. Der **Antrag A 5** ist erledigt; ich bitte das zu vermerken.

Ich rufe den

An

auf; das Wort hat die Antragskommission für die Linde.

(Zuruf: Is

Dann können wir uns, wenn sie keine Einwände haben, zur Sache äußern. Ich bitte die Antragskommission zu beauftragen, den Bericht vorzubereiten.

Vollmann (Antragskommission): Ich beantrage die Ablehnung des Antrags A 6.

Vorsitzender Schlatter: Mein Herr, das ist eine sehr interessante Diskussion. Ich bitte die auch schriftlich vorgeschlagenen Punkte zu berücksichtigen.

Antragskommission nicht vorzutragen.

Wird zum Antrag A 6 das Wort gewünscht? — Keine Wortmeldungen?
— Doch, Genosse Tolusch. — Bitte, Genosse Tolusch, du hast das Wort.

Tolusch (Hürth-Hermülhelm): Dieses Thema zu noch fast nachtschlafender Zeit vorzutragen, ist natürlich etwas kritisch, insbesondere auch anläßlich eines Landesparteitages.

Trotzdem ist diese Frage hier und heute sehr wichtig, vor allen Dingen im Zusammenhang mit den Gegebenheiten, die sich allenthalben in der Welt zeigen.

Fest steht, — einige von euch waren ja auch noch in Uniformen irgendwann, irgendwo einmal — daß in der heutigen Zeit die Bedeutung der Bundeswehr nur symbolischen Charakter hat. Wenn wir das also wissen, bedeutet das ganz klar, daß es sukzessive einen Abbau geben muß — sukzessive einen Abbau der Ausgaben für den Wehretat, für die Bundeswehr, und zwar auch — wie es gestern bei einigen Diskussionsrednern zum Ausdruck kam — konjunkturunabhängig.

Die Frage ist hier — wir haben das in unserem Delegiertenkreis diskutiert —, ob man feste Größen einsetzen sollte oder nicht. Wir meinen, daß der Antrag im Prinzip angenommen werden sollte aus den verschiedensten, insbesondere ökonomischen Gründen, aber auch aus humanitären Gründen. Die Gründe kann sich jeder aussuchen; insgesamt kann man sie kombinieren.

Wir sind der Ansicht, daß der Antrag mit Ausnahme der Festlegung auf eine Zahl von zehn bzw. fünfzehn Prozent akzeptiert werden sollte.

Vorsitzender Schlatter: Weitere Wortmeldungen? — Genosse Dammeyer, bitte.

Dammeyer (Oberhausen): In dem gestrigen Mittagsmagazin, als Heinz Kühn diese Landeskonzferenz vorstellte, vertrat er die Auffassung, dieses sei der Antrag der Jungsozialisten. — Dieser Antrag kommt vom Unterbezirk Duisburg; er ist aus der Partei gekommen.

(Zurufe: Ortsvereine!)

— Ja, aus einem Ortsverein im Un

(Zuruf: Aber a

Dieser Antrag ist nichtsdestowenig
die Abrüstung ernst nehmen w
nur reden und allenthalben erklä
Ecken und Enden stattfinden so
etat der Bundesrepublik zu reduz

Man mag sich darüber streiten, o
tische Zahl ist, ob das nicht vierzi
zent heißen müßte. Vor solchen
Fragen! — hat ja auch die Lang
deren Vorsitzender damals noch
lich bis 1985 den Anteil für Mi
der Begründung: Wir wissen üb
diesem Grunde halten wir den
dann auch entsprechend senken

Der erklärte Wille sowohl von p
von Regierungsgruppen ist, den
Militäraufwendungen einzuschrä
ständnis dafür, daß eine Antrags
Ablehnung empfiehlt, statt lge
Antrag möglicherweise akzeptab
schlagen.

Ich möchte annehmen, daß es
stimmen.

Vorsitzender Schlatter: W
Feldmann!

Feldmann (Dülzen): Durch
Grund der Bemühungen unserer
endlich dazu beizutragen, daß
men, um darüber zu reden, wie
zu einer Rüstungsminderung kon

In einem solchen Zeitpunkt kan
die verantwortliche politische
schließen, daß wir dies tun, ohne

Darum kann es doch nur so sein, daß dieser Antrag abgelehnt wird.

Vorsitzender Schlatter: Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor — doch, Genosse Krause noch!

Krause (Bonn): Es ist vorhin nicht so richtig durchgeklungen; ich möchte deshalb formal den Antrag stellen, in dem Text des Antrags A 6 die Worte „um 10 bis 15 %“ zu streichen. Das ist eben ja angeregt worden; der Antrag muß deshalb, wie ich glaube, gestellt werden.

Vorsitzender Schlatter: Das ist ein Antrag auf Streichung der Worte: „um 10 bis 15 % jährlich“. Danach bliebe stehen:

Der SPD-Ortsverein Buchholz fordert... auf, den Wehretat des Bundeshaushaltes in den nächsten Jahren kontinuierlich zu senken.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir befinden zunächst über diesen Streichungsantrag. — Die Antragskommission hat die Ablehnung des Antrags A 6 empfohlen. Wir können natürlich zuerst auch über diese Empfehlung der Antragskommission abstimmen.

(Lebhafte Zurufe)

— Ja, natürlich! Regt euch doch nicht auf; wir stimmen ja darüber ab. — Wir kommen also zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will und den Antrag ablehnen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Das erste war die Mehrheit; der Antrag ist abgelehnt.

Das Wort hat nunmehr die Antragskommission zum

Antrag A 7.

Der Sprecher ist immer noch nicht da? — Der Genosse Posser springt ein.

(Zuruf: Vollmann!)

Vollmann (Antragskommission): Zu dem Antrag A 7 empfiehlt die Antragskommission ebenfalls Ablehnung.

Vorsitzender Schlatter: Da
der Genosse Posser, der eingesp

Das Wort hat der Genosse Kraus

Krause (Bonn): Zu einem Be
Vertreter der Antragskommission
geben. Das ist gestern überhaupt
das beschlossen.

Vorsitzender Schlatter: U
Vollmann!

(Kurz)

Das wird geklärt.

Liegen weitere Wortmeldungen z

Zur Zeit gibt es keine Wortmeldu

Kann die Antragskommission
ausgefallen ist?

(Zuruf: Das Protokoll ist n
gesehen war. A

Es spricht der Genosse Posser fü

Dr. Posser (Antragskommis
hier einstimmig die Ablehnung v

Vorsitzender Schlatter: I
liegen, kommen wir zur Abstim
soll — so empfiehlt die Antrags
den Antrag ablehnen will, den
Danke. Bitte die Gegenprobe! -
Mehrheit; der Antrag ist abgeleh

Ich darf diejenigen, die für der
den sind, darum bitten, ihre F
beschlossen — dem Landesbüro
ste für alle Delegierten zusamme

Wir kommen jetzt zu dem Komplex

E Satzung.

Das Wort hat die Antragskommission, und zwar zum

Antrag E 1.

Dr. Posser (Antragskommission): Im Antrag E 1 ist der neue Satzungstext von der Satzungskommission vorgelegt worden. Zu diesem Text sind zunächst zwei Initiativanträge eingegangen, die auf Abänderung von Teilstücken gerichtet waren; sie haben nicht die notwendige Unterstützung gefunden.

Somit liegt nur noch ein Antrag vor, der eine Abänderung des Satzungsentwurfes in einem Punkt begehrt; das ist der

Initiativantrag Nr. 11.

Ich will ihn einmal verlesen. Er bezieht sich auf den § 3 Abs. 3 unserer Landessatzung, der darüber handelt, welche Gliederungen und Institutionen bzw. Arbeitsgemeinschaften der Partei am Landesparteitag teilnehmen sollen.

Dort hat die Satzungskommission vorgesehen, daß außer den Mitgliedern der Kontrollkommission „je ein Vertreter der drei Landesarbeitsgemeinschaften Betriebsgruppen, Frauen und Jungsozialisten“ teilnehmen sollen.

Der Initiativantrag Nr. 11 begehrt, daß grundsätzlich je ein Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaften mit beratender Stimme teilnehmen soll, nicht nur dieser drei.

Ich weiß nicht, ob euch die Begründung dieses Initiativantrages vorliegt, sonst würde ich sie — —

(Zurufe: Sie liegt vor!)

Die Begründung liegt also vor.

Die Antragskommission empfiehlt einstimmig die Ablehnung dieses Initiativantrages, weil die Zahl der Landesarbeitsgemeinschaften sehr hoch ist und wir glauben, daß man rechtfertigen kann, über das

Organisationsstatut der Partei Bundesparteitag — hinausgehen genannten Arbeitsgemeinschaften sozialisten nicht mit beratender Landesebene je einen Vertreter schaften mit beratender Stimme eine Ausdehnung über diese drei die sämtlich — das unterse Arbeitsgemeinschaften — bis hin Betriebsgruppen, Frauen), nicht

Vorsitzender Schlatter: Vie

Zum Verfahren: Wir gehen in Vorlage vor und stimmen dar

— Bitte sehr!

Dr. Posser (Antragskommission): nur dieser eben von mir erwä Ansonsten gibt es keinen Antr Satzungskommission, so daß v antrag abgestimmt worden ist abstimmen können. Wir müssen setzen; denn wir können natür verschieden. Der Zeitpunkt des In den, also der 14. Januar 1973 noch offen lassen.

Vorsitzender Schlatter: kommission. Natürlich hat jede phen der Vorlage zum Wort zu der Antragskommission zum dem Plenum geäußert wird, wen

Wir rufen also zunächst § 3 d antrag Nr. 11 dazu auf. Ich darf

Keine Wortmeldungen hierzu? empfohlen, den Initiativantrag Änderungsvorschlag der Satzun

Wir stimmen also zunächst über den Antrag der Satzungskommission zur Neufassung des § 3 ab. Wer dieser Neufassung so zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Damit ist der § 3 gemäß der Vorlage der Satzungskommission beschlossen.

Gibt es Wortmeldungen zu anderen Punkten der Satzung? — Das ist nicht der Fall. Dann können wir über den Gesamtvorschlag — Du hast eine Wortmeldung dazu? Bitte sehr! — Nenne bitte auch deinen Namen!

Körner (Düsseldorf): Ich bin der Auffassung, daß das nicht ordnungsgemäß eben gelaufen ist. Man kann doch nicht den § 3 des Satzungsentwurfs schlechthin zusammen mit dem Initiativantrag, der von der Antragskommission zur Ablehnung empfohlen worden ist, zur Abstimmung stellen. Man hätte zuerst über den Initiativantrag und dann erst über den § 3 abstimmen müssen.

Vorsitzender Schlatter: Nein, das Verfahren ist doch geregelt. Wir haben hier in diesem Plenum beschlossen, zunächst über die Empfehlungen der Antragskommission abzustimmen; genau das haben wir getan. Dadurch hat sich natürlich der Initiativantrag erledigt.

Jetzt steht die gesamte Satzung zur Diskussion. — Wortmeldungen liegen hierzu nicht vor, so daß wir zur Abstimmung kommen können.

(Widerspruch)

— Liegt doch noch eine Wortmeldung vor? — Ja, noch eine. Das Wort hat der Genosse Antwerpes.

Dr. Antwerpes (Landesvorstand): Ich möchte vorschlagen, den § 13 der alten Satzung beizubehalten und nicht dem Änderungsvorschlag der Satzungskommission zu folgen.

Begründung: Wir hätten durch eine Einfügung des § 13 für die Änderung einer Landessatzung künftig eine Zweidrittelmehrheit nötig. Da wir uns bei dem Aufbau der Landesorganisation selbst in statu nascendi befinden — ähnlich wie vor zwei Jahren —, ist diese Zweidrittelmehrheit, wie ich meine, für die künftige, in einigen Anträgen sich widerspiegelnde Intention nicht geeignet.

Ich würde deshalb vorschlagen, daß wir hier bei § 13 bleiben, womit

die Mehrheit der satzungsmäßigen Versammlung die Satzung ändern kann.

Dafür möchte ich ein Beispiel fügen:

Der Schwerpunkt seiner Arbeit

Damit ist der Landesvorstand mit seinen Anträgen, die noch zu behandeln sind, der ganzen Realität gegenübergestellt. Der Landesvorstand ist mit diesem Hinweis auf die Realität der Bewegung in der Diskussion zu beauftragt. Ich meine, daß wir bei der Diskussion es bei dem alten § 13 belassen sollten.

Vorsitzender Schlatter: Die Abstimmung über § 13. Gibt es noch Wortmeldungen?

Bitte sehr.

Klejdzinski (Dülmen): Dies ist eine sehr wichtige Frage. Ich möchte auch dem Herrn Dr. Antwerpes mitteilen, daß diesbezüglich aktiv werden können. Ich meine, daß dies sehr wichtig ist, wenn man zu diesem Ergebnis kommen will. Die Landessatzung wird nicht geändert. Wenn die Zweidrittelmehrheit zustimmt, drinsteht, sollte man es in dieser Weise machen.

Zu dem Hinweis, daß noch ein Antrag vorliegt, daß die jeweiligen Parteitage der Bewegung auch mit Zweidrittelmehrheit beschließen können.

Vorsitzender Schlatter: Geht es noch weiter?

Dr. Antwerpes (Landesvorstand): Ich halte dies für achtens unkorrekt. Ich bin der Auffassung, daß diesem Parteitag eine ganze Reihe von Aufgaben gestellt sind, die das Ziel verfolgen, eine entsprechende Bewegung zu erreichen. Sie werden bei Drucklegung nicht bekannt. Ich würde deshalb vorschlagen, daß wir hier bei § 13 bleiben, womit

Vorsitzender Schlatter: Eine Wortmeldung. Du sagst bitte deinen Namen.

Scholz (Hagen): Scholz, Westliches Westfalen. — Genosse Antwerpes, ich glaube, so kann man nicht diskutieren. Wir wußten ganz genau, wann dieser Landesparteitag stattfindet; vor Monaten ist das bereits bekanntgegeben worden. Wenn jetzt durch Initiativanträge ganz schnell — ohne daß es die Bezirke oder die Unterbezirke beraten konnten — etwas dazwischengehakt werden soll, dann kann man die Absicht ganz deutlich erkennen. Du gehörst sicher zu einigen der Genossen, die hier häkeln wollen.

Ich bin dafür, daß die Satzung, die uns lange vorgelegen hat, so in der Abänderung angenommen wird, wie es die Satzungskommission empfohlen hat. Sonst hättest du dich schon vor Monaten melden und von deinem Bezirk aus ordentliche Anträge einbringen können. Was du heute machen willst, ist Manipulation!

(Widerspruch — Oh-Rufe — Lachen)

Vorsitzender Schlatter: Genosse Vollmann, bitte!

Vollmann (Köln): So geht es nicht, meine ich; das muß man hier auch sagen! Der Genosse Antwerpes hat doch nichts anderes getan, als das legitime Recht eines Delegierten ausgeübt, indem er gesagt hat: Lassen wir es so, wie es ist; so gefällt es mir besser.

(Lebhafter Beifall)

Ich bin der Ansicht, dem müssen wir hier stattgeben, einmal, weil die Gründe, die der Genosse Antwerpes angeführt hat, meiner Meinung nach einleuchtend sind, und zum andern auch, weil es sich hier um ein Verfahren handelt, das völlig korrekt ist.

(Beifall)

Vorsitzender Schlatter: Genosse Posser für die Antragskommission!

Dr. Posser (Antragskommission): Ich bitte um Nachsicht; meine Stimme ist durch Erkältung etwas schwächer geworden.

Es geht bei dem Entwurf der Satzungskommission um eine Abänderung der gegenwärtigen Satzung. Insofern hat Genosse Antwerpes

recht, daß es dazu keines bedarf. Wir haben bei der Satzungskommission die Auffassung vertreten, daß eine Änderung, dem der noch geltende Text entspricht, und nunmehr eine Angleichung mit der Parteisatzung vornehmen könnten.

Wenn wir diesen Zeitpunkt noch abwarten, müssen wir freilich bei der nächsten Sitzung die Satzungskommission jedoch einmütig der Meinung, daß die Einhaltung der Satzungsbestimmungen bei Satzungen bestehen, tun.

Vorsitzender Schlatter: Wir beschließen dann. Dann beschäftigen wir uns zunächst mit der Vorschrift ab.

Die Satzungskommission schlägt vor, wie gedruckt ist. Wer dieser Änderung zustimmt, um das Kartenzeichen. — Danke. Das erstere war die Mehrheit; das zweite ist so angenommen.

Nun kommen wir zur Gesamtsatzung. Bestimmung, bei § 14, der Termin

Diese Landessatzung tritt an

Das empfiehlt die Satzungskommission

Wir kommen zur Abstimmung. Die Satzungskommission empfiehlt, die Gesamtsatzung noch Genosse Zuckschwerdt zur

Dr. Zuckschwerdt (Jülich): Ich beantrage den 15. Januar als Termin der nächsten Sitzung, nicht in die Schwulst der nächsten Sitzung richten zu müssen. Ich bitte, das für Konsequenzen hat. Es ist die Satzung morgen in Kraft tritt.

Vorsitzender Schlatter: Die Antragskommission.

Dr. Posser (Antragskommission): Es gäbe theoretisch einen Widerspruch — wir haben das geprüft —, nämlich was die Zulassungsvoraussetzung für Initiativanträge angeht. Hier sieht die neue Satzung vor, daß diese Anträge nur behandelt werden können, wenn die Hälfte des Parteitages zustimmt, wie das auch bei der Bundespartei ist, während wir jetzt sagen, es genügen dreißig Unterschriften.

Es würde also, wenn wir die geänderte Satzung heute in Kraft treten lassen, eine doppelte Zulassungsvoraussetzung für Initiativanträge eintreten. Im übrigen ist die Einreichungsfrist für Initiativanträge zu Ende gegangen.

Wir können also den 15. Januar als Termin des Inkrafttretens in § 14 einsetzen.

Vorsitzender Schlatter: Die Antragskommission schließt sich diesem Vorschlag an. Wir ändern also in § 14 das Datum; es heißt in § 14:

Diese Landessatzung tritt am 15. Januar 1973 in Kraft.

Weitere Wortmeldungen dazu liegen nicht vor.

Die Satzungskommission empfiehlt die Annahme des Entwurfs einschließlich der Änderungsvorschläge, die rechts in der Drucksache vermerkt sind. Wer dem Vorschlag der Satzungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke. Gegenprobe! — Enthaltungen? — Gegen fünf Stimmen bei fünf Stimmenthaltungen ist diese Satzung in der Neufassung so verabschiedet.

Vorsitzender Heinemann: Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Wir schlagen vor, zu Punkt 8 der Tagesordnung

Wahl des Landesvorstandes

zu kommen und mit dem ersten Wahlgang zu beginnen. Dazu sind Anregungen gekommen, und ich möchte daher das Plenum fragen, ob es damit einverstanden ist.

Nach der Geschäftsordnung werden der Vorsitzende und die beiden stellvertretenden Vorsitzenden hintereinander gewählt. Das ist technisch möglich: durch den letzten Ausgang hinausgehen, mit dem grünen Stimmzettel 1 den Vorsitzenden wählen und an der nächsten

Urne die Stimmkarte 2 abgeben werden — wenn es gewünscht wird.

Wenn dem nicht widersprochen wird, werden wir also die Wahl zum Vorsitzenden und Stellvertreter in drei verschiedenen Urnen durchführen und verlassen brauchen.

Sollten dagegen Bedenken bestehen, werden wir die Geschäftsordnungsdebatte noch einmal heraus. — Die erste von mir vorgeschlagene technische Erleichterung ist, daß ich sehe, ob das kein Vorschlag ist, den wir nicht sagen?

(Zuruf eines Delegierten: Ja.)
Vorschlag. Deshalb würde ich den Vorschlag abschließen.

— Gut! — Bestehen Bedenken, daß wir nicht zu verfahren, daß wir zwar hintereinander abstimmen bzw. wählen?

(Kein Widerspruch.)

— Darf ich das Schweigen so auf die Zustimmung bestehen? — Dann würden wir so verfahren.

Zur Wahl noch folgendes: Auf der Urne steht auch die Enthaltung. Somit kann die Wahl durchgeführt werden. Das gilt für den Vorsitzenden.

Bei den Beisitzern schlagen wir ebenfalls vor, die Urnen technisch aufgelistet, Sechzehn Vorschläge, die mindestens acht und kann neun Stimmen brauchen. — Bestehen dagegen Bedenken? Auch das ist somit erledigt.

Damit haben wir die Regularien der Geschäftsordnung und dazu das Wort.

Wolwed (Gelsenkirchen-Buer): Ich danke den Vorsitzenden zum Schluß des Parteitages.

genommen, daß uns die schriftliche Vorlage, wer für den Landesvorstand kandidiert, ergänzt vorgelegt wird, und zwar erweitert um die Angabe der Funktionen.

Ich möchte noch einmal unterstreichen, daß das vor Eintritt in die Wahlgänge geschieht.

Wir haben auf Bundesparteitagen in etlichen Anträgen unter anderem beschlossen, daß die Funktionshäufung in der Partei nach Möglichkeit ausbleibt. Wenn das auf Bundesparteitagen beschlossen wurde, dann sollten wir uns auf allen Ebenen auch danach richten.

Das bedeutet aber, daß wir die Funktionen zuerst einmal erfahren. Mir persönlich ist bekannt, daß bei einigen hier eine Funktionshäufung eintritt; dann würde meine Stimmabgabe sich auch danach richten.

Vorsitzender Heinemann: Du hast recht; Willi Kuhlmann hat das gestern beantragt. Wir haben es auch gestern hier allen durchgegeben. — Hermann Scheffler, ist das fertig?

(Zuruf Gen. Scheffler)

— Es fehlen noch einige, die das noch nicht angegeben haben; ich bitte, das jetzt zu tun.

Ich habe die Frage an den Parteitag, ob das bedeutet, daß wir auch mit der Wahl der Vorsitzenden — es liegen hier nur soviel Vorschläge vor, wie Kandidaten zu wählen sind — erst dann beginnen sollen, wenn die Aufstellung über die Funktionen der Bewerber für die Kandidatur zum Landesvorstand nachgereicht worden ist.

(Zustimmung — Widerspruch — Zurufe)

— Hier wird „ja“ und „nein“ gesagt; ich lasse deshalb darüber abstimmen, da von hier aus nicht zu übersehen ist, welche Meinung der Parteitag hat. — Wer dafür ist, daß wir bei den Vorsitzenden schon mit der Wahlhandlung beginnen, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke schön. Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Das erstere war die Mehrheit; bei den Vorsitzenden werden wir also so verfahren.

Das bedeutet aber — ich sage es noch einmal —, daß alle Kandidaten für die Beisitzer jetzt zunächst einmal die Angaben nachreichen

müssen, soweit sie sie noch nicht abgegeben haben. Es ist notwendig, dafür zu sorgen, daß dies geschieht, damit sie dem Parteitag vorgelegt werden können.

Wir können jetzt in den Wahlgang eintreten, oder wir können noch etwas sagen? Bitte!

Diskussionsredner: Ich meine, das ist schon in Ordnung, genauso aufzeigen wie auch die anderen.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Heinemann: Die Wahl zu beginnen. Ich würde jetzt gerne wissen, ob es nachgereicht wird. Seid ihr das?

(Zuruf)

Das bedeutet also auch für diejenigen, die noch nicht über ihre Funktionen nachgereicht haben.

Mit der Wahl kann begonnen werden. Stimmkarte 1 ist für die Vorsitzenden, Karte 2 für die Stellvertreter.

(Die Wahl des Landesvorsitzenden — und die Wahl der Vorsitzenden — Punkt 8.2 der Tagesordnung)

An den Urnen befinden sich noch Karten. Ich bitte alle diejenigen, die noch nicht abgestimmt haben, damit wir in der Beratung fortfahren können. Ihre Stimme abgegeben?

Der Wahlgang zur Wahl des Landesvorsitzenden ist damit abgeschlossen.

Ich habe jetzt nach Rückkehr festgestellt, daß für die Wahl der Beisitzer ist es auch noch nicht so, daß es sogar sehr sinnvoll ist: Man kann sich bei dieser Wahlgang drüber durchsetzen, nur mit dem nächsten Abriß, der dann in der Urne gegeben werden, und zwar in der Wahlkommission. Damit haben wir

Ich bitte, nicht hier am Tisch zu wählen, sondern gleich drüben, wenn der Wahlgang aufgerufen wird, um die Geheimhaltung der Wahl zu garantieren. Ihr habt die Möglichkeit, euch schon vorher hier Gedanken zu machen.

Nun kann die Weiterberatung der Anträge erfolgen.

Vorsitzender Bender: Wir kommen wieder zurück zu **Punkt 7** der Tagesordnung und fahren in der

Beratung der Anträge

fort. Nach der euch vorliegenden Aufstellung der Antragskommission haben wir zur

Gruppe A

noch die Initiativanträge Nummern 7, 9 und 14 zu behandeln. Ich rufe zunächst den

Initiativantrag Nr. 7

auf und bitte den Sprecher der Antragskommission.

Linde (Antragskommission): Der Initiativantrag Nr. 7 liegt den Delegierten in einer Neufassung auf grünem Papier vor.

(Zurufe: Liegt nicht vor!)

Nicht? Dann bitte ich das grüne Blatt zu verteilen. Es hat gar keinen Zweck, den Initiativantrag Nr. 7 zu behandeln, bevor der Text auf grünem Papier — es ist die Neufassung der Antragskommission — vorliegt. Wenn er noch nicht in den Händen aller Delegierten ist, müssen wir zum nächsten Initiativantrag kommen.

Vorsitzender Bender: Das ist richtig. Wir haben den Initiativantrag Nr. 7 nur auf weißem Papier; die Neufassung auf grünem Papier ist noch nicht verteilt. Ich bitte das Büro, die Verteilung so bald wie möglich vorzunehmen.

Wolltest du zur Geschäftsordnung etwas sagen? — Bitte.

Diskussionsredner: Ich nehme an, daß es sich um den Initiativantrag Nr. 14 handelt. Er liegt vor; gestern ist er verteilt worden.

(Widerspruch)

Oder kommt da noch einer?

Linde (Antragskommission): M
grünem Papier, überschrieben:
des Vorschlages der Antragsk
gegenüber dem weißen Initiativ
Papier ersichtlich.

(Lebhafte Z

Vorsitzender Bender ; Das
ja die Antragskommission das
nelle Änderungen dem Parteitag

Linde (Antragskommission): I
Beratungen zu diesem Punkt sch
ten. Es ist also nicht unser Verzu
vorliegt.

Vorsitzender Bender: Eine
Wir müssen so verfahren.

Ich rufe dann unter Zurückstell

Initiativ

auf und bitte den Genossen von
äußern.

Linde (Antragskommission): Z
Antragskommission einstimmig A

Vorsitzender Bender: Liegen
delt sich um die Energiepolitik.
Dann kommen wir zur Abstimmung

Wer für diesen Initiativantrag N
zeichen. — Die Gegenprobe! — K
Zwei Enthaltungen. Der Antrag is

Das Wort hat der Sprecher der A

Linde (Antragskommission): I
antrag Nr. 14 erst im Zusammen

handeln. Es hat keinen Zweck, diesen Antrag jetzt vorzuziehen und den umfassenderen Antrag bei der Behandlung nicht auch dabei zu haben. Wir sollten also zu einer anderen Antragsgruppe übergehen.

Vorsitzender Bender: Ja, dann müssen wir zur

Gruppe B

der Anträge übergehen. Sobald uns das Büro die grüne Vorlage zu Initiativantrag Nr. 7 zugeleitet hat, werden wir auf die Anträge Nr. 7 und Nr. 14 zurückkommen.

Ich rufe auf den

Antrag B 1

und bitte den Sprecher der Antragskommission.

Vollmann (Antragskommission): Zum Antrag B 1 schlägt die Antragskommission Annahme vor. Zum Verfahren schlägt sie vor, diesen Antrag nach erfolgter Annahme an die Landtagsfraktion weiterzuleiten.

Vorsitzender Bender: Wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den Antrag B 1 anzunehmen, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer ist dagegen? — Enthaltungen? — Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zum

Antrag B 2.

Die Antragskommission bitte!

Vollmann (Antragskommission): Die Antragskommission schlägt vor, den Antrag B 2 ebenfalls anzunehmen und ihn nach erfolgter Annahme an die Landtagsfraktion weiterzuleiten.

Vorsitzender Bender: Wortmeldungen — liegen dazu nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer für die Annahme des Antrags B 2 ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Der Antrag ist angenommen.

Nun zum

Die Antragskommission bitte!

Vollmann (Antragskommission): sion ebenfalls Annahme vor. Der Antrag bereits enthalten.

Vorsitzender Bender: Liegt B 3? — Wortmeldungen liegen nicht vor. Abstimmung.

Wer für die Annahme des Antrags B 3 ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer ist dagegen? — Niemand. Der Antrag ist angenommen.

Ich rufe den

auf. Die Antragskommission bitte!

Vollmann (Antragskommission): Die Antragskommission empfiehlt die Nichtbefassung des Unterbezirks, der hier ja vertreten ist.

Vorsitzender Bender: Genosse

Maerker (Bonn-Beuel): Wir haben festgestellt, dass eine Zeit gestellt worden ist, in der der Antrag überholt ist.

Vorsitzender Bender: In Ordnung. In diesem Parteitag nicht behandelt.

Ich rufe auf den

Vollmann (Antragskommission): Ich empfehle, in diesem Zusammenhang den Antrag nicht zu behandeln, weil das vom Ausschuss nicht scheint.

Vorsitzender Bender: Dann wollen wir uns also zunächst den
Initiativantrag Nr. 1

vornehmen; Antragsteller ist der Landesverband. Darf ich die Antragskommission um ihre Stellungnahme bitten!

Vollmann (Antragskommission): Zum Initiativantrag Nr. 1 empfiehlt die Antragskommission Annahme.

(Zuruf)

Vorsitzender Bender: Das Stimmenverhältnis bitte, mit dem ihr diese Empfehlung aussprecht! — Genosse Vollmann, habt ihr diese Empfehlung einstimmig gefaßt?

(Zuruf Dr. Posser)

Ich höre eben vom Genossen Posser: Diese Empfehlung ist einstimmig ausgesprochen worden.

Gibt es Wortmeldungen zu dem Antrag? — Der Genosse Hucko!

Dr. Hucko (Köln): Ich möchte einige Änderungen beantragen, die ich dem Präsidium auch schriftlich eingereicht habe, und zwar:

1. Die Einleitung sollte lauten:

Die von der SPD geführten Regierungen und die SPD-Fraktionen in Bund und Ländern werden aufgefordert, ...

Denn diese Beschlüsse werden in erster Linie von der Exekutive praktiziert, während die Abgeordneten verhältnismäßig geringen Einfluß auf die Praktizierung dieser Beschlüsse haben. Es müßten also hier die Exekutive und damit die Ministerien angesprochen werden.

2. In der Einleitung soll es heißen statt „gewährleistet bleibt“ „gewährleistet wird“. — Es ist nämlich durchaus zweifelhaft, ob zur Zeit eine verfassungsgerechte Praktizierung gewährleistet ist; deshalb sollte hier „wird“ stehen.

3. In Ziffer 3 des Antrags wird in Satz 2 der zweite Halbsatz nach dem Semikolon gestrichen. Dort heißt es:

...; ein sorgfältiges Ver
des Bewerbers ist so am b

Das ist eine Begründung, die et
die Antragsteller gedacht haben;
Antrages hineinkommen und kö

4. In Ziffer 5 wird der Halbsa
Dort heißt es:

..., administrative Mittel
treten.

Das Wesentliche in dieser Ziffer
Bestrebungen eine politische
muß. Das sollte man hier allein
richtiger verteilt.

Vorsitzender Bender: Jetzt
meldungen zu dem Antrag liegen

Dr. Zuckschwerdt (Jülich):
einen Abänderungsantrag stelle
sprünglichen Fassung, in der er
pathischer ist.

Ich bin der Meinung, der Besch
überflüssig. Wir haben ihn uns
den Antrag in der ursprünglichen

Da ich aber die Gefahr sehe, da
fehlung der Antragskommission
antrag Nr. 1, möchte ich eine Abä

In Ziffer 4 des Initiativantrages N

... und für weiterführende Ideen
tionäre Veränderungen gerichtet

Ich muß sagen, ich habe den
Sprachverwirrung eintritt und da
„revolutionär“ sagen. Ich bin d
näres nichts Schlimmes ist; es d

gewaltsamen Veränderungen angestrebt werden. Das sollte man dann auch ausdrücken.

Daher bin ich dafür, das Wort „revolutionäre“ in Ziffer 4 durch „gewaltsame“ zu ersetzen. — Danke schön!

Vorsitzender Bender: Der Genosse Maerker — das habe ich eben übersehen — hatte sich doch zu diesem Punkt gemeldet; er ist als nächster dran.

Maerker (Bonn-Beuel): Der Initiativantrag Nr. 1 kann nicht behandelt werden, ohne zugleich auch den ursprünglichen Antrag B 5 zu behandeln.

(Beifall)

Beide Anträge stehen alternativ zueinander. Der Antrag des Unterbezirks Bonn will den Ministerpräsidentenbeschluß beseitigen, während der Initiativantrag Nr. 1 ihn lediglich interpretieren möchte. Das ist eine unterschiedliche Fassung; man muß alternativ entscheiden.

Wir begründen unseren Antrag so, daß der Beschluß der Ministerpräsidenten zwangsläufig in eine Richtung gehen muß, die bei uns nicht gewünscht werden kann und die auch vom Rechtsstaat nicht gewünscht werden kann.

Nun mag man einwenden und sagen: Solche Beschlüsse gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen oder gegen Radikale — wie das so schön heißt — seien nötig. Nur wissen wir doch aus der Praxis, daß der beste Wille der Ministerpräsidenten oder auch der Legislative nicht zu einem Ergebnis führt.

Wir haben, wenn es gegen Rechts ging, in den fünfziger und sechziger Jahren eine Vielzahl von guten Beschlüssen gegen die Unterwanderung und Zersetzung unserer öffentlichen Stellen durch die ehemaligen Radikalen, die Nazis, gehabt. Das Ergebnis war, daß sie nicht praktiziert worden sind, daß sie vom Apparat abgewürgt wurden — nach rechts also ein absolut wirkungsloses Instrument waren. Wir wissen auch heute, daß es mehr Rechte im öffentlichen Dienst gibt. Wilderich Ostmann von der Leye hat eine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet, und die Antwort war sehr überzeugend dazu, wo die Mehrheit der Radikalen sitzt. Wir hören von der Praktizierung des Beschlusses, daß sie einseitig in eine ganz bestimmte Richtung geht. Das heißt



Der Parteitag

also: Die Ausführung und Umsetzung dieses Beschlusses ist so, daß sie nicht den gewünschten Effekt hat, soweit es gegen Rechts geht.

Ich glaube, aus dieser Erfahrung sollten wir sagen: Dieser Beschluß sollte im Sinne der Antragsteller entschieden werden.

Vorsitzender Bender: Es spricht der Genosse Hellwig, ihm folgt der Genosse Koerbel!

Hellwig (Wanne-Eickel): Von dem Initiativantrag Nr. 1 kann man nur einen Satz akzeptieren, der unter Ziffer 5 aufgezeichnet ist:

Verfassungsfeindliche Bestrebungen müssen vor allem politisch bekämpft werden; administrative Mittel können stets nur ergänzend hinzutreten.

Alles andere, was in diesem Initiativantrag steht, ist eine Verschleierrung der tatsächlichen Situation und bedeutet eigentlich, daß wir uns davor drücken wollen, daß dieser Ministerpräsidentenbeschluß, bedauerlicherweise auch von Sozialdemokraten getragen, eine politische Auslegung hatte, die gegen die rechtlichen Bestimmungen verstieß.

(Lebhafte Zustimmung)

Wir wissen, wie in der Praxis verfahren wird. Ich darf nur daran erinnern, daß in Rheinland-Pfalz ein NPD-Mann abgewiesen, in Baden-Württemberg nach diesem Ministerpräsidenten-Beschluß jedoch anerkannt worden ist und in den öffentlichen Dienst eingestellt wurde. — Wir wissen, wie in Hamburg bedauerlicherweise der Herr Ruhnau diesen Ministerpräsidenten-Beschluß nach links handhabt.

Genossinnen und Genossen, wir wissen aus diesem Land, daß es Gott sei Dank und dank der Erkenntnis vieler Minister in dieser Regierung nur wenige Ermittlungen und Untersuchungen gab, aber noch viel weniger nach rechts! — Von da her ist es notwendig, um künftig zu vermeiden, daß sich sozialdemokratische Landesregierungen vor den Karren der CDU spannen lassen, hier ganz deutlich einzugestehen, daß der Ministerpräsidenten-Beschluß ein Flasko war, eine Katastrophe, und gegen demokratische Grundregeln verstößt.

(Lebhafte Zustimmung)

Von da her bitte ich, um diese Verschleierung hier zu verhindern, sich ganz offen zu dem Antrag B 5 zu bekennen.

Vorsitzender Bender: Je
kommission zwischendurch zu e

Stadte (Wahlkommission): D
erste Wahlergebnis liegt vor:

303 Delegierte konnten sich
290 Delegierte haben sich

Für Heinz Kühn haben gest

mit Ja

mit Nein

Enthaltun

ungültig

Vielen Dank für die Aufmerksam

Vorsitzender Bender: Dank
liere dir zu deiner Wahl.

(Ern

und frage dich, ob du die Wahl a

Landesvorsitzender Kühn: Ja

(Leb

Vorsitzender Bender: Dank

Dann fahren wir fort in der
Initiativantrages Nr. 1.

Das Wort hat Genosse Koerbel

Koerbel (Münster): Zu der
Nr. 1 ist folgendes zu sagen:

Ich glaube, manche Genossen, die den Antrag B 5 unterstützt und hier eingebracht haben, sind sich über etwas nicht im klaren. Wenn man an dem Beschluß der Ministerpräsidenten auch noch so harte Kritik üben will und diesen Beschluß aus der Welt haben möchte, so ist doch nicht zu übersehen, daß ein Beschluß der höchsten Exekutivorgane in unseren Ländern zur Frage der Beschäftigung im öffentlichen Dienst von sogenannten Radikalen oder sogenannten verfassungsfeindlichen Kräften auf jeden Fall immer und von allen Regierungen notwendig ist.

Der Beschluß muß nur anders gefaßt werden. Ich will das mit einem Satz begründen: Es wäre schrecklich, wenn jeder Schulrat in Hintertupfingen oder jeder Bürgermeister in Kleinkleckersdorf oder jeder Regierungsamtmann irgendwo aus eigener Machtvollkommenheit und ohne daß ihm irgendjemand etwas an Richtlinien gegeben hat, über die Einstellung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst entscheiden könnte!

Daher ist es nach meiner Auffassung auf jeden Fall erforderlich, daß von den obersten Landesbehörden Richtlinien herausgegeben werden, die wenigstens für ein Land eine einheitliche Regelung schaffen. Deswegen ist es also erforderlich, daß einheitliche Ministererlasse zu diesem Problem überhaupt herauskommen.

Zu dem Initiativantrag Nr. 1 habe ich Abänderungsvorschläge, die ich dem Präsidium gleich hereinreichen werde, und zwar zu Ziffer 3. — Die Kritik der Antragsteller zu B 5 richtet sich ja vor allem dagegen, daß der Ministerpräsidenten-Beschluß viel zu allgemein und unbestimmt sei. Hier im Initiativantrag Nr. 1 Ziffer 3 wird wieder dasselbe gemacht. Da ist die Rede von Zweifelsfällen, davon, daß es eventuell gemacht werden soll und so etwas. Das muß schärfer gefaßt werden.

Ich schlage vor, die Ziffer 3 wie folgt zu fassen:

Jeder einzelne Fall

Das Wort „Zweifel“ soll weg! —

Ist genau zu überprüfen. Der Betroffene ist anzuhören; im Falle der Ablehnung müssen

nicht: Sollen —

Ihm die Gründe schriftlich mitgeteilt werden, ...

Im nächsten Satz soll es heißen

„Eine Ablehnung kann nur gesprochen werden.“

und nicht „sollte nur ... können.“

Vorsitzender Bender: Ich möchte, daß wir inhaltliche Abänderungsanträge machen, weil sie als Initiativantrag hätten

Das Wort hat nun der Genosse Erchinger.

Drewniak (Gütersloh): Ich möchte heute einen einmaligen Betriebsrat-Beschluß ist, zu korrigieren. Es ist hier schon betont wurde, ihn zu nicht aus der Welt zu schaffen. das Ding vom Tisch des Hauses

(Zu

Ich meine auch, daß dieser Initiativantrag versuchen genau an der falschen Stelle, den Antrag B 5 annehmen, und was eine Korrektur des Beamtengesetzes

Das sind, wie ich glaube, die einzigen Möglichkeiten, die wir haben, um arbeiten können, aber nicht mit dem unglücklichen Beschluß der Minister

Und, liebe Freunde, wir sollten uns mit den Beschlüssen auch sozialdemokratischen Parteien, nicht in unserer Meinung, hier nicht scharf genug für die Sache, meine, was ein Betriebsunfall bezeichnet werden und korrigieren

Vorsitzender Bender: Der Genosse Dr. Posser, hatte sich

sin Erchinger, bist du damit einverstanden? — Bitte schön, Genosse Posser!

Dr. Posser (Antragskommission): Ihr habt eben schon gehört, daß dieser Initiativantrag Nr. 1 von der Antragskommission einstimmig zur Annahme empfohlen worden ist. Vielleicht darf ich euch die Gründe für diese einstimmige Empfehlung kurz vortragen.

Man kann den Ministerpräsidenten-Beschluß vom Januar 1972 außerordentlich bedauern; aber er ist in der Welt. Ich möchte, um Legendenbildungen vorzubeugen, sagen, daß er nicht nur von den Ministerpräsidenten beschlossen worden ist, sondern im Beisein des Bundeskanzlers und der Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion, Herbert Wehner, sowie der FDP-Fraktion, Mischnick.

(Zurufe)

Ich bin ja mit vielen hier im Saal der Meinung, daß die Entwicklung, die da eingesetzt hat, äußerst bedenklich ist, insbesondere in der Anwendung, wie sie hier und dort bekannt geworden ist.

Deshalb waren wir in der Antragskommission der Auffassung, wir müssen, nachdem der Beschluß in der Welt ist und durch noch so viele Beschlüsse von Parteigremien nicht wieder rückgängig gemacht werden kann, dafür sorgen, daß seine Anwendung so erfolgt, wie man es unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten noch vertreten kann.

Nun zu einigen Punkten, die hier vorgebracht wurden.

Zum Beispiel ist hier eben beantragt worden, in Ziffer 3 des Initiativantrages Nr. 1 statt „Jeder einzelne Zweifelsfall“ zu sagen: „Jeder einzelne Fall“. — Dies wäre eine Verschlechterung.

(Widerspruch)

— Doch! Wir wollen ja gerade die Fälle einengen, und wir wollen möglichst wenig „Zweifelsfälle“ haben; darauf ist die Formulierung abgestellt. Wenn wir jeden einzelnen Fall überprüfen wollten, wäre das eine Ausweitung. — Ich meine, wir wollen dasselbe: Wir sollten es deshalb bei diesem Text belassen!

Und nun zu dem Antrag, man sollte in Ziffer 4 des Antrages statt „nicht-revolutionäre Veränderungen“ lieber sagen: „nicht gewaltsame

Veränderungen“. Liebe Genossen, diese Forderung ist nicht empfehlenswert.

Das Grundgesetz stellt nicht auf revolutionäre ab; die

Ich darf daran erinnern, daß die „sozialistische Revolution“ gesprochen wurde. Die Macht übernommen durch die SED. Ihr müßt immer im Blick haben, daß die Gefahr des Rechtsradikalismus besteht. Der Ministerpräsidentenbeschuß da zu sorgen, daß er auch eine Handlung von rechts abwehren zu können

Ein Letztes: Der Diskussionsbeirat hat die Beamten-gesetze ändern, die Beamten-gesetze sind zur Zeit in der Diskussion. man innerhalb der Regierungen zu dort zu erfolgen hat. Bei Novemberpunkt bedenken müssen. Bloß eines solchen Antrages mit einb

Ich empfehle also, Initiativantrag immer noch darüber reden, ob me von I 1 für erledigt erklärt werden soll. Das wäre eine andere Forderung haben.

Jetzt geht es um den Initiativantrag

Vorsitzender Bender: Nun, Wort, danach Genosse Bunow, M

Erchinger (Paderborn): Ich bin der Meinung, daß wir uns zu müssen. Wenn dieser Antrag B 5 ist wir uns immer noch mit dem B 5 ist meines Erachtens der we

Meiner Auffassung nach kommt souveräne Parteitag von den M

ziert und somit versucht zu veranlassen, daß die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten sobald wie möglich versuchen, diesen bedauerlichen Beschluß abzuschaffen.

Das ist ja durchaus möglich, weil eine Veränderung der Mehrheitsverhältnisse dies zuließe. Es käme also darauf an, daß die Ministerpräsidenten die Meinung ihrer Partei kennen und daß die Parteitage dafür ein eindeutiges Votum erarbeiten und beschließen. Es geht ja nicht an, daß sich ein Parteitag von sogenannten feststehenden Tatsachen beeinflussen läßt!

Ich halte den ganzen Ministerpräsidenten-Beschluß für eine taktische Sache, die zu der damaligen Zeit vielleicht noch gerechtfertigt war. Aber wir haben ja gesehen, daß die Bevölkerung im Grunde genommen weiter ist als die Ministerpräsidenten selbst sozialdemokratisch-geführter Länder!

Vorsitzender Bender: Danke schön. — Jetzt Genosse Bunow; ihm folgt der Genosse Krause.

Bunow: Ich bin auch der Auffassung mit meinen Vorrednern, daß dieses Ding vom Tisch weg muß und daß Antrag B 5 angenommen werden sollte. Ich möchte das in zwei Punkten begründen.

Wir dürfen ja nicht vergessen, in welcher Situation dieser Beschluß entstanden ist 1972, als uns die Debatte um die innere Sicherheit von der CDU aufgezwungen worden ist, die SPD darauf prompt reagierte, sich vom SHB trennte und gleich in einem Zug im Nachhinein diesen Beschluß hier faßte.

Ich bin der Auffassung, daß wir, was politisch unhaltbar ist, nicht deswegen weiterleben lassen und dazu Interpretationsschemata anbieten können, weil hochgestellte Personen in dieser Partei — so ist es beispielsweise auf einer Besprechung des Bezirks Niederrhein formuliert worden — hier vielleicht in ihrem Ansehen lädiert werden. Ob nun Brandt, Kühn oder Wehner an dieser Besprechung teilgenommen haben, das kann uns nicht davon abhalten, diesen Beschluß, der politisch nicht mehr tragbar ist, zurückzunehmen!

(Lebhafter Beifall)

Genossinnen und Genossen, ich meine, wir sind doch keine Honoratiorenpartei!

Das andere, was noch zu sagen ist, ist, daß die Landesregierung, Diether Posser, Ministerpräsident an der PH gesagt hatte, daß dieser Beschluß überflüssig ist, weil er ja durch den Beschluß gedeckt wird. Er stellt eine politische Fiktion dar, nicht.

Ich meine, das sollte doch der Ministerpräsident juristisch wirklich überflüssig finden. Das ist noch nicht bewiesen worden, nämlich nicht, daß es dann, meine ich, sollten wir hier eine politische Machbare zu ermöglichen und ihn nicht aus persönlichen Gründen der Sozialdemokratischen Partei zu entnehmen.

Vorsitzender Bender: Dazu

(Zurufe — W)

Doch, als Vorsitzender der Antragskommission

Dr. Posser (Antragskommission): Ihr habt einmal in der Geschäftsordnung der Antragskommission außerhalb der

Zu meinem Vorredner: Ich bin der Auffassung, daß Neuß an der PH geäußert habe, daß es politisch ist der Ministerpräsident, der das Beamten-Gesetz dasselbe sagen will, eine Absichtserklärung, die in der Weisung ihrer Anwendung auf ein rechtssicheres

Vorsitzender Bender: Danke schön. —
Krause —

(W)

Zur Geschäftsordnung? — Bitte

Ueding (Köln): Ich stelle ein

sich mit dem Antrag zu befassen, der der weitergehende ist, und das ist der Antrag B 5. Ich bitte, über diesen Antrag abstimmen zu lassen!

(Beifall)

Vorsitzender Bender: Lieber Genosse, ich glaube, es ist außerordentlich unwirtschaftlich, wenn dieser Parteitag je nach Stimmungslage entgegengesetzte Beschlüsse zur Geschäftsordnung faßt. Wir haben gestern nach reiflicher Überlegung auf Anregung des Präsidiums uns so geeinigt, daß wir zunächst über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen lassen. Einer der Gründe dafür war, daß es immer außergewöhnlich schwierig ist, sich darüber zu einigen, welcher Antrag der weitergehende ist.

Der Parteitag ist zwar souverän; ich möchte aber zu bedenken geben, daß wir uns hier nicht in Geschäftsordnungsdebatten erschöpfen sollten. Wir wollen doch zu politischen Aussagen kommen!

Es läßt sich nicht verhindern, daß es jetzt doch zu einer Geschäftsordnungsdebatte kommt. Der Genosse Hellwig war der erste, dann kommt ihr beiden!

Hellwig (Wanne-Eickel): Ich möchte doch das Präsidium bitten festzustellen, daß der Initiativantrag Nr. 1 kein Initiativantrag zum Antrag B 5 ist. Der Initiativantrag wendet sich an die Landesregierung und an den Landtag und bemüht sich um eine Auslegung des Beschlusses. Dagegen bedeutet der Antrag B 5: Wir sind hier nicht das Kabinett, sondern wir sind der Landesparteitag, der diesen Ministerpräsidenten-Beschluß verurteilt.

(Zustimmung)

Das sind zwei verschiedene Anträge; sie haben miteinander nichts zu tun!

Vorsitzender Bender: Gut, Genosse Hellwig. Das wird uns aber nicht daran hindern, auf Empfehlung der Antragskommission und auf unseren Vorschlag zunächst über den Antrag J 1 zu beraten. — Bitte schön!

Dr. Zuckschwerdt (Jülich): Wenn das zwei ganz verschiedene Anträge sind, dann muß ich sagen, ich möchte zunächst einmal die Empfehlung der Antragskommission zum Antrag B 5 hören. Die haben

wir nämlich bis jetzt noch gar wieso das Präsidium festsetzt beraten wird. Ich bin der Meinung, daß es beraten werden; dann wird nämlich der

Vorsitzender Bender: Also wenn wir jetzt auch noch darüber drankommen, dann wird es nach und nach unübersichtlicher! — Ist das der 11 zunächst beraten wird?! Das

(Zurufe -

Noch eine weitere Wortmeldung von Genosse Gaertner!

Gaertner (Bonn-Bad Godesburg): hier gar nicht so sehr zu strapazieren.

Man darf doch eins in aller Ruhe zuerst Anträge der Antragskommission werden sollen, der im Raume setzen will, sich natürlich aufzieht.

Es ist doch gar nicht zu bestreiten, daß der Antrag Nr. 1 in seiner Qualität und der Antrag ist als das, was der Unterredner den Tisch gelegt hat!

(Zurufe -

Ich glaube, darüber braucht man sich nicht zu streiten. Ich, wir sollten uns sehr kurz und bündig ausdrücken. Das ist sinnvoll ist, zuerst Antrag B 5 zu beraten. Das ist ein Problem, nicht die Aussage! — In B 5 behandelt ist als im Initiativantrag. Es kann zwischen uns kein Streit bestehen.

Wir sollten uns jetzt sehr ruhig über den Antrag B 5 oder den Initiativantrag äußern. beides nicht vermengen; dies hat nichts mit dem anderen zu tun und ich glaube, das sollte man nicht

Vorsitzender Bender: Der Sprecher der Antragskommission hat sich gemeldet.

Vollmann (Antragskommission): Damit das Verfahren und auch das, was die Antragskommission empfohlen hat, klar wird und wir hier eine saubere Verhandlung führen können, möchte ich zur Klarstellung noch einmal sagen:

Die Antragskommission hat — wie euch schriftlich vorliegt — zunächst beschlossen — mit 3 : 2 Stimmen —, daß dieser Antrag B 5 erledigt sei, wenn der Initiativantrag Nr. 1 hier behandelt würde. Dann hat die Antragskommission weiterhin vorgeschlagen, erst diesen Initiativantrag zu behandeln.

Das ist der Stand der Dinge. Auf dieser Grundlage sollten wir die Geschäftsordnungsfrage klären, nicht anders!

Vorsitzender Bender: Ist jemand unter uns der Meinung, daß man Wortmeldungen getrennt nach beiden Anträgen aufrufen sollte und daß Bedenken dagegen bestehen, beide Anträge zusammen zu beraten? — Das doch wohl sicher nicht!

Dann können wir weiter so verfahren, daß Wortmeldungen zu beiden Anträgen zusammen in der Reihenfolge ihres Eingangs behandelt werden. Es wäre jetzt nur noch darüber zu befinden, in welcher Reihenfolge wir diese beiden Anträge zur Abstimmung stellen.

Um keinen Streit aufkommen zu lassen, ist das Präsidium durchaus bereit, zunächst die Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission zu B 5 vorzuziehen.

(Zurufe: Ja)

Würden sich dagegen Bedenken erheben? — Das ist nicht der Fall.

Dann fahren wir in der Diskussion zur Sache fort. Es hatte das Wort der Genosse Krause; ihm folgt der Genosse Hansmann.

Krause (Bonn): Vielleicht gleich zu Anfang eine Bemerkung: Es ist natürlich so, daß von Anfang an über beide Anträge beraten worden ist. Ich glaube, diese Diskussion darüber, ob man etwas zulassen kann oder nicht, hat genau gezeigt, daß wir — ohne es ausgesprochen zu haben — beide Anträge alternativ diskutiert haben — ich meine: nicht

alternativ, sondern so diskutiert haben uns nur darüber gestritten der andere nicht.

Dieser Streit allein zeigt schon zwei Genossen, dies sei eine Alternative, müßte, daß dann, wenn der Initiativantrag B 5 erledigt wäre — der ersten Rednern nicht geteilt worden

Ich möchte begründen, warum eine Annahme des Initiativantrags trag worden sind — mit den Stimmgenossen. Ich wiederhole es — der Antrag B 5

Erstens: Wir alle wissen doch, die Erklärung — wie sie ja eigentlich Sozialdemokraten aus dem öffentlichen Dienst aufgenommen

(Zuruf des

— Lieber Genosse Hereth, wir können die Dokumentation dort unten —

Vorsitzender Bender: Lieber Genossen Krause in einer Abstimmung bestritten. Wir gewähren ihm jetzt die Fortsetzung seines Beitrages!

(Heiterer

Krause (Bonn): Ich müßte das nicht tun. — Die Dokumentation zusammen einsehen.

Das gilt aber nicht nur für das — zum Beispiel! — für das Land R

Die Argumentation des Antragstellers Erklärung deutlich zu machen, zu vor uns liegen, die gar nichts mehr argumentieren — das ist von e

daß es dann, wenn man sagt, man will den Beschluß der Ministerpräsidenten vom Tisch haben, unsinnig ist, noch über Ausführungsbestimmungen, wie sie im Initiativantrag dargelegt werden, zu beschließen.

Wichtig ist aber zu bemerken, daß es in dem Antrag B 5 nicht heißt, es solle überhaupt eine Erklärung der Ministerpräsidenten vom Tisch gefegt werden, sondern hier heißt es: diesen, den Beschluß. — Das ist die Argumentation, die uns dahin führt, daß wir sagen müssen: Die politische Stoßrichtung dieses Antrages in B 5 zu unterstützen bedeutet noch lange nicht, daß wir die Kernpunkte des anderen Antrages ablehnen müssen! — Das ist der Punkt, der hier, wie ich glaube, in der Diskussion fast einmütig — bis auf die drei Genossen, die ich genannt habe — dargestellt worden ist.

Ich bitte doch einmal zu erklären, wieso denn in der Antragskommission — das wäre für die weitere Diskussion sehr wichtig; der Genosse Posser könnte dazu etwas sagen — ein Überflüssigmachen der Abstimmung über B 5 angesehen wird, wenn der Initiativantrag angenommen wird. Diese Argumentation ist vorhin vom Genossen Posser nicht gekommen, auch nicht von den anderen Mitgliedern der Antragskommission. Es wäre wichtig, das einmal zu hören; vielleicht würde es dann deutlich, daß hier in der Tat unterschiedliche Auffassungen zwischen großen Teilen des Parteitages und der Antragskommission in der Argumentation dargelegt werden. Dann wären wir, glaube ich, ein Stück weiter, wenn der Genosse Posser zu dieser Frage etwas sagen würde.

Ich bitte euch zum Schluß also noch einmal, im Sinne der Geschäftsordnungsdebatte alternativ abstimmen zu lassen, allerdings mit den Streichungen, die der Genosse Hucko ganz am Anfang beantragt hat. — Ich danke euch.

Vorsitzender Bender: Der Genosse Posser ist direkt angesprochen worden; er hat sich zum Wort gemeldet.

(Zuruf)

Genosse Kühn hat sich auch gemeldet in der Reihenfolge; wir haben uns extra erkundigt. Außerdem ist der Genosse Kühn nicht Vorsitzender der Antragskommission.

(Heiterkeit — Zuruf: Was gibt es da zu lachen!)

Dr. Posser (Antragskommission): Der Antrag der Antragskommission liegt in f

Die Antragskommission war der Beschlüssen-Beschluß, der im Beisein von der beiden Koalitionsfraktionen nicht rücknehmbar ist. Deshalb die Entscheidung einstimmig gewesen — dem Beschlusse Behandlung.

Das schließt freilich nicht aus, daß B 5 beschäftigt. Euch ist ja der Antrag genannt worden, daß die Entscheidung anzusehen, mit 3 : 2 Stimmen ge

Vielleicht darf ich euch, weil ich nicht gestimmt haben, sagen, was die Entscheidung bewogen hat: Wir glauben, daß die Entscheidung durch einen Sozialdemokraten angenommen werden sollte. Wenn ihr

Daß es der CDU/CSU gelungen ist, die parlamentarische Mehrheit eine weitere Entscheidung ihre Zwecke durchzusetzen.

so glaube ich, daß dies eine unrichtige Entscheidung des Ministerpräsidenten-Beschlusses

Außerdem fordert der Antrag B 5 getroffenen Maßnahmen zu widerrufen. z. B. in Hamburg, auch NPD-Mitglieder getroffen worden sind, sehe ich nicht ein, daß sie nicht getroffen werden sollen.

Vorsitzender Bender: Danke. Jetzt hat Genosse Hansmann das Wort.

Hansmann (Steinheim): Es geht darum, daß wir uns mit der Ausführung des Beschlusses mehr sollten wir uns darüber klären, ob wir durch diesen Beschluß in die Disziplin

Wir haben vorhin von einigen Genossen den Beschluß in beamtenrechtlicher

Beamten-gesetze bestimmen das recht eindeutig; teilweise gibt es dazu Kommentierungen, es gibt Entscheidungen höchster Gerichte dazu. Wir haben auch im Landesausschuß festgestellt, daß dieser Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz ziemlich überflüssig ist. Meiner Meinung nach sollten wir deshalb die politische Richtung sehen.

Der Erlaß wendet sich nicht so sehr an die Behörden und an die Bediensteten des öffentlichen Dienstes, sondern viel mehr an die, die später einmal in den öffentlichen Dienst hineinwollen. Ich bin der Ansicht, gerade diese Leute werden durch die Richtlinien, die hier so vage formuliert sind, davon abgehalten, sich politisch irgendwie etwas bedenklich zu betätigen, weil sie dann nämlich Angst haben müssen, später einen Beruf, den sie ausüben wollen, nicht ausüben zu können. Er dient in der politischen Richtung also lediglich der Disziplinierung von zukünftigen Bewerbern für den öffentlichen Dienst. Insoweit können wir uns nicht mit diesem Beschluß einverstanden erklären. Diese politische Tendenz kommt nur in dem Antrag B 5 zum Ausdruck.

(Beifall)

Vorsitzender B e n d e r : Danke schön. — Genosse Kühn, danach Genosse Fugur.

Landesvorsitzender K ü h n : Ich bin unmittelbar betroffen, da ich einer derjenigen bin, die an diesem Beschluß mitgewirkt haben, der in der Ministerpräsidentenkonferenz gemeinsam mit dem Bundeskanzler und den beiden Koalitionsfraktionsvorsitzenden einstimmig gefaßt worden ist.

In der Verfahrensweise ist es ganz klar, daß nach meiner Lagebewertung der Antrag B 5 ein nicht guter Antrag ist — um es freundlich zu charakterisieren —, aber er ist der weitergehende Antrag, und darüber muß zuerst abgestimmt werden.

(Zustimmung)

Es ist also klar: Ich bin gegen diesen Antrag; aber diese Situation muß man deutlich erkennen.

Der zweite Antrag, der Initiativantrag Nr. 1, ist richtig charakterisiert worden: Er bringt in das Verfahren gegen die Infiltration Radikaler in den öffentlichen Dienst ein demokratisches Procedere hinein.

Genossen, es ist zwar einfach — und wie das einige Genossen in-
gen: Wir wollen so beschließen,
Hauses kommt; jedoch selbst w-
stimmt, ist die Sache nicht vom
gar nicht sein. — Genossen, die
gegen den Ministerpräsidenten-
einmal sagen, in welcher Frage
das geltende Beamtenrecht hina-

Es hat ein Genosse, der in der
Ich halte den ganzen Ministerprä-

(Bravo-Rufe —)

aber — jetzt kommt es, ich bin
streng an das Beamten-gesetz h-
aus dem öffentlichen Dienst hera-
ten-Beschluß! — Das war sein W-

Denn, Genossen, im Beamten-
Voraussetzungen erfüllen — „die-
— muß dafür, daß er die demok-
und anerkennt, sondern aktiv ver-

Wer entscheidet denn darüber?
lung vorzunehmen hat, der Bef-
Und wenn ein solcher Behörden-
bisherigen Ordnung sagt: „Der
der Betreffende nicht eingestel-
bers braucht nicht begründet zu
heute nach dem Beamten-gesetz

Die CDU — um zu dem Ministe-
hatte ja eigentlich etwas ganz an-
Problem darzulegen, die Genesi-
kenden Debatte auf der Ebene d-
sidenten schildern. Der CDU ginge
gen, der gelautet hätte: Alle Mit-
nicht in das Beamtenverhältnis ü-

(Lebh-

Wir haben darum gekämpft! Es ist nach dem Beschluß nicht die Mitgliedschaft ausschlaggebend; wenn einer DKP-Mitglied ist, so ist dies kein Ausschließungsgrund bei der Übernahme in den öffentlichen Dienst. Es muß in dem Falle, wenn gegen ihn Besonderes vorgebracht werden kann — deshalb heißt es in dem Initiativantrag auch „Zweifelsfall“ — der Mann genau überprüft werden.

Einer der Genossen, der auch gegen den Ministerpräsidenten-Beschluß ist, hat hier vorgeschlagen, wir sollten in Ziffer 3 des Initiativantrages nicht sagen, jeder Zweifelsfall, sondern jeder einzelne „Fall“ ist genau zu überprüfen. Genossen, das bedeutet doch, daß bei jeder Aufnahme in das Beamtenverhältnis der Verfassungsschutz oder andere Organe in bezug auf die Zuverlässigkeit befragt werden! Das ist also von einem, der gegen den Beschluß ist, gefordert worden. Dabei wäre das aber doch eine wesentliche Verschärfung!

Wir haben darum gekämpft und haben erreicht, daß Maßnahmen nicht schon auf Grund einer Mitgliedschaft ergriffen werden können, sondern daß dann, wenn ein qualifiziertes Verhalten die staatsfeindliche Gesinnung manifest macht, dieser Fall überprüft wird.

Und bisher brauchte man dem Betreffenden nach dem Beamtenrecht, wenn man ihn nicht nimmt, das nicht mitzuteilen. Wir in Nordrhein-Westfalen haben im Kabinett beschlossen — dasselbe hat Hessen beschlossen, aber nicht alle sozialdemokratischen Länder —, daß jeder, der abgelehnt wird, zu hören ist und daß ihm die Ablehnungsgründe schriftlich auf sein Verlangen mitgeteilt werden müssen, damit er die rechtlichen Wege gegen eine Fehlentscheidung beschreiten kann. Es ist also nicht so, daß wir einfach nur sagen, etwa durch eine untergeordnete Behörde: Den wollen wir nicht!

Ein Zweites — auch das muß einmal hier gesagt werden — auch in unserem eigenen Kabinett waren wir von Anfang an gar nicht absolut einig darüber, wer nun die oberste Behörde ist, die die Entscheidung treffen soll. Ich habe darauf hingewiesen, daß dies nur der jeweilige Fachminister tun kann. Es soll also nicht der Innenminister im Bereich des Schulwesens entscheiden; das muß der Kultusminister tun, und auf dem Gebiet des Hochschulwesens muß der Wissenschaftsminister entscheiden! Der zuständige Minister muß in jedem einzelnen Falle der Ablehnungen selber entscheiden und die Verantwortung dafür tragen.

Genossen, das ist gegenüber dem Beamtenrecht eine solche Schutzbestimmung —

(Vorsitzender Bänder: Genosse Kühn, deine Redezeit ist — —)

ja, ich will den Satz nur noch Schutzbestimmung für die Betroffenen gesetz nicht gibt.

Laßt mich sagen, man kann natürlich den Beschl. weg! Der Beschl. ist das erreichen können. Denn dies ist es, oder es müßte jemand hier herauf weisen —, als im Beamtenrecht so.

Man kann auch sagen: Der Beamten-Beschl. bestimmten politischen Opportunismus kann sagen, er war von der Sache im Beamtenrecht steht. Aber das ist der Beamten-Beschl., ist bereits geübt worden.

Nun der letzte Satz im Initiativantrag

Verfassungsfeindliche Bestrebungen bekämpft werden.

Dann heißt es weiter:

Administrative Mittel können stehen

Auch da ist Streichung beantragt. Die Streichungen erreicht ihr doch. „Der Radikalismus muß politisch und auch administrativ bekämpft werden.“

Ich habe darum gerungen — lei die Beamten, die heute schon die Vertreter von etwas sind, auch hier, das nicht nur für Bewerber haben

Wenn in Hamburg ein NPD-Mann NPD ist und die Gerichte jetzt nicht, wie es der Hamburger Senat entlassen werden, denn er sei ein Verfassungsfeindlicher Partei, sondern das Gericht entscheidet — einer verfa dies für einen Skandal!

Aber ihr kommt nicht daran vorbei, auch wenn manche den Kopf in den Sand stecken wollen: Politisch allein kann man den Radikalismus nicht abwehren, man muß es auch administrativ tun, aber demokratisch, korrekt, transparent, damit auch der Betreffende auf dem Rechtsweg dagegen vorgehen kann; man muß es so tun, daß ein Maximum an Gerechtigkeit dabei entsteht!

Ich plädiere dafür, wie die Antragskommission es empfohlen hat, den Antrag B 5 abzulehnen, weil das einfach nur ein Selbstbefriedigungsantrag ist, der nichts an der Sache ändert;

(Vorsitzender Bender: Genosse Kühn, komm bitte zum Schluß!)

aber mit dem Initiativantrag könnt ihr die Landesregierung auf ein bestimmtes Verfahren festlegen.

(Beifall)

Vorsitzender Bender: Danke schön.

Jetzt kommt der Genosse Fuge, danach der Genosse Hereth.

Fuge (Rahden): Wenn der Genosse Posser darauf hinweist, daß die Genossen Wehner und Brandt an dem Zustandekommen des Beschlusses teilgenommen haben, dann besagt das in meinen Augen gar nichts! Dadurch ist der Beschluß nicht etwa zu einer „heiligen Kuh“ geworden, die jetzt nicht mehr geschlachtet werden darf.

(Beifall)

Zur Sache selbst! Entweder haben die Ministerpräsidenten damals etwas Überflüssiges beschlossen; dann sollten sie sich nun nicht scheuen, sich wieder hinzusteifen und zu sagen: Was wir damals beschlossen haben, ist überflüssig und damit aus der Welt geschafft. — Aber ich kann mir nicht vorstellen, daß so viele, so kluge Köpfe etwas Überflüssiges beschlossen haben.

Es muß also etwas mehr beschlossen worden sein. Und über das, was mehr beschlossen ist, liegen diverse Gutachten von Rechtswissenschaftlern vor; das ist verfassungswidrig. Dann muß der Beschluß erst recht aus der Welt geschafft werden!

Genosse Kühn, wenn du sagst, dadurch ist das Beamtenrecht in puncto

Einstellung liberalisiert worden, überein. Wir haben auch nach Möglichkeit, wenn die anstellende Behörde, im Rahmen von Artikel 3 des Grundgesetzes, den Verwaltungsrechtsweg zu beschreiten und das haben wir nicht erst durch

Ich bin deshalb dafür, den Antrag abzulehnen. Der Initiativantrag Nr. 1 er

Vorsitzende Bender: Genosse Hereth, bitte zum Schluß.

Dr. Hereth (Bochum): Ich habe den Beschluß der Ministerpräsidenten nicht in Frage gestellt. Er ist.

Wir haben hier keinen gehört, der die rechtliche Situation schon vorher kritisiert hat. Das heißt aber doch, daß durch die Entscheidung der Ministerpräsidenten eine juristische Situation geschaffen wurde, die eine andere Situation geschaffen, nämlich eine, die nicht durchgeführt werden, wie sie rechtlich ist.

Das eigentliche Problem, das jetzt vorliegt, ist der Beschluß der Ministerpräsidenten, der gegen ihn diskutiert, weil die Situation identisch ist mit dieser. Das ist also keinen Sinn, gegen den Beschluß zu diskutieren — und hier wird es darum gehen —, daß die Ministerpräsidenten praktisch sein müssen —, dafür sind die Prinzipien bei einem solchen juristischen Verfahren auch gewahrt.

Daher scheint es mir unsinnig zu sein, daß die Ministerpräsidenten entgegenhalten, daß sie schließen dürfen oder sollen oder nicht, dann geht es darum zu erklären, daß die Ministerpräsidenten kontrollieren!

Deswegen der Initiativantrag, der die Durchführung einer rechtlich bestehenden

völlig unsinnig zu sein — das muß ich den Antragstellern von B 5 und denjenigen, die diesen Antrag verteidigt haben, nun wirklich sagen —, sich einen Fetisch aufzubauen und zu behaupten, daß es böse, überflüssig oder verwerflich gewesen sei, daß die Ministerpräsidenten da etwas beschlossen hätten.

(Zurufe)

Das wird doch für euch zu einem Fetisch, gegen den ihr anschimpft, ohne zu sagen, daß euch die Rechtssituation nicht gefällt! Das meint ihr aber anscheinend, denn sonst würdet ihr doch nicht sagen, daß das eine schlechte Sache wäre.

Ich bin also der Ansicht: Was notwendig ist, das ist, daß die Praxis, die sich aus der Rechtssituation und damit auch aus dem Ministerpräsidenten-Beschluß ergibt, kontrolliert wird, ob sie rechtsförmlich und rechtsstaatlich ist. Dieses will der Initiativantrag.

Daher bitte ich, diesem Initiativantrag Nr. 1 zuzustimmen und den Antrag B 5 abzulehnen, da dieser an der Praxis nichts ändert. Um die Praxis aber geht es und nicht um irgendwelche Fetische der Beschlüsse oder Nicht-Beschlüsse.

Vorsitzender Bender: Es spricht jetzt Genosse Wolwod, danach Genosse Kuhlmann.

Wolwod (Gelsenkirchen-Buer): Wenn auch hier versucht wird, so etwa den Eindruck zu erwecken, als wenn dieser Ministerpräsidenten-Beschluß doch eigentlich gar nichts geändert hätte — er war, hörte man, sinnlos, zwecklos und hat nur noch einmal das ausgesagt, was praktisch bereits überall gehandhabt wurde —, muß ich darauf erwidern: Ich glaube, daß gerade dieser Ministerpräsidenten-Beschluß auch von dir, Genosse Kühn, und von anderen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten seinerzeit als ein ganz besonderes Ding herausgestellt worden ist, das sein muß, das seine Berechtigung hat, das auch etwas Neues darstellt und das auch in dieser Beziehung ein Fortschritt ist. — Ich glaube, daß jetzt etwas Geschichtsklitterung betrieben wird, wenn wir jetzt in einer neuen Situation, nachdem wir eine gut durchgestandene Bundestagswahl hinter uns haben, so tun, als wenn immer Friede, Freude, Eierkuchen gewesen wäre. So ist es doch nicht gewesen, und so ist es auch nicht praktiziert worden!

Der Antrag B 5 — das muß ich auch einmal deutlich sagen — gefällt mir

inhaltlich und redaktionell auch an Beschlüsse, die sogenannte S da hinschreiben in einer Form nach, wenn sie in der Presse hoc empfindet. Deshalb wehre ich Formulierung zu unterstützen.

Aber eins sollte doch klar werd tages und die Willensbildung and des Parteitages des Bezirkes Figgen, vielleicht erinnerst du d sehr deutlichen Mehrheit gegen tenkonferenz votiert. Ich würde halten, wenn der Bezirksvorsitz Bezirksparteitages etwas deutlich ebenso auf dem Landesparteitag

(Lebhafte Zus

Ich sehe mich gezwungen, folgen gen:

Es ist klar, daß wir nicht mit de Beschlusses von heute auf morg aber klar, daß wir hier mit einer sen Ministerpräsidenten-Beschlu vom Lande Nordrhein-Westfalen Ministerpräsidenten-Beschluß wie

Des weiteren schlage ich vor, vo Initiative zu ergreifen, die Beam denen wir wissen, daß sie antiqui

Zum dritten empfehle ich, daß w eine vernünftige Übergangsregel glücklichen Beschlüssen noch z Praxis kommen. Das ist das einz und Genossen!

Vorsitzender Bender: Dank schäftsordnung Genosse Ziethoff

Ziethoff (Duisburg): Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ich stelle den Antrag auf Schluß der Debatte und beantrage gleichzeitig, über den Antrag B 5 und den Initiativantrag Nr. 1 getrennt abzustimmen.

(Beifall)

Vorsitzender Bender: Ich verlese die hier vorliegenden Wortmeldungen:

Genosse Kuhlmann, Genosse Dammeyer und Genosse Adam.

Wünscht jemand gegen den Antrag auf Schluß der Debatte zu sprechen.

(Wortmeldung Genosse Kuhlmann)

— Ich glaube, weil du auf der Rednerliste stehst, kannst du dazu nicht sprechen;

(Zurufe — Unruhe)

es wäre besser, ein anderer tut es. Bitte schön; komm ans Mikrophon, Genosse Reymann!

Reymann (Düsseldorf): Wir haben noch drei Wortmeldungen. Wenn jeder der drei, die sich zu Wort gemeldet haben, sich ein bißchen diszipliniert verhält, sollten wir keine lange Aussprache über Ablehnung oder Ende der Debatte zu führen brauchen. Ich plädiere dafür, daß die drei noch das Wort erhalten.

Vorsitzender Bender: Du stellst also den Antrag auf Schluß der Rednerliste; habe ich das richtig verstanden?

(Zustimmung des Genossen Reymann)

Damit liegen uns zwei Anträge zur Geschäftsordnung vor. Der weitergehende ist der des Genossen Ziethoff. Ich lasse zunächst über diesen Antrag abstimmen.

Wer dafür ist, daß Schluß der Debatte eintritt, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer ist gegen diesen Antrag? — Das letztere ist die Mehrheit; damit ist der Antrag auf Schluß der Debatte abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag auf Schluß der Rednerliste. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzei-

chen. — Wer ist dagegen? — Der Antrag ist mit überwiegender Mehrheit ange-

Wir haben noch drei Redner. Zu-
folgt Genosse Dammeyer.

Kuhlmann (Gelsenkirchen):
plexes politisches und rechtliche
Ich bin der Meinung, daß wir es
nur durch eine betont nüchterne
de, die hier eine Rolle spielen.

Laßt mich dazu einige Bemerkun-
nern zu, die von dieser Stelle
Beschuß der Ministerpräsidenten
Ich, weil dieser Beschuß nach m
vorher politisch und rechtlich kla
halb nämlich, weil im Beamtenre
aufgezeigt hat — als eine der V
das Beamtenverhältnis genannt i
die Gewähr dafür bietet, daß er
heitlich-demokratischen Grundon

In einem Punkt bin ich anderen
der Ministerpräsidenten-Beschlu
anderes. Das ist nicht richtig. In
konferenz werden insoweit neue
abweichend vom Beamtenrecht
sungswidrigen Partei die Rede i
verfassungswidriger Parteien un
teilen auf. Dadurch wird nach m
Situation unklar.

Der Antrag B 5 ist insoweit in
Beseitigung dieses Beschlusses
diesen Antrag zuerst abgestimmt

Dennoch will ich begründen, w
Wenn der Ministerpräsidenten-B
dann wäre damit die gesamte
Welt geschafft, über die wir hie
Bestimmungen, die ich gerade z
Ich stimme in der Tat Heinz KÜ

Sozialdemokraten berufen hat — Ich weiß, wen er meint —, der gesagt haben soll: Ich hätte diesen Beschluß nicht gefaßt, weil mit dem Beamtenrecht im Grunde viel mehr zu machen wäre.

Das ist tatsächlich so, wenn man das einmal genauer überprüfen wollte. Darum bin ich gegen den Antrag B 5 und für einen modifizierten Initiativantrag Nr. 1.

Das Wichtigste scheint mir in diesem Zusammenhang zu sein, daß sichergestellt wird eine rechtsstaatliche Verfahrensweise.

Liebe Genossinnen und Genossen, die ist jetzt nach dem Beamtenrecht keineswegs gewährleistet. Denn Heinz Kühn hat völlig recht: Man beruft sich auf höchstrichterliche Rechtsprechung und sagt, die Ablehnung eines Bewerbers für den öffentlichen Dienst brauche ihm gegenüber nicht begründet zu werden.

Innenminister Weyer hat bei der Debatte im Hauptausschuß des Landtages sich darauf berufen und auch — zumindest vorübergehend; vielleicht ist es auch heute noch seine Meinung, die Auffassung vertreten, es brauchten einem Bewerber die Ablehnungsgründe nicht mitgeteilt zu werden.

Hier aber liegen meine riesengroßen Bedenken! Darum bin ich der Meinung: Wenn wir schon mit dem Antrag B 5 das Problem nicht aus der Welt schaffen, dann sollten wir uns um eine rechtsstaatliche Lösung dieses Problems bemühen. Das kann man nicht machen, indem man dem Antrag B 5 einfach den unveränderten Initiativantrag Nr. 1 gegenüberstellt. Ich bin mit dem Genossen, der das hier gesagt hat, der Meinung, daß es entscheidend auf die Ziffer 3 ankommt.

Dann kann man nicht davon reden, daß die Gründe der Ablehnung schriftlich mitgeteilt werden „sollen“; vielmehr müssen die schriftlichen Ablehnungsgründe mitgeteilt werden, damit der Betroffene vor dem Gericht sein Recht suchen kann.

Und da kann man auch nicht jedem nachgeordneten Beamten die Möglichkeit einräumen, eine so weitgehende Frage in eigener Zuständigkeit zu entscheiden; da muß die oberste Dienstbehörde entscheiden, und diese „soll“ nicht entscheiden, sie „muß“ entscheiden!

Darum bin ich, das darf ich noch einmal abschließend zusammenfassen, der Meinung, es muß zuerst über den Antrag B 5 abgestimmt wer-

den. Bekäme er eine Mehrheit, der Antrag B 5 aber abgelehnt, dann gäbe es keinen Initiativantrag Nr. 1 und damit keine Änderung über die hier gestellten Änderungen.

Vorsitzender Bender: Genosse Adam. — Übrigens ist es Ihnen freigegeben, das zu benutzen.

(Zusatz)

Dammeyer (Oberhausen): Nach dem Bescheid des Landespräsidenten-Beschluß um eine Resolution, in welchem Umfang Exekutivkommissionen in den öffentlichen Dienst einzusetzen, die Absicht haben, sie erklärt haben, daß sie in dieser Gesellschaft mitzuwirken.

Das ist in Westeuropa keine ganz neue Sache. Ganz zufällig, daß die Ministerpräsidenten in den letzten Punkten die gleichen wörtlichen Aussagen des Kabinettschefs bei der Abfassung der Beschlüsse, denen ähnliches beschlossen worden ist, jene Epoche eingeleitet wurde, die

(Zusatz)

Das ist ja nun tatsächlich das gleiche.

Es ist ja auch nicht so, als ob die Ministerpräsidenten bei der Beschlussschließung der Ministerpräsidenten nicht auch eine Reihe von praktischen Maßnahmen auch erst wieder öffentlich anprangern.

Ich darf daran erinnern, daß der Ministerpräsident die Ausführungsverordnungen vorlegt, die die Ministerkonferenz sie so akzeptiert, und die Beschlüsse noch kräftig weiterverbreitet werden. Und ich darf daran erinnern, daß das Ministerium dieses Landes die obere Dienststelle in Westfalen angewiesen hat, wie es verfahren sei, ohne daß es vorher entschieden worden wäre. Das mußte ja erst zu-

Nicht irgendwann, sondern erst vorgestern hat der Innenminister dieses Landes für die Landesregierung erklärt, daß sie an der Einhaltung der Ministerpräsidenten-Beschlüsse festhalten werde; das ist nachzulesen in jener NRZ, die euch allen gestern auf den Tisch gelegt worden ist: — Das ist doch nicht etwas, was da irgendwo weit weg in der Türkei, in Bayern, Rheinland-Pfalz und Hamburg oder sonstwo passiert, sondern was für uns in diesem Lande auch von Bedeutung ist!

Alles dieses hat der Landesvorstand der SPD von Nordrhein-Westfalen natürlich gewußt, er hat den Antrag B 5 gesehen und hat einen Änderungsantrag vorgelegt, einen Initiativantrag Nr. 1, und hat dann vorgeschlagen, daß sich die SPD von Nordrhein-Westfalen in einer Angelegenheit, die die Exekutive betrifft, künftig an Bundestags- und Landtagsfraktionen wenden möge, die damit doch gar nichts zu tun haben. Das ist exakt die Verharmlosungstaktik, die von hier ausgeht und mit der der Landesparteitag dazu gebracht werden soll, eine unendlich wichtige Sache an inkompetente Gremien zu verweisen.

Genau das sollte dieser Parteitag zurückweisen und den Antrag B 5 annehmen.

(Beifall)

Vorsitzender Bender: Als letzter Redner spricht Genosse Adam.

Adam (Oberhausen): Ich habe immer Schwierigkeiten, wenn ich meine Karte zur Wortmeldung abgebe; da steht unten drauf, man soll eintragen, welche Funktion in der Partei man hat. Da kann ich nichts eintragen! Gestern habe ich mal draufgeschrieben, ich sei „kritisches Mitglied“.

(Heiterkeit)

Ich weiß nicht, ob das genügt.

— Ich habe im Augenblick das Gefühl, daß hier Augenwischerei betrieben wird. Ich will das an zwei Punkten deutlich machen.

Ich glaube dem Genossen Kühn einfach nicht, ich nehme es ihm nicht ab, wenn er sagt, die CDU habe darauf abgestellt bei der Beratung dieses Beschlusses, gegen DKP und NPD vorzugehen. Ich meine, gerade aus der Presse und aus der Diskussion, die darüber geführt worden ist, entnommen zu haben, daß es in der Hauptsache doch wohl auch gegen Jusos und ähnliche schlimme Leute gehen sollte.

Zweitens! — Der Genosse Kühn im Grunde sei der Beschluß über alles. Dann weiß ich wirklich nicht.

Der Genosse Kühn hat in dieser Sache doch mal einen klarstellen, in was das geltende Recht hinausginge. Ich habe nicht Juristerei studiert, aber ich weiß, was ich in dem Text, der exakt von dem Genossen Kühn vorgelegt ist, wohl der Genosse Heinz Kühn den Satz:

Der Beschluß der Ministerpräsidenten hat den vorher dargelegten Sinn und Zweck, die Grundsätze auszulegen.

Ich weiß nicht, was das soll, wenn genau dies nicht geschehen ist, dann bedeutet das logisch, daß dieser Beschluß hat irgendwelche Konsequenzen, die vorher im Beamtenrecht festgelegt sind. Der Beschluß — und da kann es nicht anders sein — über diese vorher festgelegten Grundsätze angewendet, und darum geht es.

Deswegen bin ich allerdings auch nicht damit einverstanden, daß angenommen werden.

Vorsitzender Bender: Danke.

(Wort)

Hast du dich zur Geschäftsordnung geäußert?

Klejdzinski (Dülmen): Ich habe nichts zu sagen. Ich bitte darum, wenn Anträge angenommen werden, wir darüber absatzweise abstimmen.

Vorsitzender Bender: Ich verweise auf den Antrag B 5 nach Absätzen b und c.

(Zustimmung des Hauses)

Gut.

Die Rednerliste ist jetzt ausgeschöpft. Wir kommen damit zur Abstimmung. Zunächst wollen wir über Antrag B 5 abstimmen, und zwar — wie beantragt worden ist — nach Absätzen.

Ich meine, wir sollten dieser Anregung folgen, wenn auch nur ein Delegierter im Saal ist, der absatzweise — —

(Zurufe: Nein!)

Dann frage ich den Parteitag, wer dafür ist, daß diesem Geschäftsordnungsantrag auf absatzweise Abstimmung über Antrag B 5 stattgegeben wird. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Danke. Wir stimmen also insgesamt über den Antrag B 5 ab.

(Widerspruch — Unruhe — Wortmeldung)

Zur Geschäftsordnung? Bitte!

Woiwod (Gelsenkirchen-Buer): Ich bemerke, daß es Ablehnung hervorruft; trotzdem bin ich der Meinung, daß wir den Antrag so nicht abstimmen können.

(Energischer Widerspruch)

Es wird hier immer — —

Vorsitzender Bender: Genosse Woiwod, wir müssen uns Mehrheitsbeschlüssen — —

Woiwod (Gelsenkirchen-Buer): Ich habe einen Geschäftsordnungsantrag zu stellen, und den möchte ich auch stellen dürfen.

Vorsitzender Bender: Dann stelle ihn bitte zuerst!

Woiwod: Das Präsidium sagt, daß inhaltliche Antragsänderungen schriftlich eingereicht werden müssen. Redaktionelle Änderungen, meine ich, sind davon aber nicht betroffen. Deshalb bin ich der Meinung, daß die redaktionelle Abänderung auch in diesem Antrag noch möglich sein muß.

Hier steht in den ersten drei Worten — —

(Unruhe)

Vorsitzender Bender: Genosse Bender, Sie haben ausgeschöpft. Es tut mir schrecklich leid, daß Sie nicht mehr gestanden. Wir haben nämlich gesehen, daß Sie überhaupt nicht mehr gestanden haben. — 30 Unterschriften hätten gestellt sein, auch bei einem Gegenstand. — Ich bin, auch bei einem Gegenstand, in einem ruhigen Gemüt, der Abstimmung zu kommen.

Die Antragskommission hatte sich mit diesem Antrag B 5 nicht mehr zu befassen. — Wir haben den Antrag Nr. 1 annehmen. — Wir haben B 5 zuerst abstimmen, brauchen die Kommission, wie ihre Stellungnahme schon aus den Ausführungen der Antragskommission empfiehlt.

Dann bitte ich die Antragskommission. Würdest du dich bitte zur Antragskommission zusammensetzen. Zeit, eure Stellungnahme bzw. E

Vorsitzender Heinemann: Ich werde wieder beraten muß, ist die Frage, ob das Ergebnis, das uns vorliegt, bekannt gemacht werden sollen; dann hat die Kommission zu erarbeiten. Bestehen da Bedenken; dann werden wir so verfahren. —

Stadler (Wahl- und Mandatsprüfung): Genossen! An der Abstimmung

stellvertretenden Landesvor

haben 287 Delegierte teilgenommen

Für den Genossen Bäume

167 Ja-Stimmen

90 Nein-Stimmen

19 Enthaltungen

11 ungültig

Für den Genossen Werner Figgen

214 Ja-Stimmen

(Beifall)

61 Nein-Stimmen bei

9 Enthaltungen und

3 ungültigen Stimmen.

Soweit das Wahlergebnis!

Eine Anmerkung sei uns gestattet! Genossinnen und Genossen, wir haben die dringende und sehr herzliche Bitte, um keine Unstimmigkeiten bei der Feststellung von ungültigen Stimmen zu bekommen, bei den noch anstehenden Wahlgängen das Kreuzchen doch bitte vor dem Namen zu machen. Wir haben nämlich die unterschiedlichsten Phantasiebezeichnungen auf den Stimmzetteln vorgefunden. — Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Heilmann: Darauf wollte ich gleich auch noch hinweisen.

Ich darf fragen: Werner Figgen und Hans Otto-Bäumer, nehmt ihr die Wahl an?

(Figgen: Ich nehme die Wahl an.)

(Bäumer: Ich nehme die Wahl an.)

Beide nehmen also die Wahl an. Herzlichen Glückwunsch zu eurer Wiederwahl!

(Beifall)

Wir stellen fest, daß die Antragskommission anscheinend jetzt eine Empfehlung fertiggestellt hat; ist das so richtig?

(Zustimmung)

Dann würde ich sagen, wir sollten erst abstimmen, damit gleich nicht wieder Unklarheiten auftauchen, und dann wählen!

Vorsitzender Bender: Ich darf jetzt den Sprecher der Antragskommission um die Bekanntgabe der Empfehlung bitten.

214

Dr. Posser (Antragskommission): geschlossen mit 3 : 2 Stimmen: Ablehnung.

Vorsitzender Bender: Danke.

Wir stimmen also über die Empfehlung des Antrags B 5 ab. Wenn der Antrag B 5 abgelehnt wird, den bitte ich um die Entscheidung, ob der Antrag B 5 angenommen wird.

(Wiederholung)

Wird das angezweifelt?

(Zuruf)

Das Präsidium ist einstimmig zur Ablehnung des Antrags B 5.

Wir die Abstimmung dennoch an.

Dr. Hucko (Köln): Ja, ich weiß, daß das Zahlenverhältnis hier festherrschaftlich entschieden worden ist.

Vorsitzender Bender: Das ist nicht der Fall, sondern nur ein zusätzlicher Widerspruch zum Verhältnis, der durch die vorliegende Empfehlung gedeckt ist.

Wir kommen also zur Abstimmung.

Bei den bisherigen Abstimmungen ist vorgegangen, daß wir zunächst die einzelnen Anträge einzeln und dann über die Gesamtheit abstimmen. Wollen wir es hier auch so machen?

Zunächst war der Abänderungsantrag angenommen. Dann kam Genosse Zuckschwerdt.

Der Abänderungsantrag des Genossen Zuckschwerdt.



Der Landesvorstand bei der Beratung der Anträge

des Initiativantrages Nr. 1. Ich halte es für richtig, wenn wir die Stellen einzeln zur Abstimmung bringen:

1. Die Einleitung soll lauten:

Die von der SPD geführten Regierungen

— das ist neu —

und die SPD-Fraktionen in Bund und Ländern werden aufgefordert ...

Es wird also eingefügt:

Die von der SPD geführten Regierungen ...

Wer für diese Abänderung ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer ist dagegen? — Der Antrag ist angenommen.

2. In der Einleitung soll es heißen statt „gewährleistet sei“:

... gewährleistet wird.

Da müssen wir noch einmal ... werden soll, und zwar in der Ne

Die von der SPD geführten in Bund und Ländern we daß bei der Bekämpfung v öffentlichen Dienst eine v Behandlung von Bewerber

Ich verstehe das so, daß der es bisher nicht gewährleistet ist

Wer für diesen Änderungsantr währleistet wird“, den bitte i gegen? — Der Änderungsantrag

3. In Ziffer 3 wird in Satz 2 de strichen. Wegfallen würde:

... ein sorgfältiges Verfah Bewerbers ist so am bester

Nach dem Änderungsantrag sol

Wer für die Streichung ist, den ist gegen die Streichung? — D Punkt angenommen.

4. In Ziff. 5 wird der Halbsat heißt:

administrative Mittel könne

Wer für die Streichung dieses Handzeichen. — Wer ist dageg rungsantrag abgelehnt.

Wir kommen dann zum Änderun (W

Ich habe noch mehrere Änderu aus dem Antrag Hucko. Wir v haben wir es, glaube ich, am sa

Der Antrag des Genossen Zuckschwerdt sieht vor, in Ziffer 4 vorletzte Zeile das Wort „revolutionäre“ durch „gewaltsame“ zu ersetzen. Es heiße dann:

Damit eine Verengung des Freiheitsraumes vermieden wird und für weiterführende Ideen und Initiativen, die auf nicht gewaltsame Veränderungen im Rahmen des Grundgesetzes gerichtet sind, Platz bleibt.

Wer dafür ist, daß das Wort „revolutionäre“ durch „gewaltsame“ ersetzt wird, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer ist dagegen? — Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen jetzt zum Änderungsantrag des Genossen Koerbel. Wolltest du auch den Vorspruch geändert wissen. Da steht nur „wird“ anstatt „bleibt“. Das hatten wir aber schon. Das war inhaltsgleich mit dem Antrag Hucko.

(Zuruf: Nein!)

Es ist dann in Ziffer 3 von dir beantragt worden, das Halbwort „Zweifel“ zu streichen.

(Zuruf: Erledigt!)

Ich danke schön. Aber anstatt „sollen“ nun „müssen“ am Ende der zweiten Zeile.

Wer dafür ist, daß es heißt

Im Falle der Ablehnung müssen ihm die Gründe schriftlich mitgeteilt werden.

den bitte ich um das Handzeichen. — Wer ist dagegen? — Dann ist dieser Antrag angenommen.

Statt

Eine Ablehnung sollte nur...

ist beantragt, im nächsten Satz der Ziffer 3 „sollte“ durch „kann“ zu ersetzen. Da heißt es dann:

Eine Ablehnung kann nur von der obersten Dienstbehörde ausgesprochen werden.

(Zuruf des Genossen Kuhlmann)

Genosse Kuhlmann, wir kommen wir jetzt in der Abstimmung.

Kuhlmann (Gelsenkirchen): fer, nicht „kann nur“, sondern „d

Vorsitzender Bender: Genos gehen. Das wird, glaube ich, deut

Wir haben den Hinweis bekommen

Eine Ablehnung darf nur v gesprochen werden.

Es wird die Meinung vertreten dem Genossen Koerbel, daß da schiebe ich diese Abstimmung Änderungsantrag in dieser Form

Eine Ablehnung darf nur v gesprochen werden.

Wer für diese Änderung ist, d Wer ist dagegen? — Dann ist

Genosse Koerbel wollte noch d

(Zu

Also nicht mehr, das ist erledigt.

Ebenfalls ist dein Antrag durch letzten Halbsatz der Ziffer 5 zu ja bestehen.

Jetzt muß ich noch einmal durch Kuhlmann aussah. — Alles scho mit berücksichtigt.

(Zu

Eine nochmalige Verlesung ist si

Wir kommen dann zur Abstimm Berücksichtigung der eben besch

Wer dafür ist, also für den Initiativantrag Nr. 1 in der geänderten Form, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer ist dagegen? Gegen 2 Stimmen. Wer enthält sich? — Gegen 5 Enthaltungen.

Vorsitzender Heinemann: Wir werden den nächsten Wahlgang durchführen, und zwar

Wahl der Beisitzer

Ich darf darauf hinweisen, daß unsere Landessatzung vorschreibt, im ersten Wahlgang muß die Hälfte der Zahl der stimmberechtigten Delegierten erreicht werden. Das bedeutet, daß im ersten Wahlgang die Hälfte von 305, also 153 Stimmen, erreicht werden müssen. Ihr habt die Stimmzettel gegen Abgabe der Stimmkarte 3 kann der Stimmzettel in die Urnen gegeben werden. Sollte jemand einen Stimmzettel nicht haben, es liegen welche hier vorn und können abgeholt werden.

Um keine Meinungsverschiedenheiten in der Wahlkommission zu bekommen: Man muß 8 und darf bis zu 15 ankreuzen! Bitte, macht es so: Wer jemand wählen will, setzt vor oder hinter den Namen das Kreuz.

(Zurufe: Vor den Namen!)

Dann einigen wir uns so: vor den Namen das Kreuz. Sind noch Unklarheiten? — Das ist nicht der Fall.

(Die Wahl wird durchgeführt)

Vorsitzender Bender: Da der Wahlgang zu Ende neigt, bitte ich die Delegierten, die ihre Stimme noch nicht abgegeben haben, sich zum Wahlraum zu begeben.

Vorsitzender Heinemann: Haben alle ihre Stimmzettel abgegeben? — Kein Widerspruch. Der Wahlakt ist geschlossen.

Ich bitte, wieder Platz zu nehmen, damit wir in der Beratung fortfahren können.

Sobald die Wahlurnen geleert sind, verteilen wir sofort die Stimmzettel für die Wahl zur Kontrollkommission.

Vorsitzender Bender: Wir kommen jetzt zur Beratung über den

Initiativantrag 7

die noch zur A-Gruppe gehöre
Papier die Formulierung vor, die
Ich bitte den Sprecher der Antragskommission
der Empfehlung der Antragskommission
Sprecher der Antragskommission
Ist Genosse Linde da? —

(Zuruf)

Ist Diether Posser da?

(Zuruf)

Dann mache du es!

Dr. Posser (Antragskommission): Ich habe
nam zwei Anträge vor, nämlich
tivantrag Nr. 14. Wir haben den
mission nach langer Beratung
euch in der grünen Drucksache
das eben erklären darf, sind folgende

Wir haben statt „Völkermord“ in
sprochen, weil der Begriff „Völkermord“
griff auch in unserem Strafgesetzbuch
Vernichtung eines Volkes in seiner
spiel die Verfolgung der Juden
Die Flächenbombardements durch
die Amerikaner erfolgten nicht,
dern geschieht aus von uns zu
Art. Es geht also darum, daß ein
nalen Recht — Genozid heißt es

Zweitens haben wir beim Waffenstillstandsabkommen
weil das Waffenstillstandsabkommen zwischen
schen Nordvietnam und den USA
zes Paket mit vielen Nebenabreden
Waffenstillstandsabkommen zu
machen. Wir sagten, niemand war
gebende sind.

(Genosse Linde)

Du warst eben nicht da, es tut mir

Vorsitzender Heinemann: Genosse Posser hat das Wort.

Dr. Posser (Antragskommission): Ich bin nur eingesprungen, ich bitte um Entschuldigung.

Das war also der zweite Grund für eine Änderung. Drittens haben wir es für ratsam gehalten, die Anerkennung der südvietnamesischen Befreiungsfront, also die diplomatische Anerkennung, nicht vorzuschlagen, dagegen die diplomatische Anerkennung Hanois.

Das sind die wesentlichen Änderungen, die die Antragskommission vorlegt. Wir haben dann einstimmig vorgeschlagen, den geänderten Initiativantrag Nr. 7 zur Annahme zu empfehlen. Ebenso haben wir beschlossen, den Initiativantrag Nr. 14 einstimmig anzunehmen. Er war uns bei der Beratung des Initiativantrags Nr. 7 noch nicht bekannt.

Vorsitzender Bender: Genosse Posser, noch einmal ganz deutlich, welche Empfehlung zu 14?

Linde (Antragskommission): 14 einstimmige Annahme!

Vorsitzender Bender: Und 7 auch?

Linde (Antragskommission): 7 in der Neufassung der Antragskommission wird zur einstimmigen Annahme empfohlen. Der alte Initiativantrag 7 mit den Änderungen wurde meist 3 zu 2 abgestimmt.

Vorsitzender Bender: Dann können wir beide annehmen. — Jetzt habe ich noch zwei Wortmeldungen, Genossen Kamm und Genossen Dammeyer. — Dann Genosse Dammeyer.

Dammeyer (Oberhausen): Ich finde es ganz schön, wenn auf einem Parteitag jemand noch auf die Idee kommt, aus der Festrede des Landesvorsitzenden ein Zitat zu nehmen und als Antrag einzubringen.

Ich glaube aber, daß, was in dem Initiativantrag 14 steht, nicht viel mehr ist als ein Verurteilen und Bedauern und ähnliches, ein an den Friedenswillen der Vereinigten Staaten zu appellieren. In der Zwischenzeit wissen wir, daß die USA kaum noch für Appelle dieser Art offen sind. Ich meine, daß wir durchaus in dieser Frage zu kräftigeren Worten greifen können und müssen. Deshalb wären die Antragsteller gut beraten, den Initiativantrag 14 zurückzuziehen. Ansonsten sollten wir da Nichtbefassung beschließen.

Eigentlich beschäftigen sollten wir uns mit dem, was da scheint mir schon recht weitge-
Ich glaube aber nicht, daß wir
das Wort „Mord“ ersetzen kön-
nam irgendwelche hergelaufen
und dann herummorden, sonde-
matisch dabei sind, ein gesa-
bombardements, mit dem Einsa-
wahrscheinlich alle nicht einma-
mehr. Es geht nicht auch nicht
chenbombardements zu reden,
hieß, sondern es geht darum
ganz eindeutig darauf gerichtet
mit Wäldern, Feldern und Flüß-
egal ob er nun mit den Formul-
unserem Strafgesetzbuch über
mord als allgemeines Morden. A-
daß wir aus dem Initiativantrag
lassen, die sich auf diesen Berei-

Die Antragskommission hat fer-
der Antikriegsbewegung in den
besonders in den USA. Was, we-
in den Vietnam zu nennen? A-
Begriff darin enthalten sein.

Schließlich die Anerkennung d-
Südvietnams als Forderung d-
republik ist nichts anderes als
derer sozialdemokratischer Par-
nere an Schweden, an Dänema-
kennung wird auch in einer
unmittelbar konkrete staatliche
der Repräsentanten derjenigen
von den Amerikanern kontroll-
Forderungen dieses Parteitag-
kennung der Revolutionsregieru-

Vorsitzender Bender: Das V-

Kamm (Duisburg): Ich möchte mich den Worten von Manfred Dammeyer anschließen. Wir sollten die provisorische revolutionäre Regierung Südvietnams aus dem ganz einfachen Grunde anerkennen, weil sie bereits über zwei Drittel der gesamten Fläche Südvietnams kontrolliert und außerdem seit Jahren darum bittet, endlich ein Informationsbüro in der Bundesrepublik einrichten zu dürfen. Dafür sollten wir uns stark machen.

(Zuruf: Das ist kein Grund!)

Vorsitzender Bender: Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. — Doch, Genosse Koerbel bittet ums Wort.

Koerbel (Münster): Im Initiativantrag Nr. 14, über den noch abgestimmt werden muß, muß im zweiten Absatz das Wort „Vorschläge“, wo es heißt „des stellvertretenden Verteidigungsministers...“ durch das Wort „Erklärung“ ersetzt werden, denn das Wort „Vorschläge“ entspricht nicht den Tatsachen. Ich zitiere aus der Zeitung von gestern:

Clemens hatte in der Anhörung des Senatsausschusses allerdings erklärt, daß er selbst gegen die Anwendung sei.

Wir dürfen hier nicht sagen „Vorschläge“. Das ist schlichtweg sachlich falsch. Das ist ein Änderungsantrag, der der sachlichen Richtigstellung dienen soll. Ich glaube, er ist zulässig.

Vorsitzender Bender: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. — Genosse Posser möchte noch etwas sagen.

Dr. Posser (Antragskommission): Ich möchte zu einem Punkt von Manfred Dammeyer noch einmal etwas sagen. „Völkermord“ wird in der ganzen Welt mit Genozid übersetzt. Das ist etwas anderes, als in Vietnam geschieht, so sehr wir uns alle in der Verurteilung der Flächenbombardements dichtbesiedelter Städte einig sind. Völkermord ist zum Beispiel das, was mit den Ibos in Nigeria geschehen ist, was mit den Juden durch die Nazis geschehen ist. Sie werden umgebracht und getötet, weil sie zu einer bestimmten Bevölkerung gehören. Die Flächenbombardements der Amerikaner in Nordvietnam, die wir alle verurteilen wollen, haben nichts damit zu tun, daß man Vietnamesen töten wollte, dieses Volk ausrotten wollte. Die Südvietnamesen sind auch Vietnamesen. Darum alleine geht es. Ich könnte dieser Resolution 7, mit der ich ansonsten einverstanden bin, nicht zustimmen, weil

das einfach ein völlig falscher Ausdruck ist. Es ist nicht erklärt worden, weil man das deutsche Wort nicht wollte, weil man die deutsche Bevölkerung nicht wollte. Dies ist ganz offensichtlich. Man will sie zu den Verhandlungstisch bomben. Das ist ein Verbrechen, ein Genozid.

Vorsitzender Bender: Weitere

Wir kommen dann zur Abstimmung des Antrags, den Initiativantrag der Kommission zur Annahme empfehlen.

Wer für diesen entsprechend dem geänderten Initiativantrag 7 ist, Wer ist dagegen? — Er ist mit über

Nun kommen wir zu Abstimmung

Linde (Antragskommission): Vor dem Wort „stellvertretenden“, „designierten“ einzufügen, so daß es heißt: „des stellvertretenden Verteidigungsministers“.

Vorsitzender Bender: Tragt jetzt zum Änderungsantrag des G

(Zuruf: Er ist nicht in der Fa sehr vernünftig, da wir den

Ich habe die Stellungnahme des, daß es zwei nebeneinanderstehende also über diesen Nichtbefassungung. Hierzu noch einmal die Antr

Linde (Antragskommission): D gegangen, daß sich Initiativantra tuellen Atombombeneinsatz in der im Initiativantrag 7 überha Antragskommission, man sollte stimmige Annahme empfohlen.

Vorsitzender Bender: Wir müssen über den Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbefassung zunächst abstimmen.

Wer für die Nichtbefassung ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer ist dagegen? — Das ist die Mehrheit. Wir befassen uns also mit dem Initiativantrag 14. Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag des Genossen Koerbel. Er sieht vor, das Wort „Vorschläge“ in der vierten Zeile der Begründung durch „Erklärungen“ zu ersetzen.

Wer ist dafür? — Wer ist dagegen? — Niemand.

Dann kommen wir in dieser Form zur Abstimmung über den gesamten Initiativantrag 14.

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer ist dagegen? — Gegen einige Stimmen ist er so angenommen.

Vorsitzender Schlatter: Wir fahren fort im

Komplex B,

und zwar mit dem Antrag B 6. Das Wort hat die Antragskommission.

Vollmann (Antragskommission): Zum Antrag B 6 schlägt die Antragskommission Annahme vor und nach erfolgter Annahme Überweisung an die Landtagsfraktion.

Vorsitzender Schlatter: Wortmeldungen zu B 6? Bitte sehr.

Steinharter (Wanne-Eickel): Dieser Antrag B 6 ist meines Erachtens auch wieder ein Stückwerk. Das ganze wird nicht an der Wurzel angefaßt, sondern man versucht wieder zu flicken. Letztlich ist die Einheitsgesellschaft auch nicht das Nonplusultra, sondern man muß hier zu anderen Überlegungen kommen. Betriebswirtschaftlich ist das einfacher als bei der Neuregelung des Ruhrgebiets, wenn es da um gewisse Größenordnungen geht. Man sollte diesen Antrag fallenlassen bzw. dagegenstimmen, weil er nur Stückwerk ist. Wichtiger wäre, daß man endlich nach jahrelangen Bemühungen zu einer Gesamtkonzeption kommt. Nur diese hilft darüber hinweg. Wenn wir weiter dabei bleiben, immer wieder etwas anzuflicken, dann bleibt dieses ein Faß ohne Boden.

Vorsitzender Schlatter: W
Genosse Samtlebe.

Samtlebe (Landesvorst.): Ich
Zweifelsohne ist das nur ein T
Nahverkehrs. Ihr werdet festste
oder mindestens zum Beginn
vorliegt. Die Voraussetzung da
baren Ergebnissen kommen, ist
wir dauernd den Mund spitzen
gar nicht weiter.

Vorsitzender Schlatter: W
Wir kommen zur Abstimmung
kommission empfiehlt Annahme.

Wer diesen Antrag annehmen
zeichen. — Ich danke. Die Geg
heit, der Antrag ist angenommen

Ich rufe auf

Initia

Das Wort hat die Antragskommiss

Vollmann (Antragskommissi
von der Antragskommission h
zusammenhang mit dem gerade

Die Antragskommission empfeh
Landtagsfraktion.

Vorsitzender Schlatter: W
Genosse Zöpel.

Zöpel (Bochum): Der Antrag
wohl von der inzwischen sich d
daß der Nahverkehr trotz gele
einer möglichen Einheitsgesells
lichen Hand zu finanzieren ist.

Ich glaube aber, indem man h
Pfennige zu den Gemeinden h

wischerei. Konsequenz wäre nur, und diese Konsequenz müßten Land und Bund gemeinsam ziehen, daß der öffentliche Nahverkehr dadurch stärker gefördert wird, daß schließlich am Straßenbauprogramm gespart wird. Das ist die einzige mögliche Konsequenz, die man aus der Diskussion der letzten drei Jahre ziehen kann. Solange aber weder Bund noch Gemeinden konkret bereit wären, am Straßenbauprogramm zu sparen, sind solche Anträge rein deklamatorisch und führen zu keinem Ergebnis.

Ich will jetzt den Zusatzantrag stellen, den ich gleich heraufreiche. Er lautet:

Die Finanzierung soll durch Einsparung am Straßenbausetat ermöglicht werden.

Vorsitzender Schlatter: Initiativantrag 2 wird behandelt. Das Wort hat Genosse Samtlebe.

Samtlebe (Landesvorst.): Dazu muß man wissen, daß wir bereits im Lande Nordrhein-Westfalen eine Regelung zur Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs haben. Bei aller Kritik, die immer noch angemeldet werden muß gegenüber den verantwortlichen Fraktionen und Regierung, muß hier anerkennend festgestellt werden, daß wir, so weit mir bekannt ist, das einzige Land sind, das Investitionsbeihilfen gibt und welches nun auch einen Teil der Gemeinlasten durch Landeszuschüsse abträgt. Darauf spielt dieser Antrag. Konkret bedeutet das, der Landesvorstand hat beschlossen und der Landtagsfraktion empfohlen, daß die Investitionshilfen für den Nahverkehr von 50 Millionen DM auf 100 Millionen DM erhöht werden und der Ansatz Abgeltung von Gemeinlasten ebenfalls von 50 auf 100 Millionen DM erhöht wird. Das ist kein Tropfen auf den heißen Stein, das ist eine erhebliche Hilfe für den öffentlichen Nahverkehr.

Einverstanden bin ich mit der Formulierung des Genossen Zöpel: durch Einsparungen am teilweise überspitzten, irrsinnigen und gigantischen Straßenbau.

Vorsitzender Schlatter: Wird dazu das Wort gewünscht? — Genosse Steinhart!

Steinhart (Herten): Ich schlage vor, die letzten Worte in Satz 1 des Initiativantrages Nr. 2 zu streichen; es sind die Worte: „und des öffentlichen Nahverkehrs“.

Ich wehre mich einfach dagegen, daß solche Maßnahmen vorgenommen werden, und

Nehmen wir ein konkretes Beispiel: Die Investitionsschaffung für den Nahverkehr innerorts ist weiter, und zwar in Fahrzeugen, die heute haben zur Zeit vier verschiedene Typen, die wir modernisierten Fahrzeugtypen bringen, die wir modernisieren innerhalb einer

Wenn wir also jetzt weiterhin die Investitionen machen und nicht vorher schon zu einer Modernisierung, ich der Meinung, es werden nach

Oder noch ein anderes konkretes Beispiel: In den letzten Jahren vorgekommen ist! Drei verschiedene Typen A, B und C. Man ging von der Investition auf EDV über. Alle drei Typen schafften verschiedene Systeme, die wir modernisieren ton-Rands zum Beispiel! — Wenn wir also jetzt kommt, sind mit Sicherheit Fel

Man fördert durch dieses Gießkannenprinzip die Investitionen. Ich bin der Meinung, daß wir stattdessen zu einer Gesamtkonzept der Investitionen, Gießkannenprinzip!

Vorsitzender Schlatter: Nach dem Wortmeldung.

Samtlebe (Landesvorstand): Ich danke den Genossinnen und Genossen, die gekommen sind, um zu diskutieren — zumindest in großem Umfang fahren werden. Bis dahin muß ja

In einigen Nahverkehrsgesellschaften, die die Gegend, Genossinnen und Genossen, die mehr verkehrstüchtig sind. Die Investitionen werden ersetzt werden! Dazu sind die Investitionen aus dem Tarifaufkommen zu decken. Binsenweisheit. Also brauchen wir jemand ernsthaft empfehlen, um

anzuheben? Ich glaube, das kann doch wohl kein Sozialdemokrat reinen Gewissens überhaupt bedenken.

Vorsitzender Schlatter: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Es gibt nun zwei Anträge: einen Antrag auf Streichung der Worte „und des öffentlichen Nahverkehrs“ im ersten Absatz des Initiativantrages Nr. 2 — der erste Absatz würde dann enden mit den Worten „Finanzlage der Gemeinden.“; es ist ein Streichungsantrag des Genossen Steinhart.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Gegenprobel — Der Streichungsantrag ist abgelehnt; es bleibt bei der Formulierung des Absatz 1.

Dann gibt es einen weiteren Streichungsantrag des Genossen Zöpel. Danach soll der gesamte letzte Absatz des Initiativantrages Nr. 2 gestrichen werden, der mit den Worten beginnt: „Die Ansätze“ und endet bei „werden“.

Wer diesem Antrag zustimmt — — Gleichzeitig muß man sagen, damit auch der Genosse Zöpel Bescheid weiß; Dafür wird eine Alternativformulierung vorgeschlagen, die darauf absteht, die Mittel durch Einsparungen beim Straßenbau zu beschaffen. Nur ist das Präsidium der Auffassung, das sei eine inhaltliche Veränderung und könnte nur als Initiativantrag eingereicht werden. Die Frist dafür ist abgelaufen; deshalb kann das zur Abstimmung nicht zugelassen werden.

Nun ist die Frage, Genosse Zöpel, ob du dennoch bei deinem Streichungsantrag bleibst. — Das ist nicht der Fall; der Antrag wird zurückgenommen; es ist darüber nicht mehr abzustimmen.

Der Initiativantrag Nr. 2 liegt nunmehr in unveränderter Fassung vor; wir stimmen darüber ab. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen und diesen Antrag annehmen will, den bitte ich um sein Kartenzeichen. — Danke. Gegenprobel — Enthaltungen? — Der Antrag ist angenommen.

Ich rufe nun auf den

Antrag B 7.

Das Wort dazu hat die Antragskommission.

Vollmann (Antragskommission): tragskommission Überweisung sionsmaterial ohne Beschlußfassung.

Vorsitzender Schlatter: D nächst der Genosse Kamp!

Kamp (Ennepetal): Ich begrüße die Meinung, er reicht bei weitem nicht aus.

Machen wir uns nichts vor! Draußen Wohnungen zu vergeben haben wir hinterher so, daß die damit nicht die Bewerber einfach einkommen.

Hier muß, wie ich glaube, eine Lösung gefunden werden. Wer soll in Zukunft auch diesen sozialen Wohnungsbau bereits von sechs Mark. Auf dem freien Markt — so hörte ich dieser Tage aus der Zukunft werden die Mietpreise im Wohnungsbau liegen.

Aus diesem Grunde muß die Lösung nicht aus, nur die Überforderung. Wir können ja jetzt schon einen sozialen Wohnungsbau weitgehend gesunde Grundlage.

Ich würde daher also vorschlagen, den Antrag bis zu den Worten „einen etwas verbesserten Antrag“ zu lassen. Die Worte ab „Überstunden“ sind zu streichen. „neue Einkommensgrenzen festlegen“ ist zu streichen. —

Vorsitzender Schlatter: D Weitere Wortmeldungen? — Genosse Kamp!

Drewniak (Gütersloh): Ich stimme dem Antrag nicht. Ich meine, es kann nicht gehen, wenn wir hier die Abgrenzung nicht beschließen!

Freunde, so geht das nicht! Wir kämpfen in den Gewerkschaften für verkürzte Arbeitszeiten, und auf der anderen Seite präferieren wir hier Leute, die Überstunden machen — mit all den gefährlichen Folgen, die gesundheits- und sozialpolitisch dahinterstecken. So können wir meines Erachtens nicht vorgehen.

Wir sollten diesen Antrag schlicht und einfach der Ablehnung anheimfallen lassen und als Ersatzantrag den Antrag meines Vorredners unterstützen, der darauf abstellt, die allgemeinen Bemessungsgrundlagen positiv zu verändern.

Noch einmal: Es geht nicht an, daß wir hier durch eine Hintertür dem Überstundenmachen Vorschub leisten mit allen negativen sozialpolitischen Folgen. Ich wundere mich, daß ein solcher Antrag überhaupt einem sozialdemokratischen Parteitag vorgelegt wird!

Vorsitzender Schlatter: Genossin Huber; ihr folgt der Genosse Malone.

Huber (Essen): Es ist ja gesagt worden, daß inhaltliche Veränderungen nicht mehr möglich sein sollen, nachdem die Antragsfrist gestern abend abgelaufen ist. Dies wäre eine solche inhaltliche Veränderung. Ich bin gar nicht dagegen, daß wir uns dazu äußern, aber es ist eine rein formale Sache, die ich hier vortrage.

Selbstverständlich müssen die Einkommensgrenzen in dem Bereich angehoben werden, und zwar nicht einmal, sondern immer, wenn es notwendig ist, wie in anderen Bereichen auch.

Trotzdem hat der Unterbezirk Essen als Antragsteller keineswegs die Absicht verfolgt, jemanden zu Überstunden zu ermutigen! Es war einfach der Gedanke, daß Engpässe in bestimmten Bereichen dazu führen, daß Überstunden geleistet werden — und auch geleistet werden müssen!

Aber der Betroffene braucht vielleicht gerade in dem Jahr eine Wohnung, in dem er Überstunden hat; im nächsten Jahr hat er vielleicht gar nicht so viele Überstunden. Und nun fällt in einem Jahr, in dem er gerade eine Wohnung sucht, diese Überstundenberechnung für ihn so ungünstig aus, daß er, der normalerweise zum Bezuge einer solchen Wohnung durchaus berechtigt wäre, dadurch hintenrunter fällt und

die Chance, in einem bestimmten Jahr eine Wohnung zu bekommen, dadurch verliert.

Nur das war unser Anliegen: so viel Überstunden wie möglich zu vermeiden, um zu verhindern, daß Überstunden freiwillig entstehen, sondern nur aus bestimmten Gründen, die zur Grundlage des Anspruchs werden.

Vorsitzender Schlatter: G. Trabalski.

Malone (Essen): Bei den Überstunden, die gemacht worden sind, muß ich feststellen, daß es genau so viel Unkenntnis vorhanden ist, wie es auch Bestimmungen für den Bezug einer Wohnung allgemein in der Bevölkerung.

Einmal muß man in den Ländern des Bundes ausgehen. Das wird in Nordrhein-Westfalen praktiziert als in anderen Ländern. Hier sind die engsten Bestimmungen. Hier ist es eine öffentlich geförderte Wohnung, die zu erbringen ist:

1. für das verfllossene Jahr,
2. für das laufende Jahr und
3. Nachweis des Einkommens und der Wohnung.

Wenn wir davon ausgehen, daß die Gewerkschaften auch Pflichten haben, dann kann man doch hier den Antrag B 7 die Animierung der Gewerkschaften zu leisten!

Darüber hinaus möchte ich hier noch sagen, daß uns im Unterbezirk Essen umgefragt wurde, ob vom DGB gestellt worden ist, ob die IG Metall und den Einzelgewerkschaften Begehren der Vertretungskörper

Weil wir einen Änderungsantrag vorlegten, möchte ich dazu auch noch etwas sagen. Wir wollten diesen Schritt tun, damit nicht die Überstunden noch in dieses Verfahren einbezogen werden. Der Bundestag beschließt ja die laufenden Veränderungen der generellen Sätze.

Ich will dieses Thema nicht noch weiter ausdehnen. Aber es steht doch fest, daß beispielsweise bei den Wohnungen, die vor 1964 bezugsfertig geworden sind, noch niedrigere Einkommensgrenzen gelten, nämlich 9 000 DM plus 3 000 DM pro weiteres Familienmitglied. Bei den Wohnungen, die nach 1964 fertiggestellt worden sind, gelten als Grenze 12 000 DM plus 3 000 DM pro weiteres Familienmitglied.

Wir sind der Meinung, daß ein Facharbeiter bei einer normalen Familiengröße von vier Personen nicht mehr in der Lage ist, eine öffentlich geförderte Wohnung zu beziehen, insbesondere nicht eine Wohnung, die vor 1964 gebaut worden ist. Nach großflächigen Zerstörungen im zweiten Weltkrieg sind die Großstädte auch wieder großflächig aufgebaut worden. Das hat zugleich soziologische Konsequenzen für solche Stadtteile.

Deshalb möchten wir das Anliegen unterstützen. Wir halten diesen Schritt auf Grund der langjährigen Debatten, die im Arbeitskreis für Wohnungspolitik, mit der Landtagsfraktion und den einzelnen Ratsmitgliedern sowie den Wohnungswirtschaftlern, die Genossen sind, seit Jahren geführt werden — wir halten den Schritt, den wir mit unserem Vorschlag unterbreiten, für den praktikabelsten und für einen lösbaren. Davon unabhängig sind die allgemeinen Anhebungen der Einkommensgrenzen für den Bezug einer öffentlich geförderten Wohnung.

Dann noch ein Hinweis!

(Vorsitzender Schlatter: Deine Redezeit — !)

Ich bin zu Ende. — Nur ein kleiner Hinweis: Spricht doch um Gottes willen nicht mehr von „sozialem“ Wohnungsbau! Das ist öffentlich geförderter Wohnungsbau — der soziale Wohnungsbau ist seit acht Jahren tot!

(Beifall)

Vorsitzender Schlatter: Genosse Trabalski; ihm folgt der Genosse Woïwod.

Trabalski (Düsseldorf): Ich bin Sprecher der Landtagsfraktion in

dieser Frage. — Wir haben Beschluß gefaßt, daß wir nämlich zur Mieðhöhe stellen wollen, und fordert, eine Erhöhung der Mieðung der Einkommensgrenzen

Genossen, die Situation ist in Antragsberechtigte für eine S Einkommensgrenze! —, denen Einkommensgruppe geben mü äußerst unterschiedlich. Es ist Nordrhein-Westfalens, in den gen bei den Gruppen der Kir öffentlich geförderten Wohnung fördern; aber wir können sie haben! Es ist also eine sehr kon

Deshalb meinen wir, ihr sollt folgen. Wir müssen den Ges gerechten Lösung zu kommen reits beschlossen, der Landtag vorzulegen, damit es zu einer rell oder — wenn das nicht grenze, die für Nordrhein-West rell anstreben.

Wir bitten euch, uns aber nicht Gruppe zu Verbesserungen ko relle Überprüfung.

Daher beantrage ich, dem V Überweisung an die Landtags sten.

Vorsitzender Schlatter: G Fuge.

Woïwod (Gelsenkirchen): Di sind mir sicherlich böse, aber Zukunft auf dem Landespartei darum, daß die Anträge statt geränderten vorliegen.

Ich bin der Meinung, dieser Antrag ist so wenig ausgegoren, wie es nur irgend möglich ist. Sicher ist diese Frage der Berücksichtigung von Überstundenvergütungen bei der Einkommensberechnung sehr wichtig; darauf geht auch die Begründung im einzelnen ein. Aber das Gesamtproblem, ob der soziale Wohnungsbau noch diesen Namen verdient und ob wir nicht ganz andere Beschlüsse, die wir schon vor Jahren gefaßt haben, endlich etwas mehr forcieren, wird doch in diesem Antrag überhaupt nicht behandelt.

Deshalb meine ich, daß sich die Landtagsfraktion mit dem Gesamtkomplex in Nordrhein-Westfalen befassen sollte. Ich beantrage Nichtbefassung mit diesem Antrag.

Vorsitzender Schlatter: Genosse Fuge, bitte.

Fuge (Rahden): Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Ich wollte auch Nichtbefassung beantragen.

Wenn einer meiner Vorredner eben gesagt hat, daß dieser Antrag letzten Endes die Überstunden sanktioniert, dann hat er recht: so etwas sollten wir nicht fördern. Das soll allerdings nicht heißen, wie es hier im Saal eben laut wurde, die SPD bestrafe Mehrarbeit eines Genossen – mitnichten!

Denn dieser Vorredner hat selbst gesagt, daß wir das Übel an einer ganz anderen Stelle anpacken müßten: an der Wurzel! Er hat einen konkreten Vorschlag gemacht: Die Bemessungsgrundlage muß verändert werden.

Wir haben eben in der Diskussion noch von anderen Möglichkeiten und von Mängeln gehört. Dieser ganze Antrag ist nicht ausgegoren. Es gibt andere Möglichkeiten, die wir im Augenblick noch nicht sehen. Man sollte sich darüber zu einem späteren Zeitpunkt erneut Gedanken machen.

Ich schlage deshalb vor: Nichtbefassung!

(Beifall)

Vorsitzender Schlatter: Genosse Samtlebe!

Samtlebe (Landesvorstand): Wenn hier von Unkenntnis und Unklarheit gesprochen wird, dann muß ich feststellen, daß einige Dele-

gierte keine Ahnung davon haben, was in Bergbaubetrieben usw. aussieht.

(Lebhaft)

Nimm zur Kenntnis: Ich bin 20 Jahre in der Bergbaubranche, noch nie die Absicht dieser Genossen kommen zu lassen! Wenn bei der Arbeit bricht, dann müssen diese Leute arbeiten, um den Ofen wieder zu befeuern, um den Ofen wieder bestraft werden, wenn sie ihren Lohn nicht erhalten, wenn sie keine öffentlich geförderte W

(Lebhaft)

Es läßt sich sehr leicht, Genossen, eine Ideologie machen. Aber wenn der Arbeitnehmer etwas zu tun, dann soll er einen Antrag kaputtzumachen!

Ich plädiere dafür, den Antrag hinaus der Anregung von Karl Schatzlich anzuheben!

Vorsitzender Schlatter: Der Antrag ist vor, aber es gibt einen Geschichtsbezug, der vorgetragen worden ist, nämlich

Nun haben wir uns zwar mit dem Antragsteller nicht darüber, ob der Antragsteller nicht damit einverstanden ist, die Meinung des Parteitages überw

Soll also ausdrücklich über die Meinung des Antragstellers?

(Zuruf)

Der Antragsteller zieht seinen

Wir stimmen also jetzt ab über die Empfehlung der Antragskommission auf Überweisung des Antrags B 7 an die Landtagsfraktion. Wer für die Überweisung ist, den bitte ich um das Kartenzelchen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Damit ist der Antrag überwiesen.

Das Wort hat nun die Antragskommission zu Antrag B 8.

(Zuruf)

Eine Wortmeldung, zunächst zu einem Wahlvorgang.

Präsidiumsmitglied Heinemann: Ich würde vorschlagen, daß wir jetzt die Wahl der Kontrollkommission Punkt 8.4 der Tagesordnung, vornehmen; die technischen Voraussetzungen dafür sind erfüllt. Bestehen dagegen Bedenken? Das ist nicht der Fall.

Der Stimmzettel ist euch auf den Tisch gelegt worden. Die Kontrollkommission besteht nach unserer Satzung aus fünf Mitgliedern. Das bedeutet, daß ich drei wählen muß, aber fünf wählen kann. Wer alle fünf wählen will, kann auf den Stimmzettel „ja“ schreiben; dann braucht er nicht jeden Namen einzeln anzukreuzen. Wer nur drei wählen will, macht entweder je ein Kreuz vor die drei Namen oder streicht die beiden anderen. — Abriß 4 muß mit abgegeben werden.

Ich bitte mit der Wahl zu beginnen.

(Die Wahl der Kontrollkommission wird durchgeführt.)

Der Wahlgang ist geschlossen; wir fahren in der Beratung fort.

Vorsitzender Schlatter: Das Wort hat die Antragskommission zu

Antrag B 8.

Vollmann (Antragskommission): Zu Antrag B 8 empfiehlt die Antragskommission Annahme und anschließend Weiterleitung an die Landtagsfraktion.

Vorsitzender Schlatter: Gibt es dazu Wortmeldungen? — Der Genosse Korfmeier aus Westfalen!

Dr. Korfmeier (Enger-Belke-Steinb.): Ich meine, dieser Antrag sollte ein klein wenig erweitert werden. Der Grund dafür:

Wenn man Flächennutzungs- o durchsieht, dann stellt man fest, nisse geregelt sind — häufig plätze übrigbleiben. Sie sind o darauf befinden, weil sie an e liegen. Man sieht im allgemein dergleichen abgesperrt werden

Ich meine, daß bis heute die durch die Gasbestandteile von von den Verbrennungseinrichte rücksichtigt bleiben, die in diese

Daher möchte ich andeuten, d zungen und ähnlichen Dingen ohne große Mittel Umweltschutz

Aus diesem Grunde schlage i des Antrags den letzten Satz, zum Antrag gehört — und der la

... das Gesetz sollte besor Beschaffenheit und päd machen.

in den Antragstext zu überne gänzen:

... und unter Berücksichti sionen für den Umweltschu

Vorsitzender Schlatter: C den habe, möchtest du den let den Antrag setzen.

(Dr. Korfmeier)

Die von dir beantragte Ergän darüber abstimmen, schriftlich v

(Dr. Korfmeier)

Solange die Ergänzung nicht

nicht abstimmen. Ich schlage vor, daß wir zunächst Antrag B 9 behandeln, um dem Genossen die Gelegenheit zu geben, seine Ergänzung schriftlich einzureichen.

(Zuruf)

Es wird darauf hingewiesen, daß das Wahlergebnis vorliegt; es dürfte alle interessieren. Bitte das Wahlergebnis! — Wir hören also das

Ergebnis der Wahl der Beisitzer.

Bitte sehr!

Stadte (Wahl- und Mandatsprüfungskommission): Genossinnen und Genossen! Von

295 Stimmen
291 gültig,
4 ungültig.

Es entfielen auf den Genossen

Dr. Franz-Josef Antwerpes
Helmuth Becker

176 Stimmen
185 Stimmen.

Ich sehe, es wird mitgeschrieben. Das Präsidium und die Landesgeschäftsstelle haben in der Zwischenzeit bereits veranlaßt, daß auch die Ergebnisse schriftlich vorgelegt werden:

Dr. Fritz Bergmann	192 Stimmen
Antje Huber	166 Stimmen
Heinz Junker	172 Stimmen
Werner Kuhlmann	196 Stimmen
Erdmann Linde	168 Stimmen
Dr. Heinz Nehrting	173 Stimmen
John van Nes Ziegler	134 Stimmen
Horst Niggemeier	177 Stimmen
Dr. Diether Posser	250 Stimmen

Johannes Rau

(Lebhafter Beifall)

185 Stimmen

(Leichter Beifall)

Günter Samtlebe
Friedhelm Simelka

Hans Schwier
Karl Wienand

(Sta

Nach diesem Ergebnis ist ein z
notwendigen Stimmen von den
von Karl Wienand nicht erreicht

Vorsitzender Heinemann:
zwischen John van Nes Ziegler u

Ich darf die Gewählten en bloc
Es erhebt sich kein Widerspruch

John van Nes Ziegler erklärt, e
lediglich noch Karl Wienand auf

(Große Unruhe — Buh-Rufe —
nicht! — Weitere lebhaft

Zur Geschäftsordnung wird das V

Koerbel (Münster): Unter die
zur Geschäftsordnung, die Vors
stand neu zu eröffnen.

(Lebhaft

Vorsitzender Heinemann:
chung für den Bezirk Mittelrhein.

Der Bezirk Mittelrhein muß die
verband mitzuarbeiten. Er muß s
Reihen einen Genossen vorschla

Vorsitzender Heinemann: Es wird beantragt, daß der Bezirk Mittelrhein Vorschläge machen kann.

Weitere Wortmeldungen? — Bitte, Genosse Molitor!

(Zuruf: Antrag einbringen...)

Ich habe dich nicht verstanden.

Molitor (Schwerte): Ich glaube, Genossinnen und Genossen, wir sind als Freunde hierhergekommen. — Es war schon ein Spiel des Beifalls; da müssen wir uns auch prüfen. Und unter Freunden muß man zum Genossen van Nes Ziegler — ganz egal, wie er es im Moment gemeint hat — sagen: Freunde haben bei uns auch zehn Minuten Bedenkzeit! Man soll nicht sofort die Hand rühren zum Beifall und weiter zur Tagesordnung übergehen! Van Nes Ziegler ist ein Mann dieser Partei; das sollten wir ihm zugestehen!

Vorsitzender Heinemann: Wir werden dennoch über den Geschäftsordnungsantrag gleich abstimmen müssen. — Hier ist noch eine Wortmeldung.

Gaertner (Bonn-Bad Godesberg): Wenn in irgendeinem Gremium — ganz egal wo — eine Gruppe um Unterbrechung bittet, — etwa in einem Parlament —, ist es selbstverständlich, daß man dieser Gruppe eine Unterbrechung zugesteht. Das wäre meine herzliche Bitte.

Vorsitzender Heinemann: Der Bezirk Mittelrhein ist der Betroffene und hat um diese Unterbrechung gebeten. Dagegen ist vom Genossen Koerbel ein Geschäftsordnungsantrag gestellt worden. Ist der nur ergänzend zu verstehen? Würdest du zunächst eine Unterbrechung für den Bezirk Mittelrhein akzeptieren, damit der Bezirk beraten kann?

(Koerbel: Der Antrag des Bezirks Mittelrhein kann ja nur dann Sinn haben, wenn mein Antrag — —)

Es kann passieren. Es kommt darauf an, wie sich die Genossen verständigern.

(Erneute Zurufe: Antrag...)

Laßt uns zunächst darüber abstimmen, ob die Liste neu eröffnet werden soll.

(Widerspruch)

Genosse Peters, bitte. —

Es gibt zwei Möglichkeiten!

Peters (Dortmund-Schamh.) Delegierten herzlich bitten, daß Freiheit zu Beratung lassen. V schließen, daß die Liste neu eröffnet werden soll. Freiheit und stimmen nachher über.

Vorsitzender Heinemann: Sitzung unterbrechen und den dann hätten wir die Übersicht, noch Rechnung zu tragen ist möglich. könnte sich schon aus den Beben.

Aus den Diskussionsbeiträgen zumindest den Bezirk Mittelrhein will. Ist das so?

(Zuruf)

Der Bezirk Mittelrhein trifft sich

Wir werden in der Zwischenzeit jetzt zehn Minuten vor ein Uhr; um viertel vor zwei fortzusetzen.

(Zuruf)

(Unterbrechung)

Vorsitzender Heinemann: zwar mit der Bekanntgabe des

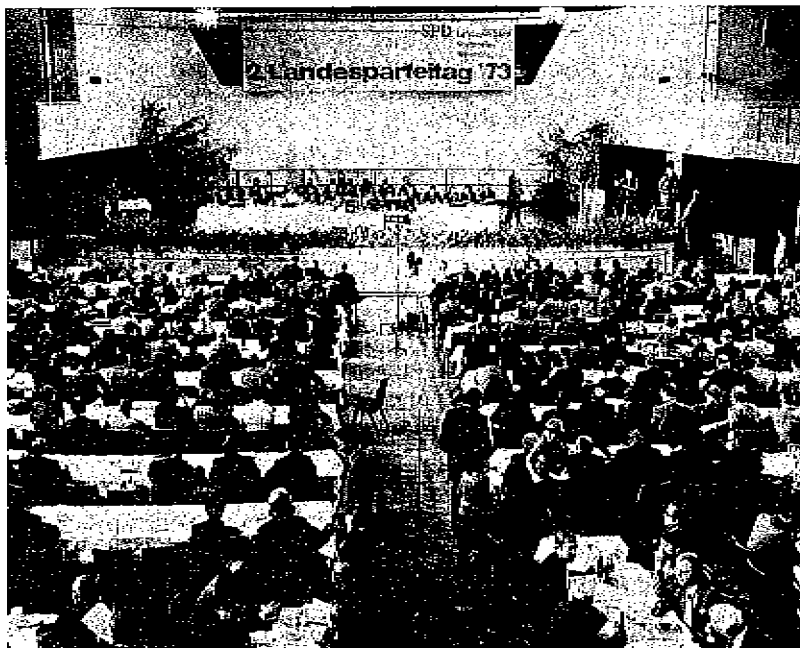
Ergebnisses der Wahl der

Genosse Stadie, bittet

Stadie (Wahl- und Mandats) gebnis der Wahl zur Kontrollkon

Von

305 Deleg
264 an de



Der Landesparteitag bei der Beratung der Anträge

Es gab

3 Nein-Stimmen,

6 Enthaltungen und

1 ungültige Stimme.

Es entfielen auf die Genossen

Heinz Götzen	246 Stimmen
Hans Kalkbrenner	225 Stimmen
Karl Mirus	240 Stimmen
Peter Rothen	241 Stimmen
Hermann Schmidt	230 Stimmen.

Damit haben alle Bewerber die erforderliche Stimmenzahl erreicht.

244

Vorsitzender Heinemann:
die Wahl annehmen. — Ich hör
hen. Herzlichen Glückwunsch z

Und nun zu den Beratungen
Geuenich! — Bitte, Genosse Ge

Geuenich (Köln): Ich darf
Mittelrhein folgendes bekanntg

Die Kandidatur des Genossen V

Statt dessen war die Delegati
nossen van Nes Ziegler weiter f

(Leb

Vorsitzender Heinemann:
fragen: Genosse Koerbel, hält
Liste aufrecht?

(Ko

Du hältst ihn nicht aufrecht, d
schon Benannten hier wiederun

(Unverständlicher Zuruf des
M

Komm zum Mikrophon, sonst ve

Koerbel (Münster): Es ist
habe, um nicht nachher eine M
zu geben: Der Genosse Wienar
Kandidat benannt worden.

(Zuruf: Vor

Nicht? — Vom Bezirksvorstan
Bezirk Mittelrhein für sich entsch

Vorsitzender Heinemann: Es besteht kein Antrag auf Wiedereröffnung der Liste. Wir können Stimmzettel fertigen lassen und gleich zum nächsten Wahlgang aufrufen. Genosse Scheffler, wenn ihr soweit seid, bitte ich um Information. Wir machen mit den Anträgen solange weiter.

Vorsitzender Schlatter: Wir haben noch nicht über den Antrag B 8 abgestimmt. Ich rufe diesen Antrag auf, nachdem auch der Ergänzungsvorschlag des Genossen Korfsmeier vorliegt.

Der Genosse Korfsmeier beantragt zu B 8, den letzten Satz der Begründung mit in den Antrag zu übernehmen und diesen Satz noch wie folgt zu ergänzen:

...machen und unter Berücksichtigung der Topographie und der Immissionen für den Umweltschutz Sorge zu tragen.

(Zurufe)

Nein, es ist keine inhaltliche Veränderung des Antrages. Dazu gibt es auch keine Wortmeldungen. Die Antragskommission hat Annahme empfohlen.

Wer für diesen Antrag B 8 in der neuen Fassung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Gegenstimmen? — Enthaltungen? — Der Antrag ist so angenommen.

Wir kommen jetzt zum

Antrag B 9.

Das Wort hat die Antragskommission.

Vollmann (Antragskommission): Zu Antrag B 9 empfiehlt die Antragskommission zunächst eine Streichung im ersten Satz von den Worten „auf der Grundlage“ bis „Kommission Weiterbildung“, so daß der Text lauten würde:

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, im Jahre 1973 ein Weiterbildungsgesetz vorzulegen und im Landtag verabschieden zu lassen.

Unter der Voraussetzung, daß die Streichung in Satz 1 angenommen

würde, empfiehlt die Antragskommission die Annahme des Antrages und ihn an die Landtagsfraktion zu übermitteln.

Wir haben die Streichung vorgeschlagen, damit der Landesparteitag, wenn er das ablehnt, natürlich auch nicht darüber bei der Antragskommission — was natürlich gilt besonders für die große Mehrheit — nicht kennt, darüber kann man dann noch diskutieren.

Vorsitzender Schlatter: Der Antrag ist angenommen. Genosse Grätz!

Grätz (Wuppertal): Dieser Antrag ist ein Unterbezirks Wuppertal vorgeschlagen und ist nicht mehr fristgemäß damit — das war vor einigen Tagen — mit Unterstützung. — Dies sollte ich

Zum anderen bitte ich, der Antrag sollte den Text voll stehen zu lassen, damit die Bezugspunkte, die Bezugspunkte werden.

Vorsitzender Schlatter: Der Antrag ist gemeldet.

Toetemeyer (Köln): Ich danke den Kollegen für ihren Antrag des Ortsvereins, den Antrag zu zulassen und damit den Antrag zu ablehnen. Ich möchte

Genossinnen und Genossen, ich möchte ein Gesetzentwurf der CDU-Landtagsfraktion ist mit einem Satz zu charakterisieren, daß die insbesondere im Bereich der Weiterbildung

Würde dieser Antrag angenommen, dann eine Verdoppelung des gegenwärtigen auf 40 Millionen D-Mark. Genossen, kann nicht im Sinne der Sache sein. Deswegen meine ich, wir sollten

zirken, mit eurem Vertrauen dorthin delegiert, seit einem Dreivierteljahr an der Arbeit sind, eine eigene sozialdemokratische Gegenkonzeption zu entwickeln — das Votum der „Kommission Weiterbildung“ in dem Antrag berücksichtigen.

Diese Gegenkonzeption ist deswegen erforderlich, weil die CDU ihren Antrag — es handelt sich im Grunde genommen um einen Finanzierungsantrag — sehr geschickt in allgemeine Aussagen zur Weiterbildung verpackt hat. In der Arbeitsgemeinschaft für Bildungspolitik beim Landesvorstand waren wir daher der Meinung, daß wir ein Konzept dagegensetzen müssen — ein Konzept, Genossinnen und Genossen, das davon ausgeht, daß in Zukunft — ich gehe über die Begründung, die euch vorliegt, hinaus — das Weiterbildungssystem effektiver, überschaubarer und einheitlich sein muß.

Aus diesem Grunde — so meint die Arbeitsgemeinschaft für Bildungspolitik — muß ein solches System in seinem Kern durch die Trägerschaft der Kommunen und des Staates primär öffentlich gestaltet sein. Dies ist die Gegenkonzeption, und dies ist der entscheidende Punkt der Überlegungen der Kommission, die von der Arbeitsgemeinschaft für Bildungspolitik beim Landesvorstand eingesetzt wurde. Die Arbeitsgemeinschaft hat diese Konzeption einstimmig verabschiedet.

Hier wundert mich eins, Genosse Vollmann: Diese Unterlagen der Arbeitsgemeinschaft für Bildungspolitik sind dem Landesvorstand Mitte Dezember des vergangenen Jahres zugegangen. Es ist mir deswegen unverständlich, daß heute hier gesagt wird, die Konzeption sei nicht bekannt; denn auch in der Antragskommission befinden sich Mitglieder des Landesvorstandes unserer Partei.

Es ist ganz sicher so, daß das, was wir wollen, in den finanziellen Rahmen unseres Landes hineinpassen muß. Daher haben diese Genossen auch sehr sorgfältig nachgerechnet, was wir uns finanziell leisten können.

Ich möchte in meinem Diskussionsbeitrag ganz bewußt einer Legende entgegentreten, die entstanden ist — der Legende nämlich, als ob das, was die Genossen hier sehr sorgfältig überlegt haben, nicht finanzierbar wäre. Diese Genossen haben gesagt:

1. Wir brauchen zunächst eine klare Struktur unseres Weiterbildungssystems.

2. Wir können nicht nach allein belasten mit den t

3. Daraus ergibt sich ein Landes. Sie muß aber i

Deswegen schlägt die Kommission erst dann zu beginnen, wenn es halb bestimmter Städte und in einem Rahmen von sieben deshaushalts in einer Stufenform Zeitraums ein Volumen von von zur Zeit 20 Millionen DM ni

Vorsitzender Schlatter: liegen nicht vor.

Die Antragskommission hat Satzes vorgeschlagen. Dieser stimmen zunächst über den S tell gestrichen wissen möchte, Danke. Gegenprobe! — Enthalt vorgenommen; es bleibt bei de

Wir stimmen jetzt über den A ab. Wer diesem Antrag seine um das Kartenzelchen. — Dank — Bei einigen Enthaltungen ist

Das Wort hat die Antragskomm

Vollmann (Antragskommiss

Initia

der an dieser Stelle sinnvoll kommission schlägt dazu vor, nachzukommen, daß der zwei dern...“ an als Antrag aufg Antrages als Begründung für

Also noch einmal: Vom mittleren Absatz — „Wir fordern...“ — an sollte der eigentliche Antrag beginnen. Der davor stehende Absatz — „Für die Durchführung usw.“ — sollte als Begründung dahintergestellt werden.

Wenn dem stattgegeben würde, würden wir euch seitens der Antragskommission die Annahme dieses Antrages und die Weiterleitung in der auf dem Antrag vermerkten Art und Weise empfehlen.

Vorsitzender Schlatter: Wird hierzu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Dann muß aber die Einleitung ein bißchen anders lauten, damit es klar wird. Die Einleitung steht schriftlich in dem Antrag der Antragskommission: „Wir fordern den Landesparteitag auf, ...“ Das bedeutet, wir würden eine Forderung an uns selbst richten. Es muß doch wohl heißen:

„Der Landesparteitag faßt folgenden Beschluß.“

und dann kommt die Aufforderung. — Es wird ein Beschluß gefaßt; das Verfahren ist von der Antragskommission ebenfalls vorgeschlagen worden.

Wir kommen zur Abstimmung über diesen Vorschlag der Antragskommission, den unteren Teil als Antrag zu betrachten und anzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke. Gegenstimmen? — Enthaltungen? — Gegen eine Stimme ist der Initiativantrag Nr. 8 bei einigen Stimmenthaltungen nach dem Vorschlag der Antragskommission angenommen.

Das Wort hat die Antragskommission.

Vollmann (Antragskommission): Wir kommen dann zum

Initiativantrag Nr. 10.

Die Antragskommission schlägt vor, diesen Antrag ohne Beschlußfassung an die Landtagsfraktion zu überweisen, und zwar deshalb, weil wir uns bei der Beratung dieses Antrages durch die angegebenen konkreten Zahlen überfordert fühlten und weil im übrigen ja auch Pläne usw. mit unter Umständen anderen Zahlen vorliegen.

Vorsitzender Schlatter: W gewünscht? — Das ist nicht Empfehlung, den Antrag an di stimmen.

Wer diesen Antrag überweise zeichen. — Danke. Gegenprob Antrag überwiesen.

Das Wort hat die Antragskomm

Vollmann (Antragskommiss

Initia

der auf grünem Papler gedruckt mission vor, den Antrag ohne B

Vorsitzender Schlatter: Genosse Sternkopf!

Sternkopf (Dortmund): Es meinden, um Geld für die Räte der Front! Ich bin der Meinung kommission stattgegeben wird kommt das einer Enthaltung d scheidenden Frage gleich: Au für das Jahr 1980 oder 1985, so

Gestern haben wir hier einen Bildungsausgaben am Sozialpr Stücker fünfzig Milliarden jähr den. — Hier dagegen handelt e dazu sollte der Parteitag auch eine Überweisung praktisch der

Genossinnen und Genossen, w — das wißt ihr — jedes Jahr ein Verbundsteuern. Der Entwurf Gemeinden in diesem Jahr 28,2

Wir sind der Meinung, daß da tionsbericht zu, der euch auf d

Seite 6 gesagt, daß auf die Gemeinden immer mehr Anforderungen zukommen, daß es eine Forderung ist, ausreichende Mittel bereitzustellen und daß das eine Daueraufgabe bleibt. — Wir sind der Auffassung, daß der Entwurf des Finanzausgleichsgesetzes dieser berechtigten Forderung nicht gerecht wird. Daher schlagen wir vor, daß der Verbundsatz von 28,25 Prozent auf 29 Prozent angehoben wird. Das macht für das Land eine Mehrbelastung von 130 Millionen DM aus. Diese 130 Millionen DM bekommen die Gemeinden.

Ich vertrete die Ansicht, daß dieser durchaus gesunde Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen das vertragen kann. Genossinnen und Genossen, die Landesregierung und speziell der Finanzminister haben die 28,25 Prozent nur eingesetzt, um noch ein bißchen Möglichkeit zu haben, nachzugeben. Dazu muß zunächst ein Anstoß gegeben werden. Um diesen Anstoß bitten wir den Parteitag. Der Finanzminister wird dann im Endeffekt noch dankbar sein, daß er diesen Anstoß vom Parteitag bekommen hat!

(Heiterkeit)

Das erste ist absolut unproblematisch. Der Antrag hat eine zweite Komponente. Dies ist folgendes:

Im letzten Jahr — 1972 — wurde solchen Gemeinden, und zwar aller Größenklassen, die 1972 einen gewissen Ausfall hatten an dem 14prozentigen Anteil an der Einkommen- und Lohnsteuer, eine Sonderhilfe des Landes gegeben. Das Finanzausgleichsgesetz schlägt nun vor in dem Entwurf, daß diese Sonderhilfe des Landes den Gemeinden, die diese einmalige Hilfe bekommen haben im Jahre 1972, bei den Schlüsselzuweisungen des Jahres 1973 wieder angerechnet wird. Das bedeutet de facto, daß diese Gemeinden diese einmalige Sonderhilfe zu 90 Prozent wieder zurückgeben müssen.

Das kann doch nicht der Sinn einer Sonderhilfe sein, Genossinnen und Genossen!

(Vorsitzender Schlatter: Die Zeit ist um!)

Ich bin der Meinung, daß diese Vorschrift aus dem Entwurf des Finanzausgleichsgesetzes heraus muß. Das hat der Antrag zum Inhalt.

Ich beantrage Annahme des Antrags und Weiterleitung an die Fraktion im Landtag.

Vorsitzender Schlatter: Es vor. Das Wort hat der Genosse ler.

Dr. Nehrling (Landesvorsta
Wenn das heute hier beschloss
läufig, daß die entsprechenden
nicht wo: beim Nahverkehr, be
reich des Sports oder sonstwo —

(Zuruf)

Ja, man kann natürlich eine M
man sich doch im klaren sein!
daß hier aus irgendwelchen Eck
werden können.

Erst einmal habe ich Zweifel —
fen —, daß die Anhebung auf
gleichsgesetzes nur 130 Millionen
uns da mehr der Grenze, der
bedeutet; 50 Millionen DM me
weiß jeder, der einmal eine D
gemacht hat.

Ich wäre also sehr dafür, daß v
folgen und diesen Initiativantr
gestellt wissen: Wenn er hier a
einer anderen Stelle — nämlich
entsprechende Streichung in gle

Vorsitzender Schlatter: G
Genosse Posser.

van Nes Ziegler (Landes
Steuereinnahmen. Das ist siche
zum Land, das Land schreit zu
die Tasche greifen, aber keine
höhte Steuereinnahmen oder fi

Neben dem, was der Genosse
trifft — bei Erhöhung des Verb
zuweisungen streichen; denn v
auch nicht erhöhen oder das,

längerfristige Planung festlegt, einfach abbrechen —, möchte ich auf folgendes hinweisen:

Wir haben vor wenigen Minuten einen Antrag — den Initiativantrag Nr. 2 — angenommen, der sich mit dem Nahverkehr befaßt. Dort wurde gesagt, daß wir die Ansätze für Investitionshilfen beim Nahverkehr und für die Abgeltung der Gemeinlasten deutlich erhöhen möchten. Ein Genosse hat hier ausgeführt, daß wir in beiden Positionen um 50 Millionen DM erhöhen wollen, also insgesamt um 100 Millionen DM. — Wir können nun hier nicht am laufenden Band beschließen: 100 Millionen für den Nahverkehr, 100 oder 200 Millionen DM mehr im allgemeinen Verbund und dann vielleicht noch sonstige Zweckzuweisungen; das sind einfach Beschlüsse, die nach der Realität nicht standhalten.

Ich will euch sagen: Derjenige, der Parteitage ernst nimmt — auch aus der Fraktion —, muß sich bei solchen Beschlüssen ganz unwohl vornehmen; denn er weiß doch, daß er in der Fraktion diesen Beschlüssen nicht nachkommen kann.

Deswegen kann ich nur empfehlen, zugunsten unseres Antrages hinsichtlich des Nahverkehrs, den wir angenommen haben, den Antrag auf Erhöhung des Verbundsatzes abzulehnen. Wir können nicht einfach an die Fraktion überweisen — darin liegt ja auch schon eine grundsätzliche Zustimmung, wobei nachher die Fraktion entscheiden soll, ob der Nahverkehr die Priorität hat oder der allgemeine Verbundsatz.

Ich darf noch erwähnen, daß wir im Rahmen der deutschen Länder in Nordrhein-Westfalen mit unserem Verbundsatz ganz unbestritten und mit deutlichem Abstand an der Spitze liegen und daß wir darüber hinaus auch bei der Zuweisung zur Abgeltung von Gemeinlasten beim öffentlichen Nahverkehr einmalig in der Bundesrepublik sind. Man soll also auch das Positive sehen und nicht immer nur diese Forderungen stellen, die die Fraktion nachher zwangsläufig ablehnen muß.

Daher muß ich sagen: Ich kann diesem Antrag noch nicht einmal als Überweisungsantrag zustimmen; vielmehr muß ich ihn ablehnen im Interesse dessen, was der Parteitag bereits vorher beschlossen hat.

Vorsitzender Schlatter: Jetzt spricht der Genosse Posser; ihm folgt der Genosse Samtlebe.

Dr. Posser (Antragskommission): Ich kann unmittelbar an das anschließen, was John van Nes Ziegler gesagt hat, wenn ich auch eine andere Behandlung empfehle als er.

Gerade wenn wir Beschlüsse dann dürfen sie nicht ohne gemessen werden. Wir wollen in der A falls unsere Empfehlung — nicht sung, weil das ein Gesamtablea

Da der Finanzminister im Auge daß er nicht etwa einen Ansto 28,25 Prozent auf 29 Prozent e Verbundsatz um 0,25 Prozent h klärung darin, daß wir durch G lichen Gymnasien nunmehr in gehen. Dieses einviertel Prozen man so will — zweckgebunden.

Dreiviertel Prozent des Verbund 127,5 Millionen, wenn ich die schon eine Finanzproportion, ü rade weil wir zu Lasten des La beschlossen haben, sollten wir tagsfraktion tun, zumal ja gew wirksam werden soll.

Wir würden uns einen schlech Antrag einfach annähmen; er m

Vorsitzender Schlatter: G se Sternkopf.

Samtlebe (Landesvorstand) und im allgemeinen beteilige i Ich weiß, daß sie nicht realistische platform, die wir für den Bun sehr ernst, die eine Aussage zu macht.

All das, was wir da ausgesagt haben da vor dem Bundestag allerhand versprochen. Das v haben. Ein zweiter Wahlgang, seitigem Abstellen auf Außen man, daß wir einen Wechsel ein

Dafür ist es notwendig, daß man die Institutionen, die all das auszuführen haben, was wir in der Westfalenhalle begeistert beschlossen haben, entsprechend mit Finanzmitteln ausstattet.

(Beifall)

Ich bin Realist genug, das zu begreifen, was Diether Posser gesagt hat. Deswegen möchte ich versuchen, den Antrag in eine Form zu kriegen, daß wir ihn annehmen können und vielleicht eine etappenweise Verwirklichung anstreben, obwohl mir lieber wäre, es würde das Geld 1973 bei den Kommunen landen.

Ich bitte euch, einmal den Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen mit dem Schuldenstand einiger Großstädte dieses Landes zu vergleichen! Ich bitte euch, einmal die Kreditaufnahme nur einer Großstadt dieses Landes mit der Kreditaufnahme des Landes Nordrhein-Westfalen zu vergleichen! Dann werdet ihr feststellen, daß diese Großstädte, ja, alle Kommunen von sämtlichen lukrativen Finanzquellen abgeschnitten sind, und zwar kraft Gesetzes. Sie bekommen kaum etwas, nur noch die Gewerbesteuer, und wegen der Gewerbesteuer sind sie gezwungen, die unsinnigsten Wirtschaftsförderungsmaßnahmen zu beschließen,

(Lebhafte Zustimmung)

wobei Privateigentümer mit öffentlichen Mitteln belohnt werden, wobei wir Reiche mit öffentlichen Steuermitteln noch reicher machen, nur damit sie in unsere Gemeinde kommen; außerdem bekommen sie die Grundsteuer, und wenn wir die erhöhen, schlägt sich das in der Miete nieder! Das ist die Situation der Gemeinden!

Dem stehen gegenüber — ich sagte es schon — die Wahlplattform und laufende Forderungen von Bürgerinitiativen, die auch von sozialdemokraten, Jungsozialisten usw. angeregt werden — mit Recht; das kritisiere ich nicht, Genossinnen und Genossen, das nehme ich mit Freuden zur Kenntnis.

Was sollen wir denn tun? Ich meine, es ist auch in diesem Jahr noch drin, daß einige Aufgaben des Landes Nordrhein-Westfalen, die im Investitionssektor liegen, teilweise über den Kapitalmarkt finanziert werden, um ordentliche Haushaltsmittel freizubekommen, damit man den Kommunen einen weiteren Schritt entgegenkommen kann.

Ich will hier aber ganz klar anerkennen, was wir hier schon getan in der Frage. Ich nehme ich kein Wort zurück — schehen, es sollen die Hauptaufgaben anerkannt werden.

Ich meine, wir sollten beschließen, eine etappenweise Verwirklichung der Aufgaben zu versuchen, damit es sich nicht unbedingt im Etat niederschlägt.

Vorsitzender Schlatter: D

Sternkopf (Dortmund): Der Antrag, eine Besserdotierung der Schulen zu beschließen, dazu führen müsse, daß an den Schulen Projekte für die Gemeinden genehmigt werden. Ich darf an das anschließend Genossinnen und Genossen! Kassenminister des Finanzministeriums im Jahre 1971 10 Millionen DM, das ist weniger als die Besserdotierungsmaßnahmen aufnimmt, was aufgenommen wird. In dem vergangenem Jahre 1971 10 Millionen DM aufgenommen. Das ist ein wenig größerem Maße als die Besserdotierung, die größere Verschuldung hineingeht.

Genosse Dr. Nehrlich, es ist das, warum ist der Anteil der Steuern im Jahre 1971 24,5 %? Entwurf des Landeshaushalts 20 %? Das ist was das Land für die Gemeinden also zurück. Das darf doch nicht sein.

Natürlich bin ich damit einverstanden. Aber eins steht doch fest: Die Besserdotierung im Jahre 1973 für das, was wir bekommen, daß wir davon wieder etwas haben, das doch nicht bestehenbleiben. Das ist im Jahre 1973 noch einmal wirksame Verschlechterung von 1 Million DM! Dortmund 4 Millionen DM! Das

Wir können doch die sozialdemokratisch geführten Städte nicht noch dieser Finanzmittel berauben, die einmal als Sonderhilfe gegeben wurden. Sie sind als Sonderhilfe gegeben worden und werden jetzt als Steuerkraftzahl angerechnet. Ich frage mich: Was hat denn eine einmalige Sonderhilfe mit der Steuerkraft zu tun. Das ist ein derartiger Widerspruch in diesem Finanzausgleichsgesetz. Er muß einfach weg. Er war auch nach meinen Informationen ursprünglich gar nicht darin enthalten. Das hat der Landesfinanzminister gar nicht so vorgelegt. Das hat irgendwie ein Oberregierungsrat aus dem Innenministerium noch hineingebracht, wahrscheinlich hat das selbst in der Landesregierung niemand gemerkt. Das muß heraus, denn das wäre eine Ungerechtigkeit. — Ich danke Ihnen.

Vorsitzender Schlatter: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen jetzt zur Empfehlung der Antragskommission, diesen Antrag an die Landtagsfraktion zu überweisen, wobei der Antragsteller den Vorschlag „stufenweise“ mit übernommen hat. Wir können das deshalb mit einfügen.

Wer also zunächst einmal für die Überweisung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Ich danke. Die Gegenprobe. Es gibt Zweifel im Präsidium. Wir lassen noch einmal abstimmen, um die Zweifel zu zerstreuen. Wer für Überweisung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Ich danke. Die Gegenprobe. — Das letzte ist die Mehrheit. Der Antrag wird nicht überwiesen.

(Beifall)

Wir kommen damit jetzt zur Abstimmung in der Sache. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Ich danke. Die Gegenprobe. Die Enthaltungen. Der Antrag ist angenommen und wird damit weitergeleitet an die Landtagsfraktion.

Das Wort zu einer Wahlhandlung.

Vorsitzender Heinemann: Wir können zum letzten Wahlgang kommen. Der Stimmzettel auf rosa Papier ist verteilt worden.

(Zuruf: Nein!)

Er ist verteilt worden. Hier sind noch einige. Wer keinen hat, bitte abholen. Die Willensbekundung würde ich in der folgenden Form vornehmen:

Wer John van Nes Ziegler wählen will, mit Nein. Stimmzettel. Enthaltung. Einverstanden?

Hier wird jetzt vorgeschlagen: mit Nein.
nein.

Ich bitte mit der Wahl zu beginnen. Ich bitte Sie, in den Saal zu kommen, damit die Wahl beginnt. Die Wahlkarte 5 benutzen.

Ich frage, ob alle gewählt haben.

(Zuruf: Ja.)

Es sind noch einige, die noch nicht gewählt haben.

Die Wahlhandlung ist geschlossen. Ich bitte Sie, den Saal zu verlassen.
fort.

(Zuruf: Hier fehlen noch einige.)

Vorsitzender Schlatter: Der Antrag ist angenommen. Sie können noch wählen.

Vorsitzender Heinemann: Der Antrag ist angenommen. Ich bitte Sie, den Saal zu verlassen.
tragsberatung, zum

Ich bitte die Antragskommission.

Körner (Antragskommission): Ich bitte Sie, den Antrag einstimmig, den Antrag C 1 an die Landtagsfraktion weiterzuleiten.

Vorsitzender Heinemann: Ich bitte Sie, den Antrag einstimmig, den Antrag C 1 an die Landtagsfraktion weiterzuleiten.
zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenprobe. — Die Stimme.

Wir kommen damit zur

Wer berichtet von der Antragskommission?

Trinius (Antragskommission): Bei der Gruppe D werden wir es nur mit einstimmigen Vorschlägen der Antragskommission zu tun haben.

Die Antragskommission schlägt zu D 1 – Antragsteller Ortsverein Münster-Nord – vor: Annahme und Überweisung des Satzes 1 an den Parteivorstand in folgender Fassung:

Der zweite Landesparteitag Nordrhein-Westfalen der SPD mißbilligt aufs schärfste das Verhalten der für den Berliner Zeitungstod vom 30. Juni 1972 in der Partei Verantwortlichen.

Die Antragskommission empfiehlt ferner, da zeitlich inzwischen überholt, die Streichung des restlichen Antragsteiles, so daß also dieser erste Satz, der Ausdruck der Mißbilligung, an den Parteivorstand weitergeleitet wird.

Vorsitzender Heinemann: Wortmeldungen dazu? – Das Wort hat Genossin Jammes.

Jammes (Essen): Wir sollten nicht der Empfehlung der Antragskommission folgen und den Antrag an den Parteivorstand weiterleiten. Wenn der Antrag überhaupt einen politischen Sinn haben soll, dann hat er nur dann einen Sinn, wenn wir ihn als Antrag des Landesparteitages an den Bundesparteitag weiterleiten. Dann könnte er evtl. auch personalpolitische Konsequenzen haben. Sonst landet er nur in der Schublade des Parteivorstandes.

(Zustimmung)

Außerdem bin ich der Ansicht, der Schluß des 2. Absatzes sollte Bestandteil des Beschlusses bleiben, nämlich, wo der Satz mit „unrühmlich“ anfängt. Es heißt:

Unrühmlich ist das Zeitungsterben in doppelter Hinsicht, weil es auf das Versagen der für die Kommunikationspolitik der Partei Verantwortlichen zurückzuführen ist und weil es zu dem von ihnen in kapitalistischer Handstreichmanier ohne Rücksicht auf die Mitarbeiter und ihre besondere soziale und berufliche Lage durchgesetzt worden ist.

Mindestens diesen Satz sollten wir im Antrag belassen und ihn als Antrag an den Bundesparteitag weiterleiten. Das ist ein Antrag von mir.

Vorsitzender Heinemann: fest, liegen nicht vor. Im Verfehlung der Antragskommission Weiterleitung an wen in der über würden wir dann abstimme

Die Antragskommission empfie rend das weitere dann die Begr

Wer der Empfehlung der Antra um das Kartenzeichen. – Ich zweite ist die Mehrheit. Das w Antrags mit der Ergänzung de mung steht. Sind wir uns einig.

(Zu

Wer der Empfehlung der Antra sin Jammes vorgeschlagen hat tenzeichen. – Ich danke schö haltungen! – Es ist so als Antra

Wir kommen jetzt zur Weiterlei Weiterleitung an den Parteivors Weiterleitung an den Parteitag i

Wer der Empfehlung der Ant den Vorstand zustimmt, den b Gegenprobe. – Das letzte ist die

Wer dem Vorschlag der Genos den nächsten Parteitag weiterz zeichen. – Ich danke schön. D

Ich bitte nun die Antragskommis

A

Trinius (Antragskommission) trag vor. Sie müßten dann zusan

Die Antragskommission empfie Absatz 3 es nicht heißen soll „

dem „der Landesparteitag erwartet, daß alle sozialdemokratischen Vertreter in kommunalen Gebietskörperschaften und alle der SPD angehörenden kommunalen Wahlbeamten der SKG als Mitglieder beitreten“.

Die Antragskommission ist der Meinung, daß eine Verpflichtung aus gesetzlichen Gründen nicht ausgesprochen werden kann. Sie wird deswegen erwartet und möchte dies eingesetzt haben. Der Zusatzantrag D 2 soll neuer letzter Absatz des Antrages D 2 werden.

Vorsitzender Heinemann: Wortmeldungen?

Samtlebe (Landesvorstand): Es ist mir etwas peinlich, der Antragskommission wiederum widersprechen zu müssen. Erstens: Rechtliche Bedenken kann ich nicht sehen. Die Partei ist in ihren inneren Beziehungen autonom. Wenn wir schon bei uns bei der Inpflichtnahme von Mandatsträgern seit eh und je eine große Rolle gespielt haben und davor kneifen, dann muß ich euch sagen, die CDU hat ein solches. In der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU ist es als Mandatsträger oder politischer Beamter Pflicht, tätig zu sein. Ihr könnt euch in Recklinghausen erkundigen. Man kann nur sagen, man muß vor Neid erblassen, wenn man sieht, wie diese kommunalpolitische Gemeinschaft der CDU arbeitet.

Ein weiteres, nachdem ich keine rechtlichen Bedenken sehe: Ich habe geglaubt, nachdem uns der Parteitag vor zwei Jahren den Auftrag gegeben hat, eine derartige Gesellschaft ins Leben zu rufen, er wollte damit erreichen, daß die Mandatsträger und kommunalpolitisch Tätigen Mitglied werden und nicht einem Exklusivclub, so wischwaschi angehören. Ich bitte darum, daß der Antrag so angenommen wird, wie er vom Landesvorstand – dort ist das auch ausgiebig diskutiert und gebilligt worden – gestellt wurde, im Sinne der Antragsteller angenommen wird. Den Zusatzantrag bitte ich ebenfalls anzunehmen.

Vorsitzender Heinemann: Vielen Dank, Genosse Samtlebe! – Das Wort hat Genosse Klejdzinski.

Klejdzinski (Dülmen): Ich bin auch dafür, daß wir die Verpflichtung lassen. Ich meine, wir haben endlich einmal die Möglichkeit, analog zu unserem Organisationsstatut Konsequenzen gegen kommunale Vertreter und andere, die in irgendeiner Form dort tätig sind, zu ziehen. Es ist eine Verpflichtung, die parteilintern zu sehen. Es ist

richtig, daß die Verpflichtung auf der Parteiinternen steht, heißt, vom Gesetz her ist das nicht parteilintern bei der Verpflichtung

Vorsitzender Heinemann: Wir kommen zur Abstimmung. der Antragskommission zur Abstimmung. „verpflichtet“ nun „erwartet“ heißt „beitreten“ „beitreten“ heißt.

Wer der Empfehlung der Antragskommission um das Kartenzeichen. – Ich danke die Mehrheit.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer dem zustimmen will, den bitte ich, sein Kartenzeichen zu zeigen. Gegenprobe. – Gegen wenige Stimmenthaltungen so.

Der Zusatzantrag zu D 2 steht auf der Tagesordnung. Der Zusatzantrag seine Zustimmung. Kartenzeichen. – Ich danke so. Enthaltungen. – Bei wenigen Enthaltungen.

Zwischenzeitlich liegt das Wahlergebnis vor.

Stadler (Wahlkommission): Die Wahl ist beendet. Davon stimmten 55 mit Nein bei 25 Enthaltungen.

Damit ist John van Nes Ziegler gewählt.

(John van Nes Ziegler)

Genosse van Nes Ziegler nimmt das Wort.

Wir können in der Antragsberatung beider letzten Punkte.

Initiativantrag

Trinius (Antragskommission): Die Initiativanträge 13 und 6 gehören zusammen. Die Antragskommission empfiehlt, den Initiativantrag 13 anzunehmen und damit zugleich den Initiativantrag 6 für erledigt zu erklären. Der Initiativantrag 13 wird deswegen zur Annahme empfohlen, weil er der Partei mehr Möglichkeiten in der Gestaltung der Vorschläge läßt und weil die Frage der Möglichkeit eines Landesbezirks hier nicht so hart formuliert ist wie im Initiativantrag Nr. 6.

Vorsitzender Heinemann: Einstimmiges Ergebnis?

(Trinius: Einstimmiges Ergebnis.)

Das Wort hat Genosse Gasche.

Gasche: Ich vertrete die Antragsteller des Initiativantrags 13. Als gestern der Initiativantrag vorgelegt wurde, war ich einigermaßen erstaunt, daß wir heute ein so grundlegendes Problem diskutieren und beschließen sollten. Noch mehr war ich über die Form erstaunt, daß wir ohne weitere Diskussion in den unteren Gliederungen in Form eines Initiativantrages darüber beschließen sollten. Im Grunde würden, wenn ich das einmal in ein Bild fassen darf, wir die Bezirke ermorden und dann anschließend nur noch die Trauerfeierlichkeiten und deren Gestaltung den unteren Gliederungen überlassen. Dieses Verfahren sollten wir nicht zulassen. Wir sollten gerade dabei bedenken, daß diese Regelung auch in den Unterbezirken sehr starke Veränderungen auf die Arbeitsweise haben wird. Das müssen wir eben in den Unterbezirken noch ausführlich diskutieren. Es gehört dann anschließend auf einem ordentlichen Parteitag im Grundsatz und mit weiteren Formalien diskutiert und beschlossen zu werden. Deswegen bitte ich, diesem Initiativantrag 13 zuzustimmen.

(Beifall)

Vorsitzender Heinemann: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. — Das Wort hat Genosse Bäumer.

Bäumer (Landesvorstand): Um zu retten, was nach Lage der Dinge noch zu retten ist, schlage ich die Annahme des Antrags 13 auch um den Preis der Erledigung des Antrags 6 vor. Eine Anmerkung zum Schluß. Dieses Thema beschäftigt uns mindestens schon seit 1961. Es ist nicht an die Ermordung der Bezirke gedacht, sondern an die Aufgabe regionaler Krähwinkelleien.

Vorsitzender Heinemann: vor. — Doch, Werner Kuhlmann.

Kuhlmann (Gelsenkirchen): Ich lenke im Hinblick auf die bisherige meinem Dafürhalten in Ziffer 1 „geändert“ ersetzen. Wenn wir belassen wollen, dann könnte die Formulierung des Absatzes 1 zu dem Ergebnis sein, es ist nichts zu ändern. Darin müßte in Ziffer 1 das Wort „geändert“ werden.

Vorsitzender Heinemann:

Jörder (Dortmund): Genau genommen doch nur zwei Anträge. Diskussion und auch in dem Entwurf. Entweder es wird ein Landesbezirk oder diese Frage können wir heute auf dem Parteitag entscheiden, ohne daß wir auf dem Bezirksparteitag zu dieser Frage hier „überprüft“ und nicht „geändert“ werden.

Vorsitzender Heinemann:

Geuenich (Köln): Ich kann meine Meinung bin wie der Genosse Bäumer nur hinzufügen: Bäumers Botschaft ist der Glaube.

Vorsitzender Heinemann: Wir stimmen zunächst darüber ab, ob wir den Antrag empfehlen, also diesen Antrag 13 annehmen.

Wer dem folgen will, den bitte ich, sich zu melden. Die Gegenprobe. — Der Antrag 13 angenommen und 6 erledigt.

(Zuruf: D)

Nach Enthaltungen wird noch gefragt. — Drei bis vier Enthaltungen. Der Antrag ist unverändert angenommen.

Damit haben wir alle Anträge abgehandelt und unsere Meinungsbildung dazu beendet.

Wir kommen zum

Schluß des Parteitages.

Vor Abschluß die Mitteilung an die Presse, daß der Landesvorstand unmittelbar nach Beendigung zu einer Pressekonferenz in das Weinzimmer einlädt.

Genosse Kühn, ich darf dich bitten, einige Schlußbemerkungen zu machen.

Landesvorsitzender Kühn: Am Ende dieses langen und arbeitsreichen Parteitages nur ein paar Bemerkungen. Wir sind eine strapaziöse Partei und machen es uns selber so schwer, wie wir es unseren Gegnern machen. Aber dies ist ja gut so! Die Zeit ist vorbei, als Parteitage einfach abliefen wie eine Festveranstaltung. Das Klima ist rauher geworden.

Wenn ich im Namen des Landesvorstandes für das Vertrauen, das in der Wahl seinen Ausdruck gefunden hat, danke, dann tue ich es sehr wohl in dem Bewußtsein, daß es keine Wahlen mehr gibt, bei denen Kandidaten auf eine 100prozentige Bestätigung rechnen können. Das war auch gar keine gute Zeit. Und wenn es heute hin und wieder noch einmal passiert, daß jemand einstimmig gewählt wird, dann ist das meist ein Zeichen dafür, daß der Betreffende sich in keiner Frage exponiert hat, in keiner Frage Stellung bezogen, in keiner Frage Flagge gezeigt hat.

(Beifall)

Ich werde euch versprechen, daß ich dies immer tun werde, ob es dem einzelnen paßt oder nicht. Auch diejenigen, denen meine Stellungnahme nicht gefällt, werden sich dies sicherlich mit demselben Respekt anhören, mit dem ich mir Stellungnahmen anhören muß, die mir auch nicht gefallen. Aber genau dies ist, wenn wir es ernst nehmen, das Selbstverständnis einer Volkspartei, wie wir sie charakterisiert haben, wenn — ich habe das Bild dafür gebraucht — wir im inneren Leben unserer Partei nicht auf Vordermann denken, sondern auf Nebenmann, wenn wir also nicht hintereinander marschieren

wie disziplinierte Gänse, sondern Meinungen frei geprägte Menschen zueinander, dann müssen sich einen Druck bekommen.

Die Diskussion heute und gerade, daß es der Ausdruck der großen Mehrheit ist.

Ein zweites! Die Diskussion immer wieder im Spannungsfeld zwischen Wünschbarem und Wirkbarem stehen und wir in der Realisierungsmöglichkeit nicht nur in die Grenzen parlamentarischer Möglichkeiten sind, sondern auch an die für den gesamten Aufgabenbereich immer wieder vor der manchen Portionen wir die uns Rangfolge des Notwendigen Das macht die Politik schwerlären Wahlsieg.

Aber, Genossen, wir haben mit gefunden, auf dem wir erfolgreich als in der hinter uns liegenden wird gar nicht so einfach sein, gerter Selbstbewußtheit und B geglaubt, nun würde alles viel werden, Genossen! Manches w Freunde und Anhänger werden Maß dessen hinaus, was wir e die sie in ihre Stimmabgabe f fange erfüllt.

Wir werden uns bemühen, das Vertrauen gegeben haben, sich Ich bin nicht in der Lage, dem uns zuneigenden Nachrichtend kes in dieser Demokratie den ihre Interessen berücksichtigt und die Anliegen der untersc rung einen unterschiedlichen essen gibt, die in einem b

schutzberechtigt und eben — von uns aus gesehen — erfüllt werden müssen. Laßt mich nicht mehr zu prinzipiellen Dingen sagen.

Laßt mich den Parteitag mit einem Dank an alle schließen, die zu seinem Gelingen beigetragen haben. Wie immer ein Dank an die Mitglieder des Sekretariats — des Landessekretariats und des örtlichen Sekretariats hier in Essen; aber laßt mich in einem besonderen Maße auch einer Gruppe dank sagen. Ich meine damit die roten Mäuschen, die roten Heintzelmäuschen, die hier herumgelaufen sind.

(Beifall)

Mit Ausnahme von einem Heintzelmännchen waren es lauter Heintzel-frauen. Es hat mir viel Spaß gemacht und viel mehr Freude bereitet, als die auf optische Repräsentanz bedachten Stewardessen, die wir auf manchen anderen Parteitagen sehen.

(Erneuter Beifall)

Laßt mich danken den Delegierten dieses Parteitages. Ich glaube, wir werden auseinandergehen — es bedarf nicht dieses Appells —, in den vor uns liegenden Jahren bis zum nächsten Parteitag, auf dem wir dann wieder die nächste Wahlschlacht vorbereiten müssen, unser Bestes zu tun für unsere Sache!

Der Parteitag ist geschlossen!

A

Adam 53, 210
Antwerpes, Dr. 57, 168, 169

B

Bäumer 64, 264
Bender 206, 213, 215, 219
Büssow 84, 156
Bunow 190

C

D

Dammeyer 52, 155, 162, 209, 220
Drewniak 13, 50, 187, 231

E

Erchinger 135, 189

F

Feldmann 86, 141, 163
Figgen 7, 13, 14, 62
Forthmann 146
Freimuth, Dr. 55
Friebe 86
Fuge 66, 202, 236

G

Gaertner, Alfred 151, 193, 242
Gärtner, Max 138
Gasche 264
Geuenich 245, 265
Grätz 247

H

Hansmann 197
Hein 65, 133

Heinemann 15, 41, 61, 85, 130, 133, 143, 145, 175, 213, 214, 238, 241
Hellwig 184, 192
Heveth, Dr. 136, 144, 150, 203
Huber 148, 150, 154, 232
Hucko 140, 180, 215

J

Jammes 260
Jörder 265
Jung 133
Junker 152

K

Kamm 142, 224
Kamp 231
Kassmann, Dr. 44, 134
Katzor 11
Klejdzinski 140, 153, 169, 211, 262
Koerbel 63, 185, 224, 241, 245
Körner 168
Korfsmeier, Dr. 238
Krause 130, 143, 164, 165, 194, 195
Kühn 17, 67, 185, 198, 266
Kuhlmann, Werner 207, 218, 265
Kuhlmann, Willi 159

L

Linde 147, 148

M

Maerker 179, 182
Mahne 142
Malone 233
Mernitzka 59
Molitor 139, 242

N

Nehrling, Dr. 253
Nes Ziegler, van 253

270

O

P

Peters 243
Posser, Dr. 131, 145, 151, 166,

Q

R

Rau 154
Renger 42
Reymann 60, 206
Rothen 42

S

Samtlebe 227, 228, 229, 236, 25
Simeika 153, 157
Spillecke 137, 138

Sch

Schlatter 158, 160, 230, 237
Scholz 170

St

Stadie 83, 185, 213, 240, 243, 2
Steinhart 228
Steinharter 226
Sternkopf 251, 257

T

Toetmeyer 247
Tolusch 162
Trabalski 234

U

Ueding 191

V

Vollmann 151, 170, 194, 246
Voss 131

W

Werker, Dr. 57
Woiwod 133, 173, 204, 212, 235

X

Y

Z

Ziethoff 147
Zöpel 87, 227
Zuckschwerdt, Dr. 56, 171, 181, 192